

Einsicht 2021
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*



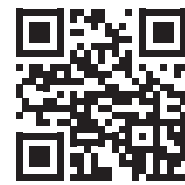
Fritz Bauer Institut
*Geschichte und Wirkung
des Holocaust*

Land ohne Quislinge?
*Kooperation und Kollaboration im
deutsch besetzten Polen 1939–1944*

Geheime Mächte
Antisemitismus und Verschwörungsmythen

SHOAH und andere Filme zum Holocaust online sichten

auf absolutondemand.de



SHOAH

»Lanzmanns große Spurensuche mit Überlebenden, Zeugen und vermeintlichen Statisten des Holocaust. Hier hat das Wort Meilenstein seine Berechtigung.«
DIE ZEIT

CLAUDE LANZMANN VIER SCHWESTERN

MUT ZUM LEBEN
u.a. mit Esther Bejarano

JEAN AMÉRY – DIE TORTUR

LEBENDE WARE

AKTION T4 DAS EUTHANASIE PROGRAMM DER NAZIS

ALS DIE NAZIS AN
DIE MACHT KAMEN

DIE GRAUEN DER SHOAH

VIEHJUD LEVI

SHOAH FORTSCHREIBUNGEN

EIN LEBENDER GEHT VORBEI (1997)
SOBIBOR, 14. OKTOBER 1943, 16 UHR (2001)
DER KARSKI-BERICHT (2010)
DER LETZTE DER UNGERECHTEN (2013)

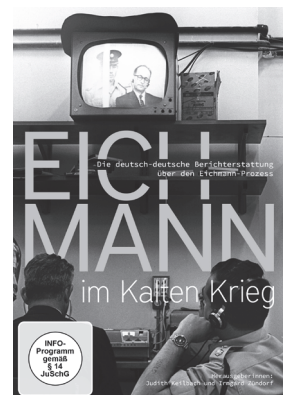
FRITZ BAUER GENERALSTAATSANWALT. NAZI-JÄGER

MONOWITZ UND
ANDERE TATORTE

WARUM ISRAEL

KORCZAK

Alle Filme und weitere auch als DVD.



Neu und nur auf DVD

EICHMANN IM KALTEN KRIEG

Die deutsch-deutsche Berichterstattung über den Eichmann-Prozess
Herausgeberinnen:
Judith Keilbach, Irmgard Zündorf

DVD, 223 Min., ausführliches Booklet,
Bestnr. 2016



In Kürze auf DVD und online

ZUSTAND UND GELÄNDE

Ein Film von Ute Adamczewski

Die wilde Konzentrationslager der Nazis 1933, heute weitgehend vergessen und ihre geschichtlichen Überschreibungen 1945, 1977, 1990, 2011.

DOK-Leipzig: Goldene Taube –
bester Dokumentarfilm
Ver.di-Preis für Menschlichkeit,
Solidarität und Fairness

DVD, 119 Min., Bestnr. 2017

Bezug und kostenloses Gesamtprogramm bei:

absolut MEDIEN GmbH, Am Hasenberg 12, 83413 Fridolfing
Tel.: +49. (0)30. 285 39 87. 0 | E-Mail: info@absolutmedien.de | <https://absolutmedien.de>



Mehr Informationen
auch im Online Booklet

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

seit rund zwei Jahrzehnten wird in Polen eine Debatte über die Kooperation und Kollaboration von Einheimischen während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg geführt. Die Auseinandersetzung findet sowohl in der Wissenschaft als auch in der polnischen Öffentlichkeit statt, bisweilen ist sie äußerst scharf und reflektiert die Tatsache, dass vor allem das für die polnische Gesellschaft schmerzliche Thema der Mitwirkung und Beteiligung nichtjüdischer Polen am Holocaust über viele Jahrzehnte tabuisiert war. Drei Beiträge in dieser Ausgabe der *Einsicht* befassen sich mit dem Themenkomplex, darunter zwei Texte der renommierten Holocaustforscher Barbara Engelking und Jan Grabowski, die in Polen im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit ihrer Arbeit auch juristisch angegriffen wurden.



Der zweite Themenschwerpunkt der *Einsicht* hat ebenfalls einen aktuellen Bezug. Er behandelt den Zusammenhang zwischen Antisemitismus und den seit einigen Jahren wieder verstärkt zutage tretenden Verschwörungsmysmen. Besonders intensiv und unversöhnlich debattiert werden heute diejenigen Verschwörungserzählungen, die sich im Kontext der Covid-19-Pandemie entwickelt haben. Drei der vier Beiträge dieses Schwerpunkts blicken auf solche aktuellen Formen von Verschwörungsmysmen und deren antisemitische Motive, ein weiterer stellt den Bezug her zu sehr viel älteren antisemitischen Mythen und Vorurteilen. Einer der Beiträge ist mit Karikaturen des Künstlers Sebastian Jung illustriert.

Neben den beiden Themenschwerpunkten enthält das Heft wie gewohnt einige weitere Texte. Inhaberin der Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung war im Sommersemester 2021 die Kunsthistorikerin Dr. Annika Wienert, die mit ihrer mehrfach preisgekrönten Dissertation *Das Lager vorstellen. Die Architektur der nationalsozialistischen Vernichtungslager* (Berlin 2015) hervorgerufen ist. Aufgrund der anhaltenden Einschränkungen infolge der Covid-19-Pandemie musste der Aufenthalt von Frau

Wienert am Fritz Bauer Institut weitgehend virtuell bleiben, und sowohl die beiden Lehrveranstaltungen, die sie am Historischen Seminar der Goethe-Universität anbot, als auch ihr öffentlicher Vortrag wurden online gehalten. In ihrem Vortrag über »Raum-Relationen«, den wir in diesem Heft abdrucken, behandelte Annika Wienert Werke der zeitgenössischen Kunst, die sich auf Räume und Orte des Holocaust beziehen, ohne sich selbst an diesen Orten zu befinden. Das Fritz Bauer Institut verdankt die Michael Hauck Gastprofessur der fortgesetzten Unterstützung durch die Puhl Foundation und der Förderung durch die Stiftung Michael Hauck.

In seiner Antrittsvorlesung am 5. Mai 2021 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main beschäftigte sich PD Dr. Tobias Freimüller mit den Bemühungen Fritz Bauers um die strafrechtliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde. Insbesondere plante

Bauer einen großen Prozess gegen den Obergutachter und zeitweiligen Leiter der »Aktion T4« Werner Heyde, der nach 1945 lange Zeit unter falschem Namen in Schleswig-Holstein lebte, und gegen einige weitere Angeklagte. Dieser große »Euthanasie«-Prozess kam allerdings nicht zustande. Wir drucken die Antrittsvorlesung in geringfügig überarbeiteter Form ab.

Erneut geben wir in der *Einsicht* Einblick in das

Archiv des Fritz Bauer Instituts. Drei zusammengehörige Beiträge behandeln einen Bestand von rund 200 dort befindlichen Zeitzeugeninterviews, die digitalisiert und inhaltlich erschlossen werden. Johannes Beermann-Schön erläutert die Entstehungsgeschichte des Bestandes und stellt beispielhaft einige Interviews vor. Nadine Docktor fügt einige Überlegungen zu den Möglichkeiten der pädagogischen Nutzung der Interviews an und Ann-Kathrin Rahlwes berichtet über ihre Sichtung des Bestandes, die sie für eine Ausstellung durchgeführt hat.

Wie gewohnt enthält die *Einsicht* einen ausführlichen Rezensionsteil, in dem eine Reihe neu erschienener Bücher zur Geschichte und Wirkung des Holocaust vorgestellt wird. Nähere Informationen zur Arbeit des Fritz Bauer Instituts entnehmen Sie bitte unserem Jahresbericht, der jeweils im Frühsommer erscheint und den Sie, wie auch frühere Ausgaben der *Einsicht*, im PDF-Format auf der Website des Fritz Bauer Instituts finden.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Prof. Dr. Sybille Steinbacher und PD Dr. Tobias Freimüller
Frankfurt am Main, im November 2021

Inhalt

Land ohne Quislinge?

Kooperation und Kollaboration im deutsch besetzten Polen 1939–1944

- 4 Einführung
- 6 Die letzte Phase der Vernichtung. Die Auslieferung und Ermordung von Juden in den ländlichen Gebieten Polens 1942–1945
Barbara Engelking
- 16 Willige Helfer. Die Beteiligung der »blauen« Polnischen Polizei des Generalgouvernements am Holocaust
Jan Grabowski
- 26 Polnische Bürgermeister und der Holocaust im Generalgouvernement. Besatzung, Kollaboration und Handlungsmöglichkeiten
Grzegorz Rossoliński-Liebe

Geheime Mächte

Antisemitismus und Verschwörungsmethoden

- 36 Einführung
- 38 »Kampf mit dieser Welthydra«. Die Nationalsozialisten und der Mythos einer jüdischen Pressemacht
Jörg Osterloh
- 48 Antisemitische Verschwörungsmethoden. Einfache Erklärungen in einer komplexen Welt
Juliane Wetzel
- 56 Die üblichen Verdächtigen. Antisemitismus bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen
Nikolas Lelle
- 65 Islamischer Antisemitismus in Deutschland. Auswirkungen eines globalen Phänomens
Daniel Rickenbacher

Weitere Themen

Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung, Sommersemester 2021

- 74 Raum-Relationen. Künstlerische Annäherungen an Orte des Holocaust
Annika Wienert

Antrittsvorlesung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main am 5. Mai 2021

- 84 »T4« vor Gericht. Fritz Bauer und die Strafverfolgung der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Verbrechen
Tobias Freimüller

Aus dem Archiv des Fritz Bauer Instituts: Neuzugänge, Fundstücke, Erschließungen

- 94 Erinnern – Erzählen – Erhalten. Die Zeitzeugeninterviewsammlung im Archiv des Fritz Bauer Instituts
Johannes Beermann-Schön
- 100 Erlebte Geschichte. Zum Potenzial der Zeitzeugeninterviews im Archiv des Fritz Bauer Instituts für die Arbeit im pädagogischen Bereich
Nadine Docktor
- 104 Erfahrungsbericht. Recherche und Umgang mit Zeitzeugenberichten ehemaliger Frankfurter Schülerinnen und Schüler
Ann-Kathrin Rahlwes

Rezensionen

- 106 **Norbert Herms:** Zwischen »schädlichen Einflüssen« und »wertvollen Erbströmen«. Der »rassenhygienische« Diskurs in Deutschland zwischen 1891 und 1914
Jens Kolata
- 107 **Fabian Weber:** Projektionen auf den Zionismus. Nichtjüdische Wahrnehmungen des Zionismus im Deutschen Reich 1897–1933
David Jünger
- 108 **Victor Klemperer:** Licht und Schatten. Kinotagebuch 1929–1945
Nicolas Berg
- 110 **Jay H. Geller:** Die Scholems. Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie
Enrico Lucca
- 111 **Regina Grundmann, Bernd J. Hartmann, Daniel Siemens (Hrsg.):** »Was soll aus uns werden?« Zur Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im nationalsozialistischen Deutschland
Martin Liepach
- 112 **Thomas Pegelow Kaplan, Wolf Gruner (Hrsg.):** Resisting Persecution. Jews and Their Petitions during the Holocaust
Andrea Löw
- 113 **Jürgen W. Falter:** Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945
Mathias Rösch

- 114 **Vanessa Conze:** »Ich schwöre Treue ...« Der politische Eid in Deutschland zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik
Johanna Bach
- 115 **Jan Neubauer:** Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im Dritten Reich
Sabine Mecking
- 116 **Paul Erker:** Zulieferer für Hitlers Krieg. Der Continental-Konzern in der NS-Zeit
Michael C. Schneider
- 117 **Karl-Konrad Tschäpe:** Verstrickte Bilder. Deutsche und sowjetische Propagandabilder als Komplizen von Krieg und Gewalt 1941–1945
Svetlana Boltovska
- 118 **Christopher R. Browning, Peter Hayes, Raul Hilberg:** German Railroads, Jewish Souls. The Reichsbahn, Bureaucracy, and the Final Solution
Anna Corsten
- 119 **Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlshorst, Margot Blank, Babette Quinkert (Hrsg.):** Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg
Jörg Osterloh
- 120 **Michael Wildt (Hrsg.):** Das Reichssicherheitshauptamt. NS-Terror-Zentrale im Zweiten Weltkrieg
Jan Erik Schulte: Mahnort SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1942–1945. Verwaltungs- und Terrorzentrale der SS
Karin Orth
- 122 **Hannes Heer, Christian Streit:** Vernichtungskrieg im Osten. Judenmord, Kriegsgefangene und Hungerpolitik
Sara Berger
- 123 **Margit Berner:** Letzte Bilder. Die »rassenkundliche« Untersuchung jüdischer Familien im Ghetto Tarnów 1942
Isabel Heinemann
- 124 **Joanna Ostrowska, Joanna Talewicz-Kwiatkowska, Lutz van Dijk (Hrsg.):** Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten
Gottfried Kößler
- 125 **Wassilij Grossmann:** Die Hölle von Treblinka
Andreas Kahrs
- 126 **Norman Domeier u.a. (Hrsg.):** Gewinner und Verlierer. Beiträge zur Geschichte der Homosexualität in Deutschland im 20. Jahrhundert
Michael Schwartz: Homosexuelle, Seilschaften, Verrat. Ein transnationales Stereotyp im 20. Jahrhundert
Florian Zabransky
- 128 **Kerstin Schwenke:** Öffentlichkeit und Inszenierung. Besuche in nationalsozialistischen Konzentrationslagern zwischen 1933 und 1945
Andrea Rudorff

- 129 **Carlos Alberto Haas:** Das Private im Ghetto. Jüdisches Leben im deutsch besetzten Polen 1939 bis 1944
Markus Roth
- 130 **Seweryna Szmaglewska:** Die Frauen von Birkenau
Ginette Kolinka (mit Marion Ruggieri): Rückkehr nach Birkenau. Wie ich überlebt habe
Sascha Feuchert
- 132 **Juliane Ohlenroth:** Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone und die Aufarbeitung von NS-Unrecht. Unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung für die Fortentwicklung der Strafrechtsdogmatik
Boris Burghardt
- 133 **Hanne Leßau:** Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit
Tobias Freimüller
- 134 **Benjamin Ferencz:** »Sag immer Deine Wahrheit«. Was mich 100 Jahre Leben gelehrt haben
Philipp Gut: Jahrhundertzeuge Ben Ferencz. Chefankläger der Nürnberger Prozesse und leidenschaftlicher Kämpfer für Gerechtigkeit
Marcel Müller
- 136 **Nancy Sinkoff:** From Left to Right. Lucy S. Dawidowicz, The New York Intellectuals, and the Politics of Jewish History
Elisabeth Gallas
- 137 **Inga Markovits:** Diener zweier Herren. DDR-Juristen zwischen Recht und Macht
Katharina Rauschenberger
- 138 **Jacob S. Eder:** Holocaust-Angst. Die Bundesrepublik, die USA und die Erinnerung an den Judenmord seit den siebziger Jahren
Jürgen Matthäus
- 139 **Lawrence Douglas:** Späte Korrektur. Die Prozesse gegen John Demjanjuk
Katharina Stengel
- 140 **Ronen Steinke:** Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Eine Anklage
Andrea Kirchner
- 141 **Zentralrat der Juden in Deutschland (Hrsg.):** »Du Jude« – Antisemitismus-Studien und ihre pädagogischen Konsequenzen
Nadine Docktor

Fritz Bauer Institut im Überblick

- 142 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter / Gremien
- 144 Impressum / Titelabbildung
- 145 Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.



Land ohne Quislinge?

Kooperation und Kollaboration im deutsch besetzten Polen 1939–1944

Der Holocaust ging von Deutschland aus. Deutsche betrieben die Verfolgung und schließlich Ermordung der Juden überall dort, wo die Wehrmacht einmarschierte oder das Deutsche Reich bestimmenden Einfluss ausübte. An der deutschen Schuld und Verantwortung wird von ernstzunehmender Seite kein Zweifel erhoben. Unstrittig ist in der Forschung aber auch, dass das Ausmaß und die Dynamik des Holocaust ohne zahlreiche Mittäter sowie Helferinnen und Helfer unmöglich gewesen wären. Die Debatte hierüber jedoch ist in vielen Ländern ein schmerzhafter Prozess, der oft – nach einer kurzen Phase der Abrechnung mit einem kleinen Teil der als »Verräter« gebrandmarkten Kollaborateure unmittelbar nach der Befreiung – erst Jahrzehnte später in Gang kam. Lange Zeit nicht hinterfragte Heroisierungen bekamen Kratzer, und gepflegte Tabus des nationalen Selbstverständnisses gerieten ins Wanken.

Eindrucksvoll belegt dies die mitunter recht vehement geführte Debatte in Polen. Im Grunde genommen setzte sie noch während der deutschen Besatzung ein, als polnische Schriftsteller wie etwa Jerzy Andrzejewski und Czesław Miłosz sich in ihren Werken mit der Haltung der nichtjüdischen polnischen Bevölkerung befassten. In Tagebüchern berichteten polnische Juden von antijüdischen Vorbehalten, von Raub, Gewalt, Verrat und Mord seitens katholischer Polen. Fälle von Solidarität und Hilfe freilich wurden auch vielfach überliefert.

Die Forschung griff dieses Thema lange Zeit kaum auf. In der Volksrepublik war die Frage nach einer möglichen Mittäterschaft und Beteiligung von nichtjüdischen Polen am Holocaust tabuisiert, die Forschung zum Holocaust generell marginalisiert und gewissermaßen an das Jüdische Historische Institut in Warschau delegiert. Eine breitere Diskussion über das polnisch-jüdische Verhältnis beziehungsweise das Verhalten der nichtjüdischen Polen während des Holocaust setzte erst in den 1980er Jahren ein und kulminierte in den 1990er Jahren in zahlreichen Erinnerungskonflikten etwa rund um die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau.¹

Naturgemäß konnte die Forschung erst mit einiger Verzögerung erste Beiträge zu Fragen der Mittäterschaft und Verstrickung vorlegen. Mit Jan Tomasz Gross' Buch *Nachbarn* (2001), in dem er die Ermordung der Juden im nordostpolnischen Ort Jedwabne durch örtliche und zugereiste Polen darstellt, kam erstmals eine gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte in Gang, die bis heute anhält. Seitdem ist eine ganze Reihe kritischer Beiträge der polnischen Holocaustforschung erschienen, die nunmehr auf breiter empirischer Basis bislang tabuisierte Bereiche in den Blick nimmt und sich systematisch der Frage nach der Mittäterschaft und

Mitschuld nichtjüdischer Polen an der Verfolgung und Ermordung der polnischen Juden widmet.

Das regierende nationalkonservative Lager Polens reagierte hierauf im März 2018 mit einem international viel kritisierten Gesetz, das allen Strafe androhte, die der »polnischen Nation oder dem polnischen Staat« eine Mitschuld an den NS-Verbrechen zuschrieben. Zwar wurde die Androhung einer Haftstrafe nach internationalen Protesten wieder entfernt, als Drohkulisse bleibt das Gesetz jedoch bestehen. Erst jüngst waren mit Barbara Engelking und Jan Grabowski zwei der profiliertesten Vertreter der polnischsprachigen Holocaustforschung vor einem Warschauer Bezirksgericht wegen ihrer Arbeit angeklagt.² Das Urteil gegen sie wegen Verleumdung wurde inzwischen vom Berufungsgericht in Warschau aufgehoben.³

Die folgenden Beiträge vermessen den Rahmen und die Ausprägung von Mittäterschaft in Polen. Barbara Engelking (Warschau) untersucht für die letzte Phase des Holocaust das Verhalten der ländlichen nichtjüdischen Bevölkerung denjenigen Juden gegenüber, die zu fliehen oder ein Versteck zu finden versuchten. Sie zeigt, dass ihre Überlebenschancen vor allem von der bäuerlichen Bevölkerung abhingen, von der nicht wenige zu Mittätern wurden, indem sie Hilfe suchende Juden verriet, erpressten oder ermordeten. Jan Grabowski (Ottawa) fasst in seinem Beitrag seine umfangreiche Forschung zur Rolle der Polnischen Polizei im Holocaust zusammen und lotet das Ausmaß ihrer Mittäterschaft aus. Dabei zeigt er auch, dass dem Engagement etlicher polnischer Polizisten für den Widerstand eine Beteiligung an Verbrechen gegen Juden in keiner Weise im Wege stand. Dass es beim Einsatz für das Wohl der Polen während der deutschen Besatzung in aller Regel nur um nichtjüdische Polen ging, zeigt auch Grzegorz Rossoliński-Liebe (Berlin) in seiner Studie über die polnischen Bürgermeister und den Holocaust. Sie waren es, die vor Ort in den polnischen Kommunen die »Judenpolitik« der deutschen Besatzer umsetzen mussten. Dass es durchaus Handlungsspielräume gab, die sie zugunsten oder zum Nachteil der jüdischen Bevölkerung nutzen konnten, erörtert Rossoliński-Liebe an verschiedenen Beispielen. Damit nimmt dieser Themenschwerpunkt Aspekte in den Blick, die außerhalb Polens bislang kaum beachtet worden sind.

2 Vgl. Florian Hassel, »Holocaust-Forscher sollen sich öffentlich entschuldigen«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.2.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/holocaust-polen-mord-an-juden-zweiter-weltkrieg-forschung-1.5202188> (13.4.2021).
3 Vgl. »Urteil gegen polnische Holocaust-Forscher aufgehoben«, in: Deutschlandfunk, Nachrichten, 17.8.2021, https://www.deutschlandfunk.de/polen-urteil-gegen-polnische-holocaust-forscher-aufgehoben.2850.de.html?drm:news_id=1291849 (19.8.2021).

1 Eine Auswahl an Debattenbeiträgen findet sich in: Barbara Engelking, Helga Hirsch (Hrsg.), *Unbequeme Wahrheiten. Polen und sein Verhältnis zu den Juden*, Frankfurt am Main 2008.

Links: Razzia und Verhaftungen durch die deutsche Ordnungspolizei und polnische Polizisten vor der Gaststätte »Gospoda« in Krakau im Januar 1941.
Foto: Bundesarchiv, Bild 1011-030-0780-10, Fotograf: Kintscher

Die letzte Phase der Vernichtung

Die Auslieferung und Ermordung von Juden in den ländlichen Gebieten Polens 1942–1945

Von Barbara Engelking



Dr. hab. Barbara Engelking leitet das Zentrum zur Erforschung der Vernichtung der Juden (Centrum Badań nad Zagładą Żydów) an der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. Veröffentlichungen (Auswahl): (Hrsg. mit Helga Hirsch), *Unbequeme Wahrheiten – Polen und sein Verhältnis zu den Juden*, Frankfurt am Main 2008; *»Jest taki piękny słoneczny dzień ...« Losy Żydów szukających ratunku na wsi polskiej 1942–1945* [»Es ist so ein schöner sonniger Tag ...« Das Schicksal von Juden, die auf dem Land in Polen Rettung suchten], Warschau 2011; (Hrsg. mit Jan Grabowski), *Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej [Danach ist Nacht. Das Schicksal der Juden in ausgewählten Kreisen des besetzten Polens]*, Warschau 2018.

Foto: Mikołaj Gryenberg

Die Vernichtung der Juden im Generalgouvernement verlief in Etappen: Die erste bestand in der mittelbaren Ausrottung in den Ghettos durch Hunger, Krankheiten und alle Kräfte übersteigende Arbeit. In der zweiten Etappe, die als »Aktion Reinhardt« bekannt ist, erfolgte die Ausrottung direkt durch die Ermordung in den Vernichtungslagern. In der dritten wurden schließlich die Überlebenden gesucht und ermordet.¹

Diese dritte Etappe, von den Deutschen »Judenjagd« genannt,² zerfiel ihrerseits in zwei Phasen: Während der ersten, die einige Tage bis zu knapp drei Wochen andauerte, fingen die Deutschen systematisch diejenigen ein, die sich noch auf den Gebieten der verwüsteten Ghettos und in deren Umgebung versteckt hielten, wobei sie oft von Hilfspolizeitruppen unterstützt wurden. In der zweiten Phase, die praktisch bis zum Ende der Besatzung währte, spürten sie denjenigen Juden nach, die sich auch jetzt noch versteckten, und ermordeten diejenigen, deren sie habhaft wurden. In dieser letzten Phase der »Jagd« wurden die Deutschen mitunter von Helfern unterstützt, die aus eigenem Antrieb aktiv wurden und Juden denunzierten oder sie gar zu Polizei- oder Gendarmierewachen brachten. In diesem Aufsatz will ich einige polnische Dorfbewohner als Beispiele für solche freiwilligen Helfer beim Vernichtungswerk an den Juden vorstellen.

¹ Dieser Text ist eine gekürzte und aktualisierte Version meiner Abhandlung »Po zamordowaniu udaliśmy się do domu.« Wydawanie i mordowanie Żydów na wsi polskiej w latach 1942–1945« [Nach dem Morden gingen wir nach Hause. Auslieferung und Ermordung der Juden in den ländlichen Gebieten Polens, 1942–1945], in: Barbara Engelking, Jan Grabowski (Hrsg.), *Zarys Krajobrazu. Wiesz polska wobec zagłady Żydów 1942–1945* [Profil einer Landschaft. Die ländlichen Gebiete Polens und die Vernichtung der Juden, 1942–1945], Warschau 2013, S. 259–312.

² Vgl. Jan Grabowski, *Judenjagd. Polowanie na Żydów 1942–1945. Studium dziejów pewnego powiatu* [Judenjagd 1942–1945. Studie zur Geschichte eines gewissen Landkreises], Warschau 2011, S. 9.

Grundlage sind private Quellen (Berichte, Erinnerungen und Tagebücher von Juden) sowie Gerichtsprozessakten aus der Nachkriegszeit.³ In 174 von 500 ausgewerteten jüdischen Berichten (also in etwas mehr als einem Drittel) über das Verstecken auf dem Land ist von Auslieferungen (230 Fälle mit 858 Opfern) und Mord (142 Fälle mit 542 Opfern) die Rede. In 300 Gerichtsverfahren sind 281 Fälle von Denunziation erwähnt, denen 701 Juden zum Opfer fielen, sowie 139 Mordtaten, bei denen 473 Juden ihr Leben verloren. Auf der Grundlage dieses kleinen Quellenfundus gelangt man also schätzungsweise zu 511 Vorfällen, bei denen 1.559 Juden ausgeliefert wurden, und zu 281 Mordtaten, bei denen 1.015 Juden den Tod fanden. In den hier erörterten Dokumenten ist daher von 2.574 Juden die Rede, die von Polen ausgeliefert und umgebracht wurden. Da es sich hier aber nur um eine Stichprobe aus den Quellen handelt, sind die angegebenen Zahlen mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln.⁴

Unmöglich ist eine genaue Angabe darüber, wie viele Juden die Phase der Massenvernichtung überlebten; vorläufige, vorsichtige Schätzungen gestatten es aber, rund zehn Prozent anzunehmen,⁵ also ungefähr 200.000 bis 250.000 Menschen.⁶ Von ihnen überlebten 40.000 bis 75.000,⁷ woraus sich wiederum ergibt, dass während

³ Auf der Grundlage des Dekrets vom 31.8.1944 »Über die Strafzumessung für faschistisch-hitleristische Verbrechen, die wegen Tötung und Misshandlung von Zivilpersonen schuldig gesprochen werden, sowie für Verräter an der Polnischen Nation« wurden unter anderem Menschen vor Gericht gestellt und abgeurteilt, die »zum Schaden polnischer Bürger jüdischer Herkunft« gehandelt hatten. Unter den mehreren Zehntausenden erhaltenen Strafverfahrensakten, die aufgrund dieses Dekrets angelegt wurden, den sogenannten Augustakten, sind einige Tausend auch zu Verfahren gegen Personen erhalten, die verdächtigt oder angeklagt wurden, während des Kriegs zum Schaden von Juden gehandelt zu haben.

⁴ Einige Quellen enthalten sehr präzise Daten, beschreiben detailliert konkrete Fälle und nennen die Namen der Opfer, während in anderen von anonymen Juden die Rede ist. Wo die Quellen von »einigen«, »einem guten Dutzend« oder »einigen Dutzend« Opfern sprechen, zähle ich diese entsprechend als drei, elf und 21 Opfer. – Anm. d. Übers.: Das Polnische verfügt über die unbestimmten Kardinalzahlen »kilkanaście« und »kilkadziesiąt«, die Größenordnungen zwischen elf und 19 beziehungsweise zwischen 21 und 99 bezeichnen und sich nur näherungsweise als »gutes Dutzend« respektive »einige Dutzend« übersetzen lassen. Die Autorin legt bei ihrer Opferzahlenschätzung die niedrigsten möglichen Werte zugrunde.

⁵ Vgl. Barbara Engelking, Jan Grabowski (Hrsg.), *Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej Polski* [Weiter ist Nacht. Das Schicksal der Juden in ausgewählten Kreisen des besetzten Polen], Warschau, 2018, S. 30.

⁶ Instytut Pamięci Narodowej (Hrsg.), *Polacy ratujący Żydów w latach II Wojny Światowej* [Polnische Judenretter im Zweiten Weltkrieg], Warschau 2008, S. 7: »von der rund drei Millionen Menschen zählenden jüdischen Gemeinschaft entschlossen sich nur etwa 300.000, die Flucht aus den ihnen von den Deutschen zugewiesenen Orten zu riskieren«; Grzegorz Berendt, »Straty osobowe polskich Żydów w okresie II wojny światowej« [Menschenverluste der polnischen Juden während des Zweiten Weltkriegs], in: Wojciech Materski, Tomasz Szarota (Hrsg.), *Polska 1939–1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami* [Polen 1939–1945. Menschenverluste und Opfer von Repressionen unter zwei Besatzungsherrschaften], Warschau 2009, S. 62–75, hier: S. 69.

⁷ Vgl. Teresa Prekerowa, »Wojna i okupacja« [Krieg und Besatzung], in: Jerzy To-

der dritten und letzten Etappe der Vernichtung 175.000 bis 210.000 Juden umgekommen sein müssen. Nicht bestimmen lässt sich der Anteil derjenigen, die gleich nach der Liquidierung der Ghettos von den Deutschen ergriffen und getötet wurden; ebenso wenig, wie viele an Entkräftung, Krankheit, Hunger oder im Partisanenkrieg starben und wie viele von der örtlichen Bevölkerung ausgeliefert oder ermordet wurden. Es ist anzunehmen, dass die Zahl der von den Deutschen selbst oder der mit mehr oder weniger intensiver polnischer Beteiligung Ermordeten bestimmt zwischen einigen Zehntausend und 100.000 liegt.

Juden auf der Flucht

Zwischen der Jahreswende 1942/43 und dem Kriegsende irrten Zehntausende jüdischer Überlebender durch polnische Höfe und Siedlungen, über Felder und durch Wälder: Flüchtlinge aus Ghettos, Lagern und Eisenbahnwaggons, die schon unterwegs in die Vernichtungslager waren, und solche, die Massenhinrichtungen überlebt und sich danach unter den Leichen hervorgewunden hatten. Auf dem Land, so dachten sie, würde es vielleicht möglich sein, Hilfe zu bekommen oder gar endgültig Rettung zu finden. Einige Dorfbewohner halfen auch tatsächlich, manche einmalig, andere längerfristig,⁸ doch es dominierten Gleichgültigkeit und Angst.

Diese Angst war das Ergebnis von Strafandrohungen und der damit verbundenen Furcht vor Kollektivstrafen, denn seit dem 15. Oktober 1941 war eine Verfügung des Generalgouverneurs Hans Frank in Kraft, nach der alle Juden, welche die damals noch existierenden Ghettos (unerlaubt) verließen, und alle, die ihnen auf welche Art auch immer halfen, mit dem Tode bestraft wurden. Die Gleichgültigkeit rührte ein wenig von menschlicher Hilflosigkeit im Angesicht fremden Leids, ein wenig auch von der dörflichen Mentalität her, vom Antisemitismus, von der kirchlichen Lehre über die Juden als Mörder Christi oder auch von einer überkommenen Abneigung gegen sie. Juden waren Fremde, und sie existierten außerhalb des Bereichs, in dem moralische Pflichten galten.⁹

maszewski (Hrsg.), *Najnowsze dzieje Żydów w Polsce w zarysie (do 1950 roku)* [Neueste Geschichte der Juden in Polen im Überblick (bis 1950)], Warschau 1993, S. 273–384, hier: S. 384. Die Autorin gibt an, dass darüber hinaus zwischen 20.000 und 40.000 aus den Lagern gerettet wurden.

⁸ Zur Hilfe, welche die ländliche Bevölkerung Polens gewährte, s. unter anderem Zuzanna Schnepf-Kołaczkiewicz, »Pomoc Polaków dla Żydów na wsi w czasie okupacji niemieckiej. Próba opisu na przykładzie Sprawiedliwych wśród Narodów Świata« [Hilfe von Polen für Juden auf dem Land während der deutschen Besatzung], in: Engelking, Grabowski (Hrsg.), *Zarys Krajobrazu* [Profil einer Landschaft], S. 195–258, sowie die Beiträge in: Engelking, Grabowski (Hrsg.), *Dalej jest noc* [Danach ist Nacht].

⁹ S. unter anderem Alina Cała, *Wizerunek Żyda w polskiej kulturze ludowej* [Das Bild des Juden in der polnischen Volkskultur], Warschau 2005; Ewa Banasie-

Gleichgültigkeit bedeutete Untätigkeit, entschied aber nicht über das Los von Juden, die sich versteckt hielten – darüber entschied konkretes menschliches Handeln. So wenig die Polen in früheren Phasen der Vernichtung über das Schicksal der Juden etwas zu sagen hatten, so sehr kam ihnen nun eine Schlüsselrolle zu. Obwohl es die Deutschen waren, die über Leben und Tod der Juden bestimmten, hatte doch während dieser letzten Phase, in der die Überlebenden aufgespürt und liquidiert wurden, das Handeln der »Nachbarn« grundlegende Bedeutung für jegliche Rettungsmöglichkeit. Von ihrem Verhalten hing jüdisches Leben ab: Sie konnten Hilfe und Schutz gewähren, Juden dem Tod ausliefern oder sie gar selbst ums Leben bringen. Polnische Dorfbewohner konnten die Wahl treffen, ob sie Beobachter bleiben oder aktiv an einer guten oder schlechten Sache teilnehmen wollten. Sie konnten ihr eigenes Leben gefährden, wenn sie helfen und retten wollten, oder sie konnten Angst haben und Hilfe verweigern. Schließlich konnten sie mit den Deutschen bei der Vernichtung der Juden zusammenarbeiten. Über den Heldenmut derjenigen Polen, die bereit waren, ihr eigenes Leben zu riskieren, gibt es bereits eine reichhaltige Literatur.¹⁰ Dagegen wissen wir über die freiwillige Beteiligung am deutschen Vernichtungswerk nur wenig, sodass diese eine nähere Betrachtung lohnt.

Denunziation und Ablieferung auf Polizeiwachen

Das deutsche Vorgehen gegen die Juden verstellte den moralischen Kompass: Gutes wurde bestraft, Böses belohnt. Man konnte mit dem Leben dafür bezahlen, dass man Juden half, während man für die Preisgabe eines Versteckten eine Belohnung erwarten durfte. Für viele erwies sich die Versuchung als zu groß. Habgier und Skrupellosigkeit verführten dazu, aus der schwierigen Lage der Juden Profit zu ziehen. Sie zu betrügen und auszunutzen war praktisch strafflos. Juden zu helfen war ungleich gefährlicher.

Denunziationen waren während der Besatzungszeit in Polen ein wichtiges Element im Macht- und Unterdrückungssystem des Besatzers, denn in der Praxis konnten die Deutschen unmöglich jeden Bauernhof überprüfen, um festzustellen, ob und gegebenenfalls wo sich Juden versteckten. Daher leisteten freiwillige Mit-helfer – Informanten – durch ihre Anzeigen unschätzbare Dienste bei der Verbreitung des Terrors. Das Denunziantentum grassierte

.....
 wicz-Ossowska, *Między dwoma światami. Żydzi w polskiej kulturze ludowej* [Zwischen zwei Welten. Juden in der polnischen Volkskultur], Wrocław 2007.
 10 S. Dariusz Libionka, »Polskie piśmiennictwo na temat zorganizowanej i indywidualnej pomocy Żydom (1945–2008)« [Polnisches Schrifttum zur organisierten und individuellen Judenhilfe (1945–2008)], in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały* [Die Vernichtung der Juden. Studien und Materialien], Nr. 4 (2008), S. 17–80.

so sehr, dass man es vor den Nachbarn verbergen musste, wenn man Juden half.

Mit der Gefahr, die von den Nachbarn ausging, die herausgefunden hatten, dass sich auf seinem Bauernhof Juden aufhielten, rechtfertigte sich beispielsweise Stanisław Roszkowski, in dessen Scheune sich im April 1943 Zelda Kaczerewicz mit ihren drei Kindern versteckt hatte. Nach der Flucht aus dem Ghetto von Wysokie Mazowieckie war sie zunächst bettelnd durch die umliegenden Dörfer geirrt. Der Bauer hatte, wie er später im Verhör aussagte, »gewusst, was den Juden von den Deutschen drohte«, sich »aber damit abgefunden«, weil er »Angst um sich selbst und um seine Familie« gehabt habe.¹¹ Roszkowski war es lieber, dass die jüdische Familie umkam, als seine eigene, was psychologisch verständlich ist. Er fürchtete, einer der Nachbarn würde ihn anzeigen, sodass er ihnen zuvorkommen wollte und Zelda mit ihren Kindern zur Gendarmeriewache brachte, wo die Deutschen sie noch in der Nacht erschossen.¹²

Angst kommt als Rechtfertigung für das Handeln der Angeklagten häufig vor; sie wird als auf dem Land allgegenwärtig beschrieben. Es besteht auch gar kein Zweifel, dass die Gründe für eine solche Angst ganz real waren, doch ist daran zu erinnern, dass wir uns hier im Bereich des freien Willens bewegen. Man konnte aus Angst ausliefern, man musste es aber nicht. Und wenn auch die Dorfbewohner nicht frei von Angst waren, so waren sie doch frei, eine solche Wahl zu treffen und entsprechend zu handeln. Dabei standen ihnen durchaus verschiedene Optionen zur Verfügung: Anstatt Juden auszuliefern, konnte man auch schlicht die Hilfe verweigern, wofür keinerlei Strafe drohte. Diese Entscheidung war, so unangenehm und schmerzlich sie auch sein mochte, selbst Juden vollkommen verständlich, war diesen doch bewusst, dass sie für andere eine tödliche Gefahr darstellten. Ein Mensch, dem die Hilfe verweigert oder der hinausgeworfen wurde, hatte aber immer noch eine Chance, anderswo zu überleben; dem Ausgelieferten indes war praktisch jede Aussicht auf Rettung genommen.

Ich will hier nicht näher auf die Motive eingehen, aus denen Juden ausgeliefert (oder ermordet) wurden.¹³ Nichtsdestoweniger muss an die zweite – meiner Meinung nach eigentliche – Haupttriebfeder für ein solches Verhalten erinnert werden, und diese

.....
 11 Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej [Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens] (AIPN), Bi 408/25, Aussage des Verdächtigen Stanisław Roszkowski. Das Gericht befand beide Angeklagten, Iwanicki und Roszkowski, in seinem Urteil vom 15.5.1952 für schuldig und verurteilte sie dementsprechend zu acht beziehungsweise drei Jahren Gefängnis.
 12 Zelda Kaczerewicz starb nicht, sondern wurde lediglich verwundet; sie erwachte nach einiger Zeit, doch alle ihre Kinder waren tot. Sie überlebte den Krieg mit Hilfe eines Priesters aus der nahegelegenen Gemeinde und ging 1950 nach Israel.
 13 Ausführlicher dazu: Barbara Engelking, *Such a Beautiful Sunny Day ... Jews Seeking Refuge in the Polish Countryside, 1942–1945*, Jerusalem 2016.

Triebfeder war Gier. Diese Gier äußerte sich manchmal in der Form, dass für die Auslieferung der Versteckten deren Habseligkeiten oder eine andere Belohnung verlangt wurde. Die Vorstellung vom Reichtum der Juden war ein Mythos ohne jegliche reale Grundlage, doch in den ärmlichen Verhältnissen auf dem Land ließen sich selbst alte Lumpen noch verwerten, von vollkommen passabler, ungetragener Kleidung, Bettwäsche oder Tischdecken ganz zu schweigen. Als Lohn für die Auslieferung von Juden winkten Alkohol, Zigaretten, kleine Geldbeträge, Zucker oder die Habseligkeiten der Ermordeten.

Auf der praktischen Ebene kam die Auslieferung von Juden in zweierlei Gestalt vor: erstens als Weitergabe der Information über ihr Versteck beziehungsweise, indem die »blaue« Polizei oder deutsche Gendarmerie verständigt und zu ihrem Unterschlupf geführt wurde, oder zweitens, indem Juden gleich auf eigene Faust eingefangen und bei Polizei- oder Gendarmeriewachen abgeliefert wurden.

Beginnen wir mit den Anzeigen: Ein gewisser »Christ aus Aleksandrówka, Waleszek, informierte im Winter 1943 die polnische Polizei« darüber, dass im nahe gelegenen Dorf Cisie – »zwei jüdische Kinder« herumliefen, »Brüderchen und Schwesterchen aus Falenica bei Otwock. Polnische Polizisten kamen nach Cisie, fingen die Kinder ein, brachten sie nach Dębe Wielkie und erschossen sie dort. So was ist viel passiert«,¹⁴ erinnert sich Ita Gartenkranz, die in der Nähe versteckt war.

Außerdem versteckten sich auf einem entlegenen Bauernhof hinter dem Dorf Tybory Trzcianka (Kreis Wysokie Mazowieckie) seit dem Frühjahr 1943 acht Juden bei den Brüdern Wierzbowski in einem im Hof angelegten Bunker. »Die Brüder Wierzbowski nahmen die Flüchtlinge auf, ohne dabei allzu viel zu riskieren, weil sie isoliert und in beträchtlicher Entfernung vom Dorf lebten. [...] Sie gewährten ihnen Schutz in einem Unterschlupf, den sie auf dem Hof ausgehoben hatten und von dem außer der Familie Wierzbowski niemand wusste. [...] Mit der Zeit änderte sich aber das Verhältnis der Brüder Wierzbowski zu den Personen, die sich bei ihnen versteckten. [...] Die Wierzbowskis enttäuschten jedoch die Hoffnungen, welche die Flüchtlinge in sie gesetzt hatten.« Nachdem sie den Juden ein Jahr lang geholfen hatten, »verständigten sie im Frühjahr 1944 die Gendarmerie und zeigten ihr das Versteck«. Die Deutschen kamen ins Dorf und erschossen sieben Juden auf der Stelle, einem gelang die Flucht. Von diesem Verbrechen hätte vielleicht nie jemand erfahren, wenn sich die Brüder Wierzbowski nicht 1949 in einer Kneipe über einem Wodka gestritten hätten. Dabei »erklärte [Stefan], sein Bruder Wierzbowski Piotr sei schuld daran, dass die Deutschen sieben Juden ermordet hätten, die bei

.....
 14 Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego [Archiv des Jüdischen Historischen Instituts] (AŻIH), 301/ 4103, Bericht Ita Gartenkranz.

ihnen versteckt gewesen und nun am selben Ort begraben waren«. Die Wierzbowskis hatten Pech, denn in derselben Kneipe befand sich auch ein Sergeant der Bürgermiliz. Dieser fertigte umgehend eine entsprechende »Dienstnotiz« an, die dazu führte, dass eine Ermittlung eingeleitet wurde.¹⁵

Mehr Energie und Einsatz als die Erstattung einer Anzeige dürfte die selbständige Ablieferung von Juden auf Gendarmerie- oder Polizeiwachen erfordert haben. Entschlossen zeigten sich darin die Herren Pyl und Ukleja, die im Juni 1943 in dem Dorf Budy Podłęskie (Kreis Garwolin) »den Behörden des Deutschen Reiches zur Hand gingen« und einen ihnen persönlich bekannten Juden namens Mechel ergriffen, der sich auf dem Feld versteckt hielt und dem vor dem Krieg ein Geschäft im Nachbardorf gehört hatte. Sie beschlossen, ihn zum Polizeiposten zu bringen. Auf dem Weg dorthin versuchte Mechel zu fliehen, aber die Polen »holten ihn ein und hielten ihn fest. Um einen erneuten Fluchtversuch zu verhindern, legte [Pyl] diesem Juden ein Leitseil um den Hals und führte ihn dann Richtung Domaszew, [wo] [...] er ihm das Leitseil abnahm und ihm stattdessen einen Draht um den Hals legte. Dabei verlangte er [...] von den Wachtposten, dass sie diesen Juden bei der blauen Polizei abliefern.« Mechel wurde umgebracht.¹⁶

Fälle, in denen Juden aktiv eingefangen und auf Polizei- oder Gendarmeriewachen gebracht wurden, waren vielleicht häufiger als die passive Anzeige von Menschen im Versteck; zumindest habe ich in den hier analysierten Quellen mehr Fälle dieser Art gefunden. Dieser zusätzliche Aufwand an Mühe und Anstrengung bei der Suche und Verfolgung, die Anstrengung, die in das Ergreifen, Festhalten, Bewachen und Vereiteln von Fluchtversuchen investiert wurde, und schließlich die Sorge, die dafür getragen wurde, die Gefangenen auf einer Wache abzuliefern, zeigen, welches Maß an Aktivität die Handlungen kennzeichnete, die darauf zielten, sich der Juden zu entledigen.

Selten und atypisch waren Fälle, in denen Juden selbst Zeugen der Anklage waren; aus offensichtlichen Gründen haben von ihnen nur wenige überlebt. Zu dieser Art von Geschichten zählt die Auslieferung Uszer Szajnbergs, der sich in einer Gruppe mit einigen Personen im Wald nahe seinem Heimatdorf Skarżyna im

.....
 15 AIPN, Bi 402/152, Strafprozessakte Piotr Wierzbowski, Stefan Wierzbowski. Die Verhandlung am 26.1.1951 wurde vertagt, um als Zeugen der Anklage Icek Segal aufzufinden, dem die Flucht gelungen war. Da dieser Polen verlassen hatte und nicht aufzuspüren war, wurden die Angeklagten aus dem Gefängnis entlassen und das Verfahren wurde eingestellt. Die Zitate stammen aus der Anklageschrift und der Zeugenaussage der Nachbarin Helena Leoniak.

16 AIPN, SWWW, 318/259, Akten zur Strafsache Jan Pyl. Zitat aus der Urteilsbegründung. In der Verhandlung am 3.10.1952 wurde Pyl zu acht Jahren verurteilt. In der Berufungsverhandlung vor dem Obersten Gericht wurde das Urteil bestätigt. Am 5.7.1956 wurde das Strafmaß im Wege einer Amnestie um die Hälfte gekürzt und Pyl aus dem Gefängnis entlassen.

Kreis Węgrów versteckte. Uszers Schwester, die sich gemeinsam mit ihm verbarg, stellte den Gang der Ereignisse im Juli 1949 während einer Gerichtsverhandlung wie folgt dar: »Am 11. Juni [19]44 waren wir in den Feldern um Skarżyna versteckt [...], im Roggen, der damals schon hoch stand. Irgendwann am Morgen hat mein Bruder Uszer Szajnberg das Roggenfeld verlassen, um irgendeinen Bauern zu treffen. Da haben ihn Bolesław Zalewski und Bonifacy Głuchowski bemerkt, die versteckten Juden nachgespürt haben, sie haben ihn geschnappt und zum Ortsvorsteher gebracht. Głuchowski war ein Schulkamerad von Uszer. Uszer hat ihn angefleht, ihn nicht auszuliefern, aber Głuchowski hat sich Uszer gegenüber sehr feindselig verhalten, obwohl Uszer ihn doch daran erinnert hat, dass sie gemeinsam [zur Schule gegangen sind]. Der Ortsvorsteher wollte meinen Bruder allerdings nicht dabehalten und hat ihnen gesagt: ›Wenn ihr ihn festgehalten habt, dann behaltet ihn jetzt auch.« Da hat sich mein Bruder losgerissen und versucht zu fliehen.« Seine Verfolger fingen ihn aber wieder ein und »führten ihn zur deutschen Feldgendarmarie, die gerade vorbeifuhr, und übergaben ihn ihnen als Juden. Die Gendarmen haben meinen Bruder dann in den Wald in Kaluszyn gezerrt und ihn dort erschossen.«¹⁷

Die gefangenen und in den Tod geführten Juden bettelten um ihr Leben, und manchmal hatte ihr Flehen Erfolg. Zelman Birenfeld war nach seiner Flucht aus dem Ghetto von Rzeszów (Reichshof) Hirte auf dem Land. Eines Tages sagte der Bauer, dass er ihn zu seinem Vater bringen würde, führte ihn aber zur Polizeiwache, »um mich dem Tod auszuliefern. Die Polizisten waren Polen. Und der brave Wachtmeister fragte mich, ob ich sterben wolle. Und ich wollte sterben, weil ich dachte, dass meine Eltern tot sind, und mir war schon alles gleich. Auf der Wache rieten sie mir, in ein anderes Dorf zu gehen, weil ich nicht aussähe wie ein Jude. Sie brachten mir bei, wie man sich bekreuzigt, wie man tüchtig arbeitet und zeigten mir den Weg. Das Leben haben sie mir gerettet.«¹⁸

Wie man sieht, hatten selbst die »blauen« Polizisten eine Wahlmöglichkeit. Sie konnten die Auslieferung der Juden verhindern, und sie waren imstande, die bindenden deutschen Verordnungen zu ignorieren. Die Mehrzahl der Geschichten, die sich unter diesen und ähnlichen Umständen ereigneten, endete jedoch mit dem Tod der Juden.

17 AIPN, SWWW, 318/104–106, Akten zur Strafsache Bolesław Zalewski und Bonifacy Głuchowski. Die Angeklagten wurden im Mai 1950 zu je 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil über Głuchowski, der seiner Eskorte 1950 entkommen konnte, fiel in absentia. Er wurde später erneut verhaftet und 1951 zu 15 Jahren verurteilt. In der Berufungsverhandlung im Februar 1953 wurden die Urteile auf fünf (Zalewski) und zehn Jahre (Głuchowski) reduziert. Zitate aus den Zeugenaussagen.

18 AŻIH, 301/2745, Bericht Zelman Birenfeld.

Morden

Angesichts des Massenmordes durch die Deutschen schienen die mindestens 1.015 einzelnen Mordtaten auf dem Lande nicht so schwerwiegend, auch wenn die Überlieferung lückenhaft und mit einer weitaus höheren Dunkelziffer zu rechnen ist. Allgemeingültige Schlussfolgerungen lassen sich daher nur schwer ziehen. Gleichwohl wollen wir einige konkrete Situationen näher betrachten, in denen es zur Ermordung von Juden kam: durch Einzeltäter, durch Gruppen oder »institutionell«.

Bei individuellen, allein und ohne Zeugen begangenen Morden bestanden nach dem Krieg die geringsten Aussichten, dass sie ans Licht kamen, sodass auch nur wenige solche Fälle in Gerichtsakten zu finden sind. Manchmal verplapperte sich aber jemand, oder es kam zu einer Auseinandersetzung, und dann endete der Fall doch vor Gericht. So geschah es im Fall der Morde, die Stanisław Sieszputowski im Dorf Łazy Stare (Kreis Wołomiń) begangen hat. Dort versteckten sich bei Stanisława Andraszek zwei Juden, einer hieß Brzosko, ein zweiter mit Vornamen Moniek. Nach einiger Zeit nahm Sieszputowski Moniek auf und versteckte ihn bei sich. Im Herbst 1943 beriet Sieszputowski sich mit seinem Nachbarn und »schlug ihm im vertraulichen Gespräch vor, diesen Juden umzubringen, wofür er ihm ›Pelz oder Stiefel« zur Wahl anbot«. Der Nachbar konnte sich aber nicht entschließen, also »erschoss Sieszputowski Moniek selbst hinter dem Schuppen und begrub ihn im Garten an der kleinen Brücke«.¹⁹

Mehr Informationen über individuelle Morde sind in Erinnerungen oder Überlebendenberichten zu finden; manchmal sind es nur Verdächtigungen oder Annahmen, nicht ganz bestätigte Hinweise vom Hörensagen, und selbst die gibt es nur bei Fällen, »über die geredet wurde«. Da war zum Beispiel Fela Fischbein, der sich in Wola Komborska unweit von Krosno versteckte und in sein Tagebuch schrieb: »das Morden hat schon solche Ausmaße erreicht, dass die Bevölkerung moralisch verkommen ist, dass man mit den Juden alles machen kann und es ungestraft durchgeht. Hercigowa, eine ältere, reiche Frau, hat es fertiggebracht, sich zufällig bei demselben Bauern zu verstecken, bei dem auch der jüngere Bruder ihres Mannes versteckt war. Da hat dieser Bauer den Schwager bei sich gelassen, aber sie wollte er angeblich an einen besseren Ort bringen und, oh Gott, er hat sie umgebracht und ihr viel Geld abgenommen.«²⁰

19 AIPN, 318/383, Akten zur Strafsache Stanisław Sieszputowski. Gegen ihn sagte ein Nachbar namens Franciszek Sakowicz aus. Es wurde eine Exhumierung angeordnet, bei der am angegebenen Ort »in etwa 50 Zentimeter Tiefe« das Skelett »eines Menschen in rücklings liegender Position« gefunden wurde. Stanisław Sieszputowski wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

20 Yad Vashem Archives (YVA), O3/3785, Fela Fishbein, *Dziennik* [Tagebuch].



Oben: Razzia und Verhaftungen durch die deutsche Ordnungspolizei und polnische Polizisten vor der Gaststätte »Gospoda« in Krakau im Januar 1941. Foto: Bundesarchiv, Bild 101I-030-0780-09, Fotograf: Kintscher

Der Kreishauptmann
des Kreises Hrubieszow

A u f r u f !
an die ukrainische und polnische Bevölkerung

- 1) Jeder Einwohner ist verpflichtet, wenn er einen **J u d e n** trifft, denselben sofort der nächsten Polizeistelle zu übergeben.
- 2) Wer einen **J u d e n** unterbringt, verpflegt oder ihm anderweitig weiterhilft, wird mit dem **T o d e** bestraft.
- 3) Es ist verboten, die verlassensten Judenwohnungen zu betreten. Wer Gegenstände der Juden sich aneignet oder kauft, wird mit strenger Strafe (Arbeitslager) bestraft, er macht sich der Plünderung schuldig.

Hrubieszow, den 22. X. 1942.

Der Kreishauptmann
gez. B U S S E

Starosta Powiatowy
w Hrubieszowie

Obwieszczenie!
do ludności ukraińskiej i polskiej.

- 1) Każdy mieszkaniec jest zobowiązany przy spotkaniu **ż y d a** odstawić go do najbliższego posterunku policji.
- 2) **Kto żyda przechowuje, daje mu żywność lub w inny sposób jemu pomocy udziela,** zostanie **śmiercią** ukarany.
- 3) Zabrania się wstępu do opuszczonych domów żydowskich. Kto rzeczy żydowskie przywłaszczy lub kupi, zostanie srogo ukarany (obóz pracy przymusowej). Tym samym staje się winnym rabunku.

Hrubieszów, dnia 22. X. 1942.

Starosta Powiatowy
(-) B U S S E

Druk. R. Budkiewicz, Hrubieszów

Links: Aufruf an die ukrainische und polnische Bevölkerung vom Oktober 1942. Foto: Bundesarchiv, Plak 003-037-015



Studien zur Geschichte und Wirkung des Holocaust
(hg. von Sybille Steinbacher im Auftrag des Fritz Bauer Instituts)



Bd. 1: Tobias Freimüller
Frankfurt und die Juden
Neuanfänge und Fremdheitserfahrungen
1945–1990

568 S., geb., Schutzumschlag
44,00 € (D); 45,30 € (A)
ISBN 978-3-8353-3678-0



Bd. 2: Niklas Krawinkel
Belastung als Chance
Hans Gmelins politische Karriere im
Nationalsozialismus und in der Bundes-
republik Deutschland

567 S., geb., Schutzumschlag
44,00 € (D); 45,30 € (A)
ISBN 978-3-8353-3677-3



Bd. 3: Fritz Bauer und »Achtundsechzig«
Positionen zu den Umbrüchen in Justiz,
Politik und Gesellschaft

Herausgegeben von Katharina Rauschenberger
und Sybille Steinbacher
278 S., geb., Schutzumschlag
34,00 € (D); 35,10 € (A)
ISBN 978-3-8353-3845-6



Bd. 4: Maximilian Aigner
Vereinsführer
Vier Funktionäre von Eintracht Frankfurt
im Nationalsozialismus

304 S., 8 Abb., geb., Schutzumschlag
38,00 € (D); 39,10 € (A)
ISBN 978-3-8353-3844-9



Bd. 5: Andrea Rudorff
Katzbach – das KZ in der Stadt
Zwangsarbeit in den Adlerwerken Frankfurt
am Main 1944/45

368 S., 27 Abb., geb., Schutzumschlag
38,00 € (D); 39,10 € (A)
ISBN 978-3-8353-3953-8

Andere Morde wurden gemeinschaftlich begangen, also zusammen mit einem Komplizen, und in diesen Fällen war die Wahrscheinlichkeit, dass sie ans Licht kamen, schon größer. Eine Jüdin, deren Namen wir nicht kennen, versteckte sich mit ihrer fünfjährigen Tochter im Dorf Zambrzyńiec (Kreis Węgrów) bei verschiedenen Bauern, »half ihnen bei der Arbeit und beschäftigte sich sonst damit, Pullover zu stricken«. Im März 1943, »an einem Sonntagabend war sie in der Wohnung von Władysław Zuberek, und dahin kam auch Marian Styś, der eine Flasche Wodka mitbrachte, die er in der Gesellschaft der versteckten Frau und Zubereks leerte. Danach redete Styś auf Zuberek ein, dass er ihm den Beischlaf mit dieser Frau erleichtern solle, aber nachdem er auf Ablehnung gestoßen war, verließ er die Wohnung.« Zwei Stunden später kam er jedoch zurück, zusammen mit Aleksandr Nowak. Gemeinsam verfrachteten sie die Jüdin auf einen Wagen und »fuhren sie in die Sandhügel, in Richtung des nahen Dorfes Kamionna, wo sie ihr das Leben nahmen«. Die Leiche der Frau war indes nicht tief genug vergraben und wurde im Herbst 1943 entdeckt; sie wies Spuren schwerer Schläge auf.²¹

Sehr selten sind Berichte von Juden, die selbst Zeugen waren, wie Polen mordeten, und noch seltener sind solche von Juden, die dem Tod von polnischer Hand entgangen sind. In der Siedlung Seroczyn (Kreis Siedlce) hielt sich die Familie Mendelson – die Eheleute Jankiel und Ruchla mit ihrem achtjährigen Sohn Lejb – bei Józef Banasiuk in der Scheune versteckt. »Am 1. Dezember 1942«, schrieb Jankiel Mendelson nach dem Krieg in einem Brief an den Staatsanwalt, »habe ich mich an die Familie Banasiuk gewandt [...], mit der Bitte, mich, meine Frau und mein Kind zu verstecken. Diese Familie war damit einverstanden, weil sie mich aus der Zeit vor dem Krieg gut kannte und wusste, was ich für die Bewohner der Umgebung Gutes getan hatte. [...] Am 18. Juli [1943] zwischen 17 und 19 Uhr abends kamen zwei Individuen in Polizeiformen. [...] Die beiden kamen zur Scheune, und während sie mein Versteck suchten, brüllten sie: »Kommt raus, sonst werfen wir Granaten!« Meine Frau beschloss, das Versteck zu verlassen und um Gnade zu bitten. In dem Moment hat mich mein Selbsterhaltungstrieb zur Flucht getrieben. Mit Klauen und Zähnen habe ich die Erde unter dem Fundament weggegraben und mich Hals über Kopf über Felder und Wiesen in den Wald geflüchtet.«²² Was weiter geschah, wissen

21 AIPN, SWWW, 318/360-361, Akten zur Strafsache Marian Styś. Nowak wurde in der Verhandlung am 12.7.1948 freigesprochen, weil er unter Zwang gehandelt hatte und nicht unmittelbar an dem Mord beteiligt gewesen war; Styś wurde damals gesucht; der Prozess gegen ihn fand am 30.7.1953 statt. Er wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. Zitate aus der Anklageschrift und der Urteilsbegründung.

22 AIPN, SWWW, 318/505-506, Akten zur Strafsache Franciszek Suchodolski und Kazimierz Maciak, Brief Jankiel Mendelsons vom 28.3.1946 an den Bürgerstaatsanwalt am Landgericht Siedlce mit der Bitte um Einleitung von Ermittlungen wegen Mordes an seiner Frau und seinem Sohn; in den Prozessakten.

wir aus den Prozessunterlagen, den Aussagen der Angeklagten und der Zeugen: Jankiel floh, auf seine Frau Ruchla und den achtjährigen Sohn Symcha-Lejb wurde geschossen. Das Kind starb auf der Stelle, die Frau wurde schwer verwundet. Die Täter waren betrunken; es war Sonntag, und nach der Messe waren sie zum Wodka trinken beim Nachbarn gewesen. Nachdem Maciak einen Dreivierteliter getrunken hatte, überredete er Suchodolski zum Mord, »weil er erwartete, bei den Mendelsons Kostbarkeiten von großem Wert zu finden«. Jankiel Mendelson entkam, Ruchla und Symcha-Lejb Mendelson wurden mit mehreren, von Suchodolski abgefeuerten Schüssen getötet. Bevor sie starb, haben die beiden Täter die verwundete Jüdin noch vergewaltigt.²³

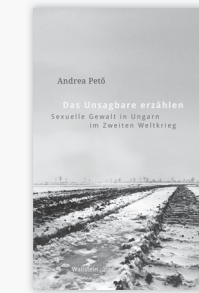
Viele Morde (vielleicht wurden solche Fälle häufiger aufgedeckt) wurden gemeinschaftlich begangen; das heißt, es waren Gruppentötungen, die mehrere Mörder (mehr als zwei) verübten. So wurden vier Bauern aus dem Dorf Liszki (Kreis Sokółów Podlaski) angeklagt, im Juni 1944 Icek Perł ermordet zu haben. Dieser hatte sich bei den Czapskis in der Scheune versteckt. Dort wurde er schließlich vom Ortsvorsteher Piotr Wasilewski bemerkt, der ihn »anwies, das Dorf zu verlassen«. Icek wollte sofort gehen, doch da »fingen die Leute an zu schreien, dass man Icek nicht laufen lassen solle, weil er sonst vielleicht das Dorf anzünden würde. Auf dieses Geschrei hin hielt Henryk Czapski ihn sogleich fest, drehte aus dem reifenden Roggen ein Strohseil, legte ihm das um den Hals und begann, ihn gemeinsam mit Stanisław Kamiński Richtung Dorf zu zerren.« Der Hauptangeklagte Józef Łyszczewski »saß auf dem am Boden liegenden Icek Perł und schlug ihm mit einem Stein auf den Kopf und band ihm dann das Strohseil um den Hals«. Er und Kobyliński »zerrten ihn Richtung Fluss. Icek Perł hatte den Kopf aufgeschlagen und ein Auge verloren.« Als er tot war, »hoben sie hinter dem Bauernhof der Mazurczkowa eine Grube aus« und verscharrten ihn dort.²⁴

Es gibt auch eine Gruppe von Morden, die sich als institutionell klassifizieren lässt und von »blauen« Polizisten oder diversen Untergrundorganisationen verübt wurde. In solchen Fällen handelten die Mörder vor allem als Mitglieder einer Institution der konspirativen Gruppe und nicht »privat«, als gewöhnliche Bürger. Die Aktivitäten der »blauen« Polizei sind ein großes und gesondertes Thema,²⁵ daher

23 Ebd., alle Zitate aus den Aussagen der Angeklagten, der Anklageschrift und der Urteilsbegründung im Fall Maciak. Das Gericht verurteilte sie 1947 zu fünf (Maciak) und sieben Jahren (Suchodolski) Gefängnis.

24 AIPN, SWWW, 318/197, Akten zur Strafsache Józef Łyszczewski, Stanisław Kamiński, Henryk Czapski und Piotr Wasilewski. In der ersten Verhandlung am 7.2.1952 wurde Józef Łyszczewski zum Tode verurteilt (am 13.6.1951 in zwölf Jahre Gefängnis umgewandelt), die drei übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Zitate aus den Aussagen Łyszczewskis, des Zeugen Józef Czapski sowie aus der Urteilsbegründung.

25 S. Jan Grabowski, *Na posterunku. Udział polskiej policji granatowej i kryminal-*



Andrea Pető
Das Unsagbare erzählen
Sexuelle Gewalt in Ungarn
im Zweiten Weltkrieg

Aus dem Ungarischen übersetzt
von Kristina Kovacs
240 S., 10 Abb., geb., Schutzumschlag
26,00 € (D); 26,80 € (A)
ISBN 978-3-8353-5072-4

Wie erzählt man das Unsagbare, für das nicht nur die Zuhörer, sondern auch die Begrifflichkeiten jahrzehntelang fehlten?



»Im Übrigen hat die Vorsehung
das letzte Wort ... «
Tagebücher und Briefe
von Marta und Egon Oelwein

Hg. von Johannes Hürter, Thomas Raithel
und Reiner Oelwein
Das Private im Nationalsozialismus
(hg. von Johannes Hürter und Andreas
Wirsching i.A. des Instituts für Zeitgeschichte
München-Berlin), Bd. 4
637 S., 31 Abb., geb., Schutzumschlag
39,00 € (D); 40,10 € (A)
ISBN 978-3-8353-3951-4

Das private Leben im »Dritten Reich«: Eine nationalsozialistische Familie 1938 bis 1945.



»Wenn die Norskes uns schon nicht lieben, ...«
Das Tagebuch des Dienststellenleiters
Heinrich Christen in Norwegen
1941–1943

Hg. von Dorothee Wierling
Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Quellen (hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg), Bd. 5
288 S., 17 Abb., geb., Schutzumschlag
28,00 € (D); 28,80 € (A)
ISBN 978-3-8353-5050-2

Ein Tagebuch über die Besetzung Norwegens im Zweiten Weltkrieg aus der Perspektive eines deutschen Dienststellenleiters und Mittäters.

soll hier ein Blick auf die Partisanen genügen. Juden wurden mitunter von Partisaneneinheiten beziehungsweise von verschiedenen Banden ermordet, die sich als Partisanen ausgaben. Bei der Beschreibung solcher Ereignisse ist aus zwei Gründen besondere Vorsicht geboten. Erstens unterschieden die Juden nicht zwischen den verschiedenen Untergrundorganisationen; für sie war der Untergrund meist gleichbedeutend mit der Heimatarmee (Armia Krajowa). Daher sind die Informationen über Organisationszugehörigkeiten von Mordtätern mit Umsicht zu verwerten. Zweitens hatten viele Prozesse, die aufgrund des Augustdekrets²⁶ geführt wurden, und vor allem diejenigen, in denen die Angeklagten Mitglieder der Heimatarmee waren, politischen Charakter, sodass auch bei den gegen sie erhobenen Vorwürfen Vorsicht angeraten ist. Dies gilt insbesondere für jene, die einer Überprüfung entzogen sind. Nichtsdestoweniger zeigt die Forschung, dass Juden von Partisanen sämtlicher Untergrundorganisationen ermordet wurden, sowohl von solchen aus der Heimatarmee als auch von Angehörigen der Nationalen Streitkräfte (Narodowe Siły Zbrojne), der Bauernbataillone (Bataliony Chłopskie) und der Kommunisten.²⁷

nej w Zagładzie Żydów [Auf der Wache. Die Beteiligung der Blauen und der Kriminalpolizei an der Vernichtung der Juden], Wołowiec 2020. Vgl. dazu auch den Beitrag von Jan Grabowski in diesem Heft.

26 Das Augustdekret, poln. »sierpniówka«, wurde am 31.8.1944 erlassen und regelte die strafrechtliche Ahndung der Verbrechen von NS-Tätern sowie von sogenannten Verrätern der polnischen Nation, die mit den deutschen Besatzern kollaboriert hatten (Anm. d. Red.).

27 S. dazu u.a. Alina Skibińska, Dariusz Libionka, »Przysięgam walczyć o wolną i potężną Polskę, wykonywać rozkazy przełożonych, tak mi dopomóż Bóg«. Żydzi w AK. Epizod z Ostrowca Świętokrzyskiego« [»Ich schwöre, für ein freies und mächtiges Polen zu kämpfen und die Befehle meiner Vorgesetzten auszuführen, so wahr mir Gott helfe«. Juden in der Heimatarmee. Eine Episode aus Ostrowiec Świętokrzyski], in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały*, Nr. 4 (2008), S. 287–323; Jan Grabowski, »Chcę nadmienić, że nie byłem uświadomiony i wykonywałem zadanie jako żołnierz Armii Krajowej«. O wymordowaniu ukrywających się pod Raclawicami Żydów przez kompanię miechowskiej AK« [»Ich will erklären, dass ich kein Bewusstsein hatte und meine Aufgabe als Soldat der Heimatarmee erfüllt habe«. Über die Ermordung von Juden im Versteck bei Raclawice durch die Miechów-Kompanie der Heimatarmee], in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały*, Nr. 6 (2010), S. 207–231; Joanna Tokarska-Bakir, »Proces Tadeusza Maja. Z dziejów oddziału AL »Świt« na Kielecczyźnie« [Der Prozess gegen Tadeusz Maj. Aus der Geschichte der Volksarmee-Einheit »Morgengrauen« in der Kielecer Region], in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały*, Nr. 7 (2011), S. 170–209; Anna Bikont, »Raz napadł na nas młody chłopak i strzelał, myśmy już nie uciekali«. Morderstwa popełniane przez członków AK i BCh na Żydach ze wsi Strzegom« [»Einmal hat uns ein junger Mann überfallen und geschossen, wir sind schon gar nicht mehr geflohen.« Von Mitgliedern der Heimatarmee und der Bauernbataillone an Juden aus dem Dorf Strzegom begangene Morde], in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały*, Nr. 10 (2014), S. 428–442; Dariusz Libionka, »Lokalne struktury Narodowych Sił Zbrojnych wobec ukrywających się Żydów w świetle powojennych materiałów śledczych i procesowych – przypadek powiatów miechowskiego i pińczowskiego« [Lokale Strukturen der Nationalen Streitkräfte gegenüber Juden im Versteck im Lichte von Ermittlungs- und Prozessakten aus der Nachkriegszeit – das Beispiel der Kreise Miechów und Pińczów], in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały*, Nr. 16 (2020), S. 278–312.

Ich führe ein Beispiel an: Der Bauer Jan Eljasz, der in Turobowice (Kreis Rawa Mazowiecka) lebte, unterhielt vor dem Krieg geschäftliche Beziehungen mit Berek Goldberg, einem Kaufmann aus Biała Rawska. Während des Krieges verwahrte er dessen Vermögen und versteckte für einige Zeit auch Goldbergs sechzehnjährigen Sohn Benek; ihm gab er nach und nach das Geld des Vaters. Er half auch einem gewissen Leon Szubert. Nach einiger Zeit durchsuchten Angehörige der Heimatarmee nach einem Hinweis den Hof und fanden das Versteck in der Scheune. Allerdings waren Benek und Leon gerade nicht da. Die Widerständler drohten dem Bauern, dass sie ihn erschießen würden, weil er Kontakte mit Juden pflegte. Drei Wochen später kam dann erneut eine Einheit der Heimatarmee, 50 Mann stark, zu Eljasz und griff Benek auf. Sie verhörten ihn hartnäckig, doch er gab keine Namen von Helfern preis. Weiter berichtet Eljasz: »Der Junge, er war 16 Jahre alt, schwindelte, so gut er konnte. Als ich sah, dass er langsam anfang, sich zu verplappern – sie haben ihn mürbe gemacht mit ihren Fragen ›Warum bist du hergekommen? Helfen sie dir hier auch?‹ –, habe ich einige Golddollars auf den Tisch geworfen und geschrien: ›Deswegen ist er hergekommen!! Sein Vater hat das für ihn dagelassen.«²⁸

Die AK-Männer nahmen die Münzen und beschlossen, Benek zu töten, wofür sich mühelos ein Freiwilliger fand. Eljasz musste anschließend den Leichnam im Wald begraben und außerdem das gesamte bei ihm deponierte Vermögen herausgeben. »Beneks Märtyrertod war für mich ein schreckliches Erlebnis. Das war für mich der tragischste Moment meines Lebens, tragischer vielleicht noch als der Tod meiner Frau,«²⁹ gab er zu Protokoll.

Leon Szubert hat den Krieg überlebt. Seine Frau erinnert sich in ihrem Bericht: »Benek wurde zu Tode geprügelt. Der Junge war ein Held, er ist unter den Schlägen gestorben, ohne unser Versteck zu verraten.«³⁰

Fazit

Die Verantwortung für die Ermordung der Juden in Europa trägt das nationalsozialistische Deutschland. Am Rande der Vernichtung, besonders in ihrer dritten Phase, bot sich jedoch Raum für mehr oder weniger freiwillige Mithelfer bei diesem deutschen Unternehmen. Es gab solche, die Juden an die Deutschen auslieferten und sie damit bewusst zum Tod verurteilten. Nützlicher waren den Deutschen aber jene, die die Juden gleich selbst töteten und den Besatzern so die Arbeit ersparten. In diesem Aufsatz habe ich eine Gruppe vorgestellt, die aus einigen polnischen Dorfbewohnern

28 YVA, O3/2721, Bericht Jan Eljasz.

29 Ebd.

30 YVA, O3/2569, Bericht Izabela Szubert.

bestand und bei dem Vernichtungswerk an den Juden freiwillig mithalf.

Das Phänomen der Auslieferung und Ermordung von Juden ließe sich anhand vieler Beispiele noch weiter veranschaulichen. Frappierend ist die Grausamkeit, die ihnen allen innewohnt: Wir finden hier Fälle, in denen mit Schaufeln und Beilen gemordet, mit Knütteln und Steinen totgeschlagen, ertränkt, aufgehängt und lebendig begraben wurde. Eine jüdische Familie wurde in einer Höhle in einem stillgelegten Steinbruch bei Kielce lebendig eingemauert. Am wichtigsten erscheint jedoch die Tatsache, dass das zugefügte Böse in keiner Weise notwendig und völlig überflüssig war. Die Polen waren nicht gezwungen, Juden auszuliefern oder zu ermorden. Und dennoch war dies auf dem Land ein alltägliches Phänomen: Ausgeliefert wurde in Weilern, Dörfern und Höfen; getötet wurde mit allem, was gerade zur Hand war, überall – im Gebüsch, auf Feldern, Straßen und im Wald. Die Leichen wurden in Brunnen geworfen, in Gruben, Erdlöchern und Wäldern verscharrt.

Die Bauern, die Juden auslieferten oder ermordeten, wurden, bewusst oder nicht, zu Mithelfern der Deutschen bei deren Vernichtungswerk. Unabhängig von den Motiven, die sie zu ihrem Handeln trieben, leisteten die Folgen ihres Handelns den deutschen Absichten einer vollständigen Ausrottung der Juden Vorschub. Auch wenn dies nicht die Intention der Bauern war, ermöglichten ihre Handlungen in der Konsequenz doch eine effektivere Durchführung der »Endlösung der Judenfrage«. Für die Helfer von Besatzern hat sich der Begriff Kollaborateure eingebürgert; er bezeichnet diejenigen, die zum Schaden ihrer eigenen Gemeinschaft oder Nation handeln. Die Bauern waren, selbst wenn sie im Sinne ihres eigenen, eigentümlich verstandenen Interesses zur Tat schritten, ebensolche Kollaborateure. Indem sie die verfolgten Juden auslieferten oder ermordeten, wurden sie zu einem Bestandteil des deutschen Gewalt- und Vernichtungssystems.

Aus dem Polnischen übersetzt von Pascal Trees

Anzeige

»Das Geschichtenerzählen ist Teil der jüdischen DNA.«

Peninnah Schram, Protagonistin und Literaturprofessorin

In einem außergewöhnlichen literarischen Stil beschreibt der Publizist Gerhard Haase-Hindenberg die vielfältigen Lebensgeschichten jüdischer Menschen in Deutschland.

www.edition-koerber.de

25
Edition
Körber



SPIEGEL
Bestseller-
Autor

ISBN 978-3-89684-290-9
€ 22,- (D) | 384 Seiten

Willige Helfer

Die Beteiligung der »blauen« Polnischen Polizei des Generalgouvernements am Holocaust

Von Jan Grabowski



Prof. Dr. Jan Grabowski ist Historiker und lehrt als Professor an der Universität Ottawa. Veröffentlichungen (Auswahl): *Hunt for the Jews. Betrayal and Murder in German-Occupied Poland*, Bloomington 2013; (Hrsg. mit Barbara Engelking), *Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej* [Danach ist Nacht. Das Schicksal der Juden in ausgewählten Kreisen des besetzten Polen], Warschau 2018; *Na posterunku. Udział polskiej policji granatowej i kryminalnej w Zagładzie Żydów* [Auf dem Posten. Die Beteiligung der »dunkelblauen« Polnischen Polizei und Kriminalpolizei an der Vernichtung der Juden], Sękowa 2020.

Foto: grojeckafoto

Nach Polens Niederlage im September 1939 ging Deutschland dazu über, seine neue Ordnung auf dem Gebiet des eroberten Landes zu festigen. Per Erlass Adolf Hitlers vom 12. Oktober 1939 wurde in der Zentralregion das Generalgouvernement geschaffen.¹ Am 30. Oktober 1939 erließ der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement, Friedrich-Wilhelm Krüger, eine Verordnung, die alle polnischen Polizisten dazu aufrief, ihren Dienst in der reorganisierten Polizei wieder aufzunehmen, und zugleich widerspenstigen Beamten strenge Strafen androhte.² Krügers Verordnung hatte die erwartete Wirkung, sodass schon im Januar 1940 der Personalstand der Polnischen Polizei über 10.000 Mann betrug, unter denen sich auch 1.173 Ermittler der Kriminalpolizei befanden.³ Nachdem die höheren Dienstgrade durchleuchtet und die politisch unsicheren entfernt worden waren, wurde die neu geschaffene »blaue« Polizei dem Kommandeur der Ordnungspolizei unterstellt: Ihre inneren Strukturen aus der Vorkriegszeit behielt sie bei, und sie stützte sich auch weiterhin auf die bisherigen Beamten. Offiziell und endgültig entstand die Polnische Polizei des Generalgouvernements am 17. Dezember 1939 aufgrund einer entsprechenden Verordnung des Generalgouverneurs Hans Frank. Gemäß der Entscheidung der deutschen Behörden sollte die Polnische Polizei zu einer Selbstverwaltungsorganisation werden. Das bedeutete, dass die Kosten für den Unterhalt der Beamten von den Gemeinde- und Kreisbehörden getragen werden

1 Vgl. *Reichsgesetzblatt*, Teil I, 24.10.1939, Nr. 210.
2 Vgl. *Verordnungsblatt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete (VblGG)*, 30.10.1939, S. 16.
3 Archiwum Akt Nowych [Archiv der neuen Akten] (AAN), Rząd GG [Regierung des Generalgouvernements],teczka [Mappe] 641, Bl. 15–19, zit. nach: Adam Hempel, *Pogrobowcy klęski. Rzecz o policji »granatowej« w Generalnym Gubernatorstwie 1939–1945* [Kinder der Katastrophe. Über die »blaue« Polizei im Generalgouvernement 1939–1945], Warschau 1990, S. 38 f.

sollten. Die Dienststellen der Polnischen Polizei waren in öffentlichen Gebäuden untergebracht, sodass die Selbstverwaltungsbehörden auch für Mietkosten aufkommen mussten.⁴ Während die uniformierte Polnische Polizei trotz großer Veränderungen ihren Vorkriegscharakter behielt, nahmen die Geschicke der polnischen Kriminalermittler einen anderen Lauf. Ende Oktober 1939 wurden die »Kriminalen« aus den Strukturen der Polnischen Polizei aus- und als Polnische Kriminalpolizei in diejenigen der Kripo eingegliedert. Damit unterstanden sie im Rahmen der Strukturen der Sicherheitspolizei unmittelbar deutschen Befehlen.

Was die »maßgeblichen Faktoren« angeht, also die Strukturen des entstehenden Untergrundstaates und die Exilregierung, so machten sich diese von Anfang an den Grundsatz zu eigen, dass die Vorkriegsbeamten den Dienst in der »blauen« Polizei antreten durften, ohne deshalb eine Anklage wegen Verrats an der Nation fürchten zu müssen. Dies sollte zum einen gute und ehrliche Polizisten vor den Repressalien der Deutschen bewahren und es zum anderen den Behörden des Untergrundstaates ermöglichen, an Informationen über die Pläne des Feindes im Sicherheitsbereich zu gelangen. In den Augen des Untergrunds (und der polnischen Exilregierung) war es außerordentlich wichtig, die von Kriminalität und gewöhnlichem Räuberunwesen bedrohten Bürger zu schützen. Im Sinne dieses Planes sollten die polnischen Beamten im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch ihre Landsleute vor dem Terror der Besatzer schützen. Aus diesem Grund wurden alle Polizisten, die sich »reaktivieren« ließen, gewarnt, sich stets vom Wohl der polnischen Nation leiten zu lassen. Stigmatisiert wurden indes junge Männer, die sich während des Krieges entschlossen, freiwillig in die Polnische Polizei einzutreten.⁵

Im Herbst 1940 waren die Konsolidierung und Wiederherstellung der Polnischen Polizei abgeschlossen. Um diese Zeit festigten sich die von den Deutschen geschaffenen Organisationsstrukturen, und mit ihnen nahmen auch die von den Besatzern kontrollierten Aufsichtsmechanismen ihre endgültige Gestalt an. Gegen Ende der Besatzungszeit, also ab Ende 1943, dienten rund 16.000 Mann bei der Polnischen Polizei.

4 Archiwum m.st. Warszawy [Hauptstadtarchiv Warschau] (AMSW), Starostwo Powiatowe Warszawskie [Kreishauptmannschaft Warschau], Sign. 1136, Brief Spindlers vom 24.1.1941, S. 4: »Die Polnische Polizei ist Gemeindepolizei.«
5 Vgl. Robert Litwiński, »Policja granatowa w okupacyjnej Warszawie w obronie bezpieczeństwa i porządku publicznego: od podległości wobec okupanta do współpracy z Polskim Państwem Podziemnym« [Die »blaue« Polizei im besetzten Warschau beim Schutz der Sicherheit und öffentlichen Ordnung. Von der Abhängigkeit vom Besatzer zur Zusammenarbeit mit dem polnischen Untergrundstaat], in: Robert Spalek (Hrsg.), *Porządek publiczny i bezpieczeństwo w okupacyjnej Warszawie* [Öffentliche Ordnung und Sicherheit im besetzten Warschau], Warschau 2018, S. 89–122, hier: S. 92.

Die »blaue« Polizei und die Verordnungen der Besatzer gegen die polnischen Juden

In den ersten Monaten der Besatzung wichen die antijüdischen Exzesse von Wehrmacht und Polizei einer besser organisierten, systematischeren Terror- und Unterdrückungsaktion, die mit eigens zu diesem Zweck ausgearbeiteten rechtlichen Maßnahmen einherging. Vom 1. Dezember 1939 an wurden polnische Juden ab dem zehnten Lebensjahr von der sogenannten Kennzeichnungspflicht erfasst, die sie zum Tragen einer Armbinde mit Davidstern verpflichtete. Das religiöse Bekenntnis hatte für die Deutschen keine besondere Bedeutung, wenn es darum ging, jüdische Zugehörigkeit festzustellen. Grundlegende Identifikationsmerkmale wurden anhand unterschiedlich interpretierter rassistischer Kriterien festgelegt, Widerspenstigen drohten rechtliche Sanktionen. Am 24. Januar 1940 wurde eine Verordnung erlassen, nach der Juden den Stand ihrer Bankkonten und Wertsachen (zu denen auch persönliche Gebrauchsgegenstände zählten) registrieren lassen mussten.⁶ Juden wurde es verboten, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, und jüdische Ärzte, Juristen und Vertreter anderer freier Berufe durften ihre Tätigkeiten nicht mehr ausüben. Bald wurden die Pensionen und Renten an Juden nicht mehr ausbezahlt und Bankkonten der »nichtarischen Bevölkerung« eingefroren. Im Oktober 1940 wurde in Warschau das Ghetto geschaffen, dessen offizielle Schließung bereits am 15. November erfolgte. An der Grenze des neu entstandenen, geschlossenen Stadtteils wurde eine Mauer errichtet, und für den Aufenthalt außerhalb des Ghettos wurde eine Reihe von Strafen eingeführt, die auszusprechen und zu vollstrecken dem deutschen Justizapparat oblag. Die Durchsetzung all dieser Besatzungsverordnungen gehörte zu den Pflichten der Polnischen Polizei.

Laut Emanuel Ringelblum, dem Chronisten des Warschauer Ghettos, hatte die uniformierte Polnische Polizei in Bezug auf die Juden folgende Aufgaben: »1. Bewachung der Ausfalltore des Ghettos sowie der das Ghetto oder die jüdischen Stadtteile umgebenden Mauern und Zäune, 2. Beteiligung an Umsiedlungsaktionen als Härscher, bewaffnete Begleiter und Ähnliches, 3. Beteiligung am Aufspüren von Versteckten nach Judenaussiedlungsaktionen, 4. Erschießung von Juden, welche die Deutschen zum Tode verurteilt hatten.«⁷

All das ist richtig, doch war die Liste der Aufgaben, die Angehörige der Polnischen Polizei »hinsichtlich der jüdischen Agenda«

6 Verordnung vom 24.1.1940 über die Anmeldung des jüdischen Vermögens im Generalgouvernement.
7 Emanuel Ringelblum, *Stosunki polsko-żydowskie w czasie drugiej wojny światowej. Uwagi i spostrzeżenia* [Polnisch-jüdische Beziehungen im Zweiten Weltkrieg. Bemerkungen und Beobachtungen], hrsg. von Artur Eisenbach, Warschau 1988, S. 101 f.

zu erfüllen hatten, bedeutend länger. In Warschau führte die »blaue« Polizei auf Anweisung der deutschen Behörden zwischen dem 16. und 20. November 1940 Massenverhaftungen von Juden durch, die sich geweigert hatten, ins Ghetto umzuziehen, und auf der »arischen« Seite geblieben waren. Sie wurden ins Ghetto geleitet oder dorthin transportiert. »Am Freitag in der Nacht wurden die Juden in Praga verhaftet und in Autos nach Muranów und in andere Straßen gebracht; sie übernachteten in Treppenhäusern und Hinterhöfen«, notierte Emanuel Ringelblum in seinem Tagebuch.⁸ Andere wurden vorübergehend in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden innerhalb des Ghettos untergebracht. Genaue Schätzungen sind schwierig, doch dürfte die Zahl der während der Novemberrazzia ergriffenen Juden zwischen 15.000 und 20.000 gelegen haben. Die gigantische Razzia wurde mit Hilfe von zuvor eigens angefertigten Listen durchgeführt.⁹

Die große Razzia gegen die Juden, die sich auf der »arischen« Seite aufhielten, war nur der Beginn der Suchaktionen, die nach der Liquidierung der Ghettos von 1942/43 enorm intensiviert wurden und bis zum Kriegsende andauerten.¹⁰ Von der Effektivität der Polnischen »blauen« Polizei zeugen die sogenannten Strafanzeigen, die zu Hunderten erhalten sind und das Aufgreifen von Juden außerhalb der Ghettos betreffen. Sie können als quantitative Quelle behandelt werden. Charakteristisch ist, dass die Ergreifung von Juden, die sich illegal auf der »arischen« Seite bewegten, in fast allen Fällen mit der Aktivität und Anwesenheit der »blauen« Polizei verbunden war.¹¹

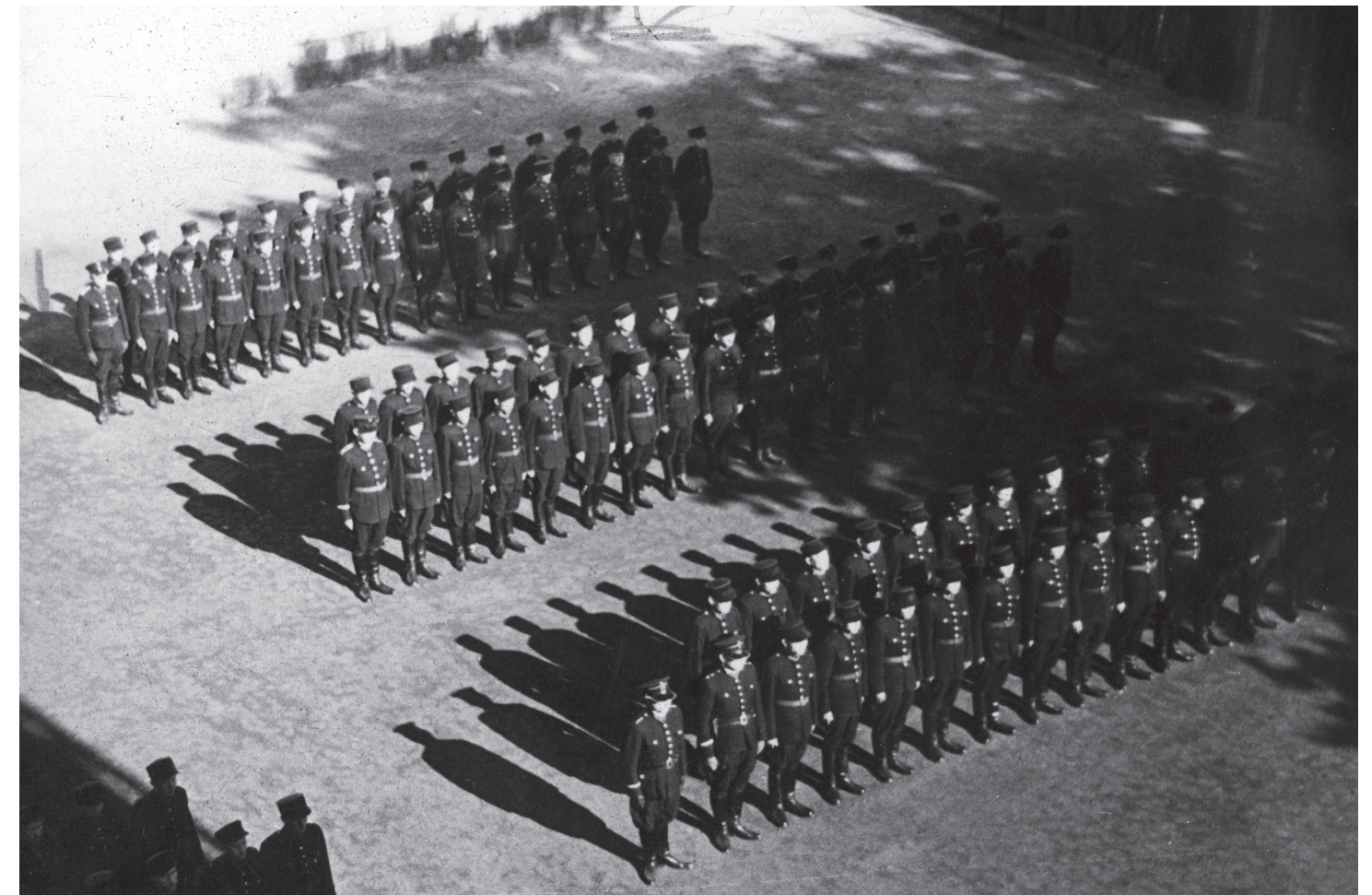
War die »blaue« Polizei in Warschau schon ein wichtiges Element in der gegen die Juden gerichteten deutschen Terrormaschinerie, so war sie in den Kleinstädten der Provinz und im ländlichen Raum geradezu ein Schlüsselement. Hier waren die Kontakte der Polnischen Polizei mit der jüdischen Bevölkerung nicht nur häufiger und enger (die Wachtmeister kannten ihre jüdischen Nachbarn aus der Vorkriegszeit meist bestens), sie betrafen auch die bedeutend größere Sphäre der alltäglichen Angelegenheiten und Probleme. In Opoczno, einem kleinen Städtchen in Zentralpolen, führte die »blaue« Polizei eine außerordentlich engmaschige Aufsicht über

8 Emanuel Ringelblum, *Kronika getta warszawskiego* [Chronik des Warschauer Ghettos], Warschau 1983, S. 199; s. auch ders., *Notes from the Warsaw Ghetto*, hrsg. von Jacob Sloan, New York u.a. 1958, S. 86 f.
9 Vgl. Tadeusz Obremski, *Wśród zatrutych noży. Zapiski z getta i okupowanej Warszawy* [Zwischen vergifteten Messern. Notizen aus dem Ghetto und dem besetzten Warschau], hrsg. von Agnieszka Haska, Warschau 2017, S. 58.
10 In der Eile kam es manchmal zu Irrtümern: »Einer der Sergeanten verhaftete anstelle eines Juden namens Baumgart einen Deutschen namens Baugarten. Den Deutschen hielten sie eine Nacht lang auf dem Kommissariat fest«. Vgl. AAN, AK, 203-III-123, S. 4.
11 Vgl. Jan Grabowski, *„Ja tego Żyda znam!« Szantażowanie Żydów w Warszawie, 1939–1943* [»Ich kenne diesen Juden!« Die Erpressung von Juden in Warschau, 1939–1943], Warschau 2004.

die im dortigen Ghetto konzentrierten Juden. Wie die Einträge in dem erhaltenen Diensttagebuch zeigen, drillten und kontrollierten die polnischen Beamten den Jüdischen Ordnungsdienst (OD), also die jüdische Polizei, setzten die »Kennzeichnungspflicht« durch und bestrafte Juden, die sie im Ghetto ohne Armbinde mit Davidstern antraten.¹² Daneben beaufsichtigten die polnischen Polizisten die Einhaltung der Polizeistunde für Juden.¹³ Ein besonderes Betätigungsfeld war die Bekämpfung des illegalen Handels.¹⁴ In der Praxis hieß das: Durchsuchungen in jüdischen Häusern nach versteckten Waren und Lebensmitteln sowie Verhaftungen jüdischer Händler, die versuchten, etwas in die unterversorgten Ghettos zu schmuggeln.¹⁵

Unweit von Krakau liegt die kleine Ortschaft Brzesko Nowe. Dort gab es keine deutsche Behörde, die einzige Polizeieinheit bestand aus Polen, die ihren Dienst auf der örtlichen Wache der Polnischen Polizei versahen. Aus den Akten dieser Dienststelle geht hervor, dass zu den Pflichten der »blauen« Polizei auch die Aufsicht über die Zwangsarbeit der Juden von Brzesko und Umgebung gehörte. So forderte der Gemeindevorsteher von Gruszów im März 1940 vom Kommandeur der Polnischen Polizei in Brzesko Nowe, dem »Vorsteher der jüdischen Gemeinde« mit Konsequenzen zu drohen, weil dieser nicht imstande war, dafür zu sorgen, dass die Juden sich in ausreichender Zahl zur Zwangsarbeit beim Schneeräumen einfanden. Ein anderer Gemeindevorsteher bat ebenfalls im März 1941 die Polizei darum, Juden zu verhaften, die sich der Zwangsarbeit entzogen.¹⁶ In den Polizeiakten finden sich namentliche Haftbefehle, die sich auf Anzeigen von Ortsvorstehern gegen Juden richten, die der Zwangsarbeit zu entgehen suchten.¹⁷ Nicht zuletzt ist bei der Erörterung der Pflichten der »blauen« Polizisten

12 Archiwum Państwowe w Kielcach [Staatsarchiv Kielce] (APK), Policja Państwowa w Opocznie [Staatspolizei in Opoczno] (PPO). Mitunter bestrafte die »Blauen« Juden für das Tragen »verschmutzter« Armbinden und zeigten damit einen Eifer, der über das hinausging, was die Verordnungen der Besatzungsmacht nahelegten.
13 APK, Posterunek PPO, Księga stacyjna [Diensttagebuch], »24.4.1942 – Streifendienst im jüdischen Bezirk zur Überwachung der Einhaltung der Polizeistunde im jüdischen Bezirk für einen Zeitraum von zwei Stunden zwischen 21 und 23 Uhr. Serg. Marciniak. Bemerkungen. Während der Streife in der Stadt wurde überprüft, ob die Juden die Polizeistunde einhalten«.
14 Als Beispiel: Archiwum Instytutu Pamięi Narodowej [Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens] (AIPN), GK 695, Bd. 1, S. 137. Brief vom 27.4.1942.
15 APK, PPO, Księgi Stacyjne [Diensttagebücher], 1940r. Von der »blauen« Polizei festgehaltene Händler aus Opoczno: Grunwald Chaskiel, Grunwald Herszek, Grunwald Mosiek, Kryszał Maria und Majner Chawa.
16 Archiwum Narodowe w Krakowie [Nationalarchiv in Krakau] (ANKr), Posterunki Policji Państwowej oder Polskiej w Brzesku Nowym (PPPBrzN), Bd. 17, unpag., Brief des Gemeindevorstehers Osika vom 11.3.1941.
17 ANKr, PPPBrzN, Bd. 17, Bl. 26, Brief vom 24.10.1941. S. auch den Brief des Chefs des Arbeitsamtes in Kazimierz Wielka vom 18.9.1941, in dem dieser vom Judenrat verlangt, 100 Juden zu Meliorationsarbeiten zu schicken. Ebd., Mappe 34, Bl. 34.



Polizisten in der Schule der Polnischen Polizei, Nowy Sącz 1941.
Foto: Narodowe Archiwum Cyfrowe, 3/2/0/-/4669

in »Judenangelegenheiten« an die Zwangsarbeitslager für Juden zu erinnern (die sogenannten Judenlager, kurz: Julag). In den Julag versahen polnische Polizisten oftmals den Wachdienst, und Polen, die sich freiwillig zum Wachdienst meldeten, wurden in speziellen, von Beamten der Polnischen Polizei geleiteten Kursen geschult.

Im Herbst 1941 verschärfte sich die deutsche Terrorpolitik gegen die jüdische Bevölkerung dramatisch. Am wichtigsten und folgenreichsten war hierbei die von Hans Frank am 15. Oktober 1941 verkündete »Dritte Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen im Generalgouvernement« (im Folgenden: »Dritte Verordnung«). Sie führte die Todesstrafe für Juden ein, die außerhalb des Ghettos ohne Armbinde und Passierschein aufgegriffen wurden, und für all jene, die versteckten Juden halfen. Die Verordnung trat bereits im Oktober in Kraft, und ihre praktischen Auswirkungen ließen nicht

lange auf sich warten. In gleichem Maße, wie die Vorschriften über das Aufenthaltsrecht der Juden im Generalgouvernement verschärft wurden, nahmen auch die Bedeutung und Aktivität der »blauen« Polizei zu. Am 27. September 1941 bat Warschauer Stadthauptmann Ludwig Leist seinen direkten Vorgesetzten, Gouverneur Ludwig Fischer, darum, spezielle polnische Polizeigerichte einzusetzen, die schnell – und streng – Juden aburteilen sollten, die außerhalb des Ghettos gefasst wurden. »Die Angelegenheit« sei »besonders eilig im Lichte der Anweisungen der zuletzt herausgegebenen Verordnung des Distriktchefs«, fügte Leist hinzu.¹⁸

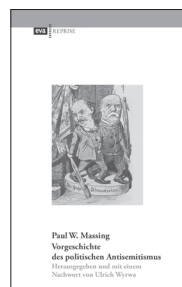
18 AIPN, Regierung des Generalgouvernements, 94/V/1, Bl. 90.

»Die Wurzeln faschistischen und nationalsozialistischen Handelns«

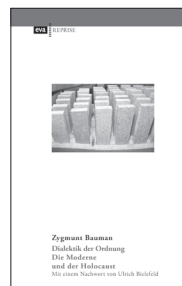
(Fritz Bauer 122 S. ISBN 978-3-86393-085-1 15 € [D])



Eva G. Reichmann
Die Flucht in den Hass
Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe
Hg. m. e. Nachwort von Kirsten Heinsohn
eva|Reprise
356 Seiten | Broschur | 25 € [D]
ISBN 978-3-86393-104-9
Auch als e-book erhältlich



Paul W. Massing
Vorgeschichte des politischen Antisemitismus
Hg. m. e. Nachwort von Ulrich Wyrwa
eva|Reprise
363 Seiten | Broschur | ca. 25 € [D]
ISBN 978-3-86393-123-0
Auch als e-book erhältlich



Zygmunt Bauman
Dialektik der Ordnung
Die Moderne und der Holocaust
Nachwort von Ulrich Bielefeld
eva|Reprise
269 Seiten | Broschur | 22 € [D]
ISBN 978-3-86393-098-1
Auch als e-book erhältlich



Werner Renz
ad Hannah Arendt
Eichmann in Jerusalem
Die Kontroverse um den Bericht „von der Banalität des Bösen“
Etwa 120 Seiten | Klappenbroschur | ca. 12 € [D]
ISBN 978-3-86393-125-4

Nähere Informationen zu den einzelnen Büchern und über das Gesamtprogramm:
www.europaeischeverlagsanstalt.de

Daraus wurde schließlich nichts, doch schon bald erhielt die Polnische Polizei den Befehl, auch Frauen und Kinder, die beim Versuch, das Ghetto zu verlassen, ergriffen würden, auf der Stelle zu erschießen.¹⁹ Am Ende führte die »blaue« Polizei auf Anweisung der deutschen Behörden am 17. November und 15. Dezember 1941 zwei Massenhinrichtungen auf dem jüdischen Arrestgelände an der Geşia-Straße durch.²⁰ In beiden Fällen wurden die Opfer unter den Juden ausgewählt, die außerhalb des Ghettos ohne Armbinde erwischt worden waren. Über die Hinrichtung im November ist der Bericht eines Untergrundinformanten erhalten: »Auf den Gesichtern einiger Angehöriger des Hinrichtungskommandos war tiefe Niedergeschlagenheit erkennbar, aber Oberst Reszczyński rief ihnen zu: »Kopf hoch, Jungs, nur Mut!« Das Exekutionskommando nahm sechs Meter von den Pfosten Aufstellung, an welche die jüdischen Ordnungsdienstleute die Verurteilten gebunden hatten. Der Glaser Pajkus schrie: »So was machen Menschen! Menschen machen das!« Den Mündern der Gefesselten entströmten Schreie der Verzweiflung, man sah das Zittern gefesselter Körper, die sich befreien wollten. Der Befehl kam, es krachten zwei Salven und noch vier einzelne Schüsse, die schon nicht mehr notwendig waren. Kommissar Auerswald fuhr erst direkt nach der Hinrichtung im Auto vor: Er stieg mit einem Lächeln aus und sagte auf die Bemerkung des Staatsanwalts, dass er zu spät sei: »Schade, Sie haben es gut gemacht.«²¹

Erschießungen von Juden auf Anweisung der Deutschen kamen im Rahmen der breit gefassten Pflichten der »blauen« Polizei immer häufiger vor. In der Zeit vor den Ghettoliquidierungen führten polnische Polizisten vielerorts Hinrichtungen durch, nicht nur in Warschau.²² Diese Exekutionen waren der Anfang der »Endlösung der Judenfrage«, die im Generalgouvernement im Frühjahr 1942 beginnen sollte.

In der sehr spärlichen Literatur zur Beteiligung der »blauen« Polizei an den Ghettoliquidierungen heißt es meist, dass sie von den Deutschen für den Wachdienst rund um die zu liquidierenden Judenansammlungen eingesetzt wurde. Das stimmt auch, doch war dies nur ein schmaler Ausschnitt aus den Pflichten der »blauen«

19 Yad Vashem Archives (YVA), TR 10/2861-1, Zentrale Stelle Ludwigsburg, 211 AR-Z 77/66 Bl/a.f. 31, Warschau, 10.11.1941, Jarko, Oberstleutnant d. Sch. (für: Hauptmann) an den Kommandeur der Ordnungspolizei für den Distrikt Warschau.

20 Vgl. Barbara Engelking, Jacek Leociak, *Getto warszawskie. Przewodnik po nieistniejącym mieście* [Das Warschauer Ghetto. Führer durch eine untergegangene Stadt], Warschau 2001, S. 205. Dabei wurden 24 Personen erschossen.

21 AAN, Delegatura Rządu na Kraj [Vertretung der Regierung im Lande], 202/II/28, S. 67.

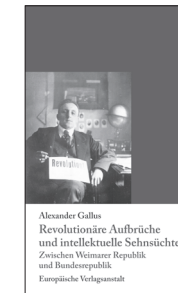
22 Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego [Archiv des Jüdischen Historischen Instituts] (AŻIH), 301/1998, Zeugenaussage Szymon Datner, sowie Bestand 301/390: Vermögensbeschlagnahmung und öffentliche Hinrichtung Berel Kuszewskis im Jahr 1942.

Polizisten. Man kann die Hypothese wagen, dass die Bedeutung der polnischen Polizisten sich zu den Kräften, die dem Besatzer selbst in dem jeweiligen Gebiet zur Verfügung standen, umgekehrt proportional verhielt. Während die polnischen Beamten in den großen Städten im Wesentlichen Wachdienst taten und es den Juden unmöglich machten, auf die »arische« Seite zu entkommen, gehörte es in den kleineren Ghettos (wo die weit überwiegende Mehrheit der polnischen Juden konzentriert war) zu ihren Pflichten, die Opfer zu den Sammelplätzen zu treiben, deren Wohnungen zu durchsuchen und Verstecke aufzuspüren, die Verurteilten zur nächsten Eisenbahnstation zu eskortieren, von der aus dann die Transporte in die Vernichtungslager abfahren. Polnische Polizisten nahmen auch an den Massenmorden teil, die es in jedem einzelnen der zu Hunderten liquidierten Ghettos gegeben hat, und in einigen Fällen – wenn die Deutschen nicht in der Umgebung waren – fiel ihnen die Pflicht zu, die Liquidierung der lokalen jüdischen Gemeinde selbständig durchzuführen. In solche Situationen gerieten sie zum Beispiel bei Przeworsk, in Markowa, Albigowa, Husów, Sietesz und anderen Ortschaften²³ sowie nicht zuletzt auch in dem schon erwähnten Brzesko Nowe. In diesen Fällen liquidierte die Polnische Polizei örtliche Judenansammlungen mit eigenen Kräften oder auch mit Hilfe örtlicher Brigaden der Freiwilligen Feuerwehr und mit Unterstützung gewöhnlicher Einwohner, denen sich so die Gelegenheit zum Raub jüdischer Habe bot.

Trotz umfangreicher Aktenvernichtungen sind genug Unterlagen vorhanden, um sich ein Urteil über die Beteiligung der Polnischen »blauen« Polizei am Holocaust bilden zu können. Ein Beispiel ist der Schriftverkehr des Kommissariats der Polnischen Polizei in Jędrzejów im Distrikt Radom.²⁴ Das Kommissariat hatte Kontrollfunktionen für eine ganze Anzahl von Dienststellen, die über das Gebiet des Kreises verstreut waren. In den Unterlagen befinden sich Aufstellungen über Waffen und Munition, welche die lokalen Kommandeure an ihre Vorgesetzten in Jędrzejów schickten. Das war für die Deutschen ein heikler Punkt, wussten sie doch zu gut über die Kontakte polnischer Polizisten zum Widerstand und darüber Bescheid, dass Waffen und Munition auf dem Schwarzmarkt verkauft wurden. Mit der Zeit wurde die Kontrolle über den Stand der Bewaffnung zu einer Frage von Leben und Tod, und zwar sowohl für die Deutschen, die befürchten mussten, dass eine »verlorene« Waffe gegen sie gerichtet werden könnte, als auch für die polnischen Polizisten, denen für den Verlust einer Waffe strenge

23 Vgl. Jan Grabowski, Dariusz Libionka, »Bezdroża polityki historycznej. Wokół Markowej, czyli o czym nie mówi Muzeum Polaków Ratujących Żydów podczas II Wojny Światowej im. Rodziny Ulmów« [Irrwege der Geschichtspolitik. Rund um Markowa oder Wortüber das Familie-Ulma-Museum der polnischen Judenretter im Zweiten Weltkrieg nicht spricht], in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały* [Die Vernichtung der Juden. Studien und Materialien], Nr. 12 (2016), S. 617–641. 24 AIPN, GK 652/48, Bd. 1.

»Revolutionäre Aufbrüche und intellektuelle Sehnsüchte«



Alexander Gallus
Revolutionäre Aufbrüche und intellektuelle Sehnsüchte
Zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik
326 Seiten | Klappenbroschur | 25 € [D]
ISBN 978-3-86393-122-3
Auch als e-book erhältlich



Jens Hacke
Liberaler Demokratie in schwierigen Zeiten
Weimar und die Gegenwart
269 Seiten | Klappenbroschur | 22 € [D]
ISBN 978-3-86393-111-7
Auch als e-book erhältlich



Reinhard Mehring
Carl Schmitts Gegenrevolution
501 Seiten | Klappenbroschur | 34 € [D]
ISBN 978-3-86393-118-6
Auch als e-book erhältlich



ad Ernst Fraenkel
Der Doppelstaat
Alexander v. Brünneck
Horst Dreier
Michael Wildt
112 Seiten | Klappenbroschur | 12 € [D]
ISBN 978-3-86393-113-1
Auch als e-book erhältlich

Nähere Informationen zu den einzelnen Büchern und über das Gesamtprogramm:
www.europaeischeverlagsanstalt.de

Strafen bis hin zur Todesstrafe drohten. Ab der zweiten Jahreshälfte 1943, also seit der Zeit, als die Untergrundorganisationen begannen, Polizisten zu entwaffnen, kamen Meldungen über Waffenverluste immer häufiger vor. Grundsätzlich musste für jede verschossene Patrone vor den deutschen Vorgesetzten Rechenschaft abgelegt werden.²⁵

In den Jahren 1940 und 1941 schossen polnische Beamte zumeist auf herrenlose und tollwütige Hunde. Ein typisches Dokument dieser Art ist der unten wiedergegebene Bericht eines Dienststellenleiters in Szczekociny vom 29. März 1942. Dabei ist anzumerken, dass üblicherweise nur von einzelnen Patronen die Rede war, wenn verdächtige Banditen verhaftet oder Schüsse auf tollwütige und wilde Hunde abgegeben wurden. Als im Spätsommer und Herbst 1942 im Kreis Jędrzejów die Liquidierung der Ghettos begann, zielten polnische Polizisten nicht mehr auf Hunde, sondern auf Menschen, und die Zahl der abgerechneten Patronen stieg rapide an.

Es ist zu vermuten, dass aus ebendiesem Grund die Berichte über die verschossenen Patronen anders aussahen als zuvor. Diese wenigen überlieferten Dokumente verdienen besondere Aufmerksamkeit. Am 21. November 1942 schickte der Dienststellenleiter in Wodzisław seinem Vorgesetzten in Jędrzejów folgenden Bericht: »Ich melde dem Herrn Kommandeur, dass ich während der Judenliquidierung in Wodzisław von der Gendarmerie in Jędrzejów 300 Schuss Gewehrmunition erhalten habe, aus der ich den unten Genannten zum Ersatz verschossener Munition wie folgt zugeteilt habe.«²⁶ Der Dienststellenleiter legte eine Liste bei, in der die 19 Polizisten, an die er Patronen ausgegeben hatte, namentlich aufgeführt sind. Als Anlage waren dem Bericht überdies 91 Patronenhülsen beigelegt. Zehn Tage später forderte der Dienststellenleiter der Polnischen Polizei in Wodzisław erneut Munition in Jędrzejów an. Sergeant Buczek informierte seinen Vorgesetzten am 1. Dezember 1942: »Ich bitte um Zuteilung zusätzlicher Gewehrmunition für die örtliche Dienststelle der P.P., die von Gefreiten der hiesigen Wache auf Juden während deren letzter Aussiedlung aus Wodzisław verschossen wurden, und zwar: 1. Für Serg. Buczek Władysław 20 Stück[,] 2. Für Zugf. Klepka Józef 10 Stk.[,] 3. [Für Zugf.] Wójcikiewicz Władysław 5 Stk.[,] 4. [Für Zugf.] Szczukocki Ludwik 20 Stk.[,] 5. Anwärter Węckowski Zdzisław 16 Stk.[,] Insgesamt 71 Stück.«²⁷

Berichte wie dieser über das »Judenschießen« in Wodzisław waren keine Einzelfälle. Ähnliche Informationen erreichten den

Kreiskommandeur in Jędrzejów auch von anderen Dienststellen.²⁸ Am 21. Dezember 1942 feuerten polnische Polizisten von der Wache in Nawarzyce bei einer solchen Verfolgungsjagd auf Juden 22 Patronen ab, und am 8. Dezember wandte sich Sergeant Zieliński von der Wache in Irządze an Jędrzejów und bat darum, man möge ihm vier Patronen schicken, um diejenigen zu ersetzen, die seine Männer auf sich versteckt haltende Juden verschossen hatten.²⁹

Ähnliche Abrechnungen sind auch aus anderen Distrikten überliefert. Oberstleutnant Urbański, Kommandeur der »blauen« Polizei im Kreis Krasnystaw, berichtete dem Kommandeur der Gendarmerie in Krasnystaw: »Am 28. Juni 43, um 14 Uhr, in der Siedlung Felin, ergriffen Polzisten von der PP-Wache in Rybczewice sieben Juden. Diese Juden waren aus dem Lager in Lublin³⁰ entkommen, und zwar: 1. Jakub Szapiro, 43, aus Lublin; 2. Handelman, Mordko, 39 Jahre, 3. Majer Berko-Hersz, 40, aus Piaski; 4/ Necman Herszek, 30 Jahre, 5. Necman Sara, 32 Jahre, 6. Necman Chana, 4 Jahre; und 7/ Bereschling Chaja, alle aus Piaski, Kreis Lublin. Während eines Fluchtversuchs wurde der Jude Herszek Necman von Polizisten der Wache Rybczewice mit 17 Schuss erschossen und am Ort des Ereignisses vergraben. Die übrigen sechs Juden wurden nebst mitgeführtem Bargeld und Bekleidungsstücken auf die Gendarmeriewache in Piaski, Kreis Lublin geführt.«³¹

Die vielen abgegebenen Schüsse und das hastige Begräbnis des Opfers weckten bei den Deutschen sicher gewisse Zweifel.

Abschließend lohnt es sich, den Bericht des Dienststellenleiters in Stanin, Mazur, an seinen Vorgesetzten in Łuków ausführlich zu zitieren: »Ich melde, dass am 11. Januar 1943 in den Abendstunden der Dorfschulze von Korzuchówka sechs Juden, die durch die Dörfer streunten, festgehalten und diese Juden auf die hiesige Dienststelle gebracht hat. Der Schulze von Janik brachte drei Juden und eine Jüdin. Der Dorfschulze von Sarnów, Gemeinde Tuchowicz, drei Juden, und wir mussten auf eigene Faust einfangen und zur Gemeindeverwaltung Tuchowicz in den Arrest bringen, sodass insgesamt 23 Personen, darunter zwei Jüdinnen, hergebracht wurden. Einer der Juden ist im Arrest verstorben, sodass 22 Personen blieben. Von diesen wurden am 12. Januar 1943 elf Personen erschossen, so verblieben noch elf Personen. Von weiterem Schießen sahen die Polizisten wegen schlechter Munition, das heißt wegen einer großen Anzahl Blindgänger, ab. Als ich am 12. Januar 1943 um elf Uhr mit dem Zugführer Wagner nach Łuków fuhr, um Gewehre abzuholen, traf

28 Ebd., S. 75. »32 Gewehrpatronen durch die Pol. Beamten vom Polizeiposten in Krasocin bei der Verfolgung von Juden ueberreiche ich mit der Bitte, die Ergänzung der verschossenen Patronen veranlassen zu wollen«.

29 Ebd., S. 63, 77.

30 Vermutlich handelte es sich um Flüchtlinge aus dem zu dieser Zeit liquidierten Ghetto in Piaski.

31 United States Holocaust Memorial Museum (USHMM), RG 15.225, Spule 11, IPN Lublin, GK, 418, Mappe 991, Bl. 4.

ich einen Juden an, der auf Zuruf nicht stehen blieb und die Flucht ergriff, wobei er im Dorf Józefów, Gemeinde Tuchowicz, erschossen wurde. Die festgehaltenen und hergeführten Juden waren aus einem Gefängniseisenbahntransport auf dem Weg von Dęblin nach Łuków entflohen. In der Nähe der Eisenbahnhaltestelle Sarnów, Gemeinde Tuchowicz am Eisenbahngleis wurden fünf getötete Juden gefunden, die an Ort und Stelle begraben wurden. Bei den getöteten Juden wurden 86 Złoty Bargeld (sechsendachtzig Zł), 10 deutsche Mark (zehn Mk), eine beschädigte Taschenuhr, dreizehn Trauringe und 34 Ringe mit eingefassten Steinen sowie ein Feuerzeug gefunden. Die eingesammelten Gegenstände füge ich hier zur Entscheidung durch den Herrn Oberleutnant an.«³²

Auch wenn die Beispiele aus den Distrikten Radom und Lublin stammen, wird man annehmen dürfen, dass die mörderische »operative Technik«, welche die polnischen Polizisten gegen die Juden anwandten, im gesamten Generalgouvernement ähnliche Formen annahm.

Eine andere Quellengattung, die uns eine gewisse Vorstellung von der Beteiligung polnischer Beamter an Liquidierungsaktionen vermittelt, sind Tagegeldabrechnungen.³³ Im Schriftverkehr der Kommissariate aus dem Kreis Radomsko sind Vordrucke zu finden, auf denen die zur Ghettoliquidierung abgestellten Polizisten die zurückgelegte Entfernung, die verrichtete Arbeit sowie das verwendete Transportmittel notierten. Ewa Wiatr, die diese interessante Quelle als Erste nutzte, schreibt: »Zugführer Stanisław Kawa aus Kobieli gebrachte in seiner Beschreibung ganze Sätze: »Am 6. Oktober um zwei Uhr fuhr ich zusammen mit Gendarmerie aus Radomsko im Lastwagen nach Żarki, um Juden auszusiedeln. Nach der Aussiedlung der Juden aus Żarki fuhr ich am gleichen Tag gemeinsam mit den Gendarmen weiter nach Koniecpol, um die Juden aus Koniecpol auszusiedeln. Am 7. Oktober 1942 nachmittags fuhr ich mit der Gendarmerie nach Radomsko, wo ich bis zum 21. November 1942, bis 18 Uhr, Dienst im jüdischen Bezirk tat.« Seine Vergütung betrug 425 Złoty, wobei für sieben Tage ein Tagessatz in Höhe von neun Złoty, für weitere 40 Tage jeweils acht Złoty gewährt wurden. Für die ersten sieben Tage wurden ihm Übernachtungskosten erstattet. Korporal Piotr Kipigroch von der Dienststelle in Stobiecko Miejskie wurde konkret: »Am 6. Oktober 1942, sechs Uhr Ankunft

32 Archiwum Państwowe w Lublinie [Staatsarchiv Lublin], Posterunki Policji Polskiej w Dystrykcie Lubelskim [Posten der Polnischen Polizei im Distrikt Lublin], 1035, Posterunek Stanin [Dienststelle Stanin], Brief des Zugführers H. Mazur an den Bezirkskommandeur der Polnischen Polizei in Łuków vom 13.1.1943.

33 Einen innovativen Aufsatz zu diesem Thema hat Ewa Wiatr, eine Forscherin aus Łódź, vorgelegt; s. Ewa Wiatr, »Zdawanie Żydów – udział policjantów granatowych w wysiedlaniu Żydów na przykładzie powiatu radomszczańskiego« [»Judenübergabe« – die Beteiligung polnischer Polizisten an der Judenaussiedlung am Beispiel des Kreises Radomsko], in: *Zagłada Żydów. Studia i Materiały*, Nr. 10 (2011), S. 495–511.

PP-Dienststelle Żarki; Mithilfe bei der Judenaussiedlung. Abfahrt 6. Oktober 1942, 17 Uhr 17, PP-Dienststelle Koniecpol, Ankunft 6. Oktober 1942, 19 Uhr, Mithilfe bei der Judenaussiedlung. Abfahrt 7. Oktober 1943.«³⁴

Die zuvor beschriebene Mordtat in Stanin fiel bereits in die dritte und letzte Phase des Holocaust in Polen, das heißt, sie wurde begangen während der Suche nach jüdischen Überlebenden, denen die Flucht aus den liquidierten Ghettos gelungen war. In dieser bis zum Kriegsende andauernden Phase spielten die »blauen« Polizisten aus der Perspektive der deutschen Behörden eine nachgeordnete grundlegende Rolle. Die Deutschen konnten kein Polnisch, kannten polnische Gepflogenheiten nicht und hatten auch keine größere Erfahrung im Umgang mit Juden, sodass sie sich, wenn sie entflohenen Juden aufspüren wollten, auf die Hilfe der lokalen Bevölkerung verlassen mussten – vor allem aber auf die Hilfe der »blauen« Polizei.

34 Ebd., S. 508.

Anzeige

RETTUNGSWIDERSTAND



Bernard Delpal
Dieulefit
Rettungswiderstand eines Dorfes
in der Provence
während der Nazi-Besatzung

brandes
+apsel

184 S., A5, mit zahlreichen Abbildungen,
€ 19,90, ISBN 978-3-95558-312-5

Bernard Delpal

Dieulefit

**Rettungswiderstand eines Dorfes
in der Provence während der Nazi-
Besatzung**

Aus dem Französischen übersetzt von
Ursula Bös

Dieulefit – das »Dorf der Gerechten«, französisch »le village des justes« – ist ein ganz besonderes Dorf in der Provence, denn während der Besatzung durch die Nazis im Zweiten Weltkrieg und der Kollaboration des Vichy-Regimes haben in diesem 3.000-Seelen-Dorf und in dessen Umgebung die Einwohner mehr als 1.000 Verfolgten des Leben gerettet. In der großen Mehrheit waren es Juden, aber auch Elsässer, Widerstandskämpfer, oppositionelle Intellektuelle gegen das Vichy-Regime. Sie alle konnten über Jahre in Ruhe und Geborgenheit unter dem Schutz der Dorfbewohner leben. Zahlreiche Zeitzeugen kommen zu Wort, außerdem gibt der Autor geschichtliche Einordnungen und erläutert die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge im damaligen Frankreich. Eine große Anzahl wichtiger Dokumente und Fotos machen das Buch zusätzlich anschaulich.

www.brandes-apsel.de

Man muss unmittelbar nach der Liquidierung der Ghettos beginnen, als die deutschen »Liquidierungskommandos« die aufgelösten Ghettos verließen. In allen bisher beschriebenen Fällen waren viele Juden, die sich in verschiedenen Schlupfwinkeln auf dem jeweiligen Ghettoelände hatten verstecken können, vor Ort verblieben. Mordechaj Canin, der aus Sokołów Podlaski stammte und die Kriegszeit außerhalb Polens verbracht hatte, kam bald nach Kriegsende zurück und hörte die Berichte der wenigen, die der Vernichtung entkommen waren:

»Nach der Vertreibung der Juden aus Węgrów ging die Polnische Polizei durch die jüdischen Häuser und suchte nach Juden, die sich versteckt hielten. Viele Menschen versteckten sich unter der Erde. Gitl Góra hat mir erzählt, dass sie sich in einem Bunker bei einem jüdischen Fleischer versteckt habe. In diesem Bunker unter dem Fußboden seiner Wohnung waren 60 Juden. Als alle Bewohner die Wohnung verlassen hatten, verkroch sich der Hund des Fleischers unter dem Bett. Bei ihrer Suche nach Juden entdeckte die Polnische Polizei den Hund und erschoss ihn. Die Kugel, die den Hund tötete, durchschlug auch den Fußboden und durchlöcherte im Bunker darunter einen Eimer mit Wasser, das für viele Tage reichen sollte. Zwischen den Schichten der doppelten Decke hielten sich 50 Juden versteckt. Ohne Essen, ohne Wasser lagen sie da acht lange Tage. Sie hatten solchen Durst, dass sie ihren eigenen Urin tranken und einer dem anderen den Schweiß von der Stirn leckte. Nach zwei Wochen waren alle Bunker leer. Ein Teil der Juden entkam in den Wald, der Rest wurde von polnischen Polizisten erschossen.«³⁵

Es muss besonders hervorgehoben werden, dass polnische Polizisten während der »Judenjagd« meist eine enorme Eigeninitiative an den Tag legten und auf eigene Faust handelten, ohne ihre deutschen Vorgesetzten über die ermordeten Juden in Kenntnis zu setzen. Mit der Jagd auf jüdische Opfer untrennbar verbunden war die Erwartung von Beute, Raub und Vergewaltigung. In den wenigen Fällen, in denen sich ehemalige Polizisten nach dem Krieg vor Gericht verantworten mussten, gaben sie an, dass sie mit dem Mord an Juden Polen gerettet hätten, also die Angehörigen ihrer eigenen nationalen Gemeinschaft, zu der die Juden offenkundig nicht gehörten. Diese Erklärung stützte sich auf die Annahme, dass irgendjemand früher oder später die Deutschen über versteckte Juden informiert hätte und dass die Deutschen dann unter Anwendung des Prinzips der Kollektivhaftung nicht nur die Polen ermordet hätten, die sich »eines Verbrechens schuldig« gemacht hatten, sondern auch deren Nachbarn und andere Unbeteiligte.

35 Mordechaj Canin, *Przez ruiny i zgliszcza. Podróż po stu zgladzonych gminach żydowskich w Polsce* [Durch Asche und Ruinen. Eine Reise durch einhundert vernichtete jüdische Gemeinden in Polen], Warschau 2018, S. 230.

In den Städten arbeitete die »blaue« Polizei eng mit Banden sogenannter Szmalcownicy³⁶ zusammen, also mit Menschen, die gleichsam gewerbsmäßig Juden erpressten, die sich auf der »arischen« Seite versteckt hielten. Diese Kooperation war so fruchtbar, dass in vielen Erinnerungen überlebender Juden die Feststellung zu finden ist, dass die alltägliche Bedrohung von Seiten der Polnischen Polizei und der Szmalcownicy ungleich größer gewesen sei als diejenige durch die Deutschen. In dieser Hinsicht war das Eisenbahnkommissariat der Polnischen Polizei in der Nähe des Warschauer Hauptbahnhofs besonders berüchtigt. Viele Juden suchten in Warschau, der einzigen polnischen Metropole, Rettung in der Anonymität, doch die Agenten der Polnischen Polizei, die am Bahnhof und in seiner Umgebung patrouillierten, machten solchen Träumen ein Ende.³⁷

Dabei ist anzumerken, dass nicht alle Begegnungen mit der Polnischen Polizei für Juden ein tödliches Ende nahmen. Da ein grundlegendes Motiv Raub war, kam es vor, dass Polizisten ihre Opfer laufen ließen, nachdem sie ihnen ihr Geld abgepresst hatten. Von einem solchen Fall in Warschau berichtet Paweł Koper:

»Als ich also hinausging, fuhr da ein Polizeisergeant auf einer Kalesche und ruft mir zu, und da sehe ich, wie er den Revolver zieht und so hält. Ich gehe auf ihn zu. Er sagt: »Setzen Sie sich.« Er sagt: »Welcher Nationalität sind Sie, mein Herr?«, sagt er mir. Ich sage: »Koprowski heiße ich.« Ich hatte den Nachnamen geändert und auch einen anderen Ausweis. Er sagt: »Nein, ich glaube Ihnen, dass Sie Koprowski heißen, aber jetzt fahren wir zum Doktor, und der soll sie mal untersuchen, ob Sie Jude sind oder ein Pole, ein katholischer.« »Ich kann Ihnen ein Gebet aufsagen.« Das konnte ich. »Das heißt nichts, dass Sie das können. Das kann man lernen«, sagt er so zu mir. Und ich bin eingestiegen. Er hält Abstand, richtet diesen Revolver auf mich und sagt: »Wenn Sie eine falsche Bewegung machen, kriegen Sie sofort zwei Kugeln auf einmal.« Mir ist im Traum nicht eingefallen, mich auf einen Kampf mit ihm einzulassen. Ich zu ihm: »Sollen wir vielleicht einmal aussteigen und ein bisschen reden, mein Herr?« Und er sagt: »Gut. Ist mit mir ausgestiegen. Und stand da. »Ich bin jüdischen Glaubens, mein Herr«, sage ich. »Was haben Sie davon, wenn Sie mich mitnehmen und den Deutschen übergeben? Wozu? Ich hab' hier was Gutes, was ich von meiner Mutter bekommen habe, also vom Vater, das

36 Anm. d. Übers.: Die Personenbezeichnung »szmalcownik« beziehungsweise im Plural »szmalcownicy« hat im Deutschen keine direkte Entsprechung. Knappe Erläuterung bei Markus Roth, Andrea Löw, *Das Warschauer Getto. Alltag und Widerstand im Angesicht der Vernichtung*, München 2013, S. 191 f.

37 Zu den Szmalcownicy und den Polizisten, die auf dem Hauptbahnhof und in dessen Umgebung Juden einfiengen s. Mark Verstandig, *I Rest My Case*, Evanston/Illinois 2002, S. 164 f.; Henryk Lewandowski, Visual History Archive (VHA), Interview 16805, Abschnitt 75; AAN, Delegatura Rządu, 202/II/28, S. 70.

kann ich Ihnen geben.« »Und was haben Sie?« »Ich habe ein goldenes Zigarettenetui, mit Ziffern, mit dem Namen Koper eingraviert. Und ich gebe Ihnen noch 20 Dollar in Gold und 100 Dollar Papiergeld.« Er sagt: »Gut. Und wo soll ich Sie nun absetzen?« Ich sage: »Nirgendwo.«³⁸ Für viele Juden kam der Verlust ihrer letzten Geldmittel einem Todesurteil gleich. Es war klar, dass ein Jude ohne Geld nicht lange überleben konnte.

Fazit

Viele Judenmörder in Polizeiuniform zeichneten sich zugleich in den Strukturen der polnischen Widerstandsbewegung aus und bewiesen dabei ihre Opferbereitschaft und ihren Patriotismus. Leider gab es in den Augen vieler keinen Widerspruch zwischen dem Dienst für ein freies Polen und der Mitwirkung an Hitlers Plänen für die »Endlösung der Judenfrage« – ganz im Gegenteil sogar. Jakub Górski, ein Anhänger der Nationaldemokraten, formulierte das so: »Als Pole habe ich solche Vorfälle [bei denen Juden ermordet wurden, J.G.] anders betrachtet. Ich habe Dmowskis Ideologie gehuldigt und die Juden als eine Teilungsmacht in unserer Mitte gesehen, die dem Land ihrer Diaspora immer feindselig gegenüberstand. Daher stimmt es mich auch nicht unzufrieden, dass wir uns dieses Besitzers entledigt haben, nicht mit eigener Hand, sondern mit Hilfe eines anderen, äußeren Besitzers.«³⁹ Beispiele für Mörder in Polizeiuniform, die gleichzeitig Patrioten und im Untergrund aktiv waren, gibt es viele. Es genügt, an Piotr Sałabun zu erinnern, den Leiter der Dienststelle der Polnischen Polizei in Działoszyce, auch an Władysław Królik, den Stellvertretenden Kommandeur der Dienststelle in Bojmie, oder an viele andere, die – bereits nach dem Krieg – von den Angehörigen der lokalen Gemeinschaft vor Gericht gebracht wurden.

In seiner letzten, im Herbst 1943 im Bunkerversteck geschriebenen Arbeit hat Emanuel Ringelblum, der Chronist des Warschauer Ghettos, die Rolle der Polnischen »blauen« Polizei mit diesen Worten beschrieben: »Die uniformierte Polizei spielte eine traurige Rolle bei den Aussiedlungsaktionen. Auf sie kommt das Blut Hunderttausender polnischer Juden, die mit ihrer Beteiligung gefangen und in die »Todeswaggons« getrieben wurden.«⁴⁰ Ringelblum hatte keinen Zugang zu den Archiven der Täter, war aber trotzdem bestens informiert. Die Realitäten der Besatzung kannte er wie

38 Paweł Koper, Visual History Foundation (VHF), Interview 12706, Abschnitte 12–14.

39 Józef Górski, *Na przełomie dziejów* [Am Wendepunkt der Geschichte], Siedlce 2006.

40 Ringelblum, *Stosunki*, S. 102.

kaum ein anderer, nicht nur als Verfolgungsopfer, Gefangener des Ghettos und der Arbeitslager, sondern auch als Gründer von Oneg Schabbat, einer Gruppe von Menschen, die ihr Leben der laufenden Dokumentation der deutschen Verbrechen widmeten. Ringelblum hörte und las zwischen 1940 und 1943 Tausende mündlicher und schriftlicher Berichte, Briefe, in welchen von der Ermordung des jüdischen Volkes die Rede war, und aus diesem Grund sind seine Einschätzungen in hohem Maße glaubwürdig und mit Respekt zu behandeln.

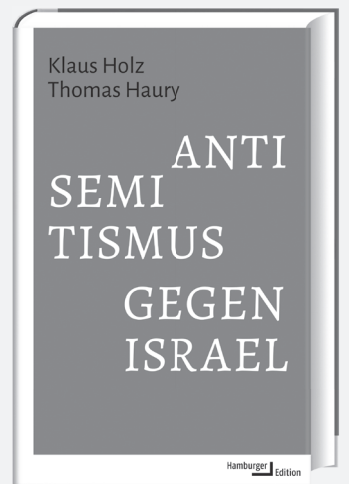
Die Geschichte der »blauen« Polizei ist, wie sich aus dieser kurzen Erörterung ersehen lässt, kein abgeschlossenes Thema, das wir vollständig überblicken. Es ist vielmehr eines von vielen offenen Themen in der Geschichte des Holocaust in Polen, das immer noch einer umfassenden Bearbeitung harret.

Aus dem Polnischen übersetzt von Pascal Trees

Anzeige

Alte Muster und neue Zuspitzungen

Antisemitismus gegen Israel ist kein Sonderfall, sondern beruht auf den grundlegenden Mustern des modernen Antisemitismus überhaupt. Die Autoren rekonstruieren seine unterschiedlichen Ausprägungen und die damit einhergehenden Selbstbilder. So entwickelt dieses Buch ein präzises und fundiertes Verständnis von israelbezogenem Antisemitismus und macht seine Muster sichtbar.



Geb. | 424 S. | € 35,- | 978-3-86854-355-1
auch als E-Book

Mehr erfahren:
hamburger-edition.de

Hamburger Edition

Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Polnische Bürgermeister und der Holocaust im Generalgouvernement

Besatzung, Kollaboration und Handlungsmöglichkeiten

Von Grzegorz Rossoliński-Liebe



Dr. Grzegorz Rossoliński-Liebe ist Lecturer im Programm der Alfred Landecker Foundation, er arbeitet als Historiker am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin und ist Dozent am Zentrum für Antisemitismusforschung. Veröffentlichungen (Auswahl): (Hrsg. mit Arnd Bauerkämper), *Fascism without Borders. Transnational Connections and Cooperation between Movements and Regimes in Europe 1918 to 1945*, New York, Oxford 2017; *Stepan Bandera. The Life and Afterlife of a Ukrainian Nationalist: Fascism, Genocide, and Cult*, Stuttgart 2014.

Foto: privat

»Ein jüdisches Ghetto in Warschau im traditionellen Sinne ist unmöglich; ein geschlossenes Ghetto gar ist unvorstellbar. Mitten im Ghetto befinden sich Kirchen und Regierungsgebäude. Sie lassen sich nicht wegschaffen, sie erfüllen notwendige Funktionen. Außerdem ist es unmöglich, die Straßenbahnverbindungen, die von einem Ende der Stadt bis ans andere durch das Ghetto führen, abzuschneiden. Seit Jahrhunderten wurde die große Metropole auf allgemeinen bürgerlichen Grundlagen aufgebaut, und das Rassenprinzip war ihr völlig fremd. Menschen verschiedener religiöser Überzeugungen wohnten dicht beieinander, und trotz aller religiöser und moralischer Differenzen unter ihnen entwickelte sich ein wechselseitiger Handel und Wandel, der für alle von Vorteil war. Die Bürger eines Landes nach der Rasse zu unterscheiden und Scheidewände zwischen ihnen zu errichten, ist eine krankhafte abartige Idee. Von ihrer Konzeption bis zu ihrer Ausführung lässt sich in ihr ein Symptom des Wahnsinns sehen.«¹

Mit diesen Problemen, die der mit Warschau gut vertraute und scharfsinnige Beobachter Chaim A. Kaplan Anfang November 1940 in seinem Tagebuch festhielt, wurden Bürgermeister in vielen Städten des Generalgouvernements konfrontiert. Im Unterschied zu Warschau, das einen Beauftragten für Umsiedlungsfragen und einen Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk hatte, mussten polnische Ortsvorsteher andernorts die neuen kommunalen Herausforderungen selbst lösen. Die praktische Umsetzung des »Wahnsinns«, wie Kaplan das treffend charakterisiert, bot den Bürgermeistern die Möglichkeit, von der schwierigen Lage ihrer jüdischen Mitbürger zu profitieren, die viele auch nutzten. Dabei gaben polnische Bürgermeister ihre antideutsche Haltung keineswegs auf, obwohl sie mit den Besatzern tagtäglich zusammenarbeiteten.

¹ Chaim Kaplan, *Buch der Agonie. Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan*, Frankfurt am Main 1965, S. 259.

Polnische Bürgermeister waren eine zentrale Beamtengruppe in der Verwaltung des Generalgouvernements, wodurch sie zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen, jüdischen und polnischen Geschichte des Holocaust und Zweiten Weltkriegs geworden sind. Sie leiteten die Stadtverwaltungen in kleinen Städten wie Otwock, mittelgroßen wie Tschenstochau und Metropolen wie Warschau. Ohne ihre Zusammenarbeit hätten die deutschen Besatzer weder das Generalgouvernement fünf Jahre lang okkupieren noch dort über zwei Millionen Juden verfolgen und ermorden können.

Trotz einer dichten Forschung über die Besatzung und den Holocaust im deutsch besetzten Osteuropa wurde die Rolle der polnischen Bürgermeister und auch anderer nichtdeutscher Tätergruppen im Generalgouvernement bis heute kaum beachtet. Lediglich der polnische Historiker Czesław Madajczyk ging 1970 in seiner monumentalen zweibändigen Monografie über die Politik des Dritten Reiches im besetzten Polen auf wenigen Seiten auf die Ortsvorsteher ein.² In den letzten Jahren wiesen Barbara Engelking und Jan Grabowski in ihren Publikationen auf die zentrale Rolle der Kommunalverwaltung und der nichtdeutschen Täter hin. Von der polnischen Regierung und ihr nahestehenden Stiftungen wurden die beiden Wissenschaftler deshalb juristisch angegangen.³

Nicht nur die Forschung klammerte den Anteil der polnischen Bürgermeister an Holocaust und Besatzung aus, auch sie selbst beschwiegen ihr Wirken meist. Von den über 700 polnischen Stadt- und Gemeindevorstehern, die im Generalgouvernement tätig gewesen waren, führten nur sehr wenige Tagebuch oder schrieben Memoiren. Von diesen wenigen ging nur der Bürgermeister von Węgrów, Władysław Okulus, explizit auf den Judenmord ein, den er als die größte Tragödie in der Geschichte seiner Stadt verstand. Aber auch dieser absolut unkonventionelle Ortsvorsteher des Shtetls im Distrikt Warschau reflektierte seine eigene Rolle wie auch das Verhalten der Stadtverwaltung im Holocaust nicht.⁴ Ebenso wenig wurden polnische Bürgermeister nach dem Krieg – im Gegensatz zu ihren volksdeutschen oder ukrainischen Kollegen – in der Volksrepublik zur Verantwortung gezogen.

² Czesław Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce* [Die Politik des Dritten Reichs im besetzten Polen], Bd. 1, Warschau 1970, S. 215–224.

³ Barbara Engelking, Jan Grabowski (Hrsg.), *Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej Polski* [Danach ist Nacht, Das Schicksal der Juden in ausgewählten Kreisen des besetzten Polen], Warschau 2018; vgl. auch Gabriele Lesser, »Das Recht auf Nationalstolz«, in: *die tageszeitung*, 7.2.2021, <https://taz.de/Polen-und-der-Holocaust/!5746521/> (3.3.2021); Grzegorz Rossoliński-Liebe, »Politische Eingriffe in die Holocaustforschung in Polen. Der Fall Engelking/Grabowski«, in: *Zeitgeschichte-online*, März 2021, <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/politische-eingriffe-die-holocaustforschung-polen> (30.3.2021).

⁴ Władysław Okulus, *50 lat życia i walki na terenie powiatu węgrowskiego 1910–1960* [50 Jahre Leben und Kampf auf dem Gebiet des Kreises Węgrów], Archiwum Zakładu Ruchu Ludowego w Warszawie [Archiv des Instituts der Bauernbewegung], syg. P-170, S. 199–207.

Bürgermeister und Stadtverwaltungen im besetzten Europa

Bürgermeister, Stadtverwaltungen und andere Vertreter der Kommunalpolitik waren in allen besetzten, verbündeten und neutralen Ländern Akteure in der Geschichte des Holocaust, aber sie wurden in erheblich geringerem Maße als die NSDAP, das Reichssicherheitshauptamt oder die SS und der SD erforscht. Das hat vor allem zwei Gründe: Erstens konzentrierte sich die Forschung lange Zeit auf die Berliner Zentrale sowie auf Hitler und Himmler. Zweitens werden als Täter des Holocaust bis heute vielfach vor allem oder ausschließlich deutsche Funktionsträger verstanden. Untersuchungen zur Kollaboration beschränkten sich daher insbesondere auf Personengruppen, die wie die Trawniki-Männer die SS in den Vernichtungslagern unterstützten oder wie litauische und ukrainische Polizisten direkt an den Deportationen beziehungsweise Erschießungen beteiligt waren. Dass auch Kommunalverwaltungen, Dorfvorsteher oder Stadtärzte in besetzten Ländern am Judenmord beteiligt waren, wurde lange nicht in den Blick genommen.⁵

Die ersten Untersuchungen über Bürgermeister im besetzten Europa legten Peter Romijn und Nico Wouters erst vor wenigen Jahren vor. Während Romijn der erste Historiker war, der eine umfangreiche Monografie über Bürgermeister in den Niederlanden verfasste, legte Wouters eine vergleichende Studie über die Kollaboration der Ortsvorsteher in Dänemark, Frankreich und den Niederlanden vor.⁶ In Deutschland wurden vor allem die Stadtverwaltungen, nicht aber die Gemeindeleiter erforscht.⁷ Bürgermeister waren jedoch in allen vom Deutschen Reich besetzten und mit ihm kollaborierenden Ländern sowie den sogenannten neutralen Ländern während des gesamten Zweiten Weltkriegs tätig.

Für die Verwaltung eines besetzten Landes und die Umsetzung des Judenmordes waren die Ortsvorsteher aus mehreren Gründen unerlässlich. Sie waren mit den örtlichen Gegebenheiten, den Menschen und Strukturen bestens vertraut. Überdies liefen bei ihnen Meldungen und Berichte von allen Abteilungen der Stadtverwaltung und anderen Behörden wie den Kreis- und Stadtärzten oder der Polizei zusammen. Die Bürgermeister standen einer Stadtverwaltung vor, in der je nach Größe der Stadt zwischen 20 und 20.000 Personen arbeiteten, ohne die Juden und andere Gruppen nicht verfolgt werden

⁵ S. z.B. Angelika Benz, *Handlanger der SS. Die Rolle der Trawniki-Männer im Holocaust*, Berlin 2015; Thomas Sandkühler, *Das Fußvolk der »Endlösung«. Nichtdeutsche Täter und die europäische Dimension des Völkermords. »Aktion Reinhardt«: die Rolle der »Trawniki-Männer« und ukrainischer Hilfspolizisten*, Darmstadt 2020.

⁶ Peter Romijn, *Burgemeesters in oorlogstijd. Besturen onder Duitse bezetting*, Amsterdam 2006; Nico Wouters, *Mayoral Collaboration under Nazi Occupation. Belgium, the Netherlands and the North of France (1938–1946)*, New York 2016.

⁷ Für eine Ausnahme s. Matthias Klaus Braun, *Hitlers liebster Bürgermeister. Willy Liebel (1897–1945)*, Nürnberg 2012.

konnten. Außerdem wurden Bürgermeister im Generalgouvernement von verschiedenen Firmen und Privatpersonen aus dem Reich oder anderen Ländern kontaktiert, wenn es darum ging, einen verschollenen Firmenbesitzer oder Schuldner zu finden.

Angesichts der enormen Zahl der Städte und ländlichen Gemeinden im besetzten, verbündeten und neutralen Europa bildeten die Bürgermeister eine umfangreiche Gruppe von Beamten. Während man in den annektierten polnischen Gebieten wie dem Wartheland oder Schlesien versuchte, allmählich alle polnischen durch volks- oder reichsdeutsche Bürgermeister zu ersetzen, wurden die Gemeinden in okkupierten Territorien oder Ländern wie dem Generalgouvernement, den Niederlanden, Litauen oder Frankreich überwiegend von nicht-deutschen Kommunalpolitikern geleitet. Das Deutsche Reich hatte schlichtweg nicht genug Personal, um Stellen wie das Bürgermeisteramt überall mit Volks- oder Reichsdeutschen zu besetzen. Auch waren volks- und reichsdeutsche Kommunalpolitiker für die Leitung der Gemeinden nicht immer geeignet, weil sie entweder nicht über die notwendigen verwaltungstechnischen Fähigkeiten verfügten, die jeweilige Sprache nicht beherrschten oder ihnen das notwendige Vertrauen der Gemeinde fehlte, was ihre Arbeit beeinträchtigt hätte. Aus diesem Grund versuchten die Nationalsozialisten, die Bürgermeister und die anderen Gemeindeleiter in den besetzten Territorien zu überwachen, anstatt diese Ämter mit eigenem Personal zu versehen.

Verwaltung des Generalgouvernements

Das Verhalten polnischer Bürgermeister im Holocaust war in hohem Maße durch ihre Rolle in der Verwaltung determiniert, wobei ihre persönlichen Interessen, politischen Ansichten und selbständigen Handlungen nicht unterschätzt werden sollten. Die Stadtverwaltungen, welche die Bürgermeister im Krieg leiteten, veränderten sich durch die Besetzung wenig. Oft wurden nur die Inhaber leitender Positionen ausgetauscht, häufig nicht einmal diese. Bürgermeister korrespondierten mit allen Ämtern des Generalgouvernements, von Hans Franks Regierung in Krakau über die deutschen Besatzungsverwaltungen in den Distrikten und Kreisen bis hinunter zur polnischen Gemeinde- und Dorfverwaltung mit den Dorfschulzen an der Spitze. Sie kooperierten mit der Polnischen Polizei, die im Generalgouvernement formal den Stadtverwaltungen zugeordnet war, desgleichen mit der Ordnungspolizei, der SS sowie den Stadt- und Kreisärzten. Die wichtigsten Ansprechpartner und unmittelbaren Vorgesetzten der Bürgermeister aber waren die deutschen Stadt- und Kreishauptmänner, mit denen die Gemeindeleiter in der Regel reibungslos zusammenarbeiteten.

Die Verwaltung des Generalgouvernements war nicht rein deutsch oder rein polnisch, sondern eine Mischung aus beidem. Das geht aus zumindest drei Beobachtungen hervor. Deutsche und polnische Angestellte und Beamte arbeiteten in demselben

Verwaltungsapparat eng zusammen, wobei Deutsche in der Regel die führenden Positionen und wichtigen Stellen besetzten. Polnische Beamte und Angestellte machten jedoch 90 Prozent des gesamten Verwaltungspersonals aus. Sie hatten nicht nur fast alle Stellen in den Kommunalverwaltungen inne, sondern auch viele in den Kreishauptmannschaften, Distriktämtern und auch im Verwaltungsapparat der Krakauer Regierung.⁸ Das polnische Recht blieb unter Hans Franks Regime weiter gültig, und es wurde nach und nach durch neue, deutsche Gesetze erweitert und umgestaltet.⁹ Diese Mischstruktur schlug sich auch in den Sprachen nieder. Alle wichtigen Mitteilungen und Gesetzentwürfe wurden auf Deutsch und Polnisch, im Distrikt Galizien und einigen östlichen Kreisen der Distrikte Lublin und Krakau auch auf Ukrainisch abgefasst und bekanntgegeben.¹⁰

Die unmittelbaren Vorgesetzten der Bürgermeister, die Stadt- und Kreishauptmänner, überwachten die Gemeindeleiter und verwalteten die Städte zusammen mit ihnen. Viele Verordnungen, die bei den Bürgermeistern eingingen, wurden von den Kreis- und Stadthauptmännern erlassen oder von ihnen an die Ortsvorsteher nach Modifikation weitergeleitet. Die Bürgermeister standen mit den Kreis- beziehungsweise Stadthauptmännern täglich in engem Kontakt, sie korrespondierten mehrmals am Tag, telefonierten oder trafen sich mit ihnen, um bestimmte Fragen unter vier Augen zu besprechen. In diese Korrespondenz waren auch andere Abteilungen der Stadtverwaltung sowie der Kreis- oder Stadthauptmannschaft involviert. In einigen Städten wie Tschenstochau fusionierte die Stadtverwaltung sogar mit der Stadthauptmannschaft.¹¹

Die Verwaltungsarbeit in den Städten zwischen Bürgermeistern und ihren Vorgesetzten war bis 1943 in hohem Maße auch von der Zusammenarbeit mit den Judenräten geprägt. Da in vielen Städten des Generalgouvernements der Anteil der Juden an der Bevölkerung zwischen 20 und 80 Prozent betrug, gehörten sie nicht nur zum Stadtbild, sondern sie machten die Städte geradezu aus. Im Laufe der Besetzung entstanden zwischen den Judenräten, Bürgermeistern und den Kreis- und Stadthauptmännern vielerlei Beziehungen. Während in einigen Orten die Kreis- und Stadthauptmänner nur über den Bürgermeister mit dem Judenrat verkehrten, waren andernorts alle ständig in direktem Kontakt miteinander. Viele Bürgermeister nutzten oft ihre privilegierte Position gegenüber den Judenräten, um beispielsweise die Ghettos zu verkleinern oder die Stadtkasse auf Kosten der jüdischen Bevölkerung zu sanieren.¹²

⁸ Vgl. Der Haushaltsplan des Generalgouvernements, Krakau, 1940–1944.

⁹ *Verordnungsblatt für das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete*, 26.10.1939, S. 3.

¹⁰ Vgl. *Verordnungsblatt für das Generalgouvernement; Der Amtliche Anzeiger für das Generalgouvernement; Mitteilungsblatt der Stadt Warschau*.

¹¹ Vgl. Stanisław Rybicki, *Pod znakiem lwa i kruka* [Im Zeichen des Löwen und Raben], Warschau 1965, S. 203 f.

¹² Vgl. Marcin Urynowicz, »Stosunki polsko-żydowskie w Warszawie w okresie

30 35

BEKANNTMACHUNG

Juden, welche nach dem 1. Januar 1940 nach Otwock (bzw. Śródborów) ohne schriftliche Genehmigung der zuständigen deutschen Verwaltungsbehörden umgezogen sind müssen Otwock verlassen. (Erste Durchführungsvorschrift des Höheren S. S. und Polizeiführers im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete vom 11. VII. 1939. Verordnungsblatt G.G.P. 1939 Seite 231).

Diejenigen Juden, welche in Otwock zu verbleiben beabsichtigen, müssen unverzüglich durch den Bürgermeister von Otwock an den Herrn Kreishauptmann des Kreises Warschau-Land einen begründeten Antrag um Aufenthaltsgenehmigung stellen. Zum Antrag ist eine Quittung der Stadtverwaltung über Entrichtung einer Kanzleigebühr von Zł. 5.50 beizufügen. Sammelanträge sind nicht zulässig. Die entsprechenden Auskünfte werden vom Obmann des Judenrates (Kosciuszkistr. N. 13) erteilt. Dort sind auch die Antragsformulare gegen Einzahlung der Druckkosten zu erhalten.

Der BÜRGERMEISTER
(gez.) Jan Gadomski

Otwock, den. 20 April 1940.

OBWIESZCZENIE

Żydzi, którzy przybyli do Otwocka (Śródborowa) po dniu 1 stycznia 1940 r., winni opuścić Otwock, o ile nie posiadają zezwolenia właściwej władzy administracyjnej. (Postanowienie wykonawcze Wyższego Dowództwa S. S. i Policji w Generalnym Gubernatorstwie dla okupowanych polskich obszarów z dnia 11.XII. 1939).

Żydzi, którzy pragną pozostać w Otwocku, a należytego zezwolenia nie posiadają, powinni natychmiast złożyć za pośrednictwem Zarządu Miejskiego na imię Pana Kreishauptmana powiatu Warszawskiego uzasadnione podanie o zezwolenie na pobyt. Do podania należy dołączyć kwit kasy Zarządu Miejskiego o uiszczeniu opłaty kancelaryjnej w wysokości Zł. 5. 50. Podania zbiorowe przyjmowane nie będą.

Oдноśnych informacji udziela Prezes Rady Żydowskiej (ul. Kościuszki Nr. 13), tam również są do nabycia szematy podań za zwrotem kosztów druku.

BURMISTRZ
(-) Jan Gadomski

Otwock dnia 20 kwietnia 1940 r.

Bekanntmachung des Bürgermeisters von Otwock vom 20. April 1940. Foto: Archiwum Państwowego w Warszawie Oddział w Otwocku [Staatsarchiv Warschau, Außenstelle Otwock] (APO), 78/1 Akta Miasta Otwocka z lat 1916–1950 [Akten der Stadt Otwock aus den Jahren 1916–1950], sygn. 1054, Bl. 3.

Verfolgung und Ermordung der Juden

Eine systematische Verfolgung oder gar Ermordung der Juden stand vor dem Zweiten Weltkrieg nicht auf der Agenda polnischer Kommunalverwaltungen, aber Antisemitismus war im politischen Diskurs der Zweiten Polnischen Republik und ebenso in den Stadtverwaltungen besonders in den letzten Jahren vor dem Krieg stark verbreitet. Die wirtschaftliche Rivalität mit der jüdischen Bevölkerung und die Konstruktion eines inneren Feindes, der den gesunden Körper der polnischen Nation schädige, wurde auch von polnischen Kommunalpolitikern mitgetragen. Juden und andere Minderheiten stellten nur einen geringen Anteil der polnischen Beamten und Angestellten. Die einzige Verwaltungsinstitution, in dem sie vertreten waren und die Kommunalpolitik beeinflussen konnten, war der Stadtrat, der in öffentlichen Wahlen von der Stadtbevölkerung gewählt wurde. Aufgrund des wachsenden Antisemitismus und der Veränderungen in der Staats- und der Kommunalpolitik nahm jedoch auch dort die Zahl der Juden ab, besonders im letzten Vorkriegsjahr.¹³

Unter der deutschen Besatzung blieben etwa 20 Prozent der polnischen Bürgermeister weiter im Amt. In der Regel ernannten die örtlichen Wehrmachtvertreter oder die Kreis- und Stadthauptmänner den Vizebürgermeister, eine Person vom Magistrat oder einen Abteilungsleiter zum Ortsvorsteher. Im Laufe der fünfjährigen Besatzungszeit sank die Zahl der polnischen Bürgermeister im Generalgouvernement von über 1.100 im Jahr 1939 auf 717 beziehungsweise 870 im Jahr 1944.¹⁴ Während in der Zweiten Republik fast alle Bürgermeister Polen waren, wurden diese Ämter nun auch mit Volksdeutschen und Ukrainern besetzt. Die Amtszeit der Bürgermeister war unterschiedlich lang: Einige Städte wie Warschau oder Nowy Targ hatten die gesamte Besatzungszeit hindurch nur einen Bürgermeister, in anderen Städten wie Radom oder Szczebrzeszyn dienten hingegen sogar vier Ortsvorsteher nacheinander. In der Regel schieden sie aus, weil sie zu alt waren, starben, entlassen oder verhaftet wurden. Polnische Bürgermeister im Generalgouvernement hatten

okupacji hitlerowskiej« [Polnisch-jüdische Beziehungen in Warschau während der NS-Besatzung], in: Andrzej Żbikowski (Hrsg.), *Polacy i Żydzi pod okupacją niemiecką 1939–1945. Studia i Materiały* [Polen und Juden unter deutscher Besatzung 1939–1945. Studien und Materialien], Warschau 2006, S. 537–689, hier: S. 586 f.

13 Vgl. Marcin Urynowicz, *Żydzi w samorządzie miasta Koźienice w okresie międzywojennym 1919–1939* [Juden in der Selbstverwaltung der Stadt Koźienice in der Zwischenkriegszeit 1919–1939], Warschau 2003, S. 154 f.; Alicja Gontarek, *Żydzi Mińska Mazowieckiego w latach 1918–1939* [Die Juden von Mińsk Mazowiecki in den Jahren 1918–1939], Lublin 2015, S. 357–359.

14 Die Diskrepanz zwischen 870 und 717 entsteht, weil 1944 die Nationalität von 151 Bürgermeistern nicht bekannt war. Vgl. Landau, *Kronika wojny i okupacji* [Chronik des Krieges und der Besatzung], Bd. 1, Warschau 1962, S. 608; Mada-jczyk, *Polityka*, Bd. 1, S. 222.

nicht nur verschiedene politische Ansichten, sondern sie verhielten sich auch unterschiedlich im Holocaust, was an drei Beispielen gezeigt werden soll.

Warschau

Julian Kulski, der Bürgermeister von Warschau, leitete die Stadtverwaltung der ehemaligen polnischen Hauptstadt, in der vor dem Krieg 350.000 Juden lebten und wo sich während der Besatzung das größte Ghetto Europas befand. Aufgrund der Umsiedlungen aus der Region stieg ihre Zahl 1941 auf 460.000 Personen an. Bis zu den Deportationen im Sommer 1942 starben dort infolge von Überbevölkerung, schlechter Versorgung und grassierenden Krankheiten 100.000 von ihnen. Bürgermeister Kulski und seine Stadtverwaltung trugen dazu das Ihre bei.

Kulski residierte bis zum Warschauer Aufstand im Jabłonowski-Palast in der Senatorska-Straße 16. Mit dem deutschen Stadthauptmann Ludwig Leist, der sein Büro im benachbarten Palais Blank in der Senatorska-Straße 14 hatte, verstand er sich gut. Kulski traf Leist oft, telefonierte und korrespondierte regelmäßig mit ihm und blieb ebenso in ständigem Kontakt mit vielen anderen Ämtern in der Stadt. Das gute, kollegiale, fast freundschaftliche Verhältnis zwischen dem Bürgermeister und seinem Stadthauptmann überdauerte den Krieg. 1947 sagte Kulski zugunsten Leists aus, der an Polen ausgeliefert und dort vor Gericht gestellt worden war. Im Gegensatz zu anderen Angeklagten wurde Leist nicht hingerichtet.

Kulskis Einstellung zu Juden veränderte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1940 oder der ersten Hälfte 1941. Man könnte auch sagen, sie war die gesamte Besatzungszeit hindurch ambivalent. Will man von einem Wandel sprechen, so ereignete sich dieser unter dem Einfluss der antisemitischen Politik der Besatzer und der Agitationen polnischer Organisationen. Kulskis Verhalten im Amt war opportunistisch und lässt sich als Anpassung verstehen. Seine persönliche, positive Einstellung gegenüber Juden gab der Warschauer Bürgermeister wohl nie auf. Hervorzuheben ist, dass er aus einer bekannten jüdischen Rabbinerfamilie stammte, die jedoch seit Jahrzehnten keine jüdischen Traditionen mehr pflegte und in der sich vermutlich niemand mehr als Jude verstand. Der Großvater seiner Großmutter war der angesehene polnische Rabbiner Dow Ber Meisels, wovon aber während der Besatzung außerhalb der Familie niemand wusste. Zusammen mit seiner Frau Eugenia und deren Schwester Zofia Solecka versteckte und rettete der Bürgermeister die jüdische Familie Katzner.¹⁵

15 Vgl. Magdalena Stopa, *Julian Kulski. Prezydent okupowanej walczącej Warszawy: Zapomniany bohater* [Julian Kulski. Präsident des besetzten kämpfenden Warschaus. Ein vergessener Held], Warschau 2017, S. 157–159.

Als Anfang 1940 Juden immer häufiger auf den Straßen geschlagen und ihre Läden von Polen ausgeraubt wurden, protestierte Kulski bei Leist, der dessen Beschwerde an den Kommandeur der Ordnungspolizei für den Distrikt Warschau weiterleitete.¹⁶ Ähnliche Interventionen gingen zu dieser Zeit auch vom Vorsitzenden des Judenrats, Adam Czerniaków, aus.¹⁷ Die Errichtung des Ghettos veränderte jedoch Kulskis Einstellung zu den Juden. Als der sogenannte jüdische Wohnbezirk zwischen dem 2. Oktober und dem 16. November 1940 geschlossen wurde, wurde die ursprünglich vorgesehene Grenze des Ghettos mehrmals zuungunsten der Juden verschoben. Für die Festlegung der Grenze waren in erster Linie der Beauftragte für Umsiedlungsfragen, Waldemar Schön, und Stadthauptmann Leist verantwortlich, die beide dem Distriktgouverneur Ludwig Fischer unterstellt waren. Sie konsultierten jedoch die Stadtverwaltung und den Judenrat, die verschiedene Erwartungen hatten und unterschiedliche Positionen vertraten. Von den beiden Institutionen hatte die Stadtverwaltung eindeutig mehr Gewicht und konnte daher den Verlauf der Grenze zugunsten der nichtjüdischen polnischen Bevölkerung beeinflussen, was die jüdische Bevölkerung mehrmals zu spüren bekam. Die Impulse dazu stammten oft von verschiedenen Firmen- und Hausbesitzern, die die Änderung der Grenze mit Hilfe des Bürgermeisters erzwingen wollten. Anfang Oktober 1940 schickte Kulski seinem Vorgesetzten Leist ein Memorandum, in dem er mit falschen Zahlen operierte und sich für eine Änderung der Grenze zugunsten der Polen einsetzte.¹⁸ Die Leidtragenden, die Warschauer Juden, mussten fortan nicht nur in einem kleinen Teil der Stadt verbleiben, sondern konnten sich auch lange nicht sicher sein, ob die Grenze Bestand haben würde. Chaim Kaplan hielt in seinem Tagebuch am 22. Oktober 1940 fest:

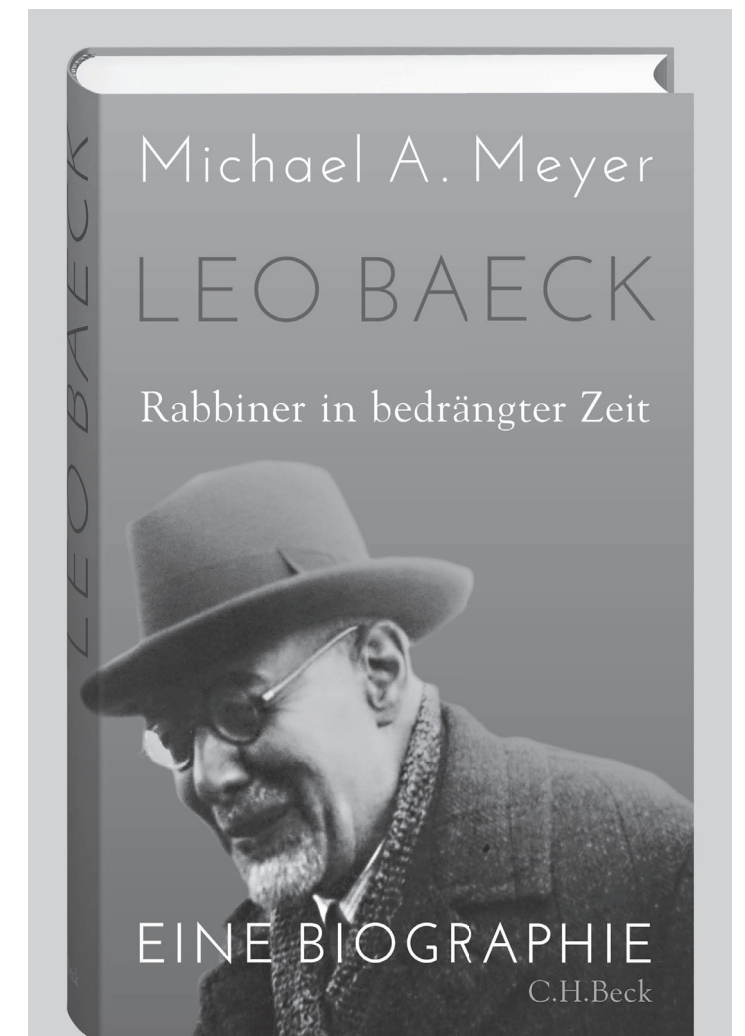
»Als die Zeit zur Ausführung der Ghettoverordnung kam, ging alles drunter und drüber. Die polnische Seite begann zu feilschen – in dieser Vorstadt haben sie eine Kirche, eine andere ist hauptsächlich von Ariern bewohnt, hier befindet sich ein schönes Schulgebäude; dort steht eine Fabrik, die Tausende von arischen Arbeitern beschäftigt. Wie können die rechtmäßigen Besitzer von all diesen Orten vertrieben werden? Auf diese Weise schnitten sie Stück um Stück,

16 Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej (AIPN) [Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens] (AIPN), GK 196/77, Bd. 7, Kulskis Aussagen, 28.1.1947, Bl. 158; Archiwum Państwowe m. st. Warszawy [Staatsarchiv der Hauptstadt Warschau] (APMW), Rękopisy, Bd. 197/2, Julian Kulski, Działalność Zarządu Miejskiego m. st. Warszawy w okresie okupacji niemieckiej w latach 1939–1944 [Die Tätigkeit des Stadtrats der Stadt Warschau während der deutschen Besatzung in den Jahren 1939–1944], Bd. 2, Bl. 20.

17 Vgl. Adam Czerniaków, *Das Tagebuch des Adam Czerniaków. Im Warschauer Ghetto 1939–1942*, München 1999, S. 39, 54.

18 APMW, Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft, Bd. 15, An den Herrn Beauftragten des Distriktschefs für die Stadt Warschau, [Anfang] Oktober 1940, Bl. 275 f.

Anzeige



Aus dem Englischen von Rita Seuß | 356 Seiten mit 14 Abbildungen
Gebunden | € 32,-[D] | € 32,90[A] | ISBN 978-3-406-77378-5

«Eine notwendige Lektüre zum Verständnis
deutsch-jüdischer Geschichte
in all ihren Höhen und Tiefen!»

Michael Brenner

Rabbiner, Intellektueller, Liberaler und Sprecher der jüdischen Gemeinde in den dunkelsten Zeiten der Verfolgung: Leo Baeck gehört zu den faszinierendsten Persönlichkeiten der jüdischen Geschichte. Michael Meyer lässt in seiner anschaulichen Biographie einen engagierten Denker lebendig werden, der hinter seiner Rolle als Ikone der deutsch-jüdischen Geschichte zu verschwinden drohte.

C.H. BECK
WWW.CHBECK.DE

Straße nach Straße aus dem jüdischen Gebiet heraus, und die Grenzen des Ghettos wurden immer mehr eingeschnürt.

Selbst nach der Veröffentlichung der offiziellen Mitteilung und nachdem die Grenzen des Ghettos im Einzelnen angegeben wurden, nahm man am Tag darauf Änderungen vor. Und auf diese Weise lebten Tausende von jüdischen Familien in Verwirrung, eingeklemt zwischen Hoffnung und Furcht.«¹⁹

Zu einer zweiten maßgeblichen Verschiebung der Grenzen beziehungsweise zu einer Verkleinerung des Ghettos kam es am 23. Oktober 1941. Jetzt war es nicht mehr Waldemar Schön, sondern der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk, Heinz Auerswald, der erneut mit Stadthauptmann Leist die Grenzlinie veränderte. Sehr aktiv dabei war im Hintergrund die Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft, die seit Mai 1940 christliche Unternehmer vereinte, deren Interessen vertrat und die Druck auf Kulski, Leist, Auerswald und Fischer ausübte.²⁰ Der Sprecher der Hauptgruppe war Rechtsanwalt Gerhard Kowala, der nach dem Krieg jahrelang Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes und des Niedersächsischen Landtags war.²¹ Wie vor der ersten Grenzänderung reichte Kulski im September 1941 ein Memorandum bei Leist ein, in dem er die Polen als Hauptleidtragende darstellte, um die Grenzziehung zu ihren Gunsten zu ändern.²²

Angesichts dieser widerstreitenden Interessen wundert es nicht, dass das Verhältnis zwischen Kulski und Adam Czerniaków angespannt war. Kulski stellte es nach dem Krieg als durchweg gut und von gegenseitigem Vertrauen geprägt dar. Im Gegensatz dazu fallen einige Eintragungen in Czerniakóws Tagebuch weniger positiv aus. Sie zeugen davon, dass die Beziehung zwischen ihm und Kulski zwar grundsätzlich gut war, zeigen aber auch, dass der Bürgermeister und die Stadtverwaltung dem Judenrat nicht immer entgegenkamen und sich in erster Linie um die Interessen der christlichen Bevölkerung sorgten.²³ Czerniaków und Kulski besetzten grundverschiedene Ämter und hatten deshalb unterschiedliche Handlungsspielräume. Kulski besuchte Czerniaków nur einmal im Ghetto und stilisierte den Besuch nach dem Krieg zu einer großen freundschaftlichen Geste, während der Judenratsvorsitzende den polnischen Bürgermeister alle paar Tage in seinem Büro aufsuchte, was unter anderem von seiner Rolle als Bittsteller zeugt.²⁴

19 Kaplan, *Buch der Agonie*, S. 250.

20 APMW, Hauptgruppe Gewerbliche Wirtschaft (HGW), Bd. 15, Zeichen HW 1-17, 16.5.1940, Bl. 305.

21 Ebd., Bd. 15, An den Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk, 4.10.1941, Bl. 38.

22 Ebd., Bd. 15, Do Pana Pełnomocnika Szefa Okręgu [An den Herrn Bevollmächtigten des Distriktschefs], 17.9.1941, Bl. 75 f.

23 Vgl. Czerniaków, *Tagebuch*, S. 65 f., 73, 89, 92, 98 f., 118, 188, 241 f.

24 Vgl. Julian Kulski, *Zarząd Miejski Warszawy 1939–1944* [Der Stadtrat von Warschau 1939–1944], Warschau 1964, S. 71, 105–109.

Tschenstochau

Tschenstochau ist eine mittelgroße Stadt, die im Distrikt Radom lag und in der das öffentliche Leben stark unter dem Einfluss des Klosters Jasna Góra stand. Im Jahr 1939 lebten in Tschenstochau 138.000 Menschen, mehr als 25.000 davon waren Juden. Der Besatzungsbürgermeister der Stadt, Stanisław Rybicki, war eine bemerkenswerte Person. Er war einer der wenigen polnischen Ortsvorsteher, die nach dem Krieg ihre Erinnerungen verfassten und viele detaillierte Informationen über die Kommunalpolitik hinterließen. Rybicki war ein polnischer Patriot und Katholik, der sich während der Besatzungszeit außerordentlich gut um die christlichen Bürger wie auch die Infrastruktur seiner Stadt kümmerte. Dies geschah allerdings wegen der deutschen Besatzungspolitik auf Kosten der jüdischen Bevölkerung.

Mit dem ersten von den Besatzern erstellten Judenrat, dessen Mitglieder sein Büro im November 1939 aufsuchten, war Rybicki unzufrieden, weil darin nur wenige Stadträte und Mitglieder der jüdischen Gemeinde vertreten waren. Erst nachdem er dessen Zusammensetzung hatte verändern können, nahm er die Zusammenarbeit auf.²⁵ Die Dokumentensammlung im Archiv des Museums Tschenstochau zeigt, dass die rassistischen Einschränkungen der Besatzer die kommunale Gesundheitspolitik zu einer vordringlichen Aufgabe des Bürgermeisters machten. Die Kontakte zwischen jüdischen Zahnärzten und ihren christlichen Patienten konnten nach dem abrupten Verbot 1940 allerdings nicht abgebrochen werden, weil deren Behandlung vielfach noch nicht abgeschlossen war und Tschenstochau, wie viele andere Städte im Generalgouvernement, schlichtweg nicht genug christliche Dentisten hatte. Um die begonnenen Behandlungen abschließen oder Notfälle versorgen zu können, wandten sich jüdische Zahnärzte an den Bürgermeister.²⁶ Ebenso verhielt es sich beim ersten Ausbruch von Fleckfieber im April 1940, an dem nicht nur Juden erkrankten und an dessen Bekämpfung sich keineswegs nur christliche Ärzte beteiligten.²⁷ Mit der Schließung des Ghettos am 9. April 1941 wiederum gingen bei der Stadtverwaltung Hunderte von Bitten um Passierscheine ein, weil jüdische Friseure, Bäcker und Baumeister benötigt wurden, um weiterhin arbeiten zu können.²⁸

Eine wichtige Aufgabe Rybickis wie auch aller anderen Bürgermeister bestand darin, die einheimischen Juden sowie diejenigen aus anderen Orten, die sich in der Stadt aufhielten, zu registrieren. Entsprechende Verzeichnisse mussten Bürgermeister in der Regel

25 Vgl. Rybicki, *Pod znakiem*, S. 65–67.

26 Muzeum Częstochowskie (MCz), Stanisław Rybicki, Bd. 5, Do Zarządu Miejskiego [An den Stadtrat], 25.4.1940, o.P.

27 Ebd., Do Pana Burmistrza Miasta [An den Herrn Bürgermeister der Stadt], 29.4.1940, 9.4.1941, o.P.

28 Archiwum Państwowe w Częstochowie [Staatsarchiv Tschenstochau] (APCz), Akta Miasta Częstochowa [Akten der Stadt Tschenstochau] (AMCz), Bd. 13800.

einmal in der Woche dem Stadt- oder Kreishauptmann vorlegen. Diese Verzeichnisse fertigte der Judenrat an. In Tschenstochau waren sie notwendig, nicht nur, um Juden zu überwachen, sondern auch, um sie schnell und effizient als Zwangsarbeiter einsetzen zu können.²⁹ Juden arbeiteten dort sowohl in der Kriegsindustrie als auch für den Bürgermeister bei der Straßenreinigung. Bis zur Auflösung des Ghettos wurde die Stadt jeden Tag von vier Brigaden gesäubert, die zusammen aus 101 Juden bestanden. Im Winter wurden sie durch weitere 100 Juden unterstützt.³⁰ In noch größerem Umfang profitierte Tschenstochau dank des resoluten Bürgermeisters von jüdischen Zwangsarbeitern, die Straßen bauten und instand setzten. Am 25. August 1942 waren 440 Männer und 120 Frauen in zwei Schichten damit beschäftigt, Straßen zu bauen und zu erneuern.³¹ Obwohl die Stadtverwaltung dem SS- und Polizeiführer im Distrikt Radom

29 Ebd., Bd. 13801, Bl. 1–81.

30 Vgl. Rybicki, *Pod znakiem*, S. 229.

31 APCz, AMCz, Bd. 13801, Do Pana Burmistrza Miasta [An den Herrn Bürgermeister der Stadt], 25.8.1942, Bl. 146.

für jeden vom Arbeitsamt vermittelten Juden fünf Złoty und für jede Jüdin vier Złoty pro Arbeitstag zahlen musste, lohnte sich das Geschäft für den Bürgermeister, der um das Gesicht seiner Stadt sehr bemüht war.³²

Ottock

In Ottock, einer sehr schön gelegenen Kleinstadt bei Warschau, die als Kur- und Erholungsort für Lungenkranke bekannt war, lebten 1939 rund 14.000 Juden, die 70 Prozent der Stadtbevölkerung ausmachten. Bis zu seinem Tod am 28. März 1943 wurde das Bürgermeisteramt dort von Jan Gadowski bekleidet, der 1937 zum Ortsvorsteher ernannt worden war, nachdem er in der Zweiten Republik unter anderem als Starost, also Kreishauptmann, in Mińsk Mazowiecki gedient hatte. Der 1876 geborene Gadowski war trotz seines Alters äußerst energisch und forcierte die Verfolgungspolitik

32 Ebd., Bd. 1423, Vertrag, 11.10.1942, Bl. 96.

Anzeige

Inna Klause
„Und alles mit Musikbegleitung“
 Musikausübung im Gulag und in den nationalsozialistischen KZ im Vergleich (Jüdische Musik. Studien und Quellen zur jüdischen Musikkultur 19)
 2021. XX, 562 Seiten, 44 Abb., 2 Tabellen, gb 170x240 mm
 ISBN 978-3-447-11674-9
 ©E-Book: ISBN 978-3-447-39165-8
 je € 78,- (D)



Janusz Garlicki
Von der Wahrscheinlichkeit zu überleben
 Aus dem Warschauer Aufstand ins KZ-Außenlager bei den Frankfurter Adlerwerken
 Aus dem Polnischen von Andrea Rudorff (Polnische Profile 13)
 2021. X, 292 Seiten, 4 Abb., br 135x200 mm
 ISBN 978-3-447-11705-0
 ©E-Book: ISBN 978-3-447-39183-2
 je ca. € 22,90 (D)



Nach einer ausführlichen Darstellung der methodischen, historischen und quellenbezogenen Voraussetzungen für einen Vergleich zwischen dem Gulag und den nationalsozialistischen KZ behandelt Klause die Grundlagen des jeweiligen Musiklebens. Den Schwerpunkt der Untersuchung bildet eine Gegenüberstellung der Musizierpraktiken und des Musikrepertoires in beiden Lagersystemen, wobei nach befohlenem und selbstbestimmtem Musizieren unterschieden wird. Zudem werden Funktionen der Musikausübung aus der Sicht der Lagerfunktionäre, der Häftlinge und der Zivilisten dargestellt. Es zeichnet sich ab, dass das Musikleben die wesentlichen Merkmale der Lagersysteme widerspiegelte – den Sadismus und die Vortäuschung einer „Umerziehung“. Den Häftlingen konnte Musik aber helfen, ihre Identität zu bewahren.

Der 21-jährige Janusz Garlicki wird im Sommer 1944 zu Beginn des Warschauer Aufstands festgenommen und nach Frankfurt am Main verschleppt. Die Adlerwerke hatten dort kurz zuvor das Außenlager Katzbach errichtet, um KZ-Häftlinge in der Rüstungsproduktion einzusetzen. Jahrzehnte nach Kriegsende verfasste Janusz Garlicki seine Erinnerungen, offen und unmittelbar, mit subtiler Beobachtungsgabe. Das Buch ist ein wichtiges Zeugnis für die Zeit des Nationalsozialismus in der Region Frankfurt, für das System Zwangsarbeit und für das Schicksal der Menschen aus den von Deutschland besetzten Ländern.

VERLAG PUBLISHERS
HARRASSOWITZ
 www.harrassowitz-verlag.de • verlag@harrassowitz.de

in seiner Stadt selbstbewusst und entschieden. Die Verordnungen seines Vorgesetzten, Kreishauptmann Hermann Rupprecht, und die anderer Behörden setzte er in ihren Augen vorbildlich, wenn auch manchmal etwas eigenwillig um. Zudem hatte wohl kein anderer Bürgermeister während der Besetzung so intensiv mit Plakaten und Bekanntmachungen Kommunalpolitik betrieben wie Gadomski, der alle wichtigen Verordnungen des Kreishauptmanns, Distriktgouverneurs und anderer Behörden fast immer zusätzlich oder auch ausschließlich mit der eigenen Unterschrift signierte, bevor er sie bekannt geben ließ.³³

Wie in anderen Kleinstädten legte der Bürgermeister das Ghettogebiet auch in Otwock größtenteils selbst fest. Von Kreishauptmann Rupprecht erhielt er am 2. Juli 1940 ein Schreiben, das ihn und alle anderen Bürgermeister des Kreises Warschau darüber informierte, dass in ihren Städten Ghettos entstehen würden. Rupprecht forderte die Ortsvorsteher auf, »eventuell nach vorherigem Benehmen mit dem Obmann des zuständigen Judenrates, mir darüber Vorschläge zu machen« und ebenso einen »Ortsplan mit den eingezeichneten vorgesehenen Grenzen« bis zum 1. August 1940 vorzulegen.³⁴ Gadomski ging der Verordnung gewissenhaft nach. Er konsultierte auch Izaak Lesmann, den Vorsitzenden des Judenrats, der ihm seine Stellungnahme am 18. Juli 1940 zukommen ließ.³⁵

Rechtzeitig am 31. Juli 1940 schickte Gadomski Rupprecht seinen Entwurf, in dem er detailliert erklärte, wie er das Ghetto in Otwock zu errichten gedenke. Aus dem Dokument geht unter anderem hervor, dass für den Bürgermeister die Interessen der christlichen Bevölkerung im Vordergrund standen, aber auch, dass ihm nicht bewusst war, wie schnell die Besatzer ihre rassistische Politik umsetzen wollten. Nachdem er dem Kreishauptmann die ethnische Zusammensetzung der Stadtviertel Otwocks dargelegt hatte, stellte er einen Plan zur Unterteilung in christliche und jüdische Wohnviertel vor. Gadomski beabsichtigte, die Stadtviertel mit besserer Infrastruktur sowie besseren Häusern grundsätzlich Polen und die ärmeren Viertel Juden zu überlassen. Überdies wollte er den Polen drei Jahre Zeit für den Umzug in den »arischen« Teil lassen. Dass es in drei Jahren gar keine Juden mehr in seiner Stadt geben würde, konnte er nicht ahnen. Eine Kommission zur Errichtung des Ghettos, die er selbst aufstellte und konsultierte, plädierte dafür, mit den Maßnahmen erst nach Kriegsende zu beginnen und sie dann innerhalb von drei Jahren durchzuführen. Juden sollte es jedoch nach den Vorstellungen dieser Kommission ab sofort verboten sein,

33 Archiwum Państwowe w Warszawie Oddział w Otwocku [Staatsarchiv Warschau, Außenstelle Otwock] (APO), Akta Miasta Otwocka [Akten der Stadt Otwock] (AMO), Akta Personalne burmistrza Jana Gadomskiego [Personalakten des Bürgermeisters Jan Gadomski], syg. 4488, o.P.

34 Ebd., Bd. 2279, An die Herren Bürgermeister und Gemeindevorsteher, Bl. 4.

35 Ebd., Bd. 2279, Do Pana Burmistrza [An den Herrn Bürgermeister], 18.7.1940, Bl. 6.

Häuser im christlichen Viertel zu kaufen. Der Bürgermeister sprach sich gegen ein allgemeines Aufenthaltsverbot für Juden aus, weil, wie er anführte, das die Stadtkasse um die Einnahmen aus dem Aufenthalt jüdischer Kurgäste, die 80 Prozent aller Gäste ausmachten, gebracht hätte.³⁶

Nachdem Generalgouverneur Frank am 13. September 1940 die erste Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen erlassen hatte, wurde die Frage eines Ghettos in Otwock nicht nur wieder aktuell, sondern sogar akut. Kreishauptmann Hermann Rupprecht griff Gadomskis Konzept sofort auf.³⁷ Er lehnte die Idee ab, mit der Errichtung des Ghettos erst nach Kriegsende zu beginnen, übernahm aber alle anderen Überlegungen und Ausführungen des Bürgermeisters. So war es im Grunde genommen Gadomski, der das Ghetto entwarf und darüber entschied, in welchen Teilen der Stadt es liegen sollte.³⁸

Das Otwocker Ghetto unterschied sich maßgeblich von anderen Ghettos im Generalgouvernement, weil die Stadt ein großflächiger Kurort war. Es bestand aus drei Teilen, die miteinander verbunden und teilweise nur über einen Gehweg zugänglich waren. Einige jüdische Kuranstalten wie die Zofiówka, das einzige Sanatorium im Generalgouvernement für nervenranke Juden, konnte so im Ghetto bleiben.³⁹ Trotzdem herrschte in dem jüdischen Wohnviertel enormer Wohnungsmangel wie in den anderen Ghettos in dem vom Deutschen Reich besetzten Gebiet auch. Der Bürgermeister zögerte nicht, zu verhindern, dass christliche Häuser oder Fabriken, die im Grenzgebiet des jüdischen Wohnbezirks lagen, dem Ghetto eingegliedert oder spezielle Absperrungen gebaut wurden, damit ihre polnischen Besitzer sie behalten konnten, obwohl sie sich auf dem Boden des Ghettos befanden. Anträge über den Ausschluss christlicher Grundstücke oder Fabriken bearbeitete eine Sonderkommission, deren Mitglieder Gadomski berief. Neben SS-Hauptscharführer Schlicht bestand sie aus dem kommissarischen Verwalter des jüdischen Eigentums, Ingenieur Dymitro Nesterenko, Vizebürgermeister Waław Czarnecki und Dr. Tomasz Papciak. Dank ihr konnte der Bürgermeister Gadomski eine eigene Kommunalpolitik inmitten des Holocaust in seiner Stadt betreiben, von der die christliche Bevölkerung profitierte.⁴⁰

Fazit

36 Ebd., Bd. 2279, An den Herrn Kreishauptmann, 31.7.1941, Bl. 14–25.

37 Verordnung über Aufenthaltsbeschränkungen im Generalgouvernement, 13.9.1940, in: *Verordnungsblatt für das Generalgouvernement*, 20.9.1940, Teil I, Nr. 55, S. 288.

38 APO, AMO, Bd. 2279, An den Herrn Bürgermeister, 20.9.1940, Bl. 26.

39 Vgl. Sylwia Szymańska-Smolkin, »Otwock. Portrait eines Ghettos in einem ehemaligen Kurort«, in: Christoph Dieckmann, Babette Quinkert (Hrsg.), *Im Ghetto 1939–1945. Neue Forschungen zu Alltag und Umfeld*, Göttingen 2009, S. 97–115, hier: S. 100–102.

40 APO, AMO, Bd. 1057, Protokoll, 25.11.1940, Bl. 32.

Wie es Juden in den Städten des Generalgouvernements während der Besatzungszeit bis zu ihrer Ermordung erging, hing in hohem Maße von den Bürgermeistern und Kommunalverwaltungen ab. Die Gemeindevorsteher erhielten zwar Verordnungen über die Errichtung der jüdischen Wohnbezirke von ihren Vorgesetzten, aber sie entschieden in der Regel selbst, in welchem Stadtteil das Ghetto liegen oder wie es mit Gas, Wasser, Strom und Essen versorgt werden sollte. Selbst wenn sie unauffällig im Hintergrund handelten, übernahmen sie wichtige Aufgaben der Kommunalverwaltung und leiteten ein Verfolgungsorgan von großer Tragweite – die Stadtverwaltung. Da im Generalgouvernement über zwei Millionen Juden ermordet wurden, darf die Rolle der Bürgermeister und Stadtverwaltungen nicht unterschätzt oder als ein »irrelevanter« Aspekt der Besatzungsgeschichte ignoriert werden.

Die Tätigkeit der polnischen Bürgermeister war zwar von der Gesetzgebung und den Erwartungen ihrer Vorgesetzten sowie der jeweiligen politischen Konstellation geprägt. Gleichwohl konnten sie die Entwicklung der politischen Situation und den Verlauf der

Judenverfolgung in ihren Städten beeinflussen oder sogar bestimmen. Vor allem in der Kommunalpolitik wurden den Verantwortlichen viele Handlungsmöglichkeiten eingeräumt. Niemand konnte besser als ein Bürgermeister den Plan eines jüdischen Wohnviertels entwerfen, und niemand war besser als ein Ortsvorsteher dafür geeignet, das Ghetto räumlich abzugrenzen und im Laufe der Zeit schließlich zu verkleinern. Die Verfolgung und Ermordung der Juden war ein zentraler Bereich der Besatzungspolitik, und sie konnte im Generalgouvernement wie auch in anderen besetzten Gebieten nur in Kollaboration mit den Bürgermeistern, Stadtverwaltungen und anderen lokalen Akteuren umgesetzt werden. Dies gelang, weil Antisemitismus in Polen sowohl vor dem Krieg als auch während der Okkupation verbreitet war und die Städte in vielerlei Hinsicht von der Ermordung der Juden profitierten. Nach dem Krieg stellten die Bürgermeister die Verfolgung und Ermordung der Juden jedoch als eine ausschließlich deutsche Angelegenheit dar und konnten so ihre eigene Beteiligung daran auf Jahrzehnte hinaus erfolgreich unter den Teppich kehren.

Anzeige

ERSCHEINT IM HERBST 2021

Frank-Lothar Kroll / Christian Hillgruber / Michael Wolffsohn (Hrsg.)

Die Hohenzollerndebatte

Beiträge zu einem geschichtspolitischen Streit

ISBN 978-3-428-18392-0

Seit Sommer 2019 diskutiert die Öffentlichkeit über die Entschädigungsansprüche der Hohenzollern. Anlass für die Forderungen ist die Enteignung des letzten deutschen Kronprinzen, Wilhelm von Preußen, durch die Sowjetunion nach 1945. Allerdings sieht das einschlägige Gesetz vor, dass niemand entschädigt wird, der dem kommunistischen oder dem nationalsozialistischen System »erheblichen Vorschub« geleistet hat. Dass dieser Sachverhalt kaum einfach zu klären ist, zeigen die vielen Facetten der Hohenzollerndebatte: Zunehmend verquicken sich moralische, politische, juristische und geschichtswissenschaftliche Aspekte. Das macht die öffentliche Auseinandersetzung mitunter hochemotional und polemisch.

Der Sammelband sorgt für Differenzierung und Klarstellung. Beleuchtet werden die juristischen Hintergründe ebenso wie die politischen Bezüge, auch die aktuelle Debatte unter Historikern über das deutsche Kaiserreich findet Berücksichtigung. Und natürlich wird die politische Bedeutung des Kronprinzen für den Aufstieg des Nationalsozialismus in den Blick genommen. 20 renommierte Autoren, darunter Peter Brandt, Oliver Haardt, Christian Hillgruber, Frank-Lothar Kroll, Lothar Machtan und Michael Wolffsohn, bieten mit diesem Buch ein differenziertes Fundament für eine sachbezogene, multiperspektivische Diskussion über die Hohenzollern.

www.duncker-humblot.de

Geheime Mächte

Antisemitismus und Verschwörungsmythen



Verschwörungsmythen haben derzeit Hochkonjunktur. Heiß umstrittene Themen halten Politik und Gesellschaft in Atem: die vom ehemaligen Sozialdemokraten Thilo Sarrazin im Jahr 2010 angestoßene Debatte über eine angebliche Islamisierung Deutschlands,¹ die während der Fluchtmigration nach Europa 2015 im »Wissen« vieler um einen angeblich von der Bundesregierung geplanten Austausch der deutschen Bevölkerung mit irakischen und syrischen Flüchtlingen kulminierte, der angezweifelte oder gleich ganz negierte Klimawandel, die Leugnung der Souveränität der Bundesrepublik durch die Reichsbürgerbewegung und schließlich die Auseinandersetzungen über die Ursachen der Covid-19-Pandemie und die Maßnahmen zu deren Eindämmung seit März 2020.

Die Infragestellung und Desavouierung der klassischen Medien, vor allem der Tagespresse und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die angeblich im Auftrag der Regierung berichten, gehen mit der gegenwärtigen Glaubwürdigkeitskrise der Politik in einem Teil der Bevölkerung einher, bedingen und verstärken diese.

Zugleich hat Antisemitismus derzeit ebenfalls Hochkonjunktur. Denn eine Konstante zieht sich durch viele dieser neuen Verschwörungsmythen: eine angebliche Teilhabe von Juden an Plänen, die sich gegen die »wahren« Interessen des Volkes richten, wenn ihnen nicht sogar die Urheberschaft hierfür zugeschrieben wird. Auffallend ist, dass vieles an alte antisemitische Erzählungen und an die Propaganda der Nationalsozialisten anknüpft.² Wenn Zeitungen etwa als staatlich gesteuerte »Lügenpresse« diffamiert werden, ist dies nicht weit von der »Systempresse« entfernt, als die der Reichspropagandaleiter der NSDAP Joseph Goebbels die liberale und demokratische Presse der Weimarer Republik schmähte und hinter der für ihn immer »die Juden« standen. Die Vorstellung eines Bevölkerungsaustausches rekurriert ex negativo auf die »Umvolkungspläne« des NS-Regimes, durch die die im Krieg annektierten Gebiete »germanisiert« werden sollten.

In vielen Fällen ziehen angeblich »Juden« im Hintergrund die Strippen. Der US-amerikanische Finanzinvestor und Philanthrop ungarisch-jüdischer Herkunft George Soros etwa ist in den USA und in Europa gleichermaßen ein »zentrales Feindbild«, um das sich zahlreiche Verschwörungsmythen ranken. So soll er mit seiner Soros-Foundation unter anderem hinter der Globalisierung, hinter der Fluchtmigration nach Europa sowie hinter den Geflüchtetenretts

aus Lateinamerika in die USA und auch hinter anti nationalen Aktivitäten etwa gegen sein Heimatland Ungarn stecken. »Soros« ist heute, so der Historiker Jacob Eder, ebenso ein antisemitisches Codewort wie seit langem bereits »Rothschild« oder »Ostküste«.³ Dass antisemitische Verschwörungsfantasien sich im Laufe der Covid-19-Pandemie rasant verbreitet haben, kommt nicht von ungefähr: Die Antisemitismusforscherin Stefanie Schüler-Springorum hat bereits im Mai 2020 darauf hingewiesen, dass Juden auch in der Vergangenheit für Krankheiten und Seuchen wie etwa die Pest im Mittelalter verantwortlich gemacht wurden.⁴

Die vier Beiträge dieses Themenschwerpunkts befassen sich mit der Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen in Deutschland. Jörg Osterloh (Fritz Bauer Institut) skizziert den Mythos einer angeblichen jüdischen Pressemacht, die bereits die Antisemiten im Kaiserreich als Wurzel der »Judenherrschaft« imaginiert haben, und zeigt, wie die NS-Propaganda bei ihren Angriffen auf die »Judenpresse« und wie schließlich der NS-Staat bei der Ausschaltung jüdischer Journalisten und Presseorgane hieran anknüpfen.

Juliane Wetzel (Berlin) befasst sich mit den aktuellen Verschwörungsmythen in Deutschland und der Rolle, die der Antisemitismus dabei spielt. Sie betont, dass antisemitische Verschwörungsmythen auch in der globalisierten Welt nicht auf bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Gesellschaftsschichten begrenzt, sondern tief verwurzelt und in Krisenzeiten problemlos reaktivierbare Narrative sind.

Nikolas Lelle (Berlin) umreißt das Ausmaß und die Erscheinungsformen des Antisemitismus bei Protesten gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie. Er unterstreicht die bedeutende Rolle des Internets, das gleichsam als Katalysator wirkt, beim Entstehen und beim Anwachsen dieser Gruppierung.

Daniel Rickenbacher (Basel) verdeutlicht schließlich, dass der islamische Antisemitismus ebenfalls eine große Bedrohung für Jüdinnen und Juden in Deutschland darstellt. Diese nicht erst durch die Migrationsbewegung von 2015 »importierte«, sondern zuvor schon in zahlreichen Organisationen etablierte spezifische Ausprägung von Judenhass wurde lange Zeit unterschätzt.

3 Jakob Eder, »Soros als Synonym«, in: *die tageszeitung*, 11.11.2018; <https://taz.de/Debatte-Trumps-Rhetorik-und-Pittsburgh/!5546664/> (28.5.2021).

4 Stefanie Schüler-Springorum, »Warum Verschwörung? Warum die Juden?«, in: *Der Spiegel*, 17.5.2020, <https://www.spiegel.de/kultur/corona-leugnung-und-antisemitismus-warum-verschwörung-warum-die-juden-a-46d89ede-6bc3-43f0-9b53-5064992ad416> (28.5.2021).

1 Vgl. Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, Stuttgart 2010. Er spitzte seine Behauptungen immer weiter zu: Ders., *Feindliche Übernahme: Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht*, München 2018. Sarrazins Bücher stehen in der Regel gleich nach Erscheinen an der Spitze der Sachbuch-Bestsellerlisten.

2 Vgl. Julius H. Schoeps, Joachim Schlör (Hrsg.), *Antisemitismus, Mythen, Vorurteile*, München 1995.

Links: Bebilderung eines Tweets der Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz am 25. April 2020: »Wir sind nicht eure Kulisse! Gemeinsam mit Anwohner*innen und Galeristen am Rosa-Luxemburg-Platz sowie dem Bündnis #unteilbar distanzieren wir uns von den sogenannten Hygiene-Demos!«

Foto: david baltzer / bildbuehne.de; mit freundlicher Genehmigung der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, www.volksbuehne.berlin/ / <https://twitter.com/Volksbuehne>

»Kampf mit dieser Welthydra« Die Nationalsozialisten und der Mythos einer jüdischen Pressemacht

Von Jörg Osterloh



Dr. Jörg Osterloh ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut und Lehrbeauftragter an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Veröffentlichungen (Auswahl): »Ausschaltung der Juden und des jüdischen Geistes«. *Nationalsozialistische Kulturpolitik 1920–1945*, Frankfurt am Main, New York 2020; (Hrsg. mit Katharina Rauschenberger), *Der Holocaust. Neue Studien zu Tathergängen, Reaktionen und Aufarbeitungen*, Frankfurt am Main, New York 2017; (Hrsg. mit Kim Wünschmann), »... der schrankenlosesten Willkür ausgeliefert«. *Häftlinge der frühen Konzentrationslager 1933–1936/37*, Frankfurt am Main, New York 2017.

Foto: Helmut Fricke

Am 27. November 1936 rühmte Reichspropagandaminister Joseph Goebbels die Leistungen der nationalsozialistischen Kulturpolitik:¹ »Die deutsche Presse, vor vier Jahren noch internationalen Zerstörungsideen oder unkontrollierbaren, anonymen Kapitalinteressen dienstbar, von Juden geschrieben zur Verdummung des ganzen Volkes, vertritt heute wieder mit deutschen Federn deutsche Ziele und wird einheitlich und geschlossen eingesetzt für die Verfechtung unserer nationalen Ideale.«² Die Säuberung einer angeblich »verjudeten« Presse, die, international vernetzt, Politik, Wirtschaft und Kultur in Deutschland beherrsche, zählte von Anfang an zu den erklärten Zielen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Bereits das auf dem Gründungsparteitag der NSDAP am 24. Februar 1920 von Adolf Hitler verkündete 25-Punkte-Programm der Partei forderte den »gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse«. Um die Errichtung einer »deutschen« Presse zu ermöglichen, müssten »sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen,

1 Dieser Aufsatz basiert auf: Jörg Osterloh, »Ausschaltung der Juden und des jüdischen Geistes«. *Nationalsozialistische Kulturpolitik 1920–1945*, Frankfurt am Main, New York 2020. Dort finden sich weiterführende Literaturhinweise. Das Titelzitat stammt aus: Adolf Hitler, »Völkskampf gegen die internationale Verbrecherpresse! Gegen die jüdische Weltpressevergiftung!«, in: *Völkischer Beobachter*, Sondernummer, [17.]9.1925, abgedruckt in: Hitler, *Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933*, Bd. I: *Die Wiedergründung der NSDAP. Februar 1925–Juni 1926*, hrsg. und komm. von Clemens Vollnhals, München u.a. 1992, S. 153–158 (Dok. 65), hier: S. 154.

2 »Rede des Reichsministers Dr. Goebbels über die Neugestaltung des deutschen Kulturlebens auf der dritten Jahrestagung der Reichskulturkammer in der »Philharmonie« in Berlin vom 27. November 1936«, in: Paul Meier-Benneckenstein, (Hrsg.), *Dokumente der Deutschen Politik*. Reihe: Das Reich Adolf Hitlers, Bd. 4: *Deutschlands Aufstieg zur Großmacht 1936*, 6. Aufl., Berlin 1941, S. 319–328, hier: S. 320 f. (auch die folgenden Zitate).

Volksgenossen« sein. »Nichtdeutsche« Zeitungen – gemeint waren »jüdische« Zeitungen – sollten nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Staates und keinesfalls »in deutscher Sprache« erscheinen dürfen.³ Das Programm enthielt aber kaum einen originellen Gedanken, sondern spiegelte mehr oder weniger das seit Jahrzehnten in der völkischen Szene in Deutschland verbreitete Gemeingut wider.⁴

Im Folgenden werden zunächst die Wurzeln des Mythos einer jüdischen Pressemacht in Deutschland, dann die Angriffe der Nationalsozialisten auf die »Judenpresse« in der »Kampfzeit« der NSDAP von 1920 bis 1933 und schließlich die Ausschaltung jüdischer Journalisten und Presseorgane im NS-Staat skizziert.

Historische Wurzeln

Bereits 1850 beklagte ein K. Freigedank in der Schrift »Das Judentum in der Musik« die »Verjudung« der deutschen Kultur.⁵ Er kritisierte hierin nicht nur die Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy und (den namentlich nicht genannten) Giacomo Meyerbeer, sondern auch die Journalisten und Schriftsteller Heinrich Heine und Ludwig Börne. Hinter dem Pseudonym K. Freigedank verbarg sich niemand anderes als der Komponist Richard Wagner. In seinem hasserfüllten Pamphlet verwendete er eine ganze Reihe von Schlagworten, die fortan eine fatale Rolle spielen sollten: Er charakterisierte die Juden als »stammesfremd«, erklärte sie zu bloßen Epigonen und unterstellte ein jüdisches Zitierkartell, das, gestützt auf eine jüdische Pressemacht, alle Konkurrenz unterdrücke.⁶

Die Behauptung, Deutschland sei »verjudet«, war seit Mitte des 19. Jahrhunderts weit verbreitet.⁷ Die 1871 mit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs erlangte rechtliche Gleichstellung der Juden hatte keineswegs zu einer tatsächlichen Gleichstellung geführt: Juden waren Karrieren etwa in der Verwaltung und der Justiz, in der Armee und an Hochschulen nach wie vor weitgehend verwehrt, weshalb viele jüdische Akademiker ihr Auskommen in den freien

3 Vgl. Gottfried Feder, *Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken*, 51.–55. Aufl., München 1931, S. 19–22.

4 Vgl. Ian Kershaw, *Hitler 1889–1936*, Stuttgart 1998, S. 190.

5 K. Freigedank [d.i. Richard Wagner], »Das Judentum in der Musik«, in: *Neue Zeitschrift für Musik*, 3.9.1850, S. 101–107, hier: S. 102; 6.9.1850, S. 109–112.

6 Vgl. Götz Aly, *Warum die Juden? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800–1933*, Frankfurt am Main 2011, S. 90; Michael Dreyer, »Das Judentum in der Musik (Richard Wagner, 1850)«, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus*, Bd. 6: *Publikationen*, Berlin 2013, S. 367–369, hier: S. 367 f. Später veröffentlichte Wagner die antisemitische Schmähchrift erneut – nun unter seinem Namen: Richard Wagner, *Das Judentum in der Musik*, Leipzig 1869.

7 Vgl. Jörg Osterloh, »Verjudung«, »Zersetzung«, »Entartung«, »Kultur bolschewismus« – eine Begriffsgeschichte, in: Eva Atlán, Raphael Gross, Julia Voss (Hrsg.), *1938. Kunst – Künstler – Politik*, Göttingen 2013, S. 97–112.

Berufen suchten.⁸ Juden wurde vorgehalten, dass sie nicht nur in Handel und Bankwesen, sondern auch in den Kulturberufen – etwa als Schriftsteller, Schauspieler und Journalisten –, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, überproportional vertreten seien und verderblichen Einfluss ausübten. Als ein besonders gravierendes Problem machten Antisemiten die »Verjudung« der deutschen Presse aus, die aus ihrer Sicht die Grundlage für die vollständige »Verjudung« des politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens schuf.

Franz Fürchtegott Perrot, Redakteur der reaktionären *Neuen Preußischen Zeitung*, veröffentlichte 1878 unter dem Pseudonym Hilarius Bankberger die Schrift *Die Juden im deutschen Staats- und Volksleben*. Hierin beklagte er den jüdischen Einfluss auf die führenden Tageszeitungen und behauptete, man könne angesichts der Kapital- und Presseverhältnisse von einer »jüdischen Weltherrschaft« sprechen.⁹

Ebenso übte Heinrich von Treitschke, seit 1871 Abgeordneter der Nationalliberalen Partei im Reichstag und ab 1874 Professor für Geschichtswissenschaft an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin, Ende 1879 in mehreren Reden Kritik an der jüdischen Pressemacht in Deutschland: Seit der rechtlichen Gleichstellung werde die öffentliche Meinung zumeist von jüdischen Federn gemacht. Für ihn stand fest, dass die Juden angesichts ihrer Macht über die Presse, die Börsen und die Gesellschaft in Deutschland einflussreicher waren als irgendwo sonst in Westeuropa.¹⁰ Die Wirkung von Treitschkes Reden und Schriften ist kaum zu überschätzen; der einflussreiche Historiker trug dazu bei, den Antisemitismus im Bildungsbürgertum salonfähig zu machen.¹¹

Und auch für Wilhelm Marr, Journalist und Abgeordneter des Demokratischen Vereins in der Hamburger Bürgerschaft – ihm wird gemeinhin die Einführung des Begriffs »Antisemitismus« zugeschrieben –, waren die Besitz- und Beschäftigungsverhältnisse der Zeitungen schuld daran, dass Juden in die deutsche Gesellschaft hatten eindringen können: »Das Judentum dictierte die öffentliche Meinung in der Presse«, weshalb »Germanen«, sobald sie Juden kritisierten, in die »Press-Acht« genommen, also boykottiert würden.¹²

8 Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, 2. Aufl., München 1991, S. 397–403.

9 Hilarius Bankberger [d.i. Franz Fürchtegott Perrot], *Die Juden im deutschen Staats- und Volksleben*, Separatdruck aus der *Deutschen Reichs-Post*, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1878, S. 34.

10 Heinrich von Treitschke, *Ein Wort über unser Judentum*, Separatdruck aus dem 44., 45. und 46. Bande der Preußischen Jahrbücher, Berlin 1881, S. 3.

11 Vgl. Karsten Krieger, »Treitschke, Heinrich Gotthard von«, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus*, Bd. 2/2: *Personen L–Z*, München 2009, S. 838 f., hier: S. 839.

12 Wilhelm Marr, *Der Sieg des Judentums über das Germanentum. Vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet*, 10. Aufl., Bern 1879, S. 21, 25, 48. Im Jahr darauf nahm er erneut die angeblich »verjudete« Presse aufs Korn: Wilhelm

1881 veröffentlichte der Philosoph und Nationalökonom Eugen Dühring sein Werk *Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage*. Dühring unternahm damit den ersten Versuch, den Antisemitismus »wissenschaftlich« zu untermauern, indem er den »Rassenbegriff (anstelle der Religion) allein zur Ausgrenzung und Diffamierung der »jüdischen Rasse« nutzte.¹³ Auch für ihn stand fest, dass es das Ziel der Juden sei, mit Hilfe der Presse »die Herrschaft über alle anderen Völker« zu erlangen.¹⁴ Vor allem den Bildungsbürgern zerstöre »das Judentum der Presse und Literatur« oft den »gesunden Sinn«.¹⁵ Dühring kam zu dem Schluss, dass die »Verjudung« nur bekämpft werden könne, indem man die Presse »entjude«.¹⁶

Tatsächlich gab es 1885 insgesamt 3.069 Zeitungen im Reich. Die meisten davon erschienen in Kleinstädten und auf dem Land, und nur ein geringer Teil befand sich in jüdischem Besitz. Die Angriffe der Antisemiten konzentrierten sich daher stets auf dieselben liberalen Großstadtblätter, die von Juden gegründet worden waren, sich in jüdischer Hand befanden und führende jüdische Mitarbeiter hatten: die *Frankfurter Zeitung* etwa, die seit 1867 von Leopold Sonnemann herausgegeben wurde, das 1871 von Rudolf Mosse ins Leben gerufene *Berliner Tageblatt* sowie die *Deutsche Union* und *Berliner Zeitung*, mit deren Gründungen Leopold Ullstein Mitte der 1870er Jahre den Grundstein für seinen zukünftigen Konzern in Berlin gelegt hatte. Der jüdische Verleger Bernhard Wolff hatte bereits 1849 Wolffs Telegraphisches Bureau, eine Nachrichtenagentur, eingerichtet.¹⁷ Den tatsächlichen Verhältnissen zum Trotz beklagten Antisemiten aber unablässig die »Verjudung« der Presse in Deutschland.

Die negativen Auswirkungen des angeblich beherrschenden jüdischen Einflusses auf Presse, Literatur und Theater prangerte 1887 unter dem Pseudonym Thomas Frey auch Theodor Fritsch in seinem *Antisemiten-Katechismus* (später: *Handbuch der Judenfrage*) an.¹⁸ Fritsch war ein radikaler Antisemit, der versuchte, systematisch die Zusammenhänge der »Verjudung« von Politik, Wirtschaft und Kulturleben zu belegen. Im *Katechismus* führte er alphabetische

Namenslisten von in bestimmten Berufen tätigen Juden – und Menschen, die er dafür hielt – an. Fritsch zufolge waren vor allem die Literatur und die Presse seit Börne und Heine von Juden »überschwemmt«.¹⁹ Auch er geißelte die jüdischen Verleger Mosse und Ullstein und liberale Presseorgane wie das *Berliner Tageblatt*, die *Vossische Zeitung* oder auch die *Frankfurter Zeitung*.²⁰ Die besondere Bedeutung, die er der Aufklärung über die »Judenpresse« beimaß, zeigte sich daran, dass dieser Abschnitt des *Katechismus* als Flugblatt (»Wer schreibt unsere Zeitungen?«) zur weiteren Verteilung erworben werden konnte. Fritsch traf damit ganz offenkundig einen Nerv der Zeit. Sein Machwerk erschien 1893 bereits in der 25. Auflage.²¹

Bei der Betriebs- und Berufszählung von 1895 hatte das Kaiserliche Statistische Amt 412 jüdische Privatgelehrte und Journalisten im Deutschen Reich registriert, bei der Erhebung zwölf Jahre später 712. Dies entsprach einem Anteil von 7,48 beziehungsweise 8,13 Prozent. Der jüdische Statistiker Jakob Segall erklärte diesen Anstieg damit, dass viele Juden, denen eine Beamtenlaufbahn oder der Lehrerberuf versagt geblieben war, sich vor allem dem Journalismus zugewandt hätten. Juden waren gemäß ihrem Bevölkerungsanteil von 1,15 Prozent (1890) beziehungsweise 0,95 Prozent (1910) in diesem Berufsfeld überrepräsentiert. Für Segall bestätigte die Statistik damit zwar die »starke Beteiligung« von Juden im Kulturleben und im Zeitungswesen, keineswegs aber belegte sie die von Antisemiten postulierte »Verjudung« dieser Berufsfelder.²²

Die Auseinandersetzungen um die Stellung der Juden im Kulturleben nahmen an Schärfe zu, nachdem im März 1912 der jüdische Journalist Moritz Goldstein in der Zeitschrift *Der Kunstwart* seinen Beitrag »Deutsch-jüdischer Parnaß« veröffentlicht hatte. Er skizzierte hierin, ebenfalls überzeichnend, die Bedeutung, die Juden mittlerweile in der Literatur, im Konzert- und Theaterleben in Deutschland gewonnen hatten. Niemand, so Goldstein, bezweifle die Macht der Juden in der Presse, insbesondere die Kritik sei mehr oder weniger ein jüdisches Monopol.²³ Goldstein kam zu dem Schluss, dass »wir Juden« mittlerweile »den geistigen Besitz eines Volkes« verwalten, »das uns die Berechtigung und Fähigkeit dazu abspricht«.²⁴

Marr, *Öffnet die Augen, Ihr deutschen Zeitungsleser. Ein unentbehrliches Büchlein für jeden deutschen Zeitungsleser*, Chemnitz 1880.

13 Werner Bergmann, »Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage (Eugen Dühring, 1881)«, in: Benz (Hrsg.), *Handbuch*, Bd. 6, S. 345–349, hier: S. 345; vgl. Peter Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914*, Gütersloh 1966, S. 108.

14 Werner Bergmann, »Dühring, Eugen Karl«, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus*, Bd. 2/1: *Personen A-K*, München 2009, S. 188–190.

15 Eugen Dühring, *Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Culturfrage. Mit einer weltgeschichtlichen Antwort*, Karlsruhe, Leipzig 1881, S. 55.

16 Bergmann, »Die Judenfrage«, S. 348.

17 Zur Presselandschaft im Kaiserreich s. Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*, Bd. 1, S. 798–811.

18 Vgl. Werner Bergmann, »Handbuch der Judenfrage (Theodor Fritsch, 1887)«, in: Benz (Hrsg.), *Handbuch*, Bd. 6, S. 257–262, hier: S. 258.

19 Thomas Frey [d.i. Theodor Fritsch], *Antisemiten-Katechismus. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständniß der Judenfrage*, 25., vermehrte Aufl., Leipzig 1893 (zuerst Leipzig 1887), S. 256–263.

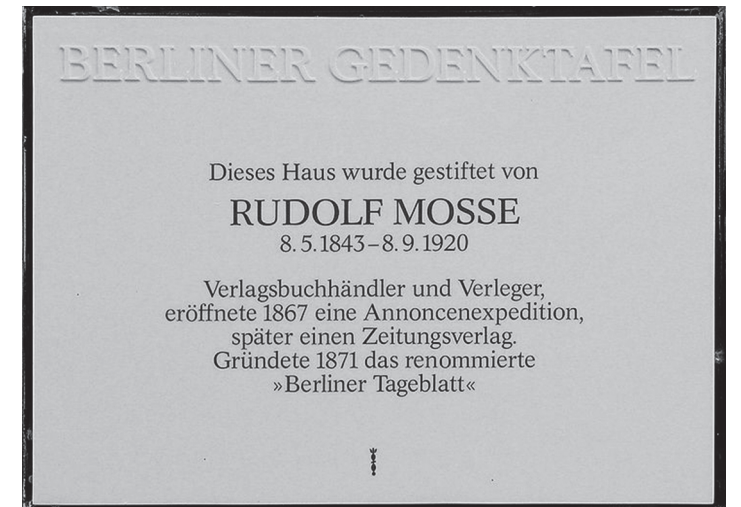
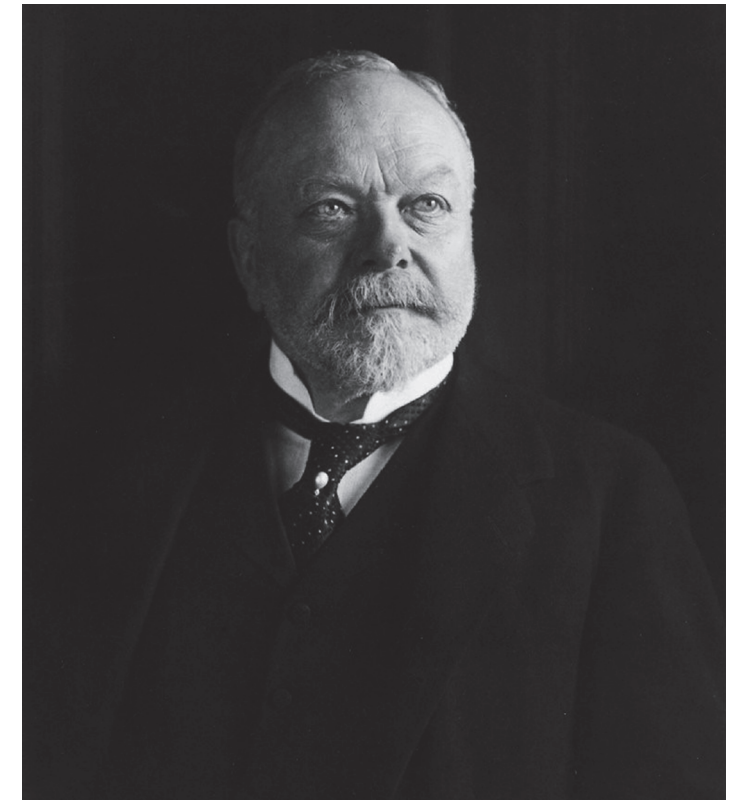
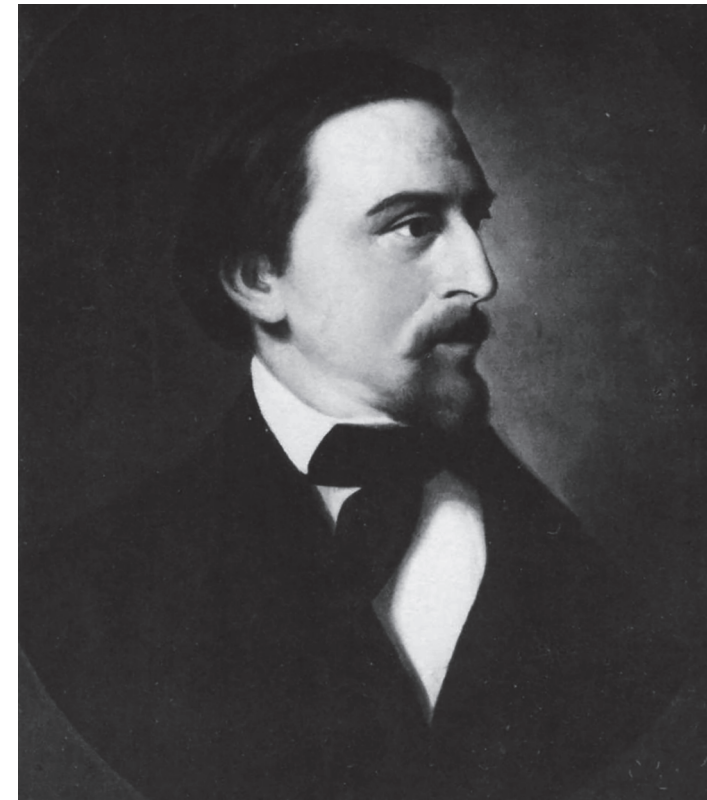
20 Ebd., S. 301–303.

21 Vgl. Bergmann, »Handbuch«, S. 257.

22 Jakob Segall, *Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in Deutschland*, Berlin 1912, S. 38, 48, 57, Zitat S. 57.

23 Moritz Goldstein, »Deutsch-jüdischer Parnaß«, in: *Der Kunstwart*, 25 (1912), H. 11, S. 281–294. Siehe zur Kontroverse um Goldsteins Aufsatz: *Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte*, Bd. 13: *Deutsch-jüdischer Parnaß. Rekonstruktion einer Debatte*, Berlin, Wien 2002.

24 Goldstein, »Deutsch-jüdischer Parnaß«, S. 283.



Oben links: Anonymous, Portrait des Journalisten Friedrich Wilhelm Adolph Marr (1819–1904), etwa 1860, der den Begriff »Antisemitismus« prägte. Foto: public domain

Oben rechts: Der deutsch-jüdische Verleger Rudolf Mosse (1843–1920), Herausgeber des *Berliner Tageblatts*. Foto: Leo Baeck Institute, New York City, CC-BY-SA 3.0

Unten links: Das Gebäude des Zeitungshauses Mosse, Schützenstraße 25–32, Berlin-Mitte, September 1923. Foto: Bundesarchiv, Bild 102-00182, CC BY-SA 3.0 de

Unten rechts: Berliner Gedenktafel, Rudolf-Mosse-Straße 9–11, Berlin-Wilmersdorf.

Wie zur Bestätigung veröffentlichte Philipp Stauff, ein früherer Volksschullehrer, im April 1913 die Schrift *Von deutscher Kunst und Literatur*, die den Anteil von Juden an Presse und Kultur mit Zahlen belegen sollte. Dieses Werk erlebte bis 1920 fünf Auflagen mit insgesamt 83.000 Exemplaren. Kurz darauf, im Dezember 1913, gab Stauff den *Semi-Kürschner*, ein antisemitisches Lexikon, heraus. Es enthielt 7.000 Biografien unter anderem von Journalisten und Schriftstellern jüdischer Herkunft oder mit jüdischer Verwandtschaft.²⁵ Die hohen Auflagenzahlen antisemitischer Traktate zeigen, dass im Kaiserreich ein großer Markt für solcherlei Publikationen bestand.

Die Angriffe der Antisemiten auf jüdische Journalisten und die »Judenpresse« nahmen im Ersten Weltkrieg dramatisch zu. Die Führungsschichten bedurften eines Schuldigen für den »kriegsbedingten Auflösungsprozeß der ständischen Ordnung«, und der notleidende Mittelstand brauchte einen »Blitzableiter« für seinen Zorn.²⁶ Für Konstantin Freiherr von Gëbsattel, einen pensionierten Generalleutnant und Inspekteur der bayerischen Kavallerie, der bereits 1913 in einer Denkschrift zum Verbot der »Judenpresse« aufgerufen hatte,²⁷ stand fest, dass »die Juden« im Hintergrund die Fäden gezogen hatten, als Prinz Max von Baden im Oktober 1918 die erste parlamentarische Regierung in Deutschland bildete, und diese deswegen illegitim sei. Gëbsattel gab zwar zu, dass die Parlamentarisierung auch unter Nichtjuden Anhänger habe, aber »das Gift, von dem sie angesteckt« worden seien, hätten Juden in den Redaktionen des *Berliner Tageblatts*, der *Vossischen Zeitung* und des sozialdemokratischen *Vorwärts* angerührt.²⁸

Weimarer Republik

Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte in Deutschland auch das Ende der alten Ordnung mit sich. Am 9. November 1918 dankte Kaiser Wilhelm II. ab, und der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann proklamierte die »deutsche Republik«. Umgehend nach Kriegsende war die Legende von einem »Dolchstoß« in den Rücken der »im

Felde unbesiegten« Armee entstanden. Friedensforderungen in der Heimat, linke Agitatoren und Arbeiterstreiks seien schuld an der Niederlage. Vor allem die Deutschnationalen warfen dies den Repräsentanten der neuen Ordnung vor, den Politikern und Anhängern der SPD, USPD, den liberalen Parteien und insbesondere den revolutionären Spartakisten.²⁹ Für die Antisemiten waren die Verantwortlichen hierfür leicht ausgemacht: die Juden. Bestätigt sahen sie sich auch durch die jüdische Herkunft führender Revolutionäre – darunter Schriftsteller und Journalisten wie Erich Mühsam und Ernst Toller – der im April 1919 in München ausgerufenen, etwa vier Wochen bestehenden Räterepublik.³⁰

In der 28. Auflage seines *Handbuchs der Judenfrage* postulierte Theodor Fritsch 1919, Juden hätten sich »die Wortführung in unseren nationalen Angelegenheiten angemaßt«. In »Presse, Parlament und Gesellschaft« drängten sie in den Vordergrund und verwirrten »den Volksgeist«. Als »Kronzeugen« für seine Suada zog Fritsch Moritz Goldstein und seinen *Kunstwart*-Aufsatz heran.³¹ Insbesondere was das *Berliner Tageblatt* und die *Frankfurter Zeitung* »während des Krieges trieben, grenzte oft an Landesverrat.«³² Ein vollständiges Verzeichnis der jüdischen Literaten, so Fritsch, sei unmöglich, da es Tausende von Namen umfassen müsse, daher nenne er nur die wichtigsten Schriftsteller und Journalisten. Er führte unter anderem Julius Bab, Ludwig Börne, Maximilian Harden, Heinrich Heine, Siegfried Jacobsohn, Alfred Kerr und Theodor Wolff an. Bei den Verlagen zählte er S. Fischer, Mosse, Propyläen und Ullstein auf.³³ Damit argumentierte Fritsch in bekannter Weise: Er nannte die Namen einiger prominenter Juden und behauptete, es handele sich um Tausende, die das öffentliche Leben in Deutschland beherrschten. Besonderes Augenmerk widmete Fritsch dem »Zeitungswesen«. Er berief sich auf eine angebliche Tagung des »Sanhedrin«, des »internationalen Oberrats des Judentums«, 1840 in Krakau, auf der Moses Montefiore (»Blumenberg«) gefordert habe, die Zeitungen aller Länder »in unseren Händen zu haben, um die Völker zu täuschen und zu betäuben«. Der Charakter der Presse werde aber oft »dadurch verschleiert, daß Schriftleiter mit deutschem Namen verantwortlich zeichnen.«³⁴

Ähnlich argumentierte der sächsische Oberfinanzrat Paul Bang, der im Frühjahr 1919 unter dem Pseudonym Wilhelm Meister *Judas*

Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung veröffentlichte und darin eine direkte Linie zog von den Reichstagswahlen 1912 (»Judenwahlen«) über den Ersten Weltkrieg (»Judenkrieg«) bis zum Umsturz von 1918 (»Judenrevolution«), der in Deutschland zur offenen »Judenherrschaft« geführt habe.³⁵ Die »drei gewaltigsten Machtmittel Judas« stellten Bang zufolge die *Frankfurter Zeitung*, das *Berliner Tageblatt* und der *Vorwärts* dar.³⁶ *Judas Schuldbuch* war fortan so etwas wie eine Programmschrift des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, der von 1919 bis zu ihrem Verbot 1922 mit bis zu 200.000 Mitgliedern einflussreichsten völkisch-antisemitischen Organisation.³⁷

In diesem Klima gründeten der Werkzeugschlosser Karl Drexler und der Sportjournalist Karl Harrer am 5. Januar 1919 die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Die Partei stand auf »völkischer« Grundlage und sollte »judenrein« sein. Am 12. September 1919 nahm erstmals Adolf Hitler an einer ihrer Versammlungen teil.³⁸ Am 16. Oktober 1919 äußerte dieser auf einer DAP-Veranstaltung, man müsse eine »deutsche« Presse unterstützen, »damit das Volk erfahre, was die Judenblätter verschweigen.«³⁹

Am 13. August 1920, wenige Monate nach der Umbenennung der DAP in NSDAP, hielt Hitler die programmatische Rede »Warum sind wir Antisemiten?«. Er erklärte, die »Arier« seien die Urheber aller Kultur, »die Juden« hingegen »Volksverderber, Urheber der »Rassensenkung«, Zerstörer der Volksgesundheit, Vernichter erst der Produktionsmittel und dann der ganzen Kultur. Kunst, Literatur, Presse und Theater befänden sich in der Hand »des Juden« und dienten der Errichtung seiner Herrschaft.⁴⁰ Bei seiner Hetze stützte sich Hitler nicht zuletzt auf die 1919/20 von Theodor Fritsch unter dem Pseudonym F. Roderich-Stoltheim veröffentlichte Aufsatzreihe »Der jüdische Plan«⁴¹ und gab damit nur die alten antisemitischen Gemeinplätze wieder.

35 Wilhelm Meister (d. i. Paul Bang), *Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung*, München 1919, S. 11 f., 24; vgl. hierzu Uwe Lohalm, *Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923*, Hamburg 1970, S. 180. Auch Bang berief sich bei seiner Hetze auf Moritz Goldsteins Aufsatz von 1912.

36 Meister, *Judas Schuldbuch*, S. 27 f.

37 Jochmann, »Die Ausbreitung des Antisemitismus«, S. 135; zur Auflage vgl. Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 180.

38 Vgl. Kershaw, *Hitler 1889–1936*, S. 184; Ernst Piper, *Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe*, München 2005, S. 44 f.

39 Bericht des *Münchener Beobachters*, 22.10.1919, auszugsweise abgedruckt in: Adolf Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924*, hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 91 (Dok. 63).

40 Vgl. Reginald H. Phelps, »Hitlers »grundlegende« Rede über den Antisemitismus«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 16 (1968), S. 390–420, hier: S. 394.

41 Ebd., S. 398. Siehe F. Roderich-Stoltheim (d. i. Theodor Fritsch), »Der jüdische Plan«, in: *Hammer. Blätter für deutschen Sinn*, 18 (1919), S. 392–396, 411–415, 460–462; 19 (1920), S. 4–9.

Gebetsmühlenartig wiederholte die NS-Propaganda das Mantra aller Völkischen, die Presse sei vollständig »verjudet«. Hitler behauptete am 26. Mai 1921 im *Völkischen Beobachter*, dem Parteiorgan der NSDAP, dass sich 99 Prozent aller deutschen und ausländischen Zeitungen in jüdischen »Krallen« befänden. Hätten sich Juden früher »national« geben müssen, sei dies seit der Revolution nicht mehr nötig. Hitler schloss mit einer Drohung, die bewusst offenließ, wie weit die NSDAP zu gehen gedachte: »Wir hoffen zuversichtlich, den jüdischen Preßkanailen einst noch das Maul zu verstopfen und, wenn es nicht anders geht, dann so, daß man diese jüdischen Denunzianten und ihre deutschen Mithelfer ...«.⁴²

Insbesondere die sozialdemokratische *Münchener Post* erregte den Zorn der Nationalsozialisten. Die häufigen Angriffe auf das Blatt waren kein Zufall, hatte es doch von Anfang an kritisch über die NSDAP berichtet. So schrieb es wiederholt über Gewalttaten der Nationalsozialisten und stützte sich hierbei geschickt auf Zitate aus dem *Völkischen Beobachter*.⁴³

Die nationalsozialistische Propaganda berief sich nun auch auf einen neuen Verschwörungsmythos: Im Januar 1920 waren die *Protokolle der Weisen von Zion* erstmals in deutscher Sprache publiziert worden.⁴⁴ Die Anfang des 20. Jahrhunderts in Russland möglicherweise im Auftrag der zaristischen Geheimpolizei »Ochрана« entstandenen *Protokolle* insinuierten eine geheime jüdische »Weltverschwörung«, deren Ziel es sei, »alle Kräfte des Gemeinwesens in unsere Hand zu bekommen.«⁴⁵ Die Öffentlichkeit habe keine Ahnung, wem die Presse und alle anderen Druckerzeugnisse in Wahrheit dienten. Die Nachrichtenagenturen seien bereits unter Kontrolle, und so werde man »die Gedankenwelt der Nichtjuden« beherrschen.⁴⁶ In Deutschland fanden die *Protokolle* große Resonanz. Eine angebliche »jüdische Weltverschwörung« wurde von vielen dankbar als Erklärung für die Kriegsniederlage, das verbreitete soziale Elend und den vermeintlichen kulturellen Niedergang aufgegriffen.⁴⁷ Seit ihrer Veröffentlichung waren die *Protokolle* in völkischen Kreisen allgegenwärtig. Hitler griff erstmals bei einer Versammlung am 12. August 1921 auf das Pamphlet

25 Der vollständige Titel lautete: Philipp Stauff (Hrsg.), *Semi-Kürschner oder literarisches Lexikon der Schriftsteller, Dichter, Bankiers, Geldleute, Ärzte, Schauspieler, Künstler, Musiker, Offiziere, Rechtsanwälte, Revolutionäre, Frauenrechtlerinnen, Sozialdemokraten usw. jüdischer Rasse und Versippung, die von 1813–1913 in Deutschland tätig oder bekannt waren*, Berlin 1913.

26 Werner Jochmann, »Die Ausbreitung des Antisemitismus in Deutschland 1914–1923«, in: Ders., *Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945*, 2. Aufl., Hamburg 1991, S. 99–170, hier: S. 116 f., Zitat S. 117.

27 Vgl. Richard J. Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 1: *Aufstieg*, München 2004, S. 101 f.; Werner Jochmann, »Antisemitismus im deutschen Kaiserreich 1871–1914«, in: Ders., *Gesellschaftskrise*, S. 30–98, hier: S. 88–90.

28 Konstantin Freiherr von Gëbsattel, »Das »Ferment der Dekomposition«, in: *Deutsche Zeitung*, 15.10.1918; hier zit. nach Jochmann, »Die Ausbreitung des Antisemitismus«, S. 119.

29 Vgl. Boris Barth, *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933*, Düsseldorf 2003.

30 Vgl. Michael Brenner, *Der lange Schatten der Revolution. Juden und Antisemiten in Hitlers München 1918–1923*, Berlin 2019.

31 Theodor Fritsch, *Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes*, 28. Aufl., Hamburg 1919, S. 11.

32 Ebd., S. 25.

33 Ebd., S. 369–383.

34 Ebd., S. 450 f.

zurück.⁴⁸ Auch Alfred Rosenberg legte 1923 eine Schrift über die *Protokolle* vor, in der er »die Ideen einer jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung« ausbreitete.⁴⁹

Zahlreiche politisch motivierte, teilweise exzessive Gewalttaten prägten die Frühphase der Weimarer Republik.⁵⁰ Dass die antisemitischen Schmähungen für prominente Journalisten nicht nur beleidigend, sondern auch eine ernstzunehmende Gefahr für Leib und Leben sein konnten, verdeutlichte eine 1922 im Umfeld des Schutz- und Trutzbundes kursierende Liste, auf der zwölf »führende« Juden standen, die »im Interesse der Entwicklung der deutschvölkischen Sache beseitigt werden müssten«, darunter der Verleger Rudolf Mosse und der Publizist und Schriftsteller Theodor Wolff. Der ebenfalls genannte Journalist Maximilian Harden überlebte ein Attentat schwer verletzt.⁵¹

Aus bürgerlicher und völkischer Sicht stand im Herbst 1923 eine weitere bolschewistische Revolution unmittelbar bevor – diesmal auf deutschem Boden. Für Hitler und die NSDAP schien der Moment gekommen, in dem auf die Propaganda Taten folgen mussten. Dass die ständigen Angriffe auf jüdische Journalisten nicht bloße Rhetorik waren, machte auch der gescheiterte Putschversuch vom 9. November 1923 deutlich. Am Vorabend hatte Hitler im Münchner Bürgerbräukeller dargelegt, dass es die »Aufgabe der Deutschen Nationalen Regierung« sei, »den Vormarsch anzutreten in das Sündenbabel Berlin, das deutsche Volk zu retten«.⁵² Eine von Alfred Rosenberg am 9. November im *Völkischen Beobachter* veröffentlichte Proklamation erklärte die »führenden Schufte« vom 9. November 1918 für vogelfrei. Die Pflicht jedes Deutschen sei es, neben Politikern wie Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann auch die Chefredakteure des *Berliner Tageblatts* und der *Vossischen Zeitung*, Theodor Wolff beziehungsweise Georg Bernhard, sowie »ihre Helfer und Helfershelfer tot oder lebendig in die Hände der nationalen Regierung zu liefern«.⁵³

Nach dem gescheiterten Putschversuch verbot die bayerische Regierung die NSDAP, und am 1. April 1924 wurden Hitler und drei seiner Mitverschwörer vor dem Volksgericht München I wegen »Hochverrats« zu äußerst milden Festungshaftstrafen verurteilt. Bereits im Februar des folgenden Jahres wurde Hitler begnadigt und das

NSDAP-Verbot wieder aufgehoben. Am 18. Juli 1925 erschien der erste Band von Hitlers *Mein Kampf*; im Dezember 1926 folgte der zweite. Hitler setzte sich hier ausschweifend mit dem Gegensatz von »Ariern« und »Semiten« und deren angeblich verderblichem Einfluss auf Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur auseinander.⁵⁴ Er brandmarkte die »verjudete« Presse als eine Hauptursache für den »Verfall« Deutschlands. Am 17. September 1925 brachte der *Völkische Beobachter* eine »Sondernummer gegen die jüdisch-marxistische Pressekanaille« heraus. In seinem Leitartikel über das »jüdische Weltherrschaftsstreben« knüpfte Hitler erneut an die *Protokolle* an. Neben der Freimaurerei und dem Marxismus stelle die Presse die dritte Waffe des Judentums dar. Sie sei die »größte Macht im Staate« und schaffe »die Voraussetzungen für die Herrschaft jüdisch-demokratischer Gedanken« wie auch »für eine bolschewistische Weltrevolution«. Man sei aber entschlossen, »den Kampf mit dieser Welthydra aufzunehmen«.⁵⁵

Nachdem die NSDAP 1928 nicht nur bei den Reichstagswahlen am 20. Mai, sondern auch bei mehreren Landtagswahlen Niederlagen erlitten hatte, richtete sie ihre Propaganda nun verstärkt an die Mittelschicht. Auch wenn der Antisemitismus dadurch vorübergehend eine weniger zentrale Rolle spielte,⁵⁶ blieben Angriffe auf die »Judenpresse« aber präsent. In den sich zuspitzenden Auseinandersetzungen in der Wirtschafts- und Staatskrise während der letzten Jahre der Weimarer Republik waren schließlich »die Juden« als Urheber allen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Übels ausgemacht. Im Kampf um die Reichshauptstadt etwa setzte der NSDAP-Gauleiter von Berlin, Joseph Goebbels, verstärkt auf antisemitische Hetze, die immer wieder auch die »Pressemacht« von Juden anprangerte.⁵⁷

Am 22. Mai 1932 äußerte Hermann Göring in einem Interview mit der faschistischen Turiner Zeitung *Gazetta del Popolo* ganz offen, dass die NSDAP nach einer Machtübernahme sofort »alle Juden aus den leitenden Stellungen entfernen [werde], ebenso aus der Presse, aus dem Theater, aus dem Film, aus der Schule und aus den Universitäten«.⁵⁸

54 Hier nach folgender Ausgabe: Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 172.–173. Aufl., München 1936, S. 61 f.

55 Hitler, »Völkskampf«, S. 154 f.

56 Helmut K. Anheier, Friedhelm Neidhardt, Wolfgang Vorkamp, »Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchener NSDAP, 1925–1930«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50 (1998), S. 619–643.

57 Vgl. Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich*, München 1999, S. 464 f. mit Anm. 173. Siehe zur angeblichen »Verjudung« der Presse etwa die folgenden Artikel: »Wie die jüdische Journaille in Sensation macht«, in: *Der Angriff*, 3.1.1931, S. 7; »Die widerliche Hetze der jüdischen Journaille«, in: Ebd., 2.2.1931, S. 7.

58 »Hauptmann Göring kündigt Judenvertreibung an«, in: *Berlin am Morgen*, 28.5.1932, zit. nach Dirk Walter, *Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik*, Bonn 1999, S. 235 mit Anm. 46.

48 Vgl. Volker Ullrich, *Adolf Hitler. Die Jahre des Aufstiegs 1889–1939. Biographie*, Bd. 1, Frankfurt am Main 2013, S. 122.

49 Vgl. Piper, *Alfred Rosenberg*, S. 70.

50 S. hierzu Dirk Schumann, *Politische Gewalt in der Weimarer Republik: Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg*, Essen 2001.

51 StAM, Pol. Dir. München, Nr. 6.697, Bl. 130 f., Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund (N.B. Nr. 19, R. Ko.), 14.7.1922; BArch, R 43 I/2193, Bl. 50 f., Bericht über Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, 24.7.1922. Vgl. auch Piper, *Alfred Rosenberg*, S. 85; Lohalm, *Völkischer Radikalismus*, S. 226 f.

52 »Ausrufung einer neuen Regierung«, München, 8.11.1923. Hierzu »Bericht, Die Vorgänge in München am 8. u[nd] 9. November 1923«, abgedruckt in: Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen*, S. 1054 f. (Dok. 596), hier: S. 1054.

53 Zit. nach Piper, *Alfred Rosenberg*, S. 94.



Das von der SA besetzte Verlagsgebäude der sozialdemokratischen Zeitung *Münchner Post* am Altheimer Eck in München, 10. März 1933. Foto: Stadtarchiv München

Die Ausschaltung jüdischer Journalisten und Zeitungen im NS-Staat

Nachdem Reichspräsident Paul von Hindenburg Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt hatte, prophezeite Theodor Wolff: »Um die Pressefreiheit, von der die Nationalsozialisten immer so kräftig Gebrauch gemacht haben, dürfte es wohl besonders übel stehen. Keine angenehme Zukunft breitet sich vor denjenigen aus, die leider nicht in der Lage sind, sich so zu äußern, wie es dem neuen Regime gefällt.«⁵⁹

Tatsächlich ließen die neuen Machthaber umgehend oppositionelle Journalisten verhaften und immer wieder politisch missliebige Zeitungen und Zeitschriften aus fadenscheinigen Gründen vorübergehend verbieten. Goebbels triumphierte am 15. Februar 1933: »Jetzt haben wir auch eine neue Handhabe gegen die Presse, und nun knallen die Verbote, dass es nur so eine Art hat. ›Vorwärts‹ und ›8-Uhr-Abendblatt‹, alle jene jüdischen Organe, die uns so viel Ärger und Kummer bereitet haben, verschwinden mit einem Schlage aus dem Berliner Straßenbild.«⁶⁰

Mit der nach dem Brand des Reichstags in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar umgehend erlassenen »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« schuf sich das NS-Regime nur wenige Tage vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 den gesetzlichen Rahmen für die Verfolgung seiner politischen Gegner.⁶¹ Die Verordnung hebelte Grundrechte wie etwa die Meinungs-, die Presse- und die Versammlungsfreiheit aus. Etwa 5.000 Personen, hauptsächlich Kommunisten, aber auch andere politische Gegner und regimekritische Intellektuelle, wurden binnen weniger Tage in »Schutzhaft« genommen.⁶² Die Verhafteten – zu denen beispielsweise auch die jüdischen Journalisten und Schriftsteller Egon Erwin Kisch, Erich Mühsam und Erich Baron zählten – wurden in den frühen Konzentrationslagern und in sogenannten Schutzhaftlagern in Gefängnissen inhaftiert und oft grausam misshandelt.⁶³

Auch gegenüber der Presse legte das NS-Regime nach der Reichstagswahl eine härtere Gangart an den Tag, und es forcierte aus politischen oder »rassischen« Gründen die Verfolgung von Journalisten, um kritische Stimmen einzuschüchtern oder ganz zu ersticken. In München etwa wurde die Redaktion der *Münchener Post* von SA-Schlägern verwüstet, Journalisten wurden verhaftet.⁶⁴

Am 1. April 1933 fand ein reichsweiter Boykott jüdischer Geschäfte, Arztpraxen und Anwaltskanzleien statt. Joseph Goebbels erklärte diesen zur Vergeltungsmaßnahme für die ausländische »Gräuelpropaganda« und angebliche Wirtschaftsboykotte gegen Deutschland sowie als Warnung an das »Weltjudentum«.⁶⁵ Wenige Tage später, am 6. April, beschloss die Deutsche Studentenschaft »aus Anlass der schamlosen Hetze des Weltjudentums gegen Deutschland« die »öffentliche Verbrennung jüdischen zersetzenden Schrifttums«.⁶⁶ Neun »Feuersprüche«, die bei den Bücherverbrennungen gerufen wurden, enthielten Namen von prominenten Schriftstellern, Wissenschaftlern und Journalisten und prangerten deren »Vergehen« an, darunter »volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung« (gemeint waren Theodor Wolff und Georg Bernhard). Am 10. Mai fanden dann in 23 Universitätsstädten die »exorzistische[n] Rituale« (Saul Friedländer) der Deutschen Studentenschaft statt; bis Oktober 1933 folgten weitere 70 Autodafés in anderen Städten.⁶⁷

Am 30. April legte der Reichsverband der Deutschen Presse fest, »Juden und Marxisten« nicht mehr aufzunehmen. Unliebsame Mitglieder konnten fortan ausgeschlossen werden.⁶⁸

Während die linke Parteipresse wie etwa der *Vorwärts* und die *Rote Fahne* mit der Zerschlagung der Arbeiterparteien eingestellt wurde, beließ es das NS-Regime bei der bürgerlichen Presse zunächst bei einer institutionellen und personellen Formierung.⁶⁹ Binnen Kurzem zerstörten die Nationalsozialisten aber die Bastionen des demokratischen, von ihnen als »jüdisch« verschrienen Journalismus: Das *Berliner Tageblatt*, dessen Chefredakteur Theodor

Wolff unmittelbar nach dem Reichstagsbrand aus Deutschland geflohen war, entließ im April 118 jüdische Mitarbeiter, darunter zahlreiche Journalisten.⁷⁰ In den folgenden Monaten wurde die Redaktion umgebaut, »bis sie schließlich vollständig im nationalsozialistischen Fahrwasser schwamm.«⁷¹ Im Jahr 1934 wurde das *Tageblatt* zusammen mit den Resten des Mosse-Konzerns in die Berliner Druck- und Zeitungsbetriebe AG überführt und damit in den Besitz des Zentralverlags der NSDAP Franz Eher Nachfolger GmbH in München gebracht.⁷² Der Ullstein-Konzern, das größte Verlagshaus Europas, das unter anderem die *Vossische Zeitung* verlegte, versuchte, die neuen Machthaber zu beschwichtigen, indem es dem Regime nahestehende Führungskräfte einsetzte. So wurde Richard A. Müller zum neuen Generaldirektor, und Eduard Stadler übernahm das neu geschaffene Amt eines »politischen Direktors«.⁷³ Stadler und Müller entließen im April zahlreiche jüdische Redakteure und Mitarbeiter des Konzerns. Hitler selbst verlangte gleichwohl die »vollständige ›Arisierung‹ von Ullstein«. Um die Zukunft des Konzerns zu sichern, veräußerte die Familie Ullstein schließlich die Mehrheit ihres Aktienbesitzes,⁷⁴ wodurch sich der Eher-Verlag 1934 auch den Ullstein-Konzern mit seiner Hauptstadtpresse einverleiben konnte. Bei der *Frankfurter Zeitung* mussten 1933 ebenfalls jüdische und regimekritische Mitarbeiter das Blatt verlassen. Bis zu ihrer Einstellung am 31. August 1943 blieb die *Frankfurter Zeitung* aber das journalistische Aushängeschild des Regimes im Ausland.⁷⁵ Wolffs Telegraphisches Bureau wiederum wurde Ende 1933 mit der Telegraphen-Union, die zum Konzern des deutschnationalen Verlegers Alfred Hugenberg gehörte, zum Deutschen Nachrichtenbüro zwangsfusioniert.⁷⁶

Am 4. Oktober 1933 gab die Reichsregierung das »Schriftleitergesetz« bekannt, das zum 1. Januar 1934 in Kraft trat. Demnach durfte als Schriftleiter nur arbeiten, wer deutscher Reichsangehörigkeit, »arischer Abstammung« und nicht mit einer Person »nichtarischer Abstammung« verheiratet war (§ 5). Damit ließ das Gesetz den Zeitungsverlegern keine Wahl mehr, ob sie jüdische Redakteure und Mitarbeiter beschäftigen wollten oder nicht.⁷⁷ Wilhelm Weiß,

Leiter des Reichsverbandes der Deutschen Presse, erklärte später, bis 1934 sei es zur Entlassung von »mindestens 1.300 jüdischen und marxistischen Journalisten« gekommen. Die Ausschlusskriterien des »Schriftleitergesetzes« trafen damit nicht weniger als zehn Prozent aller Journalisten.⁷⁸ Goebbels erklärte das Gesetz zu einem »Wendepunkt in der Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland überhaupt«. Hitlers Pressechef Otto Dietrich erinnerte bei jeder Gelegenheit an die »jüdisch-liberale Profitpresse«, die Deutschland »an den Rand des Abgrunds geführt« habe. Die Zeitungen seien in Deutschland lediglich frei gewesen für »jeden internationalen Juden und intellektuellen Strauchritter, der auf das deutsche Volk losgelassen wurde! Frei von allen Bindungen des nationalen Gewissens, frei von allen Pflichten gegenüber dem eigenen Volk!«⁷⁹

Fazit

Antisemiten unterstellten bereits im Kaiserreich, die deutsche Presse sei vollkommen »verjudet«, und prangerten als Beispiele immer dieselben prominenten jüdischen Schriftsteller und Journalisten sowie als »jüdisch« ausgemachte Zeitungen an. Wie für Verschwörungsszenarien typisch, schlossen sie von Einzelnen auf eine angeblich planvoll handelnde Gemeinschaft der Juden in Deutschland und im Ausland. Die völkischen Parteien und insbesondere die Nationalsozialisten knüpften in der als »Judenrepublik« verunglimpften Weimarer Republik hieran nahtlos an: Der angeblichen »Judenpresse« wurde unterstellt, die politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in Deutschland zu lenken – und dabei gleichermaßen die Geschäfte des »jüdischen Bolschewismus« und des vom »Weltjudentum« gesteuerten Großkapitals zu besorgen. Jüdische Journalisten und Verleger waren demnach in jedem Fall schuld daran, dass die »wahren Interessen« des deutschen Volkes und dessen »wahre Stimme« kein Gehör fanden.

Die internationale »Judenpresse« musste aber auch nach der bereits in den Jahren 1933/34 erfolgten Ausschaltung aller Juden aus dem Pressewesen im NS-Staat weiterhin als Schuldige für antideutsche Stimmungsmache und Boykottbestrebungen im Ausland sowie als Kriegshetzer gegen Deutschland herhalten.

⁵⁹ Zit. nach Norbert Frei, Johannes Schmitz (Hrsg.), *Journalismus im Dritten Reich*, München 1989, S. 10.

⁶⁰ Joseph Goebbels, *Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933)*, 4. Aufl., München 1934, S. 263.

⁶¹ »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1933, S. 83. Zum Reichstagsbrand vgl. einleitend Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 1, S. 438–449.

⁶² Nach offiziellen Zahlen waren 4.000 der Verhafteten Kommunisten. Siehe Michael P. Hensle, »Die Verrechtlichung des Unrechts. Der legalistische Rahmen der nationalsozialistischen Verfolgung«, in: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 1: *Die Organisation des Terrors*, München 2005, S. 76–90, hier: S. 79.

⁶³ Vgl. zum Schicksal der Häftlinge in den frühen Konzentrationslagern: Jörg Osterloh, Kim Wünschmann (Hrsg.), »... der schrankenlosesten Willkür ausgeliefert«. *Häftlinge der frühen Konzentrationslager 1933–1936/37*, Frankfurt am Main,

New York 2017; Nikolaus Wachsmann, Sybille Steinbacher (Hrsg.), *Die Linke im Visier. Zur Errichtung der Konzentrationslager 1933*, Göttingen 2014.

⁶⁴ Vgl. Frei, Schmitz (Hrsg.), *Journalismus*, S. 16 f.

⁶⁵ Vgl. Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, Bd. 1: *Die Jahre der Verfolgung: 1933–1939*, München 1998, S. 32–36; Markus Roth, »Ihr wisst, wollt es aber nicht wissen«. *Verfolgung, Terror und Widerstand im Dritten Reich*, München 2015, S. 31–37.

⁶⁶ BAArch, NS 38/2416, Rundschreiben P Nr. 2 des Hauptamtes für Presse und Propaganda der deutschen Studentenschaft an die Einzelstudentenschaften, 8.4.1933, zit. nach Jan-Pieter Barbian, *Literaturpolitik im NS-Staat. Von der »Gleichschaltung« bis zum Ruin*, Frankfurt am Main 2010, S. 39 f.

⁶⁷ Vgl. Werner Treß, »Phasen und Akteure der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933«, in: Ders., Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland*, Hildesheim, Zürich, New York 2008, S. 9–28, hier: S. 13.

⁶⁸ Vgl. Frei, Schmitz (Hrsg.), *Journalismus*, S. 26 f.; Stefan Krings, *Hitlers Pressechef. Otto Dietrich (1897–1952). Eine Biografie*, Göttingen 2010, S. 174 f.

⁶⁹ Vgl. Frei, Schmitz (Hrsg.), *Journalismus*, S. 25 f.

⁷⁰ Vgl. »Die Wandlung des ›Berliner Tageblatt‹«, in: *Jüdische Rundschau*, 7.4.1933, S. 140; Frei, Schmitz (Hrsg.), *Journalismus*, S. 41 f.

⁷¹ Friedrich, *Die missbrauchte Hauptstadt*, S. 446.

⁷² Vgl. ebd.; Frei, Schmitz (Hrsg.), *Journalismus*, S. 42.

⁷³ Vgl. Wolfgang Wippermann, »Eule und Hakenkreuz: Ullstein und Deutscher Verlag im ›Dritten Reich‹«, in: Klaus G. Saur (Hrsg.), *Verlage im »Dritten Reich« 1933 bis 1945*, Frankfurt am Main 2013, S. 61–77, hier: S. 64; Erik Lindner, »›Arisierung‹, Gleichschaltung, Zwangsarbeit. Ullstein 1934–1945«, in: Axel Springer Verlag AG (Hrsg.), *125 Jahre Ullstein. Presse- und Verlagsgeschichte im Zeichen der Eule*, Berlin 2002, S. 74–81, hier: S. 75 f.

⁷⁴ Wippermann, »Eule und Hakenkreuz«, S. 65 f., Zitat S. 65.

⁷⁵ Vgl. Frei, Schmitz (Hrsg.), *Journalismus*, S. 41 f.

⁷⁶ Vgl. ebd., S. 33.

⁷⁷ »Schriftleitergesetz. Vom 4.10.1933«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1933, S. 713–717.

Antisemitische Verschwörungsmymen

Einfache Erklärungen in einer komplexen Welt

Von Juliane Wetzel



Dr. Juliane Wetzel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Veröffentlichungen (Auswahl): »Kampagnen um die Deutungshoheit über Antisemitismus«, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Streifzug Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht*, Berlin 2020, S. 61–81; »Antisemitische Verschwörungstheorien«, in: <https://www.blz.bayern.de/meldung/antisemitische-verschwörungstheorien.html>, 14.2.2020; »Antisemitismus heute – alte Bilder, neue Herausforderungen«, in: Heidrun Friese, Marcus Nolden, Miriam Schreiter (Hrsg.), *Rassismus im Alltag. Theoretische und empirische Perspektiven nach Chemnitz*, Bielefeld 2019, S. 79–97.

Foto: KlGA e.V., Boris Bocheinski

Die Covid-19-Pandemie hat einmal mehr gezeigt, dass schwer fassbare, den üblichen Erklärungshorizont übersteigende Ereignisse als Trigger zur Bildung von Mythen und Gerüchten dienen, aus denen sich rasch – zumal in der Welt der grenzenlosen Datenflut des Internets – Verschwörungsfantasien entwickeln können. Solche Mythen und Denkwelten sind in vielen Ländern Europas, aber auch in der arabischen Welt und auf dem amerikanischen Kontinent fester Bestandteil tradierter, tief verwurzelter Narrative, die von Generation zu Generation weitergegeben werden und in Krisenzeiten problemlos zu reaktivieren sind – wenn auch den jeweiligen Umständen und Zeitläuften angepasst.¹ Sie bieten einfache, monokausale Erklärungsmuster für komplizierte Sachverhalte und erfüllen soziale Funktionen beziehungsweise befriedigen psychologische Bedürfnisse.² Nicht selten münden sie in ein geschlossenes dichotomes Weltbild, das in säkularisierten Gesellschaften als Religionsersatz dienen kann. Dabei handelt es sich bestenfalls um Halbwahrheiten, eher jedoch um Fantasien und Mythen, die sich bis hin zu wahnhaften Vorstellungen steigern können. Grundlage ist generell ein Gedankenkonstrukt, das unterstellt, Personen hätten sich im Geheimen verabredet, um obskure Ziele durchzusetzen. Rationale Erklärungsversuche werden beiseitegeschoben oder gar ad absurdum geführt, basierend auf der Behauptung, alles sei im Voraus geplant und nichts sei, wie es scheint.³ Naturkatastrophen, Terroranschläge,

- 1 Zur Definition des Begriffs »Verschwörungstheorie« siehe Andreas Anton, *Unwirkliche Wirklichkeiten. Zur Wissenssoziologie von Verschwörungstheorien*, Berlin 2011, S. 17–31.
- 2 S. dazu Viren Swami, Rebecca Coles, »The Truth Is out There«, in: *The Psychologist*, 23 (2010), Nr. 7, <https://thepsychologist.bps.org.uk/volume-23/edition-7/truth-out-there> (4.5.2021).
- 3 So der Titel einer Studie von Michael Butter, »Nichts ist, wie es scheint« – *Über Verschwörungstheorien*, Frankfurt am Main 2018. Butter geht allerdings kaum auf antisemitisches Verschwörungsdenken ein.

Pandemien, aber auch politische oder wirtschaftliche Entwicklungen, wie sie etwa aus dem komplexen Geflecht der globalisierten Wirtschafts- und Finanzmärkte entstehen, scheinen mit imaginierten Verschwörungsvorstellungen, die vermeintliche Zusammenhänge aufdecken, deren Wahrheitsgehalt gering oder gänzlich konstruiert ist, begreifbarer zu werden. In der Regel entspringen solche pseudo-rationalen Verschwörungsmymen nicht einer psychisch kranken Seele, sondern sind mit Absicht gewählte Konstrukte, die dazu dienen, Menschen entsprechend zu beeinflussen und sie glauben zu machen, dass jegliches gesellschaftspolitisch relevante Ereignis oder gar das menschliche Fassungsvermögen übersteigende Naturkatastrophen bis hin zu pandemischen Ausbreitungen von Krankheitserregern von mächtigen Individuen oder Gruppen geplant und herbeigeführt werden. Damit einher geht ein binäres Weltbild, das auf einer guten »Wir«-Gruppe und einem schlechten Gegenpart – »den anderen« – beruht. Die »Wir«-Gruppe unterstellt eine Verschwörung des Bösen und schöpft damit aus dem Fundus religiös überlieferter Ideenwelten. Insofern können solche Fantasien den Status einer Ersatzreligion annehmen, die sich stereotyper Feindbilder bedient und in einer zunehmend säkularisierten Welt immer mehr an Attraktivität gewinnt. Ein solches Verschwörungsdenken ist nicht auf bestimmte politische Lager oder auf einzelne Gruppen in der Gesellschaft begrenzt, es kann gleichermaßen im Diskurs intellektueller Eliten wie auch an Stammtischen auftreten, es kann ebenso Bestandteil volkskultureller Narrative sein wie der Erzählkultur des Bildungsbürgertums.

Negiert wird die Komplexität gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder sozialer Entwicklungen, die das Ergebnis einer Vielzahl von ineinandergreifenden Mechanismen sind. Wer Verschwörungsmymen zu widerlegen versucht beziehungsweise Erklärungen zur Verfügung stellt, warum angebotene Denkmuster jeglicher Wahrheit entbehren, gilt entweder als getäuscht, erpresst oder gar als Mitwisser der Verschwörung. Die Gegenseite hingegen glaubt sich im Besitz der Wahrheit. Sie setzt sich über wissenschaftlich fundierte Expertisen und profunde Erklärungsangebote hinweg und äußert nicht nur Skepsis und Kritik daran, sondern stellt diese grundsätzlich in Abrede.

Das Internet als Resonanzraum

Durch das Internet als leicht zugängliches und anonym nutzbares Medium finden Verschwörungsfantasien – insbesondere solche mit antisemitischem Inhalt – rasch Verbreitung. Sie sind in allen radikalen politischen, aber auch fundamentalistisch religiös agierenden Lagern – bei Rechts- und Linksextremisten, Islamisten, Evangelikalen, katholischen Traditionalisten – präsent. Zu finden sind sie aber auch bei Esoterikern und Ufologen, und sie werden über soziale Netzwerke, Blogs und Diskussionsforen in Umlauf gesetzt. Einmal mehr hat die Covid-19-Pandemie gezeigt, wie leicht auch Menschen aus der Mitte der Gesellschaft von solchen Ideen gefangen

genommen werden können. Verbreitungsmechanismen sind Gerüchte und Legenden, die heute durch die neuen Medien einen noch nie dagewesenen Streuungsgrad erreichen.

Bereits 1996, als das Internet als Tummelplatz für Verschwörungsdenken noch nicht die heutige Bedeutung hatte, schrieb der Medienwissenschaftler Gundulf S. Feyermuth im *Kursbuch* über das »Internet der Verschwörer« und die neuen Möglichkeiten, in diesem künstlich erzeugten Raum ungewöhnliche und abweichende Ideen zu verbreiten und damit die »Springflut an Konspirationstheorien im Cyberspace« zumindest zu verstärken.⁴ Menschen greifen zu Verschwörungsmymen, um ihrer Ohnmacht einen Sinn zu verleihen, aber, so Feyermuth: »Das Medium, das dem Konspirationswahn seine historisch größte Verbreitung verschaffte, lässt zugleich auch seine Absurdität am deutlichsten erkennen – indem es jede Vermutung, Variante und Version jederzeit verfügbar und abgleichbar macht. Die Totalität der Information, die Gleichzeitigkeit und unhierarchische Gleichberechtigung der einander widersprechenden Konspirationstheorien, offenbart nur zu deutlich ihre jeweilige Logik als Wahn und ihre strenge innere Kohärenz als Beliebigkeit.«⁵

Die Attraktivität von Verschwörungskonstrukten

Verschwörungsdenken kann zwar wahnhaftige Züge annehmen, ist aber nicht auf einen pathologischen Charakter zu reduzieren und damit in die Welt des Krankhaften abzudrängen, mit dem sich die Medizin befassen muss. Die Studie des Psychologen und Journalisten Sebastian Bartoschek beweist einmal mehr, dass Verschwörungsmymen vielmehr »stabil in der Mitte der Gesellschaft zu verorten« sind.⁶ In einer anderen Studie hat ein internationales Forscherteam in verschiedenen europäischen Ländern untersucht, wie groß der Verbreitungsgrad solcher verschwörungsfantastischer Ideen ist. Unter Berücksichtigung des länderspezifischen Kontextes wurde nach den Wurzeln solcher Denkstrukturen gefragt, aber auch danach, welche Strategien entwickelt werden müssen, um ihnen entgegenzuwirken. In ihrer Analyse verweisen die Wissenschaftler auf die Aktualität des Themas und die weite Verbreitung von Verschwörungsmymen

4 Gundulf S. Feyermuth, »Das Internet der Verschwörer. Eine Reise durch die elektronische Nacht«, in: *Kursbuch 124: Verschwörungstheorien*, 1996, S. 1–11, hier: S. 8.

5 Ebd., S. 10.

6 Sebastian Bartoschek, *Bekanntheit und Zustimmung von Verschwörungstheorien – eine empirische Grundlagenarbeit*, München 2015, S. 195. In seinen empirischen Erhebungen hat Bartoschek unterschieden zwischen der Zustimmung zu bestimmten Verschwörungstheorien und der Frage, ob die jeweiligen Konstrukte bekannt sind. Er kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass Männer im Vergleich zu Frauen mehr Verschwörungstheorien kennen, Frauen diesen jedoch stärker zustimmen. Ebd. S. 147.

in den einbezogenen Ländern. Die Forscher thematisieren die unterschiedlichen Facetten dieser Gedankenwelt, die in ihrer extremsten Form auf der einen Seite den Tatbestand der Volksverhetzung (wie etwa in Deutschland die »Auschwitzlüge«) erfüllen, auf der anderen Seite jedoch auch nur Ausdruck eines Skeptizismus sein können, der vorgefertigte Erklärungen infrage stellt, bisweilen aber zu konspirativen Unterstellungen führt.⁷ Die Gefahren, die von der Attraktivität solcher Denkmuster ausgehen, so die Wissenschaftler, seien in den aktuellen Zeiten des Wandels der ökonomischen Verhältnisse, aber auch der Rückbesinnung auf die Nation und des Erstarkens populistischer Parteien in Europa besonders gravierend. In Ost- und Mitteleuropa spielten die Wandlungsprozesse der postkommunistischen Ära eine zentrale Rolle, in Westeuropa hingegen habe die Finanzkrise zu einer erheblichen Zunahme solcher Gedankengebäude geführt. Der mit beiden Phänomenen einhergehende Wandel des gesellschaftlichen Gefüges habe eine enorme Verunsicherung mit sich gebracht, weil die Zukunft noch unvorhersehbarer geworden sei und klare Strukturen wegbrächen.

Der Klassiker der Verschwörungsmythen: Pandemien

Wie die Finanzkrise Triebfeder für eine Spielart antisemitischen Verschwörungsdenkens war, basierend auf den klassischen antisemitischen Zuschreibungen, die Juden mit Geld und Reichtum in Verbindung bringen und ihnen unterstellen, ihren Einfluss für finstere, geheime Machenschaften zu nutzen,⁸ so bieten auch Epidemien und Pandemien vielen Menschen Anlass, problemlos an bestimmte Facetten antisemitischen Verschwörungsdenkens anzuknüpfen. Im Mittelalter forderten die Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung unzählige Opfer, weil ihnen im 14. Jahrhundert unterstellt wurde, sie hätten die Brunnen vergiftet und damit die Pest ausgelöst. Am Ende waren einige der bedeutendsten jüdischen Gemeinden in Frankreich und Deutschland ausgelöscht. In jüngster Zeit waren Ausbrüche von Ebola, Vogel- und Schweinegrippe begleitet von antisemitischen Attribuierungen, und aktuell finden sich solche Hirngespinnste im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie massenweise in den sozialen Medien, aber auch auf Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen sind sie virulent. In diesen Narrativen sind Juden die Strippenzieher, die dafür sorgen, dass die Mehrheitsbevölkerung sich wie Marionetten nach ihren Vorgaben bewegt.

⁷ Counterpoint, Political Capital (Hrsg.), *Conspiracy Theories in Europe: A Compilation*, 2014, S. 9 (der Text basiert auf einem Beitrag von Marley Morris und Péter Krekó von Political Capital mit dem Titel »The Conspiratorial Mindset in an Age of Transition«), http://www.ivo.sk/buxus/docs//publikacie/subory/Conspiracy_Theories_in_Europe_Compilation.pdf (4.5.2021).

⁸ Vgl. Julius H. Schoeps, Joachim Schlör (Hrsg.), *Antisemitismus, Mythen, Vorurteile*, München 1995.

Die Covid-19-Pandemie gehört wie Epidemien und Naturkatastrophen im Allgemeinen zu jenen Ereignissen, die komplexe Ursachen haben und nicht einfach zu erklären sind. Heute dient nahezu jedes schwer fassbare Ereignis als Anreiz für die Bildung von Mythen und Gerüchten, aus denen sich rasch – zumal in der Welt der ungehinderten Datenflut des Internets – Verschwörungsfantasien entwickeln können, die nicht immer, aber doch häufig einen antisemitischen Hintergrund aufweisen, weil sie an eine mehr als 100 Jahre alte Erzählung anknüpfen können: die *Protokolle der Weisen von Zion*.⁹ Dieses antisemitische Machwerk vom Beginn des 20. Jahrhunderts dient bis heute als Vorlage für »das Gerücht« über Juden. Es ist im Internet in allen politischen und gesellschaftlichen Spektren zu finden, bei Rechts- und Linksextremisten, bei Islamisten, aber ebenso bei Ufologen und Esoterikern. Heute werden solche Inhalte ungefiltert über Mikroblogging-Dienste wie Gab, Imageboards, 4chan und 8chan, über Messenger-Dienste wie insbesondere Telegram, über Gaming-Plattformen oder Videoportale wie das weltweit am schnellsten wachsende chinesische TikTok¹⁰ sowie konventionelle soziale Medien in Umlauf gebracht.¹¹ Angeheizt durch solche weitverbreiteten Gedankespinnste ist es nicht verwunderlich, wenn Hinweise auf dieses antisemitische Pamphlet bei Querdenker-Demonstrationen auftauchen: »FCK¹² Zion – Lies die Protokolle« prangte auf einem T-Shirt.¹³

Im Internet hat der »Happy Merchant«, die widerlich verzerrte Fratze eines karikierten Menschen, der nach *Stürmer*-Manier mit antisemitisch konnotierter großer Hakennase als »Jude« gekennzeichnet ist und als Code für antisemitische Zuschreibungen dient, Hochkonjunktur.¹⁴ Der »glückliche Händler« reibt sich die Hände angesichts der Verheißungen, die die Covid-19-Pandemie für ihn angeblich bereithält. Es wird unterstellt, »Juden« hätten die Pandemie ausgelöst, um entweder aus dem Impfstoff beziehungsweise aus

⁹ S. hierzu auch den Beitrag von Jörg Osterloh in diesem Heft.

¹⁰ Vgl. Gabriel Weimann, Natalie Masri, »Research Note: Spreading Hate on TikTok«, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 19.6.2020, S. 1–14.

¹¹ Vgl. Matthias J. Becker, »Antisemitismus im Internet«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 26–27 (2020), S. 48–53.

¹² »FCK« steht als Kürzel für das englische Schimpfwort »fuck«.

¹³ Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, *Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie*, Berlin 2020, S. 13, https://report-antisemitism.de/ru/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf (5.5.2020); Carolin-Theresa Ziemer, Oliver Decker, Elmar Brähler, *Antisemitismus in Zeiten von Covid-19. Sekundärauswertung der Leipziger Autoritarismus-Studien für Baden-Württemberg*, Leipzig 2021, S. 10, https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/210429_StM_BW_Studie_Antisemitismus_in_Zeiten_von_Covid-19_Uni_Leipzig.pdf (3.5.2021).

¹⁴ Hinweis: Es ist der Autorin bekannt, dass die Verwendung der Begriffe »Juden«, »Deutsche« und »muslimischer Hintergrund« als Differenzkonstruktionen empfunden werden können, was hier aber in keinem Fall beabsichtigt ist. Um Sachverhalte zu erklären, bedarf es manchmal der Verwendung solcher Termini. Ebenso wird hier kein Gendering vorgenommen. Die verwendeten Formen implizieren immer eine geschlechtsneutrale Zuschreibung.

dem ihr folgenden Kollaps der Wirtschaft Profit zu schlagen, oder gar suggeriert, sie wollten die Menschen mit einem Corona-Vakzin impfen, um sie auszurotten. In die Bildsprache einer antisemitischen Karikatur umgesetzt, hält eine im Internet kursierende Version des »Happy Merchant« eine Spritze in der Hand, und im Vordergrund fordert ein gelbes Schild im Stil der australischen Warnschilder vor Kängurus auf: »Get Your Corona Virus Shot«. Eine andere Variante der antisemitischen Covid-19-Gerüchte behauptet, Israel habe das Virus in einem Biowaffenlabor fabriziert, um es als Kampfmittel einzusetzen. Der Kanon solcher Verschwörungsnarrative rekurriert auf das jahrhundertalte Stereotyp der Juden als Brunnenvergifter, das regelmäßig im Zusammenhang mit Epidemien grassiert. Es ist ein willkommenes, von Generation zu Generation tradiertes Stereotyp, das scheinbar leicht stets aufs Neue zu beleben ist.

Auf »Hygienedemonstrationen«, die in Deutschland Tausende auf die Straße treiben, um gegen die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 zu protestieren, sind aber auch immer wieder Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu beobachten, die sich den gelben »Judenstern« angeheftet haben, um sich als vom Staat Verfolgte zu stilisieren. Die nationalsozialistische Kennzeichnung der jüdischen Bevölkerung war eine einschneidende Maßnahme auf dem Weg zum Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden. Wie stark solche Reminiszenzen an die NS-Rassenpolitik beabsichtigt sind, ist nur allzu offensichtlich: das »J« der NS-Stigmatisierung ist durch »Ungeimpft« in hebräisierter, geschwungener Schrift ersetzt. Das Emblem wird nicht nur als Stoffaufnäher vertrieben, sondern kann im Internet auch als Autoaufkleber erworben werden. Mit ihrem Verhalten trivialisieren und relativieren die Protestierer den Holocaust und scheinen sich der Dimension dieses staatlich initiierten Massenmords nicht im Geringsten bewusst zu sein.¹⁵

Der ständige Rückgriff auf die NS-Terminologie soll Aufmerksamkeit erzeugen, zeigt aber auch, wie tief verwurzelt ein solches antisemitisches Vokabular noch immer ist. Zudem sind Slogans wie »Impfen macht frei«, die die KZ-Inschriften ad absurdum führen, auf Schildern und Transparenten bei den Demonstrationen zu identifizieren. Karikaturen – im Netz überall zu finden – zeigen etwa das Eingangstor eines Konzentrations- oder Vernichtungslagers, das von zwei Wachleuten rechts und links flankiert wird, die jeder eine Spritze als Waffe im Arm halten. Untertitelt ist die Grafik mit »Die Pointe des Coronawitzes«, und auf der Webseite des Cartoonisten stößt man auf folgenden Satz: »Karikatur vom 17. April 2020: Impfen macht frei: Wer die befohlene Impfung verweigert, bekommt im Lager Gelegenheit, über diese Verbohrtheit konzentriert

¹⁵ Die Stadt München etwa hat im Mai 2020 das Tragen des Sterns mit Bußgeld belegt. Vgl. »NS-Vergleich bei Corona-Demos. München verbietet gelben »Ungeimpft«-Stern«, in: *n-tv*, 31.5.2020, <https://www.n-tv.de/panorama/Muenchen-verbietet-gelben-Ungeimpft-Stern-article21816709.html> (4.5.2021).

nachzudenken.«¹⁶ Der Vegan-Koch Attila Hildmann, der zu einer Ikone der Querdenker und der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie geworden und inzwischen vor deutscher Strafverfolgung in die Türkei geflohen ist, veröffentlichte auf seinem Telegram-Kanal am 21. April 2021 eine Karikatur, die den Eingang zum Stammlager Auschwitz zeigt und anstatt der Originalaufschrift »Arbeit macht frei« am Portal im Stil des Jurassic-Park-Emblems die Lettern »Judaic Park« aufweist. Untertitelt ist Hildmanns weitergeleitetes Bild wie folgt: »Holocaust-Märchen! Der Jude ist ein Weltparasit«.¹⁷ Hildmann trivialisiert damit nicht nur den Holocaust, sondern leugnet ihn sogar. Zugleich bedient er mit seinem zweiten Punkt den klassischen Verschwörungsmythos.

Die Reminiszenzen an die NS-Judenverfolgung gehen nicht nur mit einer Selbststilisierung als Opfer einher, die gleichzeitig die deutsche Verantwortung für den Genozid an den europäischen Juden verdrängt, sondern auch mit einer Projektion auf Juden, die ihnen unterstellt, sich an der Pandemie bereichern zu wollen, sowie einer dem gängigen antisemitischen Modus entsprechenden Schuldzuschreibung.

Juden und Jüdinnen als Sündenbock

Verschwörungsdanken ist nicht immer, aber häufig antisemitisch konnotiert, weil Juden im Verlauf der Jahrhunderte in die Rolle des klassischen Sündenbocks gedrängt wurden und weil ein mannigfaches Repertoire an Stereotypen existiert, aus dem sich nur allzu leicht Begründungen für schwer erklärbare Ereignisse und Entwicklungen konstruieren lassen.¹⁸ »Die Juden«, so wird unterstellt, würden grundsätzlich im Geheimen agieren, und da der Besitz eines Geheimnisses eine mit Macht assoziierte Ausnahmestellung bedeutet,¹⁹ passen die Zuschreibungen, wonach sie sich insgeheim verschworen hätten, um aus dem Verborgenen heraus die Geschehnisse zu lenken, ausgezeichnet zu den Vorstellungen, dass sie die ganze Welt beherrschten beziehungsweise in sämtlichen tragenden wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Bereichen wie etwa in den Medien und den Banken den Ton angeben. Die Besonderheit

¹⁶ Götz Wiedenroth, »Karikatur vom 17. April 2020: Impfen macht frei: Wer die befohlene Impfung verweigert, bekommt im Lager Gelegenheit, über diese Verbohrtheit konzentriert nachzudenken.« Um nicht zur Verbreitung antisemitischer Inhalte beizutragen, werden hier und an anderen Stellen keine Angaben zu den Fundstellen im Internet gemacht.

¹⁷ Attila Hildmann, »Holocaust-Märchen! Der Jude ist ein Weltparasit«, Telegram, 21.4.2021. Der Messenger-Dienst hat Hildmanns Kanal mittlerweile gesperrt. Zu Hildmann s. auch den Beitrag von Nikolas Lelle in diesem Heft.

¹⁸ Vgl. Schoeps, Schlör (Hrsg.), *Antisemitismus*.

¹⁹ Vgl. Georg Simmel, »Das Geheimnis. Eine sozialpsychologische Skizze«, in: *Der Tag*, Nr. 626, 10.12.1907, Erster Teil: *Illustrierte Zeitung* (Berlin), <http://so-cio.ch/sim/verschiedenes/1907/geheimnis.htm> (4.5.2021).

der antisemitischen Verschwörungsmythen gegenüber anderen Komplotfantasien liegt genau in dieser insinuierten weltumspannenden Einflussnahme. Würden »die Katholische Kirche« und »die Freimaurer« von den Vertretern solcher Weltherrschaftskonstrukte zumindest zeitweise ins Visier genommen, so sind »die Juden« die einzige Gruppe, die seit Jahrhunderten ungebrochen im Zentrum allumfassender Verschwörungslegenden steht. Weil sie immer als Gruppe imaginiert werden, die einem Plan folgt und angeblich weltweit Einfluss auf das Geschehen nimmt, genügt allein der Hinweis darauf, jemand sei Jude, um wenigstens eine der im kollektiven Gedächtnis präsenten antisemitischen Weltverschwörungsfantasien aufzurufen – sei es unbewusst oder sogar bewusst.

Der auf diese Art imaginierte Jude erhält aktuell durch das Thema »Israel« einen neuen konkreten Aspekt. Zumindest einige Versatzstücke israelbezogener antisemitischer Stereotype sind in allen politischen Lagern virulent, in subtilen Formen bis in die Mitte der Gesellschaft und in offen bis hetzerischen Varianten im rechts-extremen und radikal islamistischen Spektrum.

Ein Klassiker: Der Ritualmordvorwurf

Eine Reihe von Beispielen zeigt, dass die Ritualmordlegende zu jenen antisemitischen Narrativen gehört, die immer dann an Aktualität gewinnen, wenn Jüdinnen und Juden besonders drastisch diffamiert werden sollen, weil sie auf diese Weise leicht zu Schuldigen an den zeitgenössischen Misereen gemacht werden können.

Das klassische Narrativ wirft Juden vor, Kinder anderer Religionsgemeinschaften (insbesondere der christlichen) zu entführen und zu ermorden, um deren Blut in ihren Riten, beispielsweise beim Backen des ungesäuerten Brotes zu Pessach, zu verwenden. Die Ritualmordbeschuldigungen gehören zu den frühesten und am längsten perpetuierten Vorurteilen gegen Juden. Vermutlich rühren sie aus der in früheren Kulturen üblichen Praxis des Menschenopfers her, aus dem weit verbreiteten Aberglauben, dass der Verzehr innerer Organe wie Leber und Herz oder das Trinken von Blut – besonders von Kindern oder Jungfrauen – beziehungsweise das Baden darin Krankheiten heile oder Kraft, Schönheit und Macht verleihe. Mit fortschreitender Zivilisation wurde der nun gesellschaftlich geächtete Verzehr von Menschenblut und -fleisch zunehmend Personen zugeschrieben, deren Gebräuche nicht den eigenen entsprachen, also außerhalb der eigenen Gedankenwelt existierten. Zur Wirkmacht der Ritualmordlegende trägt auch die Metapher der unschuldig gemordeten Kinder bei. Solche Gespinste lösten immer wieder Pogrome aus, an deren Ende die Vertreibung der Juden stand. Im Nachkriegspolen gab 1946 in der Stadt Kielce ein derartiger Vorwurf den Ausschlag für die Massenflucht von mehr als 100.000 Juden. Die wenigen, die den Holocaust überlebt hatten, schienen den autochthonen nichtjüdischen Polen zur Gefahr zu werden, weil sie Ansprüche auf längst

»polonisierten« jüdischen Besitz erhoben oder in ihre ehemaligen Wohnungen zurückkehren wollten.²⁰

Der in der Bibel überlieferte bethlehemitische Kindermord durch Herodes beeinflusst derartige Vorstellungen in der christlichen Glaubenswelt bis in die Gegenwart, selbst in säkularisierten Gesellschaften. Heute bestimmen sie häufig die Bildsprache, etwa wenn israelische Politiker in Karikaturen als Kinderfresser und als Männer mit blutigen Händen dargestellt werden, die, mit entsprechenden Attributen versehen, palästinensische Kinder erstechen.

Nicht nur extremistische Gruppierungen bedienen sich solcher Inhalte in ihrer Agitation auf einschlägigen Webseiten oder Homepages, sondern – oft subtiler und weniger offensichtlich – auch Menschen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft. In Zuschriften an den Zentralrat der Juden in Deutschland und an die Botschaft Israels in Berlin lassen sich derartige Gerüchte über Juden ebenso identifizieren wie in Online-Kommentarspalten seriöser Tageszeitungen, in denen die Verfasser glauben, Juden beziehungsweise Israel geheimer Machenschaften bezichtigen zu können.

Die Ritualmordlegende erlebte zudem eine Wiedergeburt in arabischen Fernsehserien (DIASPORA/AL-SHATAT)²¹ und bedient – gegen Israel gewendet – antisemitischen Hass. Solche Mythen und Erdichtungen wurden mit der Absicht gestreut, die jüdische Bevölkerung zu vertreiben. Heute werden sie revitalisiert in der arabischen Welt, um den Feind Israel zu desavouieren oder das Existenzrecht dieses Staates in Abrede zu stellen. Die aktuellste Variante unterstellt Juden beziehungsweise Israelis, sie würden Palästinensern Organe rauben und diese verkaufen. In einer kurzen Sequenz des türkischen Spielfilms TAL DER WÖLFE – IRAK von 2006 (Originaltitel: KURLAR VADISI: IRAK) entnimmt ein jüdischer Arzt irakischen Gefangenen Organe und versendet sie nach Tel Aviv, London, New York und in andere Städte.

Beispiele für neuere antisemitische Verschwörungsmythen

Wie schnell allgemeine Verschwörungsmythen in antisemitische Fahrwasser abgleiten können, lässt sich an einigen Beispielen verdeutlichen. Am 24. März 2015 stürzte eine Germanwings-Maschine auf dem Flug von Barcelona nach Düsseldorf ab, 150 Menschen fanden dabei den Tod. Bereits kurz nach Bekanntwerden des Unglücks kursierten die ersten abstrusen Theorien: Der Copilot, der nachweislich Suizid begangen und die Besatzung und Passagiere

20 Vgl. Juliane Wetzel, »Der Pogrom in Kielce und der jüdische Massenexodus aus Polen«, in: Beate Kosmala (Hrsg.), *Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968. Antisemitismus und politisches Kalkül*, Berlin 2000, S. 43–48.

21 21-teilige antisemitisch-hetzerische Fernsehserie, produziert vom syrischen Fernsehen. Im Ramadan 2003 auf Al-Manar (Hizbollah TV) gesendet – später auch in anderen arabischen Fernsehsendern gezeigt.



Oben: Michael Ballweg gehört zum Umfeld der deutschen Reichsbürgerbewegung, 2020 organisierte er mit der Ulmer Gruppe Querdenken-731 Protestveranstaltungen gegen COVID-19-Regularien.

Foto: Wald-Burger8, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

Links: Der ungarischstämmige, in den USA lebende Philanthrop George Soros (hier auf dem Festival dell'Economia di Trento, 2018) ist Adressat antisemitischer Zuschreibungen.

Foto: Niccolò Caranti, CC BY-SA 4.0

mit in den Tod gerissen hatte, sei ein zum Islam konvertierter Christ, der einen terroristischen Anschlag verübt habe. Fehlen durfte im Germanwings-Konglomerat aus Absurditäten natürlich auch nicht die Behauptung, die israelische Luftwaffe habe das Flugzeug abgeschossen. Belege blieben die Vertreter dieser Verschwörungsmythen allesamt schuldig. Andere unterstellten vor allem in YouTube-Videos, im Flugzeug hätten Leichen gegessen, die bereits vor dem Absturz einer geheimen Organentnahme zum Opfer gefallen seien.²² Hier sind die Verschwörungsfantasien durchaus anschlussfähig an Ritualmordlegenden aus dem Kanon antisemitischer Stereotype.

Im Jahr 2014 löste der Selbstmord des Schauspielers Robin Williams einen Hype unter Verschwörungstheoretikern aus. »Robin Williams ist tot – und bei Zeit-Online steppt der Antisemit« titelte ein Blogeintrag, der einige der Postings, die auf der Online-Plattform der Wochenzeitung *Die Zeit*²³ inzwischen gelöscht sind,²⁴ gesammelt

und veröffentlicht hat.²⁵ Die Kommentare waren volksverhetzend, antisemitisch, homophob und überwiegend in Fäkalsprache verfasst. »Judenknecht Obama« lautete eine der harmloseren Zuschreibungen. Williams habe sich an Kindern vergangen – »wie alle im jüdischen Hollywood« –, wurde in vulgärster Form behauptet. Ein Leser kritisierte, dass die *Zeit*-Redaktion viel zu spät reagiert habe ob der unglaublichen Häme und Brutalität, die auf dem Blog ausgegossen wurden: »Wo ist die Moderation, wenn man sie braucht? Wie kann es sein, daß so ein Dreck schon 4 Stunden hier stehenbleibt?«²⁶ Der Leser »Tom Schoppmeyer« wies einen Tag nach Erscheinen des Artikels und der Hetzbeiträge darauf hin, dass die Kommentare wohl von einem einzigen Nutzer stammten, der unter dem Pseudonym »hab2freundinnen« auftrat.²⁷

Zu den klassischen Verschwörungsmythen gehören auch die Gerüchte über die sogenannten Bilderbergerkonferenzen. Diese

Moderatoren der Kommentarfunktion der Zeitung sie gelöscht haben.

25 Gast, »Robin Williams ist tot – und bei »Zeit-Online« steppt der Antisemit«, 12.8.2014, https://www.ortneronline.at/robin-williams-ist-tot-und-bei-zeit-online-steppt-der-antisemit/?utm_source=twitterfeed&utm_medium=twitter (10.8.2021).

26 »Robin Williams ist tot«, in: *Die Zeit*, 12.8.2014.

27 Ebd.

22 Vgl. »5 Verschwörungstheorien zum Germanwings-Absturz«, in: *Heute.at*, 9.4.2015.

23 »Robin Williams ist tot«, in: *Die Zeit*, 12.8.2014, <http://www.zeit.de/kultur/film/2014-08/robin-williams-tot> (9.8.2021).

24 Es finden sich zahlreiche Einträge, die nur noch den Hinweis enthalten, dass die

Zusammenkünfte, benannt nach dem ersten Treffen 1954 im Hotel Bilderberg im niederländischen Oosterbeek, bei denen sich jährlich wichtige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Medien der NATO-Staaten zum informellen Austausch treffen, ist immer wieder Gegenstand abstruser Behauptungen, häufig mit antisemitischem Hintergrund, wie etwa der, dass dort eine »Weltregierung« tage.²⁸

Gerüchte über eine angeblich israelische oder wahlweise auch jüdische Urhebererschaft der Schweinegrippe wurden auf rechtsextremen wie auf radikal islamistischen Seiten und in Karikaturen arabischer Medien verbreitet. Die Unterstellung, ein US-amerikanischer oder israelischer Nukleartest habe im Dezember 2004 den Tsunami vor der Insel Sumatra ausgelöst, wurde in denselben politischen Spektren als Wahrheit verkauft. Und dass die Deutschen systematisch mit Chemikalien vergiftet würden, die israelische Flugzeuge versprühten (Chemtrails), scheint eine verschwörerische Legende besonders unter rechtsextremen Sektierern zu sein.

Nicht erst seit den antisemitischen Covid-19-Verschwörungsfantasien, die im Internet ungehindert kursieren, sind extremistische Tendenzen, die sich aus solchen perpetuierten Gedankenwelten entwickeln können, eine ernst zu nehmende Bedrohung. So versuchen beispielsweise Anhänger des rechtsextremen Terroristen Brenton Tarrant (»Brenton Tarrant’s Lads«), der 51 Personen getötet und zahlreiche weitere Muslime bei einem Massaker in einer Moschee in Christchurch, Neuseeland, verletzt hat, nicht nur seinem Ziel der Bekämpfung der »Großen Umvolkung« näher zu kommen, sondern zeigen auch, wie nah Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus in den Vorstellungen solcher radikalisierter Rechtsextremer häufig beieinanderliegen. Über den ukrainischsprachigen Messengerdienst Telegram verbreitete eine Gruppe, die sich als Tarrants »Jünger« sieht, kurz nach dem Christchurch-Attentat etliche Memes,²⁹ Videos und Bilder aus dem Fundus der White-Supremacy-Bewegung, die die weiße Vorherrschaft propagiert. Das Internet dient ihnen als schnell und anonym nutzbares Medium, um zur Gewalt gegen Juden, aber auch gegen People of Color aufzurufen. Ein gewisser JinjerZilla, Karikaturist, Illustrator und Kommentator aus dem Dunstkreis der White Supremacists, bedient Tarrant’s Lads regelmäßig mit antisemitischen Inhalten. Am 24. März 2020 etwa posteten Letztere ein Cartoon von ihm, das eine antisemitische Fratze zeigt, die aus der NS-Hetzschrift *Der Stürmer* stammen könnte. Das Konterfei ist in eine Weltkugel projiziert und soll die Dominanz der Juden in der Welt versinnbildlichen. Die Karikatur steht an letzter Stelle

28 Vgl. zum Thema Marcus Klöckner, »Die diskrete Macht der Bilderberger«, in: Andreas Anton, Michael Schetsche, Michael K. Walter (Hrsg.), *Konspiration. Soziologie des Verschwörungsdenkens*, Wiesbaden 2014, S. 91–112.

29 Memes sind Teil der Netzkultur und nutzen in Form von Bildern, Videos und bestimmten Figuren Bildsprache, um satirisch, humoristisch, aber auch sarkastisch bis hetzerisch aktuelle Themen aufzugreifen.

einer dreiphasigen Bildfolge, die die vom Corona-Virus ausgehende Gefahr thematisiert. Ein Wissenschaftler ist über ein Mikroskop gebeugt. Der Text in den Sprechblasen lautet: »This virus can lie dormant for weeks, earn the immune system’s trust, then kill its host slowly – Truly terrifying.« Das dritte Bild der Folge soll Klarheit schaffen: Hinter all dem stecke angeblich »der Jude«.³⁰

Die »Mahnwachen für den Frieden« und die Querdenker

Seit Frühjahr 2014 trafen sich, als Reaktion auf den Russland-Ukraine-Konflikt, jeden Montag am Potsdamer Platz in Berlin und später auch an vielen anderen Orten in Deutschland Menschen zu »Mahnwachen für den Frieden«. Die Redner traten vor allem mit prussischen und antiwestlichen beziehungsweise antiamerikanischen Statements an die Öffentlichkeit, sie geißelten die »BRD« als nicht souveränen Staat, der unter der Verwaltung der Alliierten, insbesondere der USA, stehe. Verschwörungsmymen über die angebliche »Systempresse« wurden kolportiert, die Kampagnenjournalismus betriebe, manipulierte und Teil von Elitenetzwerken sei.³¹ Von dort ist es nicht mehr weit zu den Codes, die auf den Querdenker-Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen seit August 2020 in Berlin und anderswo eine Rolle spielten. Die »Lügenpresse« sei am Werk, wurde erst geraunt und dann immer deutlicher artikuliert.

Wie viele derjenigen, die in den Querdenker- oder Anti-Corona-Maßnahmen-Demonstrationen zu den Wortführern gehören, hat sich auch Ken Jebsen, der ehemalige Radioredakteur des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB), bei den sogenannten Montagsmahnwachen engagiert.³² Im Jahr 2012 behauptete Jebsen, »Zionisten«

30 Der Telegram-Kanal von JinjerZilla wurde mittlerweile gesperrt.

31 S. zu Verschwörungstheorien über Medienleute Hans Leyendecker, »Der böse Blick«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.11.2014. Leyendecker konstatiert: »gewöhnlich sind Paranoiker und Verschwörungstheoretiker, die immerzu Nebelkerzen werfen und sich dann darüber beklagen, dass sie durch Nebelschwaden tapern müssen, nur schwer zu ertragen«. Er bezieht sich in dem Artikel unter anderem auf das Buch *Gekaufte Journalisten. Wie Politiker, Geheimdienste und Hochfinanz Deutschlands Massenmedien lenken* des ehemaligen Redakteurs der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Udo Ulfkotte, das im September 2014 in zweiter Auflage im rechtslastigen Kopp-Verlag erschienen ist. Am 9.11.2014 äußerte sich Ulfkotte im Kopp-Online-Magazin zum Thema lang und breit und behauptete gar, der Begriff »Verschwörungstheoretiker« sei ein »CIA-Kampfbegriff«. Vgl. <http://info.koppverlag.de/hintergruende/deutschland/udo-ulfkotte/gekaufte-journalisten-wissenschaftler-sekundieren-absaufenden-leitmedien-.html> (11.11.2014). Ein Faktencheck von Stefan Niggemeier gibt Einblick in die Methoden, die Ulfkotte anwendet, um eine angebliche Medienmanipulation zu konstatieren. Vgl. Stefan Niggemeier, »Die Wahrheit über die Lügen der Journalisten«, in: *Krautreporter*, 24.10.2014, <https://krautreporter.de/46--die-wahrheit-uber-die-lugen-der-journalisten> (9.8.2021).

32 Vgl. Sebastian Leber, »Erst »Friedensaktivist«, jetzt Corona-Verharmloser«, in: *Der Tagesspiegel*, 3.4.2021, <https://www.tagesspiegel.de/themen/reportage/biografien-von-verschwörungsideologen-erst-friedensaktivist-jetzt-corona-verharmloser/27064482.html> (10.8.2021).

hätten die Massenmedien unterwandert: »Es ist eine mediale Massenvernichtungswaffe, die hilft, dass wir seit über 40 Jahren die Fresse halten, wenn im Auftrage des Staates Israel Menschen in Massen vernichtet werden.«³³

Heute ist Jebsen einer der Aktiven bei den Querdenkern. Auf seinem YouTube-Kanal KenFM verbreitet er das Video GATES KAPPERT DEUTSCHLAND über die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, die angeblich Politik, Medien und Forschung kontrolliere. Das Video wurde in kürzester Zeit drei Millionen Mal aufgerufen.³⁴ Bill Gates gilt in diesen Kreisen wie die jüdische Familie Rothschild oder der ungarischstämmige, in den USA lebende Hedgefondsmanager und Philanthrop George Soros als Ausgeburt teuflischer Machenschaften.³⁵ Die Namen stehen ebenso wie der Code »Ostküste«, für die Ostküste der USA mit der Wallstreet, als Chiffren für eine angebliche jüdische Dominanz, die über das Netz verbreitet werden und die die Szene versteht, ohne dass es weiterer Ausführungen bedürfte. Soros sei auch – so die antisemitischen Zuschreibungen – verantwortlich für den »großen Austausch 2015«, das heißt für ein von langer Hand geplantes Komplott, mit dem Ziel, Flüchtlinge nach Europa zu lotsen, um dadurch die dort lebenden Völker auszutauschen, was den Mächtigen in die Hände spiele, also »den Juden«.

Neuere Entwicklungen bedienen sich, neben dieser Anspielung auf Persönlichkeiten, die in der Szene wie gesagt mühelos verstanden wird, in den sozialen Netzwerken der Strategie, Personennamen mit drei Klammern zu versehen.³⁶ In den einschlägigen Kreisen wird sofort erkannt, dass diese Markierung einer jüdischen Person gilt, die damit zum Angriff freigegeben ist.³⁷ Etliche Twitter-User haben sich eine Gegenstrategie ausgedacht: Sie umklammern ihre Namen jetzt selbst, um der antisemitisch gemeinten Markierung ihre Eindeutigkeit zu nehmen. Inzwischen scheint auch eine Möglichkeit gefunden worden zu sein, die User der antisemitischen Klammern aufzuspüren und ihre Hetze somit nachverfolgen zu können.

Darüber hinaus finden Codes wie »cabal«, abgeleitet von Kabbala, Verwendung. Damit wird eine mächtige geheime Gruppe bezeichnet, gebildet von Jüdinnen und Juden, die finstere Absichten

33 Nik Afanasjew, Joachim Huber, »Ex-Rbb-Moderator Jebsen: »Israel will Endlösung für Palästina««, in: *Der Tagesspiegel*, 7.4.2012, <http://www.tagesspiegel.de/medien/ex-rbb-moderator-jebsen-israel-will-endloesung-fuer-palaestina/6485636.html> (9.8.2021).

34 Vgl. *Süddeutsche Zeitung*, 11.5.2020.

35 S. etwa die Webseite coolestica.com, die am 10.3.2020 ein Meme unter dem Titel »Sorosvirus« postete, das den Kopf von Soros in ein Covid-19-Virusbild hineinprojiziert zeigt und mit »The Real Global Pandemic« untertitelt ist.

36 Nach dem Muster ((Name)).

37 Vgl. Michelle SENSEL, »Vorsicht Nazi-Umarmung!«, in: *taz*, 8.6.2016, <http://www.taz.de/!5311757/> (10.8.2021); »Warum viele Nutzer ihren Namen in drei Klammern setzen«, in: *spiegel-online*, 6.6.2016, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/drei-klammern-auf-twitter-was-es-mit-dem-phaenomen-auf-sich-hat-a-1096047.html> (10.8.2021).

hegen und Kontrolle über die Welt beziehungsweise alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens gewinnen wollen – oder sie gar bereits haben. Eigentlich ist Kabbala der Name einer mystischen Tradition des Judentums, von dem, verkürzt zu »cabal«, im Rahmen stereotypisierter, gegen Jüdinnen und Juden als Kollektiv gerichteter Vorstellungen Gebrauch gemacht wird.

Memes und über Bildsprache vermittelte Codes sind die neuen Herausforderungen besonders im Bereich der Bildung, weil visuelle Inszenierungen zu einem zentralen Mittel geworden sind, Propaganda und Hetze in die digitale Welt zu transportieren.³⁸

Fazit

Verschwörungsmithologen haben im Internet das Medium gefunden, über das sich in Echtzeit Falschinformationen, Legenden und Gerüchte ungehindert verbreiten lassen. Über das World Wide Web, zum Teil ausschließlich darüber, generieren Menschen aller Altersgruppen – Jugendliche, junge Erwachsene, aber auch Angehörige der älteren Generationen – ihre Informationen. Soziale Medien und Online-Dienste dienen nicht nur als Kommunikationsplattform, sondern auch als Spielwiese für Gamer oder als Hilfsmittel für schulische und universitäre Belange. Die Nutzer, die einen kritischen Umgang mit der Datenflut nicht gelernt haben, sind dabei allerdings der Gefahr ausgesetzt, unvorbereitet auf unseriöse und propagandistische Seiten mit Verschwörungserzählungen zu gelangen, deren Inhalte sie nicht hinterfragen. Deshalb gilt es, diesem Medium größere Aufmerksamkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen zu schenken. Die Politik und die Zivilgesellschaft müssen Strategien erarbeiten, wie das Internet als Informationsquelle sicherer werden kann, und Möglichkeiten eruieren, wie Mythen und Legenden Fakten entgegengesetzt werden können. Insbesondere im Jugendbereich ist es mehr als jemals zuvor von grundlegender Bedeutung, Medienkompetenz zu vermitteln und zu lernen, wie Bildsprache dekonstruiert werden kann. Darüber hinaus muss auch thematisiert werden, dass Präsenz und Umfang einer Internetplattform nichts über die Größe, den Einfluss oder die Wahrhaftigkeit der jeweiligen Gruppierung oder Organisation dahinter aussagen. So kann eine kleine unbedeutende Splittergruppe mit Hilfe einer visuell und technisch hervorragend gestalteten Homepage den Eindruck erwecken, sie sei von beträchtlicher politischer Relevanz und im Besitz der alles erklärenden Wahrheit.

38 Am Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin erforscht ein von der Alfred Landecker Foundation finanziertes Projekt, welche antisemitischen Inhalte über soziale Medien verbreitet werden: »Decoding Antisemitism – Digitalen Hass mit Künstlicher Intelligenz bekämpfen«.

Die üblichen Verdächtigen

Antisemitismus bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen

Von Nikolas Lelle



Nikolas Lelle ist Projektleiter bei den Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin. Veröffentlichungen (Auswahl): *Arbeit, Dienst und Menschenführung. Zum Nationalsozialismus und seinem Nachleben* (im Erscheinen); »Arbeit, (Un)Freiheit, Tod. Er widerungen von Jean Améry, Primo Levi und Tibor Wohl auf die KZ-Devise »Arbeit macht frei«, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 67 (2019), H. 6, S. 538–551; (Hrsg. mit Felix Axster), *»Deutsche Arbeit«. Kritische Perspektiven auf ein ideologisches Selbstbild*, Göttingen 2018.

Foto: privat

Die Bilder werden aus dem kollektiven Gedächtnis nicht mehr verschwinden. Seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie in Deutschland im März 2020 marschieren Woche für Woche Corona-Leugnerinnen und -Leugner durch die Straßen. In fast jeder deutschen Stadt gab es Demonstrationen oder Kundgebungen, von Aachen bis Frankfurt an der Oder, von Kiel bis Konstanz. Regionale Hotspots waren bisher unter anderem Berlin, Stuttgart, Leipzig und Kassel. Eine Auflistung der »Tausenden von Protestaktionen und Versammlungen«¹ ist nicht zu leisten. Eines zeigt sich jedoch bei nahezu jeder Demonstration: Antisemitismus. Immer offener, unverhohlener und ungehemmter äußern Demonstrierende und Rednerinnen und Redner antisemitische Verschwörungsmymen und relativieren oder leugnen den Holocaust. Laut Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, ist die Lage »zutiefst besorgniserregend«.²

Im April 2021 eskalierte die Lage in den sozialen Medien, insbesondere in einschlägigen Telegram-Kanälen, in denen offener Judenhass und Holocaustleugnung mittlerweile zum Standardrepertoire gehören. Der Kochbuchautor Attila Hildmann, der monatelang eine der zentralen Kundgebungen in Berlin-Mitte initiierte und zeitweise der Inbegriff der Proteste war, versteckte seine Gesinnung nicht mehr, sondern äußerte seinen Antisemitismus offen. Bereits im Februar 2021 war ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden, dem er sich jedoch durch die Ausreise in die Türkei entzog. Durch gemeinsames Handeln von Microsoft und Apple ist sein Telegram-Kanal seit Juni 2021 nur noch schwer aufzufinden.

- 1 Heike Kleffner, Matthias Meisner, »Virus 2.0: Wie die Pandemie den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht«, in: Dies. (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand: Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefunde*, Freiburg, Basel, Wien 2021, S. 13–29, hier: S. 24.
- 2 Josef Schuster, »Für einen gesellschaftlichen Klimawandel: Geleitwort«, in: Ebd., S. 9.

Am 21. April 2021 hat der Deutsche Bundestag eine »Bundesnotbremse« beschlossen, ein Gesetz, das die dritte Welle der Covid-19-Pandemie eindämmen sollte. Corona-Leugnerinnen und -Leugner hatten für diesen Tag Proteste in Berlin organisiert. An der Demonstration nahmen Rechtsextreme ebenso teil wie die »enthemmte Mitte«,³ die das wahre Gesicht der »Wutbürger« zeigte. Die Stimmung war, wie viele Male zuvor, aggressiv, und es kam nach der Auflösung der Versammlung durch die Polizei zu Ausschreitungen.

Auch hier brach sich Antisemitismus Bahn. Die seit über einem Jahr bei den Protesten gezeigten Symbole variieren immer dieselben Motive: gelbe »Judensterne«, in denen »Ungeimpft« steht; Hakenkreuzfahnen und -binden, die statt des Hakenkreuzes »das Virus« zeigen; Vergleiche des Infektionsschutzgesetzes mit dem sogenannten Ermächtigungsgesetz von 1933;⁴ T-Shirts mit Sophie-Scholl-Aufdruck oder das *Tagebuch der Anne Frank* als Accessoire; Warnungen vor einer geheimen Weltverschwörung, der »BRD GmbH« oder einer Elite, die Kinder entführt. Ein Demonstrant ließ sich seine FFP2-Maske mit dem Spruch »Heil Corona« in Frakturschrift bedrucken. Darunter prangte ein Reichsadler, der statt des Hakenkreuzes eine Darstellung des Virus in seinen Krallen hielt.

Pia Lamberty, Sozialpsychologin und Expertin für Verschwörungsideologien, die zusammen mit Katharina Nocun im letzten Jahr das Buch zur Stunde, *Fake Facts*,⁵ veröffentlichte, twitterte noch am selben Abend: »Der heutige Tag hat wieder einmal gezeigt: Antisemitismus ist elementar mit der Querdenken-Bewegung verbunden.«⁶

In diesem Beitrag werden Ausmaße und Erscheinungsformen des Antisemitismus bei Protesten, die sich angeblich gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie richten, analysiert. Mit den sogenannten Corona-Demonstrationen berichtet dieser Aufsatz über ein fortdauerndes Phänomen, dessen weitere Entwicklung offen ist.

3 Redaktion Belltower.News, »Coronaleugner*innen gegen Bundesnotbremse«, in: *belltower.news*, 21.4.2021, <https://www.belltower.news/wahnsinnig-buergerlich-coronaleugnerinnen-gegen-die-bundesnotbremse-114577/> (5.5.2021). Der Begriff »enthemmte Mitte« geht auf den Titel der 2016 veröffentlichten Untersuchung zu politischen Einstellungen in Deutschland zurück, die nahelegt, dass die sogenannte politische Mitte Deutschlands mehr und mehr zu rechtsextremen Positionen neigt. Die Studie wird seit 2002 alle zwei Jahre von einer Arbeitsgruppe um Elmar Brähler und Oliver Decker an der Universität Leipzig durchgeführt. Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler, *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, Gießen 2016.

4 »Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich. Vom 23.3.1933«, in: *Reichsgesetzblatt I*, 1933, S. 141. Das Gesetz ermöglichte es der Reichsregierung, ohne Zustimmung von Reichstag und Reichsrat Gesetze zu erlassen. Diese mussten auch nicht vom Reichspräsidenten gegengezeichnet werden und konnten zudem von der Reichsverfassung abweichen.

5 Katharina Nocun, Pia Lamberty, *Fake Facts: Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*, Köln 2020.

6 Pia Lamberty, Twitter, 21.4.2021, https://twitter.com/pia_lamberty/status/1384937870075564038?s=20 (5.5.2021).

Noch liegen keine Monografien zum Thema vor. Im April 2021 erschien mit dem von Heike Kleffner und Matthias Meisner herausgegebenen Sammelband *Fehlender Mindestabstand* eine erste systematische Analyse der »Netzwerke der Demokratiefunde«.⁷ Dieser Beitrag fußt vor allem auf Erkenntnissen journalistischer Arbeiten, dem Monitoring zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie der Expertise und Einschätzung des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA e.V.), das die Proteste in Berlin vom ersten Tag an begleitet und dokumentiert hat. Für weitere Hintergrundinformationen stand Levi Salomon vom JFDA e.V. für ein Expertengespräch zur Verfügung. Der Blick gilt zunächst der Geschichte der Corona-Demonstrationen und der Rolle des Internets als Katalysator für deren Radikalisierung. Im Anschluss hieran werden verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus bei den Protesten untersucht und abschließend wird der aktuelle Stand kurz umrissen.

Von der Straße ins Internet und zurück

Ihren Ausgang nahm die Bewegung vor der verriegelten Volksbühne am Berliner Rosa-Luxemburg-Platz. Der »Urknall der Coronaproteste« fiel in eine Zeit des Stillstands kurz nach Beginn des ersten »Lockdowns«.⁸ Das öffentliche Leben war weitgehend heruntergefahren, Menschenansammlungen waren nicht erlaubt. Einem Aufruf zu einer »Hygienedemonstration« folgten im März 2020 ungefähr 40 Personen. Das Motto lautete: »Grundrechte verteidigen – Sag Nein zur Diktatur!« Einige Wochen lang versammelten sich Demonstrierende den Abstandsregeln zum Trotz jeden Sonntag vor dem Gebäude der Volksbühne. Bereits beim zweiten Mal waren bekannte Anhängerinnen und Anhänger von Verschwörungsmymen darunter.

Die Bewegung wuchs schnell und dezentralisierte sich. In Berlin gab es zeitweise Dutzende verschiedener Kundgebungen. Am Alexanderplatz wurde getanzt, während Attila Hildmann wöchentlich Kundgebungen im benachbarten Lustgarten zwischen Dom, Schloss und Altem Museum abhielt und unweit davon Reichsbürger vor dem Bundestag oder der russischen Botschaft demonstrierten. Auch in vielen anderen Städten gingen jetzt Menschen auf die Straße. Einheit stiftete schließlich die aus Stuttgart stammende Querdenken-Bewegung. Schnell entstanden unzählige Ortsgruppen.

7 Kleffner, Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand*. Anm. der Red.: Nach Redaktionsschluss ist Ende Juli 2021 ein weiterer Sammelband zum Thema erschienen: Sven Reichardt (Hrsg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«: Die Corona-Protteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive*, Frankfurt am Main 2021.

8 Julius Betschka, »Der Urknall der Coronaproteste: Die Hygienedemonstrationen vor der Berliner Volksbühne«, in: Kleffner, Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand*, S. 39–42, hier: S. 39.

Im August 2020 kam es in Berlin zu Massendemonstrationen mit Zehntausenden von Teilnehmenden und einem gescheiterten Sturm auf das Reichstagsgebäude. Anfang November eskalierte eine Demonstration in Leipzig. Am 18. November, dem Tag, an dem das neue Infektionsschutzgesetz vom Bundestag verabschiedet wurde, löste die Polizei in Berlin eine Kundgebung mit Wasserwerfern auf. Der Alternative für Deutschland (AfD), die sich als »parlamentarischer Arm der Bewegung«⁹ sieht, war es hier erstmals erfolgreich gelungen, eine größere Rolle im Protestgeschehen zu spielen. Eine Massenmobilisierung zu Silvester scheiterte hingegen kläglich. Erst im März 2021 schaffte die Bewegung es erneut, erfolgreich nach Kassel zu mobilisieren. Inmitten der dritten Welle der Pandemie liefen 20.000 Menschen ohne jeden Abstand und ohne Mund-Nasen-Schutz durch die nordhessische Großstadt. Die Polizei schien wieder einmal überrascht, überfordert oder nicht willens, die Einhaltung der Auflagen durchzusetzen.

Die Zusammensetzung der Demonstrationen ist äußerst heterogen: Neben bekannten Verschwörungsideologen, Rechtsextremen, Hooligans, Reichsbürgern und AfD-Wählern finden sich unter den Protestierenden auch Personen aus dem christlich-fundamentalistischen Spektrum, Esoterikerinnen und Esoteriker, Anthroposophen, Homöopathen, Impfgegnerinnen und -gegner sowie Anhänger der Anastasia-Bewegung, eines rechten, ökoesoterischen Kults.

Die Frage nach dem einenden Element beantworteten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in aller Deutlichkeit: »Antisemitismus ist der Kitt, der unterschiedlichste Akteure und Akteurinnen zusammenbringt.«¹⁰ Diesen Befund stützt ein Blick in die Geschichte. Schon im 19. Jahrhundert im Kaiserreich oder in den 1920er Jahren in der Weimarer Republik schuf der Antisemitismus eine Klammer, die disparate Milieus zusammenhielt.

Unbeantwortet blieben die Demonstrationen zwar nicht, aber aufgrund der hohen Aggressivität zahlreicher Teilnehmer und der Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Zuge der Pandemie fiel der Gegenprotest vergleichsweise klein aus. Hinzu kam, dass die Polizei bisweilen härter gegen die Gegendemonstranten durchgriff als gegen die alle Auflagen missachtenden Corona-Leugner. Die Berliner Volksbühne reagierte allerdings schnell auf die »Hygienedemos« und ließ ein Transparent mit dem Schriftzug »Wir sind nicht eure Kulisse« an ihrer Fassade anbringen. Das Alte Museum, das ebenfalls zur Staffage wöchentlicher verschwörungsideologischer Versammlungen wurde, folgte ihrem Beispiel. Ein an dem Prachtbau

von Karl Friedrich Schinkel angebrachtes Transparent deklarierte: »Für Weltoffenheit und demokratische Werte. Gegen Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus und Hetze«.

Den sozialen Medien kommt eine zentrale Rolle bei der Mobilisierung der Proteste zu. Was auf der Straße seinen Lauf nahm, wurde hier befeuert. Es gibt, schreibt Karolin Schwarz, »wenige Unterschiede« zwischen den Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen und der »Propaganda im Netz«: »Die Pandemie wird gelehnet oder verharmlost, die deutsche Demokratie zur Diktatur erklärt, Virologen und Virologinnen wird die Expertise abgesprochen und all diejenigen, die sich vor einer Erkrankung schützen wollen, werden als ahnungslose Schafe porträtiert.«¹¹ Die Proteste wurden von mehreren Youtuberinnen und Youtubern live gestreamt und kommentiert, wodurch sich analoge und virtuelle Räume weiter verschränkten.

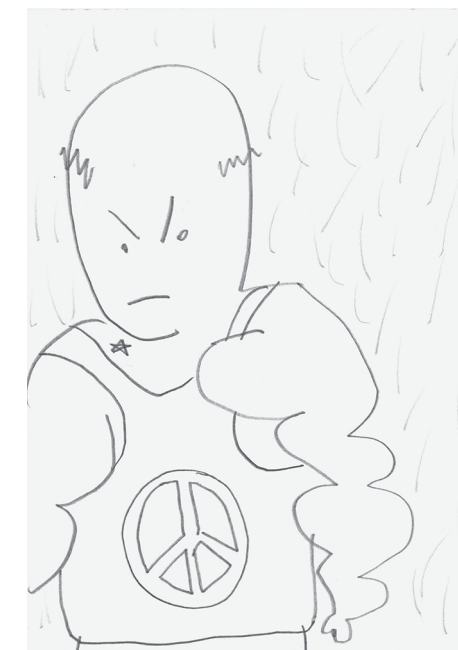
11 Karolin Schwarz, »Organisatoren, Influencerinnen, Aushängeschilder: Corona-kritikerinnen und -leugner im Netz«, in: Ebd., S. 201–210, hier: S. 204.

Abbildungen auf der rechten Seite:
Attila Hildmann demonstriert am Alten Museum
 Zeichnungen von Sebastian Jung
 Auswahl aus der 36-teiligen Serie
 Teil des Projektes Hot Spot Society von Sebastian Jung
 und der Friedrich-Ebert-Stiftung Thüringen.
www.hotspotsociety.com



Foto: Orla Connolly

Sebastian Jung, geboren 1987 in Jena, arbeitet mit Zeichnung, Malerei und Skulptur, entwirft Publikationen und initiiert als Künstler interdisziplinäre Projekte in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Populärkultur, Literatur und Wissenschaft. Seine Arbeiten sind von einem radikal subjektiven Blick auf seine Umgebung geprägt, den er den vereinfachenden Bildern populistischer Parolen entgegenstellt.
www.JungJungJung.com



9 Kleffner, Meisner, »Virus 2.0«, S. 26.

10 Felix Balandat, Nikolai Schreiter, Annette Seidel-Arpaci, »Die Suche nach den ›Schuldigen‹: Antisemitismus als zentrales Ideologieelement bei den Corona-Protesten«, in: Kleffner, Meisner (Hrsg.), *Fehlender Mindestabstand*, S. 102–108, hier: S. 102.

Im Internet erreichen Verschwörungserzählungen ein Millionenpublikum. Die Covid-19-Pandemie war allerdings nicht der Auslöser dieser Entwicklung, sondern lediglich ein Katalysator. Der Bericht *Antisemitism Worldwide 2020* des israelischen Kantor Center zeigt, dass es sich hierbei keineswegs um ein deutsches Phänomen handelt:¹² Bereits unmittelbar nach Ausbruch der Pandemie wurde weltweit das Gerücht kolportiert, Jüdinnen und Juden oder Israel hätten das Virus erfunden oder zumindest verbreitet, um an den Impfstoffen zu verdienen. Diese Behauptung versteckt sich oft hinter antisemitischen Codes wie »George Soros« oder »den Rothschilds«. »Blaming the Jews and Israelis for developing and spreading the coronavirus (or ›Judeovirus‹), was the main motif in this year’s antisemitic manifestations«,¹³ resümiert der Bericht.

In Deutschland spielt insbesondere das Dark Social »Telegram« eine wichtige Rolle bei der Verbreitung antisemitischer Verschwörungserzählungen. Die Zahl und der Umfang der Kanäle von Anhängern einschlägiger Verschwörungsmythen sind in kürzester Zeit immens gewachsen. Die auf den Demonstrationen verwendeten antisemitischen Symbole und Codes sind oft verortet in älteren Verschwörungserzählungen wie der Reichsbürgerideologie, den Thesen der QAnon-Bewegung oder der Rede vom »Großen Austausch«, die im Internet kursieren. Spekulationen rund um das Corona-Virus fungieren dabei oft als Einstieg in diese seit Jahren etablierten Erzählungen, die bis weit ins rechtsextreme Spektrum eine wichtige Rolle spielen. Die Szene der Corona-Leugner schmiedete im Zuge der Vernetzung schnell neue Allianzen. Die allermeisten dieser Narrative haben einen antisemitischen Kern. Sie knüpfen an teils jahrhundertalte Mythen an. Antisemitismus wird bei den Demonstrationen jetzt sichtbar nach außen getragen.

Verschwörungserzählungen und Antisemitismus sind eng miteinander verflochten.¹⁴ Sie verweisen systematisch aufeinander und haben eine gemeinsame Geschichte; im Grunde ist der Antisemitismus der vielleicht älteste Verschwörungsmythos weltweit. In beiden Fällen wird ein manichäisches Weltbild gezeichnet, in dem sich Gut und Böse in einem existentiellen Kampf gegenüberstehen. Demnach hat eine kleine und übermächtige Gruppe sinister Menschen einen Verschwörungsplan hinter dem Rücken der »Völker« geschmiedet und lenkt so die Ereignisse in der Welt, um zu herrschen und zu verdienen. Die »jüdische Weltverschwörung« dient spätestens seit der antisemitischen Fiktion *Die Protokolle der Weisen von Zion* als Blaupause für Verschwörungserzählungen.¹⁵

12 Kantor Center, *Antisemitismus Worldwide 2020*, https://en-humanities.tau.ac.il/sites/humanities_en.tau.ac.il/files/media_server/Extract%20of%20the%20Annual%20Worldwide%20Report%20for%202020.pdf (5.5.2021).

13 Ebd., S. 4.

14 Vgl. Nocun, Lamberty, *Fake Facts*, S. 106–122.

15 Vgl. Jeffrey L. Sammons (Hrsg.), *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundzüge des modernen Antisemitismus – eine Fälschung. Text und Kommentar*,

Auch dieses Machwerk taucht auf den Corona-Demos wieder auf. Im August 2020 trug ein Teilnehmer ein T-Shirt, auf dessen Vorderseite »FCK ZION« stand. Auf der Rückseite befand sich Werbung für die *Protokolle*.¹⁶

Oft fehlt bei einer codierten Verschwörungserzählung nur der letzte Schritt, der direkte Bezug auf Jüdinnen und Juden, um aus ihr eine offen antisemitische zu machen. Der Übergang vom strukturellen zum offenen Antisemitismus ist daher fließend. Struktureller Antisemitismus ist ein Antisemitismus, der noch ohne Juden auskommt. Die Covid-19-Pandemie hat im Zeitraffer gezeigt, wie schnell diese Entwicklung vonstattengehen kann. Wo anfangs noch von »Bill Gates« oder der »New World Order«, von »Zionisten« oder der »Finanzelite«, vielleicht von »Rothschild, Rockefeller, Soros« geredet wurde, wird heute offen von »dem Juden« gesprochen.

Die »jüdische Weltverschwörung« gehört zum kulturellen Speicher. Melanie Hermann, eine Mitarbeiterin der Amadeu Antonio Stiftung, die sich gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus einsetzt, verwendet in Workshops ein einfaches Experiment, das auf ein Plakat der Aktion 3. Welt Saar¹⁷ zurückgeht. Die Aufgabe lautet: Stellen Sie einmal in einer Gruppe die These auf: »Juden und Radfahrer beherrschen die Welt.« Sicher fragt jemand: »Warum die Radfahrer?« Niemand fragt: »Warum die Juden?«¹⁸ Eine behauptete Verbindung von Judentum und Weltherrschaft wundert selbst diejenigen nicht, die nicht an sie glauben.

Erscheinungsformen des Antisemitismus auf Corona-Demonstrationen in Deutschland

Der RIAS-Bundesverband veröffentlichte im Sommer 2020 eine erste Studie: *Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie*.¹⁹ Demnach kam es zwischen dem 17. März und dem 17. Juni 2020

.....

Göttingen 1998; Wolfgang Benz, *Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung*, München 2007. S. hierzu auch den Beitrag von Jörg Osterloh in diesem Heft.

16 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, Twitter, 1.8.2020, https://twitter.com/report_antisem/status/1289508015121473536 (5.5.2021). S. hierzu auch den Beitrag von Juliane Wetzel in diesem Heft.

17 Aktion 3. Welt Saar, *Juden und Radfahrer beherrschen die Welt. Wieso Radfahrer*, 2016, https://www.a3wsaar.de/fileadmin/user_upload/Dateien-2016/2016-05-09-Plakat-Antisemitismus/2016-05-Lernplakat-gegen-Antisemitismus_Aktion-3-Welt.pdf (5.5.2021).

18 Dieser Witz reicht übrigens weit zurück und wurde in abgewandelter Form mit Bezug auf die Ursachen für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg beispielsweise in Erich Maria Remarques Roman *Der schwarze Obelisk*, Köln 1989 (zuerst 1956), S. 232, wiedergegeben.

19 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin, *Antisemitismus im Kontext von Covid-19*, 2020, https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf (5.5.2021).

auf »123 Kundgebungen und Demonstrationen mit Bezug zur Covid-19-Pandemie« zu »antisemitischen Äußerungen«: »In 91 Fällen wurden hierbei Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus [...], in 28 Fällen Stereotype des modernen Antisemitismus, also beispielsweise antisemitische Verschwörungsmythen verwendet. Israelbezogener Antisemitismus (in drei Vorfällen) und Antijudaismus (in einem) spielten bei diesem Demonstrationsgeschehen fast keine Rolle.«²⁰

RIAS erfasste allerdings nur solche Verschwörungserzählungen und Codes, die explizit antisemitisch sind: Ist die Rede von »Zionisten«, »Rothschild« oder »Soros«, wird dies als antisemitischer Vorfall aufgenommen; wenn aber noch nebulöser »nur« von »Bill Gates«, der »Neuen Weltordnung (NWO)« oder den »Eliten« gesprochen wird, dann nicht. Die Dunkelziffer der antisemitischen Propagandadelikte ist daher weiterhin groß.²¹ Aus Gründen des Monitorings ist diese Art der Erfassung konsequent. Aus einer theoretischen Perspektive bleibt es aber unbefriedigend, nicht zu fragen, ob und ab wann diese Erzählungen doch antisemitisch aufgeladen sind. Stefanie Schüler-Springorum, Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung, schrieb zu Anfang der Pandemie im *Spiegel* ganz zu Recht: »Wenn das Narrativ einmal steht, ist es egal, ob Bill Gates Jude ist oder nicht, in den Augen der Verschwörungsfachleute ist er das sowieso.«²² Denn auch Verschwörungserzählungen, die nicht explizit »vom Juden« sprechen, können bisweilen antisemitisch sein. Solche Fälle werden als struktureller Antisemitismus bezeichnet.

Antisemitische Äußerungen auf Demonstrationen sind aber nur ein Teil des Problems. Insgesamt kam es laut einer im April 2021 von RIAS Berlin veröffentlichten Studie allein in Berlin 2020 zu 1.004 antisemitischen Vorfällen, 118 mehr als im Jahr zuvor, was eine Steigerung von 13,3 Prozent bedeutet: »Jeden Tag ereigneten sich also im Durchschnitt knapp drei antisemitische Vorfälle in der Bundeshauptstadt.«²³ Dabei wiesen »fast drei Viertel aller Vorfälle auf Versammlungen, für die 2020 antisemitische Inhalte dokumentiert werden konnten, [...] einen Bezug zur Pandemie auf«. Die Szene der Corona-Leugnerinnen und Verschwörungsideologen bietet einen Resonanzraum für offenen Antisemitismus. RIAS spricht von »vielschichtigen Gelegenheitsstruktur[en] für die Artikulation antisemitischer Verschwörungsmythen«.²⁴

.....

20 Ebd., S. 8.

21 Vgl. ebd., S. 9.

22 Stephanie Schüler-Springorum: »Warum Verschwörung? Warum die Juden?«, in: *Der Spiegel*, 17.5.2020, <https://www.spiegel.de/kultur/corona-leugnung-und-antisemitismus-warum-verschwörung-warum-die-juden-a-46d89ede-6bc3-43f0-9b53-5064992ad416> (5.5.2021).

23 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin, *Antisemitische Vorfälle in Berlin 2020*, 2021, https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfälle-2020_Jahresbericht_RIAS-Berlin.pdf, S. 4 (5.5.2021).

24 Ebd., S. 5.

Überrascht hat das Ausmaß des Antisemitismus auf Corona-Demonstrationen Levi Salomon vom Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus nicht: »Das antisemitische Mobilisierungspotenzial«, erklärt er mit Blick in die jüngste Geschichte, »zeigte sich bereits 2014 mit den sogenannten ›Mahnwachen für den Frieden‹ und den antisemitisch-antiisraelischen Demonstrationen im Sommer desselben Jahres«. Erschreckend ist es aber allemal, auch für einen Experten wie Salomon: »Dass mittlerweile auf vielen dieser Demonstrationen so unverhohlen und mit einer Regelmäßigkeit die Shoah relativiert wird, schockiert uns doch immer wieder. Dass Menschen auf den Corona-Demonstrationen so geschmack- und pietätlos sind und die Leiden der Opfer der Shoah durch ihre perfiden und realitätsfernen Vergleiche oder Gleichsetzungen mit Füßen treten und sich in eine Opferrolle drängen, ist aus unserer Sicht ein Anzeichen dafür, dass eine wirkliche, selbstkritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Deutschland bis heute nicht stattgefunden hat.«²⁵

Levi Salomon spricht hier über eine Erscheinungsform des Antisemitismus, die auf den Demonstrationen sehr sichtbar war und ist: den Post-Shoah-Antisemitismus. Hierzu zählen insbesondere Holocaustleugnung und -relativierung, Schuldabwehr-Narrative oder eine Täter-Opfer-Umkehr. Anders gesagt: Es handelt sich um einen Antisemitismus »nicht *trotz*, sondern *wegen* Auschwitz«.²⁶ In der Forschung wird auch von sekundärem Antisemitismus gesprochen.

Es ist unschwer zu erkennen, dass es sich beim gelben »Ungeimpft«-Stern um eine Form davon handelt. »Wir sind die neuen Juden« ist die Botschaft dieses Symbols. Dabei werden die antijüdischen Maßnahmen des NS-Staates wie die Markierung von Jüdinnen und Juden durch einen gelben Stern ab September 1941 bagatellisiert und relativiert. Zugleich findet eine zynische Verdrehung statt. Die »Selbstviktimsierung«, so Salomon, enthalte ein »narzisstisches Moment: Menschen erhöhen sich und ihr persönlich empfundenes Leiden, indem sie es öffentlich zur Schau tragen und mit den Leiden der Opfer der Shoah in Verbindung bringen.«²⁷

Es ist dann nicht mehr überraschend, wenn von der Bühne auch Vergleiche mit dem Schicksal Anne Franks gezogen werden, die sich – »wie wir«, so die Botschaft – vor einem mörderischen Regime verstecken musste. Was damals der SS-Arzt Josef Mengele war, so insinuierten Aufkleber und Plakate, soll heute der Virologe Christian Drosten sein.²⁸ Kein Vergleich scheint zu absurd oder zu infam.

.....

25 Gespräch des Autors mit Levi Salomon am 16.4.2021.

26 Henryk M. Broder, *Der ewige Antisemit: Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls*, Frankfurt am Main 1986, S. 11.

27 Gespräch des Autors mit Levi Salomon am 16.4.2021.

28 Einen solchen Aufkleber dokumentierte Stephan Anpalagan, Twitter, 22.5.2021, <https://twitter.com/stephanpalagan/status/1263617750573989894> (17.6.2021).

Oft geht es hierbei sicher auch darum, die mediale Aufmerksamkeit weiter zu steigern. So lassen sich Fälle ausmachen, in denen der »Ungeimpft«-Stern mit anderen Insignien wie der Corona-Hakenkreuzbinde, Sophie-Scholl-Shirts oder Anne Franks Tagebuch kombiniert wurden. Der Hallenser Rechtsextremist Sven Liebich beispielsweise ließ sich am 21. April 2021 mit dem *Tagebuch der Anne Frank* in der Hand vor dem Denkmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas in Berlin ablichten.²⁹

Im »Ungeimpft«-Stern steckt noch eine weitere Komponente. Zur Selbstviktimsierung tritt die Selbstheroisierung und Selbststilisierung zum Widerstandskämpfer. In ihrem angeblichen Aufbegehren sehen die Impfgegner einen Notwehrakt gegen eine neue Diktatur. Sie wollen »ungeimpft« bleiben und behaupten, damit sei ein Stigma, ja der Ausschluss aus der Gesellschaft verbunden, so wie früher Juden aus der deutschen »Volksgemeinschaft« ausgeschlossen wurden. Sie verstehen sich daher nicht nur als »die neuen Juden«, sondern auch als »neue Sophie Scholl«. Dieses Selbstverständnis erhöht nicht nur »das Selbstwertgefühl«, sondern immunisiert die Bewegung auch »gegen Kritik«.³⁰ Es ist kein Zufall, dass gerade der Topos der »Weißen Rose« immer wieder für Vergleiche in Anspruch genommen wird. Ganz im Sinne des Post-Shoah-Antisemitismus wird hier auf den deutschen Widerstand Bezug genommen. Vergleiche mit jüdischen oder explizit linken Widerstandskämpferinnen und -kämpfern sieht man dagegen nicht.³¹

In der Rede von »der neuen Diktatur« zeigt sich ein Ost-West-Gefälle. Während auf Versammlungen in Ostdeutschland Vergleiche zwischen den Corona-Maßnahmen und der DDR-Politik eine zentrale Rolle spielen, fehlen diese weitgehend in Westdeutschland. Hier wiederum dominieren NS-Vergleiche. So wird etwa das Infektionsschutzgesetz in geschichtsrevisionistischer Manier als neues Ermächtigungsgesetz dargestellt.

Hält man sich vor Augen, dass in Verschwörungserzählungen (angebliche) Jüdinnen und Juden oder auch Chiffren für das Judentum als Verursacher oder Verbreiter des Virus angeprangert werden, dann wird deutlich, gegen wen sich dieser selbstimaginierte Widerstandskampf richtet. Das Bedrohungspotenzial ist immens: Antisemitismus, so RIAS, rückte 2020 näher an Jüdinnen und Juden heran, traf sie in der Pandemie öfter im direkten Umfeld ihres Wohnsitzes als zuvor.³²

Jeder dritte antisemitische Vorfall auf Berliner Corona-Demonstrationen 2020 lässt sich dem modernen Antisemitismus

zurechnen, berichtet RIAS. Der Begriff »moderner Antisemitismus« wird in der Geschichtswissenschaft meist für die im Laufe des 19. Jahrhunderts entstehende rassistisch argumentierende Judenfeindschaft verwendet, die der Nationalsozialismus noch einmal radikalisierte.³³ RIAS benutzt den Begriff in ihren Untersuchungen aber auch für gegenwärtige Phänomene; nicht zuletzt, um die Kontinuitäten bis weit vor 1945 deutlich zu machen. Einsortiert werden in diese Form des Antisemitismus vor allem antisemitische Verschwörungserzählungen.

Die Dunkelziffer ist auch hier groß. Die Pandemie hat deutlich gemacht, welche Anziehungskraft insbesondere Verschwörungsnarrative ausüben können. Allerdings ist die Konrad-Adenauer-Stiftung im Dezember 2020 nach einer repräsentativen Befragung zu dem Schluss gekommen, dass sich der Anteil jener, die an Verschwörungen glauben, gar nicht erhöht hat.³⁴ Verschwörungserzählungen sind aber sichtbarer und lauter geworden, weshalb sie auch breiter wahrgenommen werden.

Die neuen Verschwörungsnarrative greifen oft tief verwurzelte antisemitische Topoi auf. Seit August 2020 sind beispielsweise QAnon-Symbole auf Corona-Demonstrationen in Deutschland zu sehen. QAnon (oder kurz: Q) besteht in den USA seit 2017. Der Meistererzählung von QAnon zufolge entführt eine böse Elite Kinder, um aus deren Blut ein Verjüngungsmittel herzustellen. Das erinnert an die antisemitische Ritualmordlegende aus dem Mittelalter. Die besondere Anziehungskraft der Q-Erzählung besteht darin, dass sie neben der Verfallsgeschichte ein Heilsversprechen mitliefert: Der damalige US-Präsident Donald Trump war demzufolge der Verschwörung auf der Spur und machte sich daran, dem Treiben Einhalt zu gebieten. Durch den Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Joe Biden im Januar 2021 hat diese Verschwörungserzählung es zwar schwerer, Plausibilität zu behaupten. Noch ist sie aber, vor allem in den USA, weit verbreitet.

Mit der Pandemie schwappte die QAnon-Welle auch nach Deutschland.³⁵ Im August 2020 mobilisierten Q-Anhänger zum Sturm auf das Reichstagsgebäude. Auslöser war die Behauptung einer Rednerin, Donald Trump sei in Berlin gelandet, um einen Friedensvertrag zwischen den USA und Deutschland auszuhandeln. Die Lüge verband paradigmatisch QAnon mit der Erzählung der Reichsbürger, dass die Bundesrepublik kein souveräner Staat, sondern eine GmbH sei, die lediglich Geschäftsinteressen diene.

29 Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus, Twitter, 21.4.2021, https://twitter.com/JFDA_eV/status/1384833963907330050?s=20. (5.5.2021).

30 Robert Andreasch, »Geschichte wiederholt sich«: Bayrische »Coronarebellen« im Sophie-Scholl-Widerstand«, in: Kleffner, Meisner, *Fehlender Mindestabstand*, S. 56–63, hier: S. 58.

31 Vgl. ebd., S. 61.

32 Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin, *Antisemitische Vorfälle*, S. 42–46.

33 Vgl. Helmut Berding, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt am Main 1988.

34 Konrad Adenauer Stiftung, *Verschwörung in der Krise*, 2020, <https://www.kas.de/documents/252038/7995358/Verschw%C3%B6rung+in+der+Krise+%28PDF%29.pdf/7703c74e-acb9-3054-03c3-aa4d1a4f4f6a?version=1.1&t=1608644973365> (5.5.2021).

35 Vgl. Felix Huesmann, »Der QAnon-Boom: Der Erfolg der Verschwörungsideologie in Deutschland«, in: Kleffner, Meisner, *Fehlender Mindestabstand*, S. 109.



Oben links: Rechtsoffene, verschwörungsideologische Versammlungen in Berlin-Mitte am 1. August 2020: Eine Person trägt ein T-Shirt mit dem Aufdruck »FCK ZION«.

Unten links: Der Aufdruck auf der Rückseite des T-Shirts fordert dazu auf, das antisemitische Pamphlet *Die Protokolle der Weisen von Zion* zu lesen. Eine Demonstrationsteilnehmerin trägt ein Plakat auf ihrem Rücken, auf dem vier Soldaten, die als die Medien Bild, Spiegel online, ZDF und ARD markiert sind, eine Frau mit verbundenen Augen und einem Schild mit der Aufschrift »Wahrheit« um ihren Hals erschießen. Fotos: Recherche- & Informationsstelle Antisemitismus RIAS, https://twitter.com/report_antisem/status/1289508015121473536

Oben rechts: Rechtsextremist Sven Liebich (mit »Judenstern« am Ärmel und dem Tagebuch von Anne Frank) auf einer Demonstration von Coronaleugnern und Impfgegnern aus der Querdenken-Bewegung am Brandenburger Tor, Ostermontag, 5. April 2021. Foto: Antifa Zeckenbiss, <https://twitter.com/azeckenbiss/status/1379055346250055680>

Das Kantor Center beobachtet zudem einen globalen israelbezogenen Antisemitismus. Der Bericht von RIAS Berlin zeigt, dass diese Form des Antisemitismus mit über 250 Fällen in der Bundeshauptstadt 2020 stabil blieb, anteilig aber abgenommen hat. Vier Fünftel davon fanden im Internet statt.³⁶ Die anderen Formen des Antisemitismus spielten demnach auf den Corona-Demonstrationen eine größere Rolle, allerdings rechnet RIAS immerhin 13,4 Prozent aller dabei registrierten antisemitischen Vorfälle in Berlin dem israelbezogenen Antisemitismus zu.

»Vereinzelt«, erklärt auch Salomon, beobachte man israelbezogenen Antisemitismus auf den Corona-Demonstrationen. So habe etwa am 13. Februar 2021 ein Aktivist mit Perücke die Bundeskanzlerin karikiert. An seine Mütze habe er eine Israelfahne geheftet, um zu symbolisieren, dass Angela Merkel eine Marionette Israels sei. Auch »antizionistischer Antisemitismus« lasse sich feststellen, etwa als Attila Hildmann am 23. Juni 2020 vor dem Alten Museum behauptete, dass »die Zionisten« hinter der Weltbank und damit hinter dem »Verchippungsprojekt« durch die Corona-Impfungen steckten.³⁷

Das Thema »Impfen« stand im Laufe der Zeit immer häufiger auf der Protestagenda der Verschwörungsideologen und -ideologinnen. Das deutete sich nicht zuletzt im »Ungeimpft«-Stern schon an. Durch die Impfungen, so die Behauptung, solle die Weltbevölkerung kontrolliert oder gleich dezimiert werden. Die Impfungen gelten als Beweis für einen globalen Verschwörungsplan, manchmal auch »The Great Reset« genannt. In einschlägigen Kanälen ist bereits die Rede vom »Impf-Holocaust«. Schilder, auf denen das Tor des Stammlagers Auschwitz mit der Devise »Impfen macht frei« überschrieben ist, sind auf vielen Demonstrationen zu sehen.³⁸ So verbindet sich der Post-Shoah-Antisemitismus, der den Holocaust relativiert, mit der Impfgegnerschaft.

Im Januar 2021 hat eine unbekannte Person »Giftspritze« neben eines der großen Impfzentren in Berlin-Kreuzberg gespritzt. Auch ist es bereits zu ersten Störaktionen gegen die Impfkampagne gekommen: Auf Belltower.News wurde Anfang April 2021 eine Liste der Anschläge und Übergriffe auf Impf- oder Testzentren veröffentlicht, die mutmaßlich auf Corona-Leugnerinnen und -Leugner zurückgehen. Demnach gab es unter anderem im April einen Brandanschlag auf ein Testzentrum in Berlin, im März beschmierten Unbekannte die Impfzentren in Plauen und Treuen (Sachsen), und im Januar wurde

das Impfzentrum in Rostock noch vor seiner Eröffnung angegriffen.³⁹ Auch hier dürfte die Dunkelziffer hoch sein.

Fazit

Massenbewegungen wie die Corona-Demonstrationen verändern die Gesellschaft. Sie wirken auch auf parlamentarische Prozesse ein. Die Proteste gegen Stuttgart 21, das umstrittene Projekt zum unterirdischen Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, etwa haben sicher dazu beigetragen, Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg in die Regierungsverantwortung zu bringen. Die PEGIDA-Demonstrationen zunächst in Dresden und später in vielen anderen Städten halfen der AfD, in Teilen Ostdeutschlands zur stärksten politischen Kraft zu werden.

Die nächsten Jahre werden zeigen, welche mittelfristigen politischen und gesellschaftlichen Folgen die Corona-Protestbewegung hat. Diese wurde von den Behörden lange Zeit unterschätzt und kleingeredet. Das hat sich erst geändert, als das Bundesamt für Verfassungsschutz im April 2021 ankündigte, die von Stuttgart ausgehende Querdenken-Bewegung zu beobachten. Mittlerweile geht zumindest die Berliner Polizei auch konsequenter gegen Verstöße gegen die Demonstrationsauflagen vor. In einigen Städten wurden Versammlungen gleich vorab verboten.⁴⁰

Auf den Corona-Demonstrationen haben sich die Grenzen des Sagbaren verschoben: Holocaust-Leugnung und antisemitische Verschwörungserzählungen sind kein Phänomen extremistischer Randgruppen mehr, sondern werden jeweils von Tausenden, teilweise Zehntausenden von Menschen als angebliche politische Meinungen mitgetragen. Der Antisemitismus hat damit eine neue Qualität erreicht. Die daraus für Jüdinnen und Juden entstehende Gefahr ist enorm. Die »zunehmende Radikalität« der Bewegung kann die »Koordinaten politischen Handelns und gesellschaftlichen Zusammenlebens« weiter verschieben, indem sie die »Normalisierung von Verschwörungsnarrativen, Wissenschaftsfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus« vorantreibt.⁴¹ Die Corona-Demonstrationen trugen zu einer gefährlichen Normalisierung von Antisemitismus bei. Die Folgen sind noch nicht absehbar.

39 Vgl. Redaktion Belltower.News, »Anschläge und Übergriffe von Coronaleugner*innen«, 9.4.2021, <https://www.belltower.news/querdenken-anschlaege-und-uebergriefe-von-coronaleugnerinnen-114081/> (5.5.2021).

Insgesamt werden hier 14 Angriffe aus diesem Protestspektrum aufgezählt. Nicht alle richteten sich gegen Impfzentren; beispielsweise wurde auch ein Brandanschlag auf das Delmenhorster Rathaus verübt.

40 So zum Beispiel in Langen am 19.12.2020, in Stuttgart am 17.4.2021 und in Berlin am 21.5.2021.

41 Kleffner, Meisner, »Virus 2.0«, S. 13.

36 Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin, *Antisemitische Vorfälle*, S. 20.

37 Videodokumentation des Jüdischen Forums: WIE WAHNHAFT IST DER VERSCHWÖRUNGSAH? ZUR PATHOLOGISIERUNG HILDMANNS IN DEN SOZIALEN NETZWERKEN, 23.6.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=r8ZApYqZxwY&list=PLuX2rENdnodivlkyu-U6wiy0EPzim5GQk&index=22> (18.6.2021).

38 Vgl. Balandat, Schreiter, Seidel-Arpaci, »Die Suche nach den »Schuldigen«, S. 108.

Islamischer Antisemitismus in Deutschland

Auswirkungen eines globalen Phänomens

Von Daniel Rickenbacher



Dr. Daniel Rickenbacher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Nahoststudien der Universität Basel, wo er zum politischen Islam und zur Zeitgeschichte des Nahen Ostens forschet.

Veröffentlichungen (Auswahl): »The Beginnings of Political Islam in Switzerland: Said Ramadan's Muslim Brotherhood Mosque in Geneva and the Swiss Authorities«, in: *The Journal of the Middle East and Africa*, 11 (2020), H.2, S. 179–202; »Der jüdisch-westliche »Krieg gegen den Islam« – Genealogie und Aktualität einer islamistischen Verschwörungstheorie«, in: Marc Grimm, Bodo Kahmann (Hrsg.), *Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror*, Berlin, Boston 2019, S. 157–178; »The Centrality of Anti-Semitism in the Islamic State's Ideology and Its Connection to Anti-Shiism«, in: *Religions*, 10 (2019), H.8, S. 1–10.

Foto: privat

Der islamische Antisemitismus gelangte in Deutschland erst nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den Blick der Sicherheitsbehörden sowie einer interes-

sierten Öffentlichkeit. Die Gefahr, die der gewalttätige Islamismus für das jüdische Volk darstellt,¹ wird in der Forschung und innerhalb der jüdischen Gemeinde jedoch bereits seit den 1990er Jahren breit diskutiert. Schon 1992 warnte der *Antisemitism World Report* des Institute of Jewish Affairs in London vorausschauend, dass vom fundamentalistischen Islam die größte Gefahr für die Sicherheit von Juden ausgehe.² Die erste Anschlagswelle durch islamistische Gruppierungen gegen westliche Juden begann nur zwei Jahre später. Am 1. März 1994 eröffnete ein islamistischer Attentäter auf der Brooklyn Bridge in New York das Feuer auf einen Bus mit Studenten der orthodoxen Chabad-Gruppe. Ein 16-Jähriger starb. Am 18. Juli 1994 wurden bei einem Selbstmordanschlag der Hisbollah auf ein jüdisches Gemeindehaus in Buenos Aires 85 Menschen getötet. Die Häufung der Anschläge veranlasste den Nahostwissenschaftler Martin Kramer dazu, im selben Jahr vor einem globalen Jihad gegen Juden zu warnen.³ Vier Jahre später, 1998, erklärte die Terrororganisation Al-Kaida der »Juden-Kreuzritter-Allianz« schließlich den Krieg.⁴ Dieser ist asymmetrisch und global: Er richtet sich mehrheitlich gegen unbewaffnete Zivilisten und ganz besonders gegen Juden. Er erreichte bald Europa und auch Deutschland; und er dauert immer noch an.

1 Beim Islamismus handelt es sich um eine politische Bewegung, die den Islam sowohl als Religion als auch als umfassende politische Lehre versteht, die die politische, soziale und ökonomische Ordnung bestimmen soll.

2 Vgl. Martin Kramer, »The Jihad Against the Jews«, in: *Commentary*, 98 (1994), Nr. 4, S. 38–42, hier: S. 42.

3 Ebd.

4 Vgl. Bernard Lewis, »License to Kill: Usama bin Ladin's Declaration of Jihad«, in: *Foreign Affairs*, 1.11.1998, <https://www.foreignaffairs.com/articles/saudi-arambia/1998-11-01/license-kill-usama-bin-ladins-declaration-jihad> (6.5.2021).

Im Folgenden soll ein Überblick über den Ursprung des islamischen Antisemitismus und seine Entwicklung in Deutschland gegeben werden. Dabei wird klar, dass die Welle antisemitischer Gewalt, die Juden seit der Jahrtausendwende auch in Deutschland erfahren, nur in ihrem internationalen und historischen Kontext angemessen verstanden werden kann.

Die »Entdeckung« des islamischen Antisemitismus

Nach Beginn der Zweiten Intifada gegen Israel (2000–2005) kam es europaweit vermehrt zu Angriffen auf jüdische Ziele und Individuen – auch in Deutschland. Seit 2000 nahmen die antisemitischen Vorfälle und Gewalttaten massiv zu. Lag die Gesamtzahl der Delikte in den Jahren 1995 bis 1999 durchschnittlich bei 957 pro Jahr, so stieg sie im Zeitraum 2000 bis 2004 auf 1.363 Delikte (plus 42,5 Prozent).⁵ Weiterhin handelte es sich jedoch in überwältigender Mehrheit um Äußerungs- und Propagandadelikte.⁶ Antisemitische Vorfälle mit unbekannter Täterschaft wurden pauschal dem (deutschen) rechtsextremen Milieu zugerechnet.⁷ Das wahre Ausmaß des islamischen Antisemitismus in Deutschland blieb aufgrund irreführender Kriminalstatistiken lange Zeit unklar. Der Verfassungsschutz erkannte dieses Problem schon 2005: »Die Zunahme antisemitisch motivierter Straf- und Gewalttaten seit 2000 dürfte nicht zuletzt auf den Beginn der Zweiten Intifada im Nahostkonflikt zurückzuführen sein. In vielen Fällen können Täter nicht ermittelt werden, dennoch werden die Taten aufgrund ihrer Zielrichtung dem rechtsextremistischen Täterspektrum zugeordnet. Es ist nicht auszuschließen, dass vereinzelte dieser Delikte auch von islamistischen, sonstigen extremistischen oder satanistischen Kreisen begangen wurden.«⁸ In den Fällen, in denen die Täter bekannt waren, zeigte sich ein anderes Bild. Von den 33 erfassten antisemitischen und antiisraelischen Gewalttaten in Berlin in den Jahren 2002 bis 2005 konnten 28 zugeordnet werden. Davon hatten 15 einen rechtsextremistischen (53,5 Prozent), zwölf einen ausländerextremistischen (43 Prozent) und einer einen linksextremistischen Hintergrund (3,5 Prozent).⁹

5 »Antisemitismus«, 2005, <https://www.ida-nrw.de/themen/antisemitismus> (6.5.2021).

6 Bundesamt für Verfassungsschutz, *Argumentationsmuster im rechtsextremistischen Antisemitismus – Aktuelle Entwicklungen*, Köln, November 2005, S. 22 f.

7 Andrej Reisin, »Antisemitismus: Sind die Statistiken irreführend?«, tagesschau.de, <http://faktenfinder.tagesschau.de/hintergrund/antisemitismus-147.html> (20.9.2018).

8 Bundesamt für Verfassungsschutz, *Argumentationsmuster im rechtsextremistischen Antisemitismus*, S. 23.

9 Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. Verfassungsschutz, *Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins*, Berlin 2006.

Der erste gewalttätige Vorfall, der eine breitere Öffentlichkeit erreichte und der einem arabisch-muslimischen Milieu zuzurechnen war, war ein Brandbombenanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Winter 2000. Bundeskanzler Gerhard Schröder rief daraufhin zum »Aufstand der Anständigen« auf. Politik und Medien vermuteten die Täter im deutschen rechtsextremen Milieu. Tatsächlich hatten die ermittelten Verantwortlichen aber einen marokkanischen und einen jordanisch-palästinensischen Migrationshintergrund.¹⁰ Die Widerstände gegen eine eingehende Beleuchtung des Phänomens des islamischen Antisemitismus waren zunächst groß. So wurde die Studie der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) von 2002, die ausdrücklich nicht nur auf einheimische Rechtsextreme, sondern auch auf muslimische Tätergruppen als Verantwortliche für die neue Antisemitismuswelle hinwies, zunächst nicht publiziert. Als Grund hierfür nannte der Professor für Soziologie am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung und Mitautor der Studie Werner Bergmann eine »übermäßige politische Korrektheit«.¹¹ Eine Zusammenfassung des Berichts wurde schließlich vom World Jewish Congress und einer Reihe anderer Organisationen veröffentlicht.¹²

Die Tabuisierung des Themas bis hin zur Verleugnung des Phänomens des islamischen Antisemitismus ist kein auf Deutschland beschränktes Problem.¹³ Dafür gibt es verschiedene Gründe. Der islamische Antisemitismus lässt sich nur schwer in die Paradigmen der Antirassismusbearbeitung einordnen, deren Fokus auf dem Rassismus in der einheimischen Mehrheitsgesellschaft liegt. In weiten Teilen der Linken stieß der Islamismus nach dem 11. September 2001 auf großes Verständnis, teilweise auch auf explizite Sympathie, da er als Verbündeter gegen die USA in ihrer Rolle als internationale Ordnungsmacht wahrgenommen wurde. Um diesen vermeintlichen Bündnispartner akzeptabler darzustellen, wurde der antisemitische und religiöse Gehalt islamistischer Ideologie kleingeredet.¹⁴ Zudem

10 Vgl. »Düsseldorfer Synagoge: Der Brandanschlag ist aufgeklärt«, in: *Der Tagesspiegel online*, 6.12.2000, <https://www.tagesspiegel.de/politik/duesseldorfer-synagoge-der-brandanschlag-ist-aufgeklaert/184750.html> (6.5.2021).

11 Joseph Croitoru, »Antisemitismus-Studie: Unter Verschluss«, in: *FAZ.NET*, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/antisemitismus-studie-unter-verschluss-1129004.html> (6.5.2021).

12 Zentrum für Antisemitismusforschung, »Studie zum Antisemitismus in der EU«, Newsletter, Dezember 2003, <https://www.hagalil.com/antisemitismus/europa/antisemitismus-studie.htm> (6.5.2021); Werner Bergmann, Juliane Wetzel, *Manifestations of Anti-Semitism in the European Union – First Semester 2002 – Synthesis Report*, Wien 2003.

13 Vgl. Neil J. Kressel, »The Denial of Muslim Antisemitism«, in: *Journal for the Study of Antisemitism*, 2 (2010), Nr. 2, S. 260–263; Ingo Elbe, *Gestalten der Gegenauflklärung: Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne*, Würzburg 2020, S. 260–263.

14 Vgl. Daniel Rickenbacher, »Grundlagen und Formen der Annäherung zwischen dem Islamismus und der radikalen ›globalen Linken‹ nach 9/11«, in: Nikolaus Hagen, Tobias Neuburger (Hrsg.), *Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft*,

werden islamistischer und rechtsextremer Antisemitismus oft gegeneinander ausgespielt, so als wäre die gleichzeitige Bekämpfung beider Erscheinungen nicht möglich.

Aus mehreren Gründen wird in diesem Aufsatz der Begriff des islamischen Antisemitismus verwendet, nicht etwa islamistischer oder islamisierter Antisemitismus. Nicht jeder antisemitische Muslim hat einen islamistischen Hintergrund. Viele Täter führen beispielsweise nationalistische Gründe, wie die »Verteidigung Palästinas«, für ihre Taten an oder bekennen sich zu einer anderen Ideologie, wie zum Beispiel dem türkischen Rechtsextremismus. Diese Ideologien beeinflussen sich gegenseitig und lassen sich daher nicht immer trennscharf voneinander abgrenzen. So sind zum einen islamistische Vorstellungen mittlerweile auch im ursprünglich rassistisch-säkularen türkischen Rechtsextremismus präsent. Zum anderen findet man rechtsextreme Ikonografie, wie zum Beispiel Hitlerbilder, auch bei islamistischen Online-Aktivisten. Der Begriff des islamischen Antisemitismus ist daher gerade in seiner Breite geeignet, verschiedene Formen des Antisemitismus unter Muslimen zu fassen. Anders als der ähnlich gelagerte Begriff des muslimischen Antisemitismus hat er sich auch bereits etabliert und wird deshalb hier bevorzugt.

Ursprung des islamischen Antisemitismus

Angesichts der Fokussierung auf den Islamismus, die heute in der Diskussion über islamischen Antisemitismus zu Recht vorherrscht, erscheint es wichtig, zu betonen, dass organisierte antijüdische Gewalt im Nahen Osten zunächst zu einem großen Teil von arabischen Nationalisten ausging und dem Aufstieg des Islamismus während der 1970er Jahre um mehrere Jahrzehnte vorausging. Aus dem Irak wurden Juden in den Jahren 1949/50 unter der Ägide des probritischen, nationalistischen Premierministers Nuri al-Said vertrieben, aus Ägypten von Beginn der Suez-Krise 1956/57 an.¹⁵

Die Ursachen für das gemeinsame antisemitische Erbe von arabischen Nationalisten und Islamisten sind vielschichtig. Wichtig ist es, zu erwähnen, dass, worauf verschiedene Forscher hinweisen, bis zum Verbot der 1928 gegründeten sunnitischen Muslimbruderschaft in Ägypten im Jahr 1954 arabische Nationalisten und Islamisten keine Gegner, sondern vielmehr Verbündete waren. Beide Bewegungen waren ideologisch von den antiliberalen 1930er Jahren geprägt und skeptisch bis feindlich gegenüber Demokratie und Pluralismus

Innsbruck 2020, S. 87–107; siehe auch Emmanuel Karagiannis, »Making New Friends: Explaining Greek Radical Left’s Political Support for Middle Eastern Islamists«, in: *Dynamics of Asymmetric Conflict*, 5 (2012), Nr. 3, S. 183–195, hier: S. 192.

15 S. zum Beispiel Michael M. Laskier, *The Jews of Egypt, 1920–1970. In the Midst of Zionism, Anti-Semitism, and the Middle East Conflict*, New York 1993, S. 1.

eingestellt. Einig waren sie sich auch in ihrem radikal fremdenfeindlichen Ansatz, der sich insbesondere gegen Juden richtete, aber auch gegen andere Minderheiten wie Griechen und gegen Europäer generell.¹⁶

Dass nicht immer eine scharfe Trennlinie zwischen Islamismus und Nationalismus gezogen werden kann, ist insbesondere im Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern evident. Der Führer der arabisch-palästinensischen Nationalbewegung während der britischen Mandatszeit in Palästina (1920–1948), Amin al-Husseini, vereinte bereits beide Strömungen in seinem Programm. Er führte sowohl den Höchsten Muslimischen Rat als auch das nationalistische Arabische Höhere Komitee an und war wesentlich vom ägyptischen politischen Islam beeinflusst. Er kultivierte auch den sogenannten Al-Aqsa-Mythos, die Mär, dass die Juden die Zerstörung der islamischen heiligen Stätten planten, die zu einem festen Bestandteil islamistischer Verschwörungsmymen wurde.¹⁷ Sie führte 1929 zu Unruhen und zum Massaker an der jüdischen Gemeinde in Hebron. Bis heute wird sie regelmäßig zur Anstachelung von Unruhen instrumentalisiert, wie zuletzt während der Scheich-Dscharrah-Proteste im Mai 2021.

Bernard Lewis, der die erste umfassende Abhandlung über islamischen Antisemitismus verfasste, betont, dass die islamische Haltung gegenüber Juden stets von einem Überlegenheitsgefühl geprägt war und sich die islamische Welt deshalb zunächst weniger empfänglich für den verschwörungstheoretisch unterlegten modernen Antisemitismus zeigte. Weltherrschaftspläne, wie sie europäische Antisemiten den Juden seit dem 19. Jahrhundert andichteten, schienen in dieser Konstellation absurd.¹⁸ Dies änderte sich jedoch schon bald. Antisemitische Verschwörungstheorien fanden im Nahen Osten genauso Verbreitung wie in Europa. Zu ihren frühen Adepten gehörte Rashid Rida, einer der geistigen Ziehväter der Muslimbruderschaft, der diese Theorien mithilfe seiner Zeitschrift *Al-Manar* einem breiteren Publikum bekannt machte und sie zum Kampf gegen den Zionismus instrumentalisierte.¹⁹

Bei näherer Betrachtung erscheint der Ursprung des modernen Antisemitismus im Nahen Osten und in Europa nicht gänzlich verschieden. In beiden Regionen empfanden viele die Emanzipation der Juden und ihren gesellschaftlichen Aufstieg als Affront gegen die gegebene Ordnung. Da die Emanzipation der Juden und christlicher

16 Vgl. Fawaz A. Gerges, *Making the Arab World: Nasser, Qutb, and the Clash That Shaped the Middle East*, Princeton 2019.

17 Vgl. Uri M. Kupferschmidt, *The Supreme Muslim Council: Islam Under the British Mandate for Palestine*, Leiden 1987, S. 238; siehe auch Yehoshua Porath, *The Palestinian Arab National Movement: from Riots to Rebellion*, Bd. 2, London 1977.

18 Vgl. Bernard Lewis, *Semites and Anti-Semites: An Inquiry into Conflict and Prejudice*, New York 1999.

19 Vgl. Uriya Shavit, »Zionism as told by Rashid Rida«, in: *Journal of Israeli History*, 34 (2015), Nr. 1, S. 23–44.

Minderheiten im Nahen Osten von unterdrückten Dhimmis zu gleichberechtigten Bürgern in der Regel auf die Politik europäischer Imperien oder zumindest, wie in der Türkei, auf deren Druck zurückging, hatten die vermeintlich progressiven, antikolonialen Nationalismen der Region fast immer eine starke minderheitenfeindliche Komponente.

Die aus verschiedenen Versatzstücken konstruierte Theorie eines weltweiten »Krieges gegen den Islam«, zu dem auch der Konflikt zwischen Juden und Arabern im Mandatsgebiet Palästina gezählt wurde, verbreiteten islamistische Aktivisten spätestens seit den 1930er Jahren im gesamten Raum muslimischer Glaubensvorherrschaft. Wie Matthias Küntzel und Jeffrey Herf in ihrer Forschung zeigen, instrumentalisierte die nationalsozialistische Rundfunkpropaganda diese Motive, um die Sympathien der muslimischen Bevölkerung im Nahen Osten zu gewinnen.²⁰ Sayyid Qutb, der wichtigste Denker des gewalttätigen Islamismus, radikalisierte den islamischen Antisemitismus noch weiter. In seiner Kampfschrift *Unser Kampf gegen die Juden* berief er sich auf die religiöse Überlieferung der islamischen Frühgeschichte, um Juden als Erzfeinde des Islams seit dessen Anbeginn darzustellen. Er sah sie als Strippenzieher hinter all jenen, die den Muslimen entgegenstehen.²¹ Die Idee des jüdisch-westlichen Krieges gegen den Islam wurde von den meisten islamistischen Denkern übernommen. Sie erfreut sich unter den Muslimen in Europa, von denen ihr laut Umfragen über 50 Prozent zustimmen, großer Popularität.²²

Eine äußerst extreme Form des Antisemitismus vertritt der Islamische Staat (kurz: ISIS oder IS). Sie speist sich aus apokalyptischen Vorstellungen, die seit den 1980er Jahren in der islamistischen Literatur eine Blüte erleben und auch die Charta der islamistischen palästinensischen Terrororganisation Hamas von 1988 beeinflussten. Der IS verbindet den Glauben an den »Krieg gegen den Islam« mit der Überzeugung, in der Endzeit zu leben. Aus seiner Sicht handelt es sich beim Schiismus und beim Christentum um nicht weniger als ein jüdisches Komplott gegen die Einheit des Islams: »Die Juden und die Rafidah [Schiiten] sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die Religion der Rafidah war nichts anderes als ein Komplott eines Juden – Ibn Saba –, der in die Fußstapfen seines jüdischen Vorgängers Paulus trat, der die reine Religion des Messias verdorben hatte [...] Der Jude Ibn Saba'

.....

20 Matthias Küntzel, *Djihad und Judenhass*, Freiburg im Breisgau 2002; ders., *Nazis und der Nahe Osten: Wie der islamische Antisemitismus entstand*, Berlin 2019; Jeffrey Herf, *Nazi Propaganda for the Arab World*, New Haven/Connecticut 2009.

21 Vgl. Bassam Tibi, *From Sayyid Qutb to Hamas. The Middle East Conflict and the Islamization of Antisemitism*, New Haven/Connecticut 2010.

22 Vgl. Ruud Koopmans, »Religious Fundamentalism and Hostility Against Out-Groups. A Comparison of Muslims and Christians in Western Europe«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41 (2015), Nr. 1, S. 33–57.

hasste wie Paulus den Islam und wollte die Muslime ablenken und ihre Religion korrumpieren.«²³ In der Endzeit, in der wir uns demnach befinden, verbünden sich Juden und Schiiten im Krieg gegen den Islam unter Führung des Antichristen (Dajjal), der identisch mit dem schiitischen Mahdi sei. IS-Anhänger deuten jüngere Ereignisse, wie die Expansionspolitik des Irans, als Evidenz für die bestehende Endzeit.

Verbreitung und Gewaltpotenzial des islamischen Antisemitismus

Mittlerweile existiert eine Vielzahl von Studien zur Verbreitung und Ausprägung des islamischen Antisemitismus, deren wichtigste Resultate hier kurz zusammengefasst seien. Gemäß Umfragen der Anti Defamation League (ADL) ist die MENA-Region (Middle East and North Africa/Naher Osten und Nordafrika) diejenige weltweit, in der der Antisemitismus am weitesten verbreitet ist. Hier stimmten 2014 insgesamt 74 Prozent der Befragten mindestens sechs von elf antisemitischen Aussagen zu. Dies deutet darauf hin, dass muslimische Einwanderer ihre antisemitischen Einstellungen aus der alten Heimat mitbringen. Studien konstatierten wiederholt einen vielfach stärkeren Antisemitismus unter Muslimen im Vergleich zu Nichtmuslimen in Westeuropa. In einer Umfrage des Pew Global Attitudes Project von 2006 in mehreren westeuropäischen Ländern gaben dort 28 bis 60 Prozent der befragten Muslime an, eine negative Meinung über Juden zu haben. Diese war um ein Vielfaches negativer als jene der nichtmuslimischen Befragten derselben Länder und variierte zwischen dem Faktor 1,5 (Spanien) und dem Faktor 6,7 (Vereinigtes Königreich).²⁴ Auch waren die negativen Meinungen unter Muslimen in ihrer Vehemenz ausgeprägter als bei ähnlich denkenden Nichtmuslimen.²⁵ Ähnliche Zahlen präsentierte eine Analyse von Ruud Koopmans 2013 basierend auf dem Six Country Immigrant Integration Comparative Survey, für den Christen und Muslime befragt wurden, ob man Juden trauen könne. Die Faktoren schwankten zwischen 2,7 (Deutschland) und 6 (Österreich), wo 10,7 Prozent der Christen und 64,1 Prozent der befragten Muslime der antisemitischen Aussage zustimmten.²⁶ Koopmans zufolge ist religiöser Fundamentalismus, der unter westeuropäischen Muslimen stärker verbreitet ist als unter

.....

23 Zit. nach Daniel Rickenbacher, »The Centrality of Anti-Semitism in the Islamic State's Ideology and Its Connection to Anti-Shiism«, in: *Religions*, 10 (2019), Nr. 8, S. 1–10, hier: S. 7 (Übersetzung vom Autor).

24 Zit. nach Günther Jikeli, »Antisemitic Attitudes among Muslims in Europe. A Survey Review«, in: *ISGAP Occasional Paper Series*, 1.5.2015, S. 4–7.

25 Zit. nach Günther Jikeli, »Antisemitism Among Young Muslims in London« (International Study Group Education and Research on Antisemitism), London 2009, https://iibsa.org/wp-content/uploads/2012/08/Gunther_Jikeli.pdf (6.5.2021).

26 Zit. nach Jikeli, »Antisemitic Attitudes«, S. 7.

Christen, ein guter Indikator für eine ausgeprägte Feindschaft gegen andere Gruppen, inklusive Juden.²⁷

Der islamische Antisemitismus stellt nicht nur aufgrund seiner Verbreitung eine außergewöhnliche Bedrohung für Juden dar, sondern auch, weil er die gewalttätigste Form des zeitgenössischen Antisemitismus ist. Auf allen Eskalationsstufen der Gewalt dominiert der islamische Antisemitismus und hier besonders die islamistische Variante. Gewalt geht dabei sowohl in organisierter Form von Terrorvereinigungen und Einzeltätern als auch von antisemitisch eingestellten Individuen und Gruppen aus.

Auf der untersten Ebene der Gewaltpyramide stehen Drohungen oder Belästigungen, die viele Juden insbesondere in den sozialen Medien erfahren. Weiter oben sind verbale Einschüchterung und physische Gewalt anzusiedeln. Opferbefragungen in der Europäischen Union von 2013 zufolge geht das Gros der antisemitischen Äußerungen in Westeuropa auf linke und islamische Extremisten zurück. Rechte Extremisten spielen in Osteuropa dagegen die wichtigere Rolle. Deutschland steht an der Schnittstelle dieser Zweiteilung der EU: Islamische Extremisten sowie Links- und Rechtsextremisten waren hier 2013 alle in ähnlichem Ausmaß für antisemitische Äußerungen verantwortlich.²⁸ Dagegen dominieren muslimische Extremisten mit einem Anteil von 40 Prozent eindeutig unter den Tätern, die durch Drohungen einschüchtern und schwere Gewalttaten verüben.²⁹

Die zweitoberste Ebene beinhaltet terroristische Akte gegen Juden und jüdische Ziele. Sämtliche tödlichen Anschläge auf Juden in Europa seit 2000 gehen auf das Konto muslimischer Extremisten. In Frankreich und Belgien, den am stärksten betroffenen Ländern in der EU, wurden zwischen 2012 und 2017 insgesamt 14 Menschen bei antisemitischen Anschlägen und Attacken durch Islamisten ermordet, die Mehrheit davon durch IS-Terroristen. Auch bei mehreren Anschlägen, die sich nicht direkt gegen Juden richteten, wie etwa dem Massaker im Musikklub Bataclan in Paris am 13. November 2015, dem 90 Menschen zum Opfer fielen, besteht der starke Verdacht, dass eine antisemitische Verbindung vorliegt. Das Bataclan war aufgrund der jüdischen und proisraelischen Besitzer schon früher ins Visier islamistischer Aktivisten geraten.³⁰

Zur obersten Ebene antijüdischer Gewalt zählen schließlich Akte organisierter Massengewalt wie etwa Genozide. Wie die Verbrechen des Islamischen Staates gegen Minderheiten, insbesondere Schiiten

.....

27 Koopmans, »Religious Fundamentalism«.

28 European Union Agency for Fundamental Rights, *Discrimination and Hate Crime against Jews in EU Member States: Experiences and Perceptions of Antisemitism*, Wien 2014, S. 27, <https://data.europa.eu/doi/10.2811/70380> (6.5.2021).

29 Ebd., S. 47.

30 Vgl. »Pourquoi le Bataclan est-il régulièrement visé ?«, in: *Le Point*, 14.11.2015, https://www.lepoint.fr/societe/le-bataclan-une-cible-regulierement-visee-14-11-2015-1981544_23.php (6.5.2021).

und Jesiden, gezeigt haben, hat die islamistische Ideologie durchaus das Potenzial zum Genozid. Die regelmäßigen Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel und seinen jüdischen Einwohnern durch islamistische Akteure, wie die Hamas oder auch den Iran, sind daher durchaus ernst zu nehmen. Auch die europäischen Juden wurden in der jüngeren Vergangenheit wiederholt zum Ziel solcher Genozid-Fantasien. In einer Propagandazeitschrift drohte der Islamische Staat 2016, den jüdischen »post-pubertären Männern [würde] ein Gemetzel bevorstehen, das den Holocaust wie eine Gutenachtgeschichte klingen lasse, während ihre Frauen gezwungen würden, den Mördern ihrer Ehemänner und Väter zu dienen«.³¹

Diese Eskalationsstufen antisemitischer Gewalt sind nicht isoliert voneinander zu sehen, sondern immer auch im globalen Kontext des antijüdischen Krieges zu verstehen, der seit Mitte der 1990er Jahre feststellbar ist und den Al-Kaida 1998 offiziell erklärt hat. Lokale und internationale Ereignisse beeinflussen und verstärken sich dabei gegenseitig. Der Anstieg antisemitischer Gewalt in Europa zu Beginn der 2000er Jahre verlief, wie bereits erwähnt, parallel zum Ausbruch der Zweiten Intifada in Israel und den Palästinensergebieten. Die Anschläge vom 11. September 2001 in den USA sowie die anschließende Terrorwelle der Al-Kaida hatten ebenfalls eine starke antisemitische Komponente. In den Jahren 2002 und 2003 verübte Al-Kaida vier Anschläge auf jüdische Ziele in Tunesien, Kenia, Marokko und der Türkei mit insgesamt 110 Toten. Die entfesselte Gewalt und ihre Verbreitung durch Propaganda inspirierten die Fantasie lokaler Akteure und erweiterten die Möglichkeiten der Gewaltanwendung erheblich.

Organisierter islamischer Antisemitismus in Deutschland

Die Antisemitismusforschung beschränkt sich oft darauf, Antisemitismus lediglich festzustellen, statt seine Ursachen zu beleuchten und Akteure zu benennen. Seine weite Verbreitung unter Muslimen sollte aber nicht als quasi-natürliches Phänomen betrachtet werden, sondern vor allem als Resultat bewussten politischen Handelns, namentlich jahrzehntelanger organisierter antisemitischer Propaganda und Agitation. Eine Schlüsselrolle kommt dabei islamistischen Organisationen zu. Schätzungen zur Größe der islamistischen Bewegung in Deutschland schwanken stark. Im Jahr 2019 zählte der Verfassungsschutz 28.020 Personen dazu.³² Die türkische Diyanet ist darin nicht mitgerechnet. Wie der Extremismusforscher Armin Pfahl-Traugher richtig betont, kann die Bedeutung islamistischer Organisationen

.....

31 Zit. nach Rickenbacher, »The Centrality of Anti-Semitism«, S. 2 (Übersetzung des Autors).

32 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, *Verfassungsschutzbericht 2019*, Berlin 2020, S. 180.

nicht allein an den Mitgliederzahlen abgelesen werden – einerseits, weil Familienmitglieder nicht mitgezählt werden,³³ andererseits, weil islamistische Aktivisten, vor allem der Muslimbruderschaft, einen Führungsanspruch erheben und deshalb in Schlüsselpositionen in Gemeinden und anderen Institutionen drängen. Insbesondere beim Dialog mit den Behörden spielen Muslimbrüder eine wichtige Rolle.

Die Verbreitung des islamischen Antisemitismus in Deutschland begann mit der Ansiedlung transnationaler islamistischer Organisationen. Seit Ende der 1950er Jahre ist die ursprüngliche ägyptische Muslimbruderschaft in Deutschland präsent. Sie tritt seit 2018 unter dem Namen Deutsche Muslimische Gemeinschaft (DMG) auf und war zuvor unter dem Namen Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) bekannt.³⁴ Diese geht auf Said Ramadan zurück, den informellen Außenminister der Muslimbruderschaft, der 1958 das Islamische Zentrum in München gründete.³⁵ Ramadan edierte die Zeitschrift *Al-Muslimun*, die sich explizit an muslimische Studenten in Europa richtete, das heißt an die zukünftige Elite der islamischen Gemeinde. Ein Sachverständiger des Schweizer Außenministeriums befand 1964, dass die Zeitschrift stark antisemitisch geprägt sei. Ein Artikel bezeichnete Israel beispielsweise als »eine Inkarnation des Gedankens der Hölle, eine Mischung [...] aus gierigem Zionismus, der dem verfälschten Talmud und der verfälschten Thora entstammt und in den *Protokollen der Weisen von Zion* Gestalt annahm, und dem Geist der Kreuzfahrer [...] Und welches Glaubenssystem ist stärker und besser in der Lage, das Judentum und den Kreuzzug zu vernichten, als der Islam?«³⁶

Heute wird die Zahl der Anhänger der Muslimbruderschaft in Deutschland auf 1.350 geschätzt.³⁷ Die Muslimbruderschaft ist um ein seriöses Image bemüht und vermeidet daher öffentlich wahrnehmbaren Antisemitismus. Insbesondere durch ihre führende Rolle im Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) gelingt es ihr, Einfluss auf die deutsche Islampolitik auszuüben. Intern, in den sozialen Medien und in Predigten finden sich jedoch immer wieder antisemitische Aussagen.³⁸

Anti-Israel-Demonstrationen spielen bei der Mobilisierung des islamischen Antisemitismus eine wichtige Rolle. Transparente und Sprechchöre nehmen Bezug auf die Ritualmordlegende, die Juden unterstellt, zu rituellen Zwecken Kinder zu töten: Verbreitet sind Parolen wie »Kindermörder Israel« und die grafische Darstellung von Kinderleichen oder auch Karikaturen von israelischen Politikern als Vampire. Andere häufig zu hörende Parolen wie »Chaibar, Chaibar, ya yahud, dschaisch Mohammed saya'du« (dt.: Chaibar, Chaibar, ihr Juden, die Armee Mohammeds wird zurückkehren) stellen einen Zusammenhang her zwischen dem arabisch-israelischen Konflikt und Mohammeds Krieg gegen einen jüdischen Stamm in Chaibar auf der arabischen Halbinsel, der in der islamischen Tradition überliefert ist. Die Parole reflektiert die Qutb'sche Geschichtsauffassung von der ewigen Feindschaft der Juden gegen den Islam und droht ihnen mit einem neuerlichen Massaker. Auffällig ist, dass sich der Ablauf der Demonstrationen und die Propagandamotive international stark ähneln. Da islamistische Organisationen grenzübergreifend vernetzt sind, ist dahinter eine koordinierte Planung zu vermuten. Tatsächlich erklärte Kemal Helbway, ein ehemals führendes Mitglied der Muslimbruderschaft in Europa, dass während des Gaza-Krieges 2009 Netzwerke der Muslimbruderschaft in mehreren Dutzend Ländern politische Aktionen und Slogans miteinander abstimmten. Als Resultat davon wurden sowohl in London als auch in Kairo dieselben Parolen skandiert.³⁹

Aufgrund des demografischen Profils der deutschen Muslime ist die Bundesrepublik eine Hochburg des türkischen Islamismus. Dies zeigt sich einerseits in der starken Präsenz türkisch-islamistischer Gruppierungen, andererseits in der ungeheuren Popularität, die der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und seine Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP; dt.: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) hierzulande genießen. So stimmten bei der Präsidentschaftswahl 2018 mehr als 65 Prozent der deutschen Türken für Erdogan, während es in der Türkei nur 52 Prozent waren.⁴⁰

Türkische islamistische Organisationen haben sich seit den 1970er Jahren in Deutschland etabliert. Im Jahr 1995 bildete sich aus zwei Vorläuferorganisationen die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG). Ihr Ziel ist eine Türkei, die auf der Grundlage des islamischen Rechts regiert wird. Die Milli-Görüs-Bewegung geht auf den türkischen Politiker Necmettin Erbakan (1926–2011) zurück, der 1969 das Manifest *Milli Görüs* (dt.: Nationale Sicht) veröffentlichte und ein Jahr später die islamistische Ordnungspartei

39 Vgl. Lorenzo Vidino, *The New Muslim Brotherhood in the West*, New York 2010, S. 88.

40 Vgl. »Recep Tayyip Erdogan ist in Deutschland viel beliebter als zu Hause«, in: *Die Welt*, 25.6.2018, <https://www.welt.de/politik/ausland/article178155754/Recep-Tayyip-Erdogan-ist-in-Deutschland-viel-beliebter-als-zu-Hause.html> (6.5.2021).



Al-Quds-Tag in Berlin am 1. Juni 2019: Unter dem Motto »Für gerechten Frieden in Palästina« demonstrieren Palästinenser und islamische Organisationen gegen Israel und den Zionismus. Demonstranten halten ein Plakat mit dem iranischen Revolutionsführer Ajatollah Chomeini (Mitte) und dem Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah (rechts), in die Höhe. Foto: Stefan Boness/IPON/Süddeutsche Zeitung Photo, Bild-ID: 03059906

ins Leben rief. Nach deren Verbot gründete Erbakan weitere islamistische Parteien, auf die auch Erdogans AKP zurückgeht. Als Premier, der er zeitweise war, sowie als politischer Mentor Erdogans ist Erbakan nach diesem unbestritten die wichtigste Figur der modernen islamistischen Bewegung in der Türkei. In seinem Denken verbinden sich die Feindbilder Juden, Freimaurer und Christen von Beginn an gleichermaßen. Seit der jungtürkischen Revolution von 1908 kursieren Verschwörungstheorien in der Türkei, die diese Gruppen als Strippenzieher hinter der Revolution insinuierten.⁴¹ In einer Rede vor dem türkischen Parlament bekämpfte Erbakan 1970 den Beitritt der Türkei zum europäischen Wirtschaftsraum, weil dieser von ebendiesen angeblichen Feinden der Türkei kontrolliert werde.⁴² In derselben Rede behauptete er auch, dass Israel

41 Vgl. Jacob M. Landau, »Muslim Opposition to Freemasonry«, in: *Welt des Islams*, 36 (1996), S. 186–203.

42 Vgl. Jacob M. Landau, »Muslim Turkish Attitudes Towards Jews, Zionism and Israel«, in: *Die Welt des Islams*, 28 (1988), Nr. 1/4, S. 298.

territoriale Ambitionen in der Türkei hege – ein Thema, das er wiederholt aufgriff und während seiner Amtszeit als Premierminister (1996/97) auch mit türkischen Generälen diskutierte. In Übereinstimmung mit der Verschwörungstheorie des »Krieges gegen den Islam« glaubten Erbakan und seine Anhänger, dass die Juden ihre schlimmsten Feinde seien und die innenpolitischen Gegner des Islamismus steuerten.⁴³

Seit 1973 geben Kreise, die der Milli-Görüs-Bewegung nahe stehen, die Zeitschrift *Milli Gazete* (dt.: Nationale Zeitung) heraus, die zum Zentralorgan der islamistischen Bewegung avancierte und bis heute stark antisemitisch geprägt ist.⁴⁴ Es erscheint auch eine deutsche Ausgabe, die wiederholt antisemitische, antiwestliche und verschwörungstheoretische Artikel abdruckte und antisemitische

43 Vgl. Rifat N. Bali, »The Image of the Jew in the Rhetoric of Political Islam in Turkey«, in: *Cahiers d'études sur la Méditerranée orientale et le monde turco-iranien*, (1999) 28, S. 2–4.

44 Ebd., S. 2.

Karikaturen veröffentlichte.⁴⁵ Seit Ende der 1990er Jahre bestreitet die Führung der IGMG, antisemitisches Material in Umlauf zu bringen – eine Darstellung, die manche Forscher bestätigen. Dennoch wurde Mitte der 2000er Jahre wiederholt die Verbreitung von antisemitischer Propaganda, wie beispielsweise Henry Fords Schrift *The International Jew* oder *Die Protokolle der Weisen von Zion*, im Umfeld von Milli-Görüs-Moscheen und auf Messen dokumentiert.⁴⁶ Aber auch auf ihren Kanälen in den sozialen Medien publizieren IGMG-Vereine weiterhin antisemitische Inhalte.⁴⁷

Die türkischen Grauen Wölfe sind mit geschätzten 11.000⁴⁸ bis 18.500⁴⁹ Mitgliedern die größte rechtsextreme Bewegung in Deutschland. Die Gruppierung, die auch als Ülkücü-Bewegung bekannt ist, ist der zivilgesellschaftliche Zweig der rechtsextremen Milliyetçi Hareket Partisi (MHP; dt.: Partei der Nationalistischen Bewegung), deren Auslandsvereinigung seit Ende der 1960er Jahre in Deutschland präsent ist. Heute sind sie in mehreren Vereinen organisiert, deren größter die Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland (ADÜTDF) ist. Über den kleineren Verband Avrupa Türk-İslam Birliği (ATİB; dt.: Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.) sind die Grauen Wölfe auch im Zentralrat der Muslime vertreten.⁵⁰ Sie beziehen sich positiv auf das ideologische Vermächtnis von Nihal Atsız (1905–1975), einem antisemitischen Pan-Türkisten und Sympathisanten des Nationalsozialismus, der jedoch die Rasse und nicht die Religion als verbindendes Element ansah.⁵¹ Im Gegensatz dazu predigen die Grauen Wölfe heute eine Synthese des extremen türkischen Nationalismus, der in einem türkischen Großreich namens Turan verwirklicht werden soll, und der islamischen Identität. Kennzeichnend für die Bewegung sind ein ausgeprägter Rassismus, der die Überlegenheit der türkischen Rasse postuliert und sich gegen Minderheitsvölker in der Türkei richtet, und ein nicht weniger ausgeprägter Antisemitismus. In der Tradition Nihal Atsız', der Juden einst als »Feinde aller Völker« bezeichnete, äußern sich Anhänger der Grauen Wölfe in den sozialen Medien deutlich antisemitisch und richten auch genozidale

45 Vgl. Pfahl-Traugber, »Islamismus«, S. 46.

46 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abt. Verfassungsschutz, *Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins*, S. 25 f.; Johannes Kandel, *Islamismus in Deutschland: Zwischen Panikmache und Naivität*, Freiburg im Breisgau 2011, S. 128 f.

47 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, *Lagebild Antisemitismus*, Köln, Juni 2020, S. 72.

48 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, *Verfassungsschutzbericht 2019*, S. 272.

49 American Jewish Committee Berlin Ramer Institute, *Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland – Die Grauen Wölfe*, Berlin 2021, https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC-Berlin_GrauenWolfe-Broschuere-RGB-A4.pdf, S. 8 (6.5.2021).

50 Vgl. ebd., S. 19–26.

51 Vgl. Corry Guttstadt, *Turkey, the Jews, and the Holocaust*, Cambridge 2013, S. 40.

Botschaften an Israel. Die genannten Verbände vermeiden hingegen offen antisemitische Äußerungen.⁵²

Der sunnitische Islamismus in Deutschland bildet ein Netzwerk, das die wichtigsten Organisationen miteinander verknüpft. Wie erwähnt sind Erdogans AKP und die Milli Görüs historisch eng verbunden. Dies zeigt sich auch in Deutschland: Bereits kurz nach Beginn seiner ersten Amtszeit als Premierminister wies Erdogan die Botschaften seines Landes an, mit der Milli Görüs zusammenzuarbeiten.⁵³ Der ehemalige IGMG-Generalsekretär Mustafa Yeneroğlu saß von 2015 bis 2018 als Abgeordneter der AKP im türkischen Parlament, bevor er sich mit der Partei zerstritt.⁵⁴ In der Geschichte kam es auch immer wieder zur Zusammenarbeit zwischen der Muslimbruderschaft (IGD/DMG) und der IGMG, zwischen denen auch personelle Verflechtungen bestehen.⁵⁵ Zu Erdogans Partnern in Deutschland kann mittlerweile auch Diyanet gezählt werden. Die türkisch-kontrollierte Gruppierung vertrat ursprünglich ein Gegenmodell zum Islamverständnis der Milli Görüs. Es sollte ein Islam gepredigt werden, der im Einklang mit der säkularen türkischen Republik steht. Mit dem Niedergang des türkischen Säkularismus unter Erdogan wandelte sich der Charakter von Diyanet jedoch grundlegend. Beobachter haben in den letzten Jahren eine weitere Annäherung von Diyanet und Milli Görüs sowie den anderen türkischen Verbänden in Deutschland festgestellt.⁵⁶ Die Grauen Wölfe und die MHP sind mittlerweile ebenfalls enge Verbündete der AKP. Seit dem Zerwürfnis zwischen Erdogan und der Gülen-Bewegung sind die Beziehungen noch enger geworden. Die Grauen Wölfe treten nun in Deutschland als militante Anhänger Erdogans auf und greifen zuweilen echte oder vermeintliche Kritiker des türkischen Machthabers an.⁵⁷

Neben dem sunnitischen Islamismus ist auch der schiitische in Deutschland präsent. Die Terrororganisation Hisbollah, die seit 2020

52 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, *Lagebild Antisemitismus*, S. 77–79.

53 Vgl. »Turkey Offers Support for Controversial Islamic Group«, Deutsche Welle (www.dw.com), 23.4.2003, <https://www.dw.com/en/turkey-offers-support-for-controversial-islamic-group/a-837905> (3.5.2021).

54 Vgl. Deniz Yücel, »Mustafa Yeneroğlu. Erdogan verliert Fürsprecher in Deutschland«, in: *Die Welt*, 1.11.2019, <https://www.welt.de/politik/ausland/plus202852872/Mustafa-Yeneroğlu-Erdogan-verliert-Fuersprecher-in-Deutschland.html> (6.5.2021).

55 Vgl. Khadija Katja Wöhler-Khalfallah, »Die ideologische Ausrichtung der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) und ihre Verquickung mit der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) – Partner für den demokratischen Rechtsstaat?«, in: Ahmet Cavuldak u.a. (Hrsg.), *Demokratie und Islam: Theoretische und empirische Studien*, Wiesbaden 2014, S. 425–460, hier: S. 450–452.

56 Vgl. Lennart Pfahler, »Ditib, UID, Graue Wölfe: Gipfeltreffen der Erdogan-Lobby in Ankara«, in: *Die Welt*, 30.4.2021, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article230775615/Ditib-UID-Graue-Woelfe-Gipfeltreffen-der-Erdogan-Lobby-in-Ankara.html> (6.5.2021).

57 Vgl. American Jewish Committee Berlin Ramer Institute, »Türkischer Rechtsextremismus«, S. 28.

verboten ist, zählt derzeit etwa 1.250 Anhänger, die sich in 30 Kultur- und Moscheevereinen treffen,⁵⁸ von denen das Islamische Zentrum in Hamburg (IZH), welches die Agenda der Islamischen Republik Iran vertritt, am bedeutendsten ist.⁵⁹ Über verschiedene Propagandainstrumente verbreitet der Iran antisemitische Hetze in Deutschland. Dazu gehörte bis zu seinem Verbot 2008 der aus dem Libanon sendende Fernsehkanal Al-Manar. In seinem Programm wurden unter anderem »Truther«-Verschwörungstheorien ausgestrahlt, die eine jüdische Komplizenschaft bei den Anschlägen vom 11. September 2001 suggerierten.⁶⁰ Im Jahr 1979 rief Khomeini erstmals den Al-Quds-Tag aus, um die Zerstörung Israels zu propagieren. Seit Mitte der 1980er Jahre wird der Al-Quds-Tag auch in Deutschland ausgerichtet.⁶¹ In Berlin nehmen daran jährlich mehrere Hundert Demonstranten teil. Immer wieder werden dabei antisemitische Parolen skandiert und Plakate mit entsprechendem Inhalt gezeigt.⁶²

Aufgrund aggressiver Missionstätigkeit ist die salafistische Szene in Deutschland in den letzten zehn Jahren massiv gewachsen und zählt mittlerweile über 12.000 Anhänger.⁶³ Wie andere Formen des Islamismus ist der Salafismus stark antisemitisch geprägt. Auch Salafisten verbreiten antisemitische Propaganda, vor allem in den sozialen Medien.⁶⁴ Antisemitische Verschwörungstheorien und Endzeitvorstellungen prägen auch das Weltbild salafistisch-dschihadistischer Terrororganisationen wie des Islamischen Staats und schaffen die Rechtfertigungsgrundlage für antijüdische Gewalt.⁶⁵ Während die

58 Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg, *Verfassungsschutzbericht 2020*, Hamburg 2021, S. 73 f., <https://www.hamburg.de/contentblob/14991526/eb-3f9ee3e54d6da2c6ae1fa3248e04f2/data/vsb-2020-online.pdf> (6.5.2021).

59 Ebd., S. 78–82.

60 Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus, *Bericht zu Antisemitismus in Deutschland*, Berlin 2011, S. 116–119, <https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/077/1707700.pdf> (6.5.2021).

61 Ebd., S. 49 f.

62 Vgl. »Antisemitische Demo im Land der Täter: ›Tod, Tod, Israel!‹, in: *HaGalil*, 23.7.2006, <https://www.hagalil.com/archiv/2006/07/berlin.htm> (6.5.2021).

63 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, *Verfassungsschutzbericht 2019*, S. 193.

64 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz, *Antisemitismus im Islamismus*, S. 37.

65 Rickenbacher, »The Centrality of Anti-Semitism«.

meisten islamistischen Gruppierungen in Deutschland im legalen Umfeld operieren, hat sich eine große Anzahl salafistischer Aktivisten in den letzten Jahren gewaltbereiten dschihadistischen Gruppierungen angeschlossen. Von ihnen geht deshalb eine große Gefahr aus.

Ausblick

Nach der Migration von mehr als einer Million Menschen muslimischen Glaubens nach Deutschland in den Jahren 2014 bis 2017 wuchs hier die Sensibilität für den islamischen Antisemitismus stark. Nach mehreren antisemitischen Vorfällen bemerkte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2018, dass »Flüchtlinge [...] oder Menschen arabischen Ursprungs [...] wieder eine andere Form von Antisemitismus ins Land bringen«. ⁶⁶ Merkel irrte sich insofern, als der islamische Antisemitismus auch schon vor der Flüchtlingswelle in Deutschland eine Rolle spielte. Dennoch hatte die erhöhte Wahrnehmung dieser Gefahr aufseiten der Politik zur Folge, dass die deutschen Behörden die Antisemitismusbekämpfung zunehmend als staatliche Aufgabe verstanden. In der Folge wurden entsprechende Institutionen geschaffen oder stark ausgebaut und kompetentes Personal wurde angestellt. Im Jahr 2019 veröffentlichte der Verfassungsschutz den wichtigen Bericht *Antisemitismus im Islamismus*, der die Verbindung von Antisemitismus und Islamismus unmissverständlich festhält: »In allen islamistischen Strömungen und Organisationen lässt sich antisemitisches Gedankengut nachweisen, lediglich die Art und Weise, wie einzelne Gruppierungen damit in der Öffentlichkeit auftreten, variiert.«⁶⁷ Durch die klare Benennung des Problems kommt Deutschland mittlerweile eine Vorreiterrolle bei der Bekämpfung des islamischen Antisemitismus zu. Diese muss jedoch gegen erneute Tabuisierungsversuche verteidigt werden.

66 »Judenhass in Deutschland: Angela Merkel beklagt Antisemitismus bei Flüchtlingen«, in: *Berliner Zeitung*, 22.4.2018, <https://www.berliner-zeitung.de/politik/judenhass-in-deutschland-angela-merkel-beklagt-antisemitismus-bei-fluechtl-lingen-30056292> (6.5.2021).

67 Bundesamt für Verfassungsschutz, *Antisemitismus im Islamismus*, S. 15.

Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung, Sommersemester 2021

Raum-Relationen Künstlerische Annäherungen an Orte des Holocaust

Von Annika Wienert



Dr. Annika Wienert ist Kunsthistorikerin und hatte im Sommersemester 2021 die Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung am Fritz Bauer Institut inne. Ihre 2015 im Neofelis Verlag erschienene Dissertation *Das Lager vorstellen. Die Architektur der nationalsozialistischen Vernichtungslager* wurde mit mehreren Preisen ausgezeichnet. Die Michael Hauck Gastprofessur wird ermöglicht durch die großzügige Förderung aus den Mitteln der Stiftung Michael Hauck und der Puhl Foundation.

Foto: privat

In der internationalen Holocaustforschung der letzten Jahre hat der Begriff des Raums zunehmend an Bedeutung gewonnen. Davon zeugen Publikationen, wissenschaftliche Konferenzen und laufende Forschungsprojekte.¹ Raum fungiert dabei als Untersuchungsgegenstand, als analytische Kategorie oder als Metapher; zuweilen sicherlich auch bloß als vermeintlich modisches Schlagwort ohne wirklich neuen Erkenntnisgewinn. Unabweisbar sind aber die Impulse, die diese Entwicklung der Forschung zum Holocaust, seiner Nachgeschichte sowie Erinnerung gegeben hat: Es entstanden neue Fragestellungen, neue methodische Ansätze und neue inter- oder transdisziplinäre Kooperationen, beispielsweise mit den Geowissenschaften.² Theoriediskussionen einer kritischen Geografie, die vor allem in den USA seit den 1970er Jahren geführt wurden,³ sind dabei ein Traditionsstrang, auf den der Spatial Turn

- 1 Als Beispiele seien an dieser Stelle genannt die neueste Veröffentlichung des Münchner Zentrums für Holocaust-Studien: Natalia Aleksium, Hanna Kubátová (Hrsg.), *Places, Spaces, and Voids in the Holocaust*, Göttingen 2021, eine Konferenz an der Northumbria University (*Space in Holocaust Memory and Representation*, 19.–21.11.2021) sowie an der Universität Paris-Sorbonne (*Quel paysage pour la mémoire? Quelle mémoire pour le paysage?*, 14.–17.12.2021). Darüber hinaus sei angemerkt, dass die Autorin selbst seit längerem in diesem Bereich forscht und in diesem Zusammenhang derzeit unter anderem eine Einführung mit vorbereitet. Konzept und CfP dazu sind online verfügbar: <https://space.hypotheses.org/200> (24.6.2021).
- 2 S. insbesondere Anne Kelly Knowles, Tim Cole, Alberto Giordano (Hrsg.), *Geographies of the Holocaust*, Bloomington/Indiana 2014.
- 3 Eine Auswahl zentraler Aufsätze erschien erstmals 2007 in deutscher Übersetzung: Bernd Belina, Boris Michel (Hrsg.), *Raumproduktionen – Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz*, Münster 2007. Wie die Herausgeber in ihrer Einleitung anmerken, sind diese Schriften in der deutschsprachigen »räumlichen Wende« zunächst kaum rezipiert worden. Wichtige Publikationen für diesen Diskussionsstrang des Spatial Turn sind beispielsweise Martina Löw, *Raumsoziologie*, Frankfurt am Main 2001; Karl Schlögel, *Im Raume lesen wir die Zeit*, München 2003.

in den Sozial- und Geisteswissenschaften zurückgeführt werden kann, der mittlerweile auch in der Holocaust- und NS-Forschung angekommen ist. Trotz – oder gerade wegen? – der nun schon einige Jahrzehnte dauernden Auseinandersetzung mit dem Raum in verschiedenen Sprachen, akademischen Traditionen und Disziplinen ist es keineswegs so, dass, wenn vom Raum die Rede ist, alle dasselbe darunter verstehen.

Allgemein kann festgehalten werden, dass sich ein Raumverständnis durchgesetzt hat, das sich vom Newton'schen Containermodell verabschiedet hat, das Raum also als mehr als bloß messbaren, neutralen Behälter auffasst. Ausgehend von diesem Minimalkonsens soll in diesem Beitrag die Komplexität des Begriffs als produktive Unschärfe verstanden werden. Aus dieser Perspektive werden Kunstwerke in den Blick genommen, die zum einen zur Reflexion über die Vielfalt potenzieller Eigenschaften des Raums einladen: prozessual und relational, materiell, institutionell oder imaginiert und vor allem auch sozial hergestellt und sozial wirkmächtig. Anhand ausgewählter Denkmäler und autonomer Kunstwerke, die der Auseinandersetzung mit dem Holocaust gewidmet sind, möchte ich zum anderen aufzeigen, auf welche Art und Weise diese sich auf historische Orte des Holocaust beziehen und je eigene Bezüge zu unterschiedlichen Räumen produzieren.

Bevor ich mich einzelnen Arbeiten zuwende, scheinen Vorüberlegungen zur Thematisierung von Raum und Ort im Bereich der bildenden Kunst angebracht. Bereits vor den postmodernen Turns in den Geisteswissenschaften wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Feld der Kunst Raumwirkung und Raumwahrnehmung thematisiert, inspiriert nicht zuletzt von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen wie Albert Einsteins Relativitätstheorie. Das von der Moderne ausgerufenen autonome Kunstwerk wurde in der Folge mehr und mehr in seiner Wechselbeziehung zum Raum analysiert. Daraus entstanden im Laufe des 20. Jahrhunderts neue Kunstformen, die heute ihren festen Platz sowohl in der Kunstgeschichte als auch in der aktuellen künstlerischen Produktion haben, beispielsweise Objektkunst und Readymades oder Installationskunst und Environments.

Entstehung und Entwicklung ortsspezifischer Kunst

Im Zusammenhang dieses Beitrages von besonderem Interesse sind sogenannte ortsspezifische (*site-specific*) künstlerische Praktiken. Ergänzend sei angemerkt, dass die Unterscheidung zwischen Raum und Ort, die in einigen theoretischen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle spielt,⁴ für die folgenden Überlegungen nicht relevant ist. Vielmehr wird die ganze Breite des Begriffsfeldes mit seinen

⁴ S. beispielsweise Tim Cresswell, *Place. A Short Introduction*, Malden/Massachusetts u.a. 2004.

vielfältigen und in verschiedenen Sprachen unterschiedlich gewichteten Konnotationen einbezogen.

Ortsspezifische Kunstwerke entstanden ab dem Ende der 1960er Jahre und wurden bald zu einem festen Bestandteil zeitgenössischer Kunst, was sie bis heute geblieben sind. Die Auseinandersetzung mit konkreten Orten und Räumen ist integraler Bestandteil solcher Arbeiten. Die Kunsthistorikerin Miwon Kwon hat die Entwicklung ortsspezifischer Kunst in drei Phasen eingeteilt, die in etwa chronologisch aufeinander folgten.⁵ Die erste Phase von den späten 1960ern bis in die 1970er Jahre zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass die Werke die physischen Bedingungen des Ausstellungsortes als integralen Bestandteil der Produktion, Präsentation und Rezeption von Kunst thematisierten. Dieser im Anschluss an Skulpturen des Minimalismus entwickelte Ansatz lässt sich als phänomenologischer oder erfahrungsbasierter Zugang zum jeweiligen Ausstellungsraum charakterisieren, mit dem dessen konkrete physische beziehungsweise

⁵ Vgl. Miwon Kwon, *One Place after Another. Site-specific Art and Locational Identity*, Cambridge, London 2002.

Anzeige

Schreiben Sie?

Seit 1976 verlegen wir
Romane • Lyrik • Anthologien
Sachbücher • Wissenschaften
Wir freuen uns auf Ihr Manuskript!

Verlag Haag+Herchen GmbH
Schwarzwaldstraße 23 • 63454 Hanau
Telefon 06181/520 670-0
Fax 06181/520 670-40
www.haagundherchen.de

physikalische Eigenschaften wie beispielsweise Größe, Maßstab oder Lichtverhältnisse analysiert werden.

Eine Erweiterung erfuh der Ortsbegriff in der zweiten Phase durch institutionskritische Ansätze, das heißt durch solche »reflexiv[e] Praktiken, welche die Bedingungen des Ausstellens und der Institution Kunst sowie ihr System untersuchen, transparent machen und hinterfragen.«⁶ Im Zuge der kritischen Auseinandersetzung mit den Institutionen, auf die Künstler und Künstlerinnen angewiesen sind, um ihre Arbeiten zu realisieren, verlagerte sich der Fokus: weg vom konkreten Präsentationsort hin zum Ort als einem »Netzwerk wechselseitig verbundener Räume und Ökonomien wie dem Atelier, der Galerie, dem Museum, dem Kunstmarkt und der Kunstkritik.«⁷ Kunstwerke problematisierten den Ort der Kunst nunmehr nicht so sehr als einen physischen, messbaren Raum, sondern vielmehr als einen Raum, der durch gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Prozesse entsteht.

In der dritten Phase ab dem Ende des Jahrtausends fand eine weitere Neudefinition des Ortes statt. Künstlerinnen und Künstler wandten sich mehr und mehr von den üblichen Kunstkontexten mit ihren traditionellen Ausstellungsorten ab und ließen ihre Arbeiten in öffentliche(re) Räume ausgreifen. Die Orte, mit denen sich solche Projekte beschäftigen, sind nicht auf das Kunstfeld beschränkt. Es können physische Orte sein, aber auch virtuelle, wie zum Beispiel ein theoretisches Konzept oder eine politische Debatte. Dadurch wurde der Ort von einem statischen Konzept in ein nomadisches überführt, der Fokus erweiterte sich von der sozialen und institutionellen Bedingtheit des Raumes auf diskursive Raumproduktionen. Um dieser beträchtlichen Ausweitung möglicher Ortsbezüge Rechnung zu tragen, spricht Kwon für die neuesten Ansätze auch nicht mehr von ortsspezifischen, sondern ortsorientierten (*site-oriented*) Arbeiten.

Die Orientierung auf den Ort ist auch in den letzten knapp zwei Jahrzehnten fester Bestandteil kritischer künstlerischer und kuratorischer Praxis geblieben. Eine in Kwons Genealogie ortsspezifischer beziehungsweise ortsoientierter Kunst bereits angesprochene Tendenz hat sich dabei besonders deutlich fortgesetzt: Mit der Erweiterung des Raumverständnisses ging auch eine Erweiterung der verhandelten Themen einher, die mehr und mehr außerhalb des Bereichs der Kunst und seiner Institutionen gesucht wurden.

Holocaust-Denkmäler als Kreuzungspunkte multipler Orte

Im Folgenden soll nun der Ansatz, künstlerische Praktiken auf ihre räumlichen Eigenschaften und ihren Bezug zum Ort hin zu befragen,

⁶ Franziska Brüggmann, *Institutionskritik im Feld der Kunst. Entwicklung – Wirkung – Veränderungen*, Bielefeld 2020, S. 12.

⁷ Kwon, *One Place after Another*, S. 3 (Übersetzung der Autorin).

auf Kunstwerke, die sich mit dem Holocaust beschäftigen, angewendet werden. Dabei geht es mir darum, welche Räume die Werke selbst produzieren, inwiefern sie etwas über die räumlichen Aspekte des Holocaust, aber auch über die Erinnerung an ihn aussagen, wie sie historische und gegenwärtige Orte thematisieren und welche Raumbeziehungen sie produzieren.

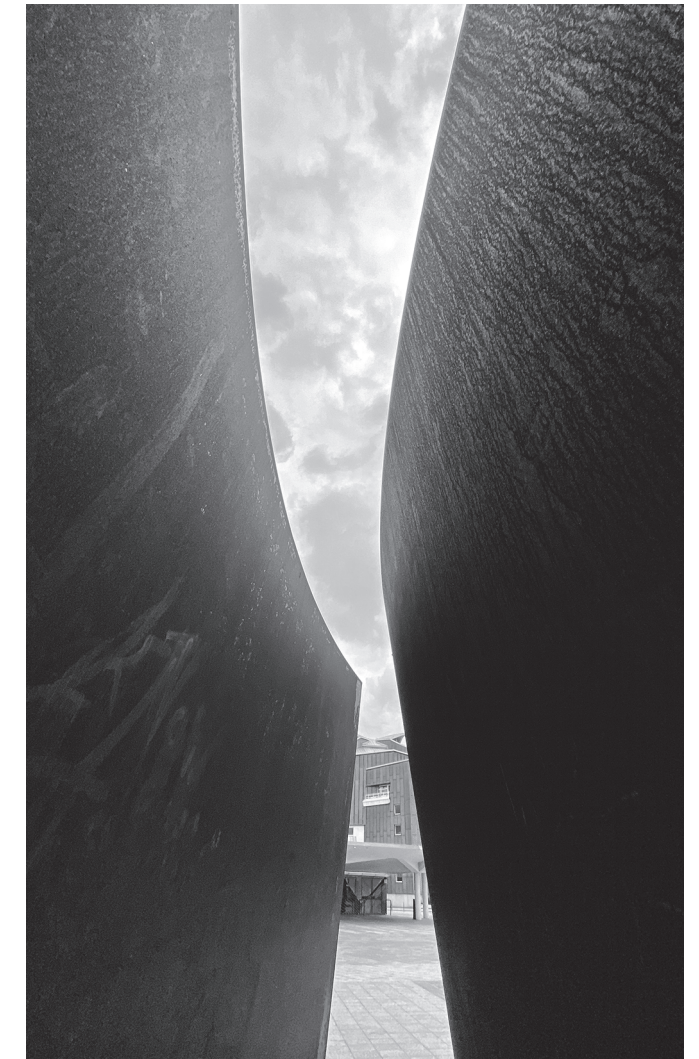
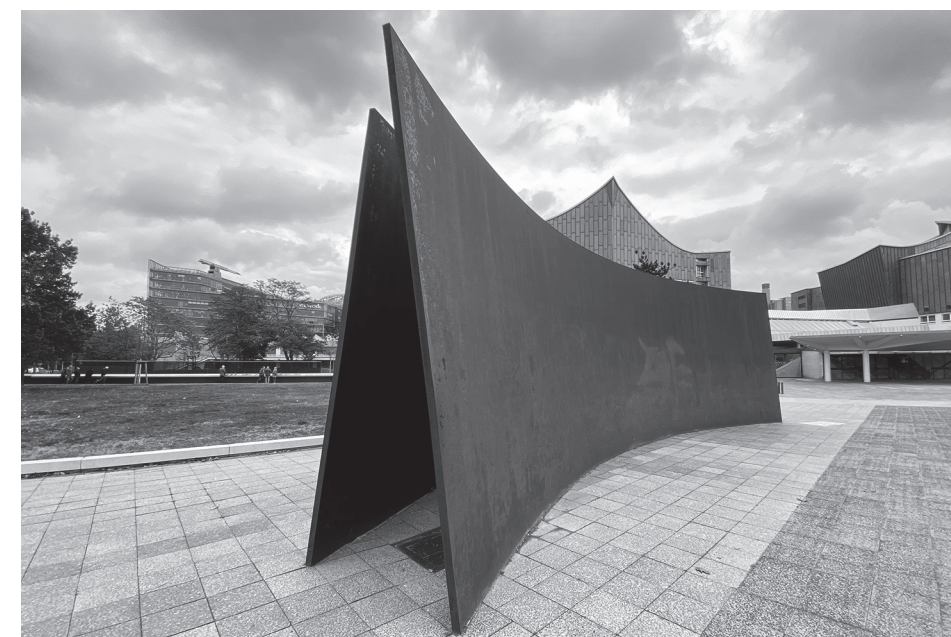
Besonders naheliegend ist der Ortsbezug als Deutungszugang bei Kunstwerken, die als Denkmäler fungieren. Diese skulpturalen Objekte befinden sich in der Regel fest installiert im öffentlichen Raum, wo sie dauerhaft und sichtbar ein Hier markieren. Dieses Hier ist nicht notwendigerweise der Ort, an dem das, was mit dem Denkmal commemoriert werden soll, sich ereignete. Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin legt wohl niemandem nahe, dass die Opfer des Holocaust neben dem Brandenburger Tor ermordet wurden. Nichtsdestoweniger stellt die Markierung eine Verbindung des historischen Raums mit dem gegenwärtigen Raum der Betrachterin oder des Betrachters her. So verweist der Standort darauf, dass das Verbrechen in Deutschland geplant und in Gang gesetzt wurde. Außerdem zeigt er, welchen Platz die Erinnerung an den Holocaust im Selbstverständnis der Bundesrepublik einnimmt.

Neben dem Standort ist der Raum, den die große skulpturale Setzung des Denkmals ausbildet, von Bedeutung. Gemäß der Intention des Architekten Peter Eisenman und des zunächst an Entwurf und Planung beteiligten Bildhauers Richard Serra sollen die Besucher und Besucherinnen eine besondere, außeralltägliche räumliche Erfahrung machen. Die Raumwirkung, die sie beim Durchlaufen der auf- und absteigenden schmalen Wege zwischen den unterschiedlich hohen Betonquadern erleben, unterscheidet sich vom umgebenden Stadtraum und ist nur in situ wahrzunehmen. Neben den geografischen und symbolischen Eigenschaften des Standorts ist in diesem Fall also auch die körperliche Anwesenheit der Betrachtenden integraler Bestandteil des Denkmals, das ihnen eine ortsspezifische Erfahrung ermöglicht, die sich mittels Abbildungen oder Erzählungen nicht einholen lässt.⁸

Das Kunstwerk als unersetzlicher Ort spezifischer, intersubjektiv nicht gänzlich zu vermittelnder Raumerfahrung – so lässt sich das Œuvre Richard Serras insgesamt charakterisieren.⁹ An der Ausführung des Denkmals war er aufgrund der zahlreichen Änderungen

⁸ Für eine kritische Diskussion des tatsächlichen psychophysischen Erfahrungsraums des ausgeführten Denkmals, der verschiedenen Änderungen im Planungsprozess und der Einfügung in den umgebenden Stadtraum s. Maïke Mügge, »Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Modifikationen des Entwurfs im Horizont des Monumentalen«, in: Carsten Ruhl (Hrsg.), *Mythos Monument. Urbane Strategien in Architektur und Kunst seit 1945*, Bielefeld 2011, S. 289–312.

⁹ Aus der Fülle an Publikationen zu Serra sei hier als kurze Einführung zu diesem Aspekt seiner Arbeiten nur genannt David Craven, »Richard Serra and the Phenomenology of Perception«, in: Brian Winkenweder (Hrsg.), *Art History as Social Praxis. The Collected Writings of David Craven*, Leiden, Boston 2017, S. 90–97.



Oben links: Abb. 1
Richard Serra, Berlin Junction (1987),
Kortenstahl, 396 x 1350 x 5 cm.
Foto: Kim Eriksson, 2008, CC BY 2.0

Oben rechts: Abb. 2
Blick vom Inneren der Skulptur nach oben.
Foto: Frank Fujimoto, 2019, CC BY-NC-ND 2.0

Mitte links: Abb. 3
Blick aus Richtung Herbert-von-Karajan-Straße/
Tiergartenstraße.
Foto: Kim Eriksson, 2008, CC BY 2.0

Unten links: Abb. 4
Im Hintergrund der Skulptur, links hinter der
Rasenfläche, der 2014 eingeweihte Gedenk- und
Informationsort T4. Rechts ist das Foyer der
Berliner Philharmonie zu sehen.
Foto: Frank Fujimoto, 2019, CC BY-NC-ND 2.0

des Entwurfs schlussendlich nicht mehr beteiligt. Allerdings befindet sich auf der anderen Seite des Berliner Tiergartens eine Arbeit von Serra mit Denkmalfunktion. Das zunächst als autonome Plastik konzipierte Werk mit dem Titel *Berlin Junction* (Abb. 1) wurde 1988 neben der Philharmonie aufgestellt und dabei den Opfern der sogenannten Aktion T4 gewidmet.

Zwei leicht gebogene, längsrechteckige Stahlplatten monumentalen Ausmaßes stehen annähernd parallel zueinander, sodass sie einen relativ schmalen Korridor bilden. Dadurch, dass die Platten sich einander schräg zuneigen, verengt sich der Korridor nach oben (Abb. 2). Beim Betreten verändern sich Akustik und Lichtverhältnisse, die Biegung des Korridors verhindert es, beim Eintreten bereits den Ausgang in den Blick nehmen zu können (Abb. 3). Dies alles ist dazu angetan, zusammen mit der Spannung zwischen dem Wissen um die enorme Schwere des Materials und der fragilen Wirkung seiner Aufstellung auf der wenige Zentimeter breiten Kante ein Gefühl der Bedrohung und (klaustrophobischen) Enge hervorzurufen und die Verletzbarkeit des eigenen Körpers gewahr werden zu lassen. Ein solches Raumerleben konnte die Arbeit aber auch schon an ihrem ersten Standort induzieren. Sie war nämlich ein Jahr zuvor an anderer Stelle enthüllt worden, vor dem unweit gelegenen ehemaligen Kunstgewerbemuseum, das ab 1981 unter dem Namen Martin-Gropius-Bau wieder als Ausstellungsort genutzt wurde.¹⁰ Als Teil einer Ausstellung zeitgenössischer Kunst aus Privatsammlungen¹¹ stand die Arbeit in einem gänzlich anderen Deutungszusammenhang als am endgültigen Standort. Erst der neue Kontext legt nahe, die körperlich-emotionale Erfahrung mit dem Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Krankenmorde zu verbinden und über den historischen und politischen Rahmen dieser Verbrechen zu reflektieren.

Mit der Translozierung und Umwidmung der Skulptur, die im Einverständnis mit dem Künstler stattfanden, wurde erstmals der Ort markiert, von dem der Tarnname des systematischen Ermordens (vermeintlich) kranker und behinderter Menschen abgeleitet wurde: die Tiergartenstraße 4.¹² Dieser Täter-Ort war im neugestalteten Stadtbild Westberlins allerdings gänzlich unsichtbar, das kriegszerstörte Gebäude abgetragen und das Flurstück aufgelöst und überbaut. Zwar stand die Denkmalskulptur neben prominenten Kulturbauten,

10 Vgl. Eintrag in der Datenbank des Landesdenkmalamtes Berlin: https://www.berlin.de/landesdenkmalamt/denkmaale/liste-karte-datenbank/denkmaldatenbank/dabobj.php?obj_dok_nr=09031246 (24.6.2021).

11 Vgl. *Der unverbrauchte Blick. Kunst unserer Zeit in Berliner Sicht – eine Ausstellung aus Privatsammlungen in Berlin*, Ausstellungskatalog Martin-Gropius-Bau, Berlin 1987.

12 Die Position des Denkmals liegt allerdings lediglich in unmittelbarer Nähe, nicht exakt auf dem Grundriss des ehemaligen Gebäudes mit dieser Adresse. Zur Geschichte des Ortes s. Stefanie Endlich u.a. (Hrsg.), *Tiergartenstraße 4. Geschichte eines schwierigen Ortes*, Berlin 2014.

dabei aber doch eher im Abseits, neben der Endhaltestelle Westberliner Buslinien vor der Mauergränze. Die Adresse lautete nicht Tiergartenstraße 4, sondern Matthäikirchstraße (seit 1998 Herbert-von-Karajan-Straße). In der bundesdeutschen Öffentlichkeit war die Entschlüsselung des Tarnnamens T4 ebenso wie das damit bezeichnete Verbrechen ohnehin wenig bekannt. In Anbetracht dieser Umstände konnte die Wahl des historisch bedeutsamen Standortes also nur von sehr wenigen Menschen als ein Deutungsangebot der abstrakten Skulptur verstanden werden.¹³ Erst 2014 wurde der Gedenkort, der auch historische Informationen bereithält, unweit der Skulptur eingeweiht (Abb. 4).¹⁴

Hier und Nicht-hier: Raumbeziehungen in Dani Karavans Denkmal in Gurs

Das Denkmal von Dani Karavan für die Gefangenen des Internierungslagers Gurs wurde 1993/94 auf dem ehemaligen Lagergelände in den französischen Pyrenäen errichtet.¹⁵ Standort des Denkmals und historischer Ort des Lagers fallen somit in eins, werden durch die künstlerische Intervention aber um zusätzliche Raumbeziehungen erweitert. Das Lager diente ab 1939 zunächst der Internierung spanischer Republikaner, nach Kriegsbeginn sogenannter unerwünschter Ausländer und Ausländerinnen – mehrheitlich Frauen. Ab Oktober 1940 wurden dann nach der neu eingeführten antijüdischen Gesetzgebung Vichy-Frankreichs Männer, Frauen und Kinder verschiedener Nationalität aufgrund ihrer jüdischen Zugehörigkeit dort interniert.¹⁶

13 Im Jahr 1989 wurde zusätzlich eine Gedenktafel im Boden installiert, die zwar nicht das Denkmal referenziert, aber über räumliche Nähe und Material (dunkle Bronze, die im Farbton der Patina des Cortenstahls ähnelt) eine Verbindung suggeriert.

14 2007 formierte sich der Runde Tisch »T4« mit dem Ziel, einen Gedenk- und Informationsort am historischen Standort der Villa Tiergartenstraße 4 zu errichten. Ein solcher wurde 2014 eingeweiht, s. Stefanie Endlich, »Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde«, in: *Gedenkstätten Rundbrief*, 2014, Nr. 176, S. 10–21.

15 Die folgenden Überlegungen finden sich teilweise bereits in meiner Dissertationsschrift. Dort liegt der Fokus der Untersuchung auf der Symbolik der Gleise als einer universalisierten und international verstandenen Chiffre der Erinnerung an den Holocaust. Vgl. Annika Wienert, *Das Lager vorstellen. Die Architektur der nationalsozialistischen Vernichtungslager*, 3., überarb. Aufl., Berlin 2018 (zuerst 2015), S. 183–187.

16 Zur Geschichte des Lagers in Gurs s. beispielsweise Gabriele Mittag, »*Es gibt Verdammte nur in Gurs*«. *Literatur, Kultur und Alltag in einem südfranzösischen Internierungslager 1940–1942*, Tübingen 1996; Claude Laharie, *Le camp de Gurs 1939–1945. Un aspect méconnu de l'histoire du Béarn*, Pau 1989; Christian Eggers, *Unerwünschte Ausländer. Juden aus Deutschland und Mitteleuropa in französischen Internierungslagern 1940–1942*, Berlin 2002; Christoph Kreuzmüller, Kerstin Stubenvoll (Hrsg.), *Gurs 1940. Die Deportation und Ermordung von südwestdeutschen Jüdinnen und Juden*, Ausstellungskatalog Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin 2021.



Links: Abb. 5
Dani Karavan, *Homage to the Prisoners of Gurs* (1993/1994), Detail. Material: Bäume, Holz, Bahnschienen, Stacheldraht, Beton, Bronze, Laternenmasten. Maße: 3,5 x 12 x 220 m.
Foto: Jean Michel Etchecolonea, 2007, CC BY-SA 3.0



Oben links: Abb. 6
Homage to the Prisoners of Gurs, Detail.
Foto: Jean Michel Etchecolonea, 2007, CC BY-SA 3.0

Oben rechts: Abb. 7
Homage to the Prisoners of Gurs, Detail.
Foto: Iñaki LL, 2019, CC BY-SA 4.0



Links: Abb. 8
Homage to the Prisoners of Gurs, Detail.
Foto: Jean Michel Etchecolonea, 2007, CC BY-SA 3.0

Über 18.000 Personen wurden in den Jahren 1942 und 1943 von Gurs aus nach Auschwitz-Birkenau deportiert, zumeist über verschiedene Transitlager. Gurs war für viele der dort Gefangenen also nicht der letzte Ort ihres Leidens; das Lager war verbunden mit einer Vielzahl verschiedener anderer Lager.

Karavan errichtete auf einem Betonplateau einen Skelettbau aus Holzbalken, der formal an die nicht mehr vorhandene Barackenarchitektur des Lagers anknüpft (Abb. 5). Diese gewissermaßen auf einen Sockel gestellte Allusion einer Baracke zeigt, dass sie metonymisch zu verstehen ist und es sich nicht um eine Rekonstruktion handelt. Eine weitere betonierte Fläche, die von Stacheldrahtzaun eingefasst ist (Abb. 6), wird mit der Holzkonstruktion durch ein Bahngleis verbunden, das der Künstler »auf der hundertachtzig Meter langen Strecke von der Hauptstraße des Dorfes Gurs bis zum Lager verlegen ließ« (Abb. 7).¹⁷

Holzbaracke, Stacheldraht, Schienen: damit ruft das Denkmal zentrale Bestandteile einer Ikonografie der nationalsozialistischen Lager auf. Jedoch handelt es sich bei dem Bahngleis um ein Element, das »fremdartig [an]mutet [...] an einem Ort, an dem niemals ein Zug gefahren ist«, wie es die Historikerin Idith Zertal formuliert hat.¹⁸ Denn in Gurs, einem damals wie heute entlegenen Bergdorf nahe der spanischen Grenze, gab es keine Eisenbahn, die Internierten wurden mit Lastwagen deportiert. Das Gleis bezieht sich also nicht auf die konkrete Infrastruktur dieses Lagerstandortes. Stattdessen symbolisiert es das von den Deutschen implementierte europaweite System der Deportationen, für das in der Regel Eisenbahnschienen genutzt wurden. Karavan wählte mit dem Gleis ein im Kontext der nationalsozialistischen Lager allgemein verständliches Symbol, um auf ein Verbrechen hinzuweisen, das nicht in situ vollzogen wurde, aber dort seinen Anfang nahm.

Das Gleis als Symbol des Holocaust evoziert räumliche Relationen verschiedener Art. Es verweist auf die den Kontinent überspannenden Transportverbindungen, das Deportationsnetz mit seinen vielen Teilstrecken, Knotenpunkten und Transitorten; es stellt eine Verbindung zwischen dem Internierungslager Gurs und dem Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau her; es verbindet damit auch den unmittelbar nach Kriegsende etablierten

und international bekannten Gedenkort Auschwitz mit dem wenig bekannten und besuchten neu geschaffenen Gedenkort Gurs. Zu dem Verweis auf den historischen und geografischen Ort Auschwitz kommt außerdem eine Verknüpfung mit dem symbolischen Ort Auschwitz als Metonym für den Holocaust hinzu.

Das skulpturale Ensemble in Gurs zielt anders als viele andere Gedenkstätten-gestaltungen an ehemaligen Lagerstandorten nicht darauf ab, das Lager in seiner historischen Gestalt nachvollziehbar zu machen. Nicht ein pädagogisch-didaktischer Anspruch steht im Vordergrund,¹⁹ der Gedenkort ist in diesem Sinne kein Lernort.²⁰ Die künstlerische Setzung ist eine Einladung, das konkrete Teilgeschehen vor Ort in Beziehung zu setzen zu der Erinnerung an die Gesamtheit der Verbrechen, welche der Holocaust umfasste.

Karavan versteht seine Denkmalsetzung als »environmental sculpture«, wobei Environment hier auf Deutsch sowohl als künstlerisches Genre als auch in der wörtlichen Übersetzung verstanden werden kann. Als künstlerisches Environment strukturiert das Denkmal das ehemalige Lagergelände und setzt Akzente in einem ansonsten unbebauten Terrain. Als offene Struktur ohne Hauptansicht macht es dabei keine klaren Vorgaben der Bewegungsrichtung oder dazu, wo die Besucher und Besucherinnen verweilen sollen. Neben der skulpturalen Setzung des Künstlers wird die Wahrnehmung somit auch auf das ansonsten materiell oder landschaftsgärtnerisch kaum gestaltete Gelände, mithin die Umwelt/Umgebung, gerichtet.

Indem die Gestaltung des Denkmals den vom Künstler vorgefundenen Zustand des Ortes einbezieht, wird eine weitere Raum-Relation bewusst gemacht: Das Hier des Gedenkens und das Hier des historischen Geschehens befinden sich am selben Ort und tun es doch nicht, da der Ort zu verschiedenen Zeitpunkten ein anderer war. Dieses Paradox des Ortes, für das Ruth Klüger den Begriff der »Zeitschaft« gefunden hat,²¹ verdeutlichen zwei Bäume, die offensichtlich nach der Auflösung des Lagers auf dem Gelände emporgewachsen sind. Karavan bezog sie in seine Denkmalgestaltung ein, indem er die Schienen auf einer Fluchtlinie mit einem der beiden Bäume verlegte, sodass die Gleise an dieser Stelle unterbrochen werden mussten (Abb. 8). Damit wird die historische Distanz zum Ereignis, an das erinnert werden soll, sichtbar gemacht. Sichtbar wird dadurch auch das jahrelange Ausbleiben einer Erinnerungspraxis vor Ort, wodurch das ehemalige Lagergelände der Natur anheimgegeben wurde.

Zum Denkmal s. Idith Zertal, »Tikkun Olam – Die Welt heilen. Über Kunst und Politik im Werk Dani Karavans«, in: Fritz Jacobi (Hrsg.), *Dani Karavan. Retrospektive*, Ausstellungskatalog Martin-Gropius-Bau Berlin, Tübingen 2008, S. 356–361; Konrad Scheurmann, »Orte der Erinnerung – Orte der Begegnung. Anmerkungen zu ausgewählten Platzgestaltungen des israelischen Künstlers Dani Karavan«, in: *Gießener Beiträge zur Kunstgeschichte*, 10 (1997), S. 260–279; Volkhard Knigge, Detlef Hoffmann, »Die südfranzösischen Lager«, in: Detlef Hoffmann (Hrsg.), *Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmalier 1945–1995*, Frankfurt am Main, New York 1998, S. 206–223.

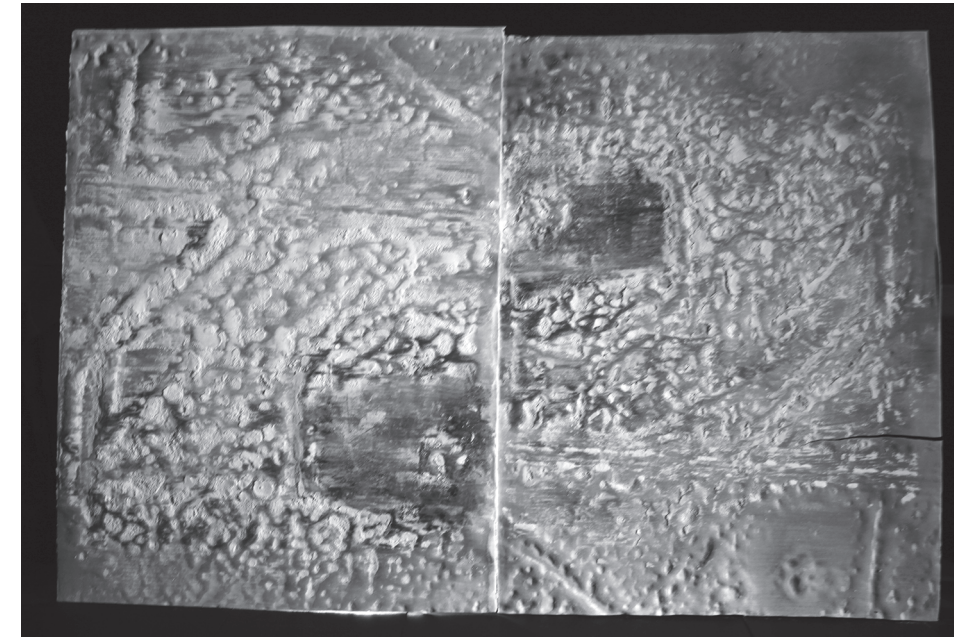
¹⁷ Zertal, »Tikkun Olam«, S. 357.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Was von verschiedener Seite kritisch angemerkt wurde, vgl. Claude Laharie, »Gurs, les mémoires d'un camp«, in: *Le festin. Revue des patrimoines, des paysages & de la création en Aquitaine*, 55 (2005), S. 72–79, hier: S. 78.

²⁰ Diese Bezeichnung hat sich im Deutschen für die KZ-Gedenkstätten, aber auch andere museale Institutionen im Kontext der Erinnerung an den Nationalsozialismus etabliert.

²¹ Vgl. Ruth Klüger, *weiter leben. Eine Jugend*, Göttingen 1992, S. 78.

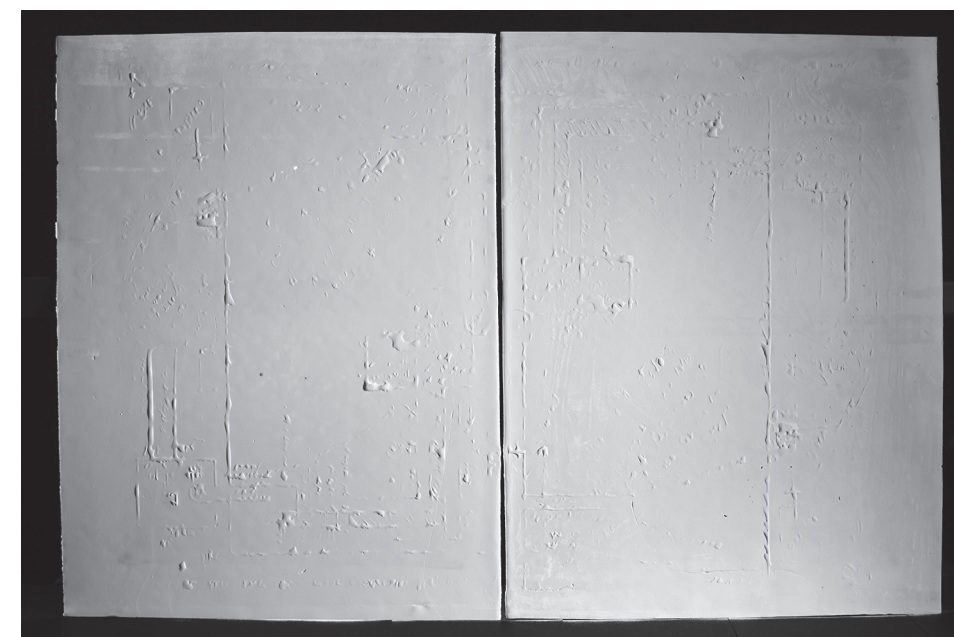


Oben: Abb. 9
Yael Atzmony, Lime Map (2012), Porzellan,
76 x 110 x 0,1 cm.,
aus dem Werkzyklus Tracing Oblivion.

Links: Abb. 10
Yael Atzmony, Tracing Oblivion, Ausstellungsansicht
EKWC Hertogenbosch (Niederlande), 2012, Detail.

Unten: Abb. 11
Yael Atzmony, Silent Map (2012), Porzellan,
zweimal 76 x 58 x 0,15 cm.,
aus dem Werkzyklus Tracing Oblivion.

Fotos: Yael Atzmony, Abdruck mit freundlicher
Genehmigung der Künstlerin



**Annäherungen ex situ oder:
Die (Un)Zugänglichkeit der Karte**

Dass an vielen Orten, an denen die Deutschen hunderte, tausende oder sogar hunderttausende Menschen ermordeten, heute zunächst einmal nichts zu sehen ist, gehört zu den erschütternden Erfahrungen, die Besucherinnen und Besucher an diesen Orten machen.²² Georges Didi-Huberman hat das Paradox dieser Orte des Holocaust im Angesicht der Realität des Todes so formuliert: »alles wurde zerstört, nichts hat sich geändert.«²³ Menschen, Familien, ganze Gemeinschaften wurden ausgelöscht, die zu diesem Zweck errichteten Strukturen abgetragen; der Ort aber beharrt in seiner Existenz.

Mit einem der Vernichtungslager, das sich in dem kleinen Dorf Sobibór befand, heute unweit des Dreiländerecks Polen-Belarus-Ukraine gelegen, beschäftigt sich die Künstlerin Yael Atzmony. Ausgangspunkt ihres Projektes *Tracing Oblivion*²⁴ ist die Erinnerung an ihren Vater Dov Freiberg,²⁵ einen der wenigen Überlebenden des Lagers in Sobibór. Im Rahmen dieser bis heute fortgesetzten künstlerischen Beschäftigung entstanden seit 2012 Werke in unterschiedlichen Medien und Materialien, zumeist gebrannte Porzellanobjekte, aber auch solche aus dem 3D-Drucker und aus Steinzeug sowie eine Videoarbeit.²⁶

Eine Werkreihe besteht aus hauchdünnen, reliefierten Platten aus Porzellan, die Atzmony zu Diptychen anordnet (Abb. 9). Grundlage der Reliefs sind verschiedene Karten des Lagers sowie historische Luftaufnahmen. Die Künstlerin wählt daraus Fragmente und

übersetzt die Vorlagen somit in abstrakte Zeichnungen. Gesteigert wird diese Abstraktion noch durch verschiedene Glasuren und andere Manipulationen der Oberfläche. Die zarte, fragile Materialität des Porzellans und die technisch äußerst schwierige Ausführung der großen, millimeterdünnen Platten fordern eine bestimmte Art und Weise des Betrachtens heraus. Auch die sakrale Präsentationsform des Diptychons legt einen behutsamen und langsamen Prozess nahe, eine Aufmerksamkeit auf kleinste Details, die von Bedeutung sein könnten.

Eine andere Form der Präsentation ist das serielle Aufstellen der Platten in offenen Regalkonstruktionen, wodurch Assoziationen mit einem Kunstdepot oder allgemeiner einer archivalischen Einlagerung aufgerufen werden (Abb. 10). Dabei können die Platten nicht vollständig betrachtet werden, und die darin potenziell verborgenen Informationen bleiben unzugänglich. Dass in Archiven Gelagertes lange verborgen bleiben kann, ist eine Erfahrung, die Atzmony selber bei Recherchen zu ihrem Projekt machte. Über den Archäologen Yoram Haimi, der seit Jahren an Grabungen auf dem Gelände des ehemaligen Lagers beteiligt ist²⁷ und umfangreiche Forschungen zur Geschichte Sobibórs betrieben hat, geriet sie an den Scan einer handgezeichneten Karte aus dem Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau.²⁸ Diese äußerst detaillierte und umfangreich auf Jiddisch beschriftete Karte wurde 1945 von ihrem Vater angefertigt, der dies aber nie in seinen Erzählungen oder Veröffentlichungen erwähnt hatte. Die Künstlerin, die kein Jiddisch spricht, erhielt mit diesem Dokument gleichsam einen verschlüsselten Brief ihres Vaters aus der Vergangenheit. Bei der Herstellung der Porzellantafeln durchlief dieser Brief mehrfache Übersetzungs- und damit wiederum auch Verschlüsselungsprozesse (Abb. 11). Durch die öffentliche Präsentation erweiterte sich erneut der Kreis der Adressatinnen und Adressaten.

Atzmonys Porzellankarten verhandeln verschiedene Problemstellungen des Ortes Sobibór und der Erinnerung daran. Zum einen stellen sie die Frage danach, wie die Künstlerin einer Erinnerung Ausdruck verleihen kann, die nicht ihre eigene, aber doch untrennbar mit ihr selbst verbunden ist. Als Kunstwerke richten sie diese Frage in allgemeinerer Form auch an die Betrachter und Betrachterinnen. Zum anderen werden Charakteristika der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Holocaust aufgerufen, so die Verstreutheit der Zeugnisse, ihre Heterogenität und Interpretationsschwierigkeiten, die nicht zuletzt damit zu tun haben, dass umfangreiche Sprachkenntnisse notwendig sein können. Zu einer grundsätzlichen Reflexion über

Herausforderungen des Holocaustgedenkens nach dem Ableben der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen kommen Fragen, die spezifisch für Sobibór sind. Die Serie der Porzellankarten ist eine Neuformulierung der Frage, wie an ein Lager erinnert werden kann, von dem es so kaum Zeugnisse gibt und an dessen historischem Ort nur wenige, mit aufwendigen forensischen Methoden zu entdeckende Spuren des Verbrechens zu finden sind.

Fazit

Bei der Analyse der hier besprochenen Arbeiten war es mein Anliegen, zwei Forschungsperspektiven zusammenzuführen. Eine für Fragen nach dem Räumlichen sensibilisierte Auseinandersetzung mit dem Holocaust und der Erinnerung daran ermöglichte mir einen Zugang, der ausgewählte Denkmäler und Kunstwerke als ortsbezogene künstlerische Praktiken in den Blick nimmt. Der Vergleich der Arbeiten von Yael Atzmony, Dani Karavan und Richard Serra zeigt, wie vielfältig dabei die Bezüge auf historische Orte und wie unterschiedlich die Raumproduktionen der jeweiligen Werke sein können.

Im Falle von Richard Serras abstrakter Skulptur *Berlin Junction* ist es der geänderte Aufstellungsort, der dem Werk Denkmalfunktion und einen neuen Interpretationshorizont verliehen hat. Von zentraler Bedeutung bleibt dabei die spezifische räumliche Erfahrung, die das Denkmal nur in situ ermöglicht. Dani Karavans Denkmal für die Gefangenen des Lagers in Gurs verknüpft die Erinnerung an das Lager mit dem weiteren Leidensweg der Opfer und verweist darauf, dass viele den Tod weit entfernt von den französischen Pyrenäen fanden. Gleis und Baracke als etablierte Symbole des nationalsozialistischen Lager- und Deportationssystems stellen eine Verbindung her, die über das Schicksal der in Gurs Internierten hinausgeht, und setzen dieses konkrete Lager in Bezug zu allen Lagerstandorten.

Die Arbeiten von Yael Atzmony sind im Unterschied zu den anderen Werken keine Denkmäler und keine ortsfesten Installationen. Es sind mobile Objekte, die bislang in den Niederlanden, Deutschland und Israel ausgestellt wurden. Über Karten, die Überlebende vom Lager Sobibór gezeichnet haben, nähern sich diese Objekte dem Ort des Lagers in zweifacher Hinsicht an: dem historischen Ort über die Informationen, welche die Karten dazu liefern, und über die Erinnerung der Überlebenden, in die sich dieser Ort eingepägt hat; dem gegenwärtigen Ort über die Frage, wie beziehungsweise ob Informationen und Erinnerungen dort heute noch eingelagert sind, welche Bedeutung ihm zukommt und an welche Grenzen die Forschung und Erinnerung stoßen.

22 Der Schriftsteller Martin Pollack hat für dieses Phänomen, auch in Bezug auf andere Gewaltverbrechen, den Begriff der kontaminierten Landschaften geprägt (Martin Pollack, *Kontaminierte Landschaften*, St. Pölten u.a. 2014). Für eine kritische Auseinandersetzung damit s. Alexandra Klei, »Die Geschichte in der Gegenwart sehen. Überlegungen zum Begriff der »kontaminierten Landschaften«, in: *Studia Litteraria et Historica*, 9 (2020), <https://ispan.waw.pl/journals/index.php/slh/article/view/slh.2254> (25.6.2021).

23 Georges Didi-Huberman, »The Site, Despite Everything«, in: Stuart Liebman (Hrsg.), *Claude Lanzmann's Shoah*, Oxford 2007, S. 113–123, hier: S. 118 (Übersetzung der Autorin).

24 S. Ester Beck, »Tracing Oblivion. Yael Atzmony's Sobibor Project«, in: *Ceramics. Art and Perception*, Nr. 96 (2014), S. 32–35; Mayako Forchert, »Aufspüren der Vergessenheit. Yael Atzmonys Sobibor-Projekt Tracing Oblivion«, in: *MuseumJournal*, H. 4, (2015), S. 66 f.; Reuven Zahavi, »Yael Atzmony: Second-Hand Memories, First-Hand Vase«, in: *Tripod*, 1 (2018), <https://tripod-journal.bezalel.ac.il/en/yael-atzmony-second-hand-memories-first-hand-vase/> (25.6.2021).

25 Geboren 1927 in Warschau, verstorben 2008 in Ramla (Israel). Seine zunächst auf Hebräisch veröffentlichten Memoiren (*Saarid mi-Sobibor*, Tel Aviv 1988) erschienen 2007 in englischer Übersetzung: Dov Freiberg, *To Survive Sobibor*, Jerusalem, New York 2007.

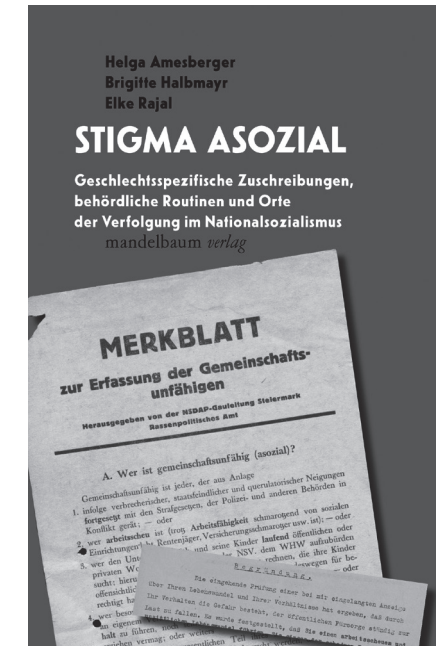
26 Eine kurze Beschreibung des Projektes durch die Künstlerin findet sich auf ihrer persönlichen Website (<https://www.yaelatzmony.org/tracing-oblivion>) sowie auf der Videoplattform YouTube (Yael Atzmony, *About Tracing Oblivion Project*, 21.9.2016, <https://www.youtube.com/watch?v=p9D2jpXXKd8&t=134s>) (28.6.2021).

27 S. unter anderem Yoram Haimi, Wojciech Mazurek, »Uncovering the Remains of a Nazi Death Camp. Archaeological Research in Sobibór«, in: *Yad Vashem Studies*, 41 (2013), H. 2, S. 55–94.

28 Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, Zbiór pamiętników Żydów Ocalałych z Zagłady: Berisz Frajberg (1945), Sign. 302/17, S. 55.

Anzeige

mandelbaum verlag



Helga Amesberger,
Brigitte Halbmayr,
Elke Rajal

STIGMA ASOZIAL
Geschlechtsspezifische
Zuschreibungen, be-
hördliche Routinen und
Orte der Verfolgung im
Nationalsozialismus

400 Seiten
Format 13,5x21 cm
29 Euro

Emanuel Kapfinger
**DIE FASCHISIERUNG
DES SUBJEKTS**
Über die Theorie des
autoritären Charakters
und Heideggers
Philosophie des Todes



232 Seiten
Format 13,5x21 cm
24 Euro

www.mandelbaum.at

»T4« vor Gericht *Fritz Bauer und die Strafverfolgung der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Verbrechen*

Von Tobias Freimüller



PD Dr. Tobias Freimüller ist stellvertretender Direktor des Fritz Bauer Instituts und Privatdozent am Historischen Seminar der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Veröffentlichungen (Auswahl): *Frankfurt und die Juden. Neuanfänge und Fremdheitserfahrungen 1945–1990*, Göttingen 2020; (Hrsg. mit Tim Schanetzky, Kristina Meyer, Sybille Steinbacher, Dietmar Süß und Annette Weinke, *Demokratisierung der Deutschen. Errungenschaften und Anfechtungen eines Projekts*, Göttingen 2020; *Alexander Mitscherlich. Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler*, Göttingen 2007.

Foto: Helmut Fricke

Fritz Bauer ist einer breiten Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren als eine wichtige historische Figur in der Geschichte der Bundesrepublik bekannt geworden. Der Jurist aus einem jüdischen Stuttgarter Elternhaus, 1933 aus seiner Funktion als Amtsrichter entlassen und 1936 ins skandinavische Exil geflohen, war 1949 nach Deutschland zurückgekehrt und kämpfte fortan für ein demokratisches Justizwesen und dafür, NS-Verbrechen vor Gericht zu bringen – zunächst als Generalstaatsanwalt in Braunschweig, seit 1956 als hessischer Generalstaatsanwalt in Frankfurt am Main. Bauer gab den entscheidenden Hinweis, der zur Ergreifung Adolf Eichmanns führte, er setzte in vielen Fällen strafrechtliche Ermittlungen in Gang, die Verbrechenkomplexe des »Dritten Reiches« betrafen, vor allem aber ist er bekannt als Initiator des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965).¹ Weniger präsent ist, dass er auch mit großem Engagement die justizielle Ahndung der nationalsozialistischen Medizinverbrechen anstrebte. Neben dem Versuch, dem international gesuchten Josef Mengele auf die Spur zu kommen, ging es Bauer vor allem um den Tatkomplex der Morde an den Insassen der Heil- und Pflegeanstalten im nationalsozialistischen Deutschland.

Man kann drei Komplexe unterscheiden, die Bauer bezüglich der NS-»Euthanasie« betrieb. Zum einen das sogenannte Schlegelberger-Verfahren gegen den Staatssekretär und zeitweiligen kommissarischen Leiter des Reichsjustizministeriums Fritz Schlegelberger, der im April 1941 ranghohe Vertreter der Justiz zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen hatte, um sie über das

¹ Zu Fritz Bauer siehe Irmlud Wojak, *Fritz Bauer 1903–1968. Eine Biographie*, Schriftenreihe des Fritz Bauer Instituts, Band 23, München 2009; Matthias Meusch, *Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz Bauer und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956–1968)*, Wiesbaden 2001, sowie Ronen Steinke, *Fritz Bauer oder Auschwitz vor Gericht*, München 2013.

»Euthanasie«-Mordprogramm zu informieren. Im Jahr 1960 leitete die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord gegen Schlegelberger und 29 Teilnehmer dieser Konferenz ein. Dieses Verfahren, das Bauer gegen Vertreter seiner eigenen – der juristischen – Zunft betrieb, hat Christoph Schneider 2017 in einer Monografie detailliert dargestellt.²

Der zweite Komplex betrifft eine Reihe von Verfahren, die Bauer gegen Ärzte und weiteres Personal der »Aktion T4« betrieb, des zentral gesteuerten Mordes an den erwachsenen Insassen der Heil- und Pflegeanstalten. Bereits zwischen 1946 und 1948 hatte die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen Angehörige der »Aktion T4« ermittelt, aber es waren letztlich nur vier auf Hessen bezogene Verfahren durchgeführt worden: der Eichberg-Prozess, der Kalmenhof-Prozess, der Hadamar-Prozess und der sogenannte Schwesternprozess.³ Nach diesen frühen Verfahren, die mit durchaus harten Strafen für die Angeklagten endeten, war die Strafverfolgung der NS-»Euthanasie« in den 1950er Jahren weitgehend im Sande verlaufen – bis nun Bauers Behörde einen Neuanfang versuchte. Im Jahr 1960 übertrug der Generalbundesanwalt mehrere Verfahren der Frankfurter Generalstaatsanwaltschaft. Bauer betrachtete sich aber nicht nur in diesen Fällen als zuständig, sondern eröffnete Verfahren auch gegen andere Beschuldigte, denn die Krankenmorde seien als ein Tatzusammenhang zu sehen.⁴ Man konzentrierte sich dabei allerdings einzig auf die »Aktion T4« und berücksichtigte weder die spätere »dezentrale Euthanasie« noch Verbindungen zur »Aktion Reinhardt«, dem Massenmord in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor und Treblinka, an dem »T4«-Personal maßgeblich beteiligt war. Frankfurt galt fortan als die zentrale Ermittlungsbehörde in Sachen NS-»Euthanasie«. Im Jahr 1961 hatte man bereits eine Liste mit 505 Namen von möglichen »T4«-Angehörigen erstellt.⁵

Der dritte Komplex war das Verfahren gegen Werner Heyde, den Obergutachter und zeitweiligen Leiter der »Aktion T4«. Die Geschichte dieses Prozesses wird im Folgenden ausführlicher behandelt. Es wird die Vorgeschichte des Prozesses skizziert und danach gefragt, wie im Zuge der Ermittlungen das nötige Sachwissen über die »Euthanasie«-Morde überhaupt angesammelt werden konnte. Schließlich wird dargestellt, mit welchen Argumenten Bauer in

² Christoph Schneider, *Diener des Rechts und der Vernichtung. Das Verfahren gegen die Teilnehmer der Konferenz von 1941 oder: Die Justiz gegen Fritz Bauer*, Frankfurt am Main, New York 2017.

³ Vgl. Johannes Warlo, »NSG-Verfahren in Frankfurt am Main. Versuche einer justitiellen Aufarbeitung der Vergangenheit«, in: Horst Henrichs, Karl Stephan (Hrsg.), *Ein Jahrhundert Frankfurter Justiz. Gerichtsgebäude A. 1889–1989*, Frankfurt am Main 1989, S. 155–183, und auch Michael Greve, *Die organisierte Vernichtung »lebensunwerten Lebens« im Rahmen der »Aktion T4«*, Dargestellt am Beispiel des Wirkens und der strafrechtlichen Verfolgung ausgewählter Tötungsärzte, Pfaffenweiler 1998, S. 101–104; Meusch, *Bauer*, S. 183.

⁴ Vgl. Meusch, *Bauer*, S. 185 f., 196.

⁵ Vgl. ebd., S. 187–191; Wojak, *Bauer*, S. 377.

seiner Anklageschrift die NS-»Euthanasie« sowohl in juristischer als auch in historischer Sicht beschrieb und beurteilte.

Die Person Werner Heydes ist zuerst von Ernst Klee in den 1980er Jahren in seinen wichtigen Büchern zur NS-»Euthanasie« behandelt worden.⁶ Später hat Klaus-Detlev Godau-Schüttke die Nachkriegskarriere Heydes erforscht.⁷ Auch in der inzwischen vielfältigen Forschungsliteratur zur NS-»Euthanasie« spielt Heyde aufgrund seiner herausgehobenen Stellung im Kontext der »Aktion T4« immer wieder eine Rolle. Die Geschichte des geplanten großen »Euthanasie«-Prozesses gegen ihn ist hingegen noch nicht auf empirischer Basis dargestellt worden. In diesem Beitrag sollen dazu erste Fragen und Thesen formuliert werden.

Werner Heyde alias Fritz Sawade

Werner Heyde, Jahrgang 1902, gehörte zu der von Michael Wildt so genannten »Generation des Unbedingten«.⁸ Nach Medizinstudium, Promotion und Habilitation übernahm er 1939 den Würzburger Lehrstuhl für Psychiatrie und Neurologie und wurde Direktor der Psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Würzburg. Seit 1933 gehörte Heyde der NSDAP an, seit 1936 der SS, für die er viele Funktionen ausübte, unter anderem als »Leiter der psychiatrischen Abteilung beim Führer der SS-Totenkopfverbände/Konzentrationslager«. In die Planung und Vorbereitung der »Aktion T4« war Heyde von Beginn an eingebunden, anschließend fungierte er als Obergutachter der Erwachsenen-»Euthanasie« – zuerst allein, dann neben einem zweiten Obergutachter. Er bestimmte also als höchste Instanz, welche Insassen der Heil- und Pflegeanstalten in den Tötungsanstalten der »Aktion T4« ermordet wurden. Von Mai 1940 bis Dezember 1941 war Werner Heyde zudem medizinischer Leiter des »Euthanasie«-Programms. Auf der erwähnten Berliner Konferenz im April 1941 war er es, der neben Viktor Brack, dem Verantwortlichen für »T4« innerhalb der Kanzlei des Führers, die Juristen über die »Euthanasie« informierte. Auch an der »Aktion 14f13«, der Ermordung von Konzentrationslagerhäftlingen in »T4«-Tötungszentren, war Heyde beteiligt.

Im Mai 1945 wurde Heyde als Leiter eines Lazarets der Waffen-SS verhaftet und von der britischen Militärregierung in ein

⁶ Ernst Klee, *»Euthanasie« im NS-Staat. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«*, Frankfurt am Main 1985; ders., *Was sie taten – was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- oder Judenmord*, Frankfurt am Main 1986.

⁷ Klaus-Detlev Godau-Schüttke, *Die Heyde/Sawade-Affäre. Wie Juristen und Mediziner den NS-Euthanasieprofessor Heyde nach 1945 deckten und straflos blieben*, Baden-Baden 1998.

⁸ Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

Internierungslager verbracht. Im Februar 1947 lieferte man ihn an die deutsche Justiz aus, und Heyde kam in Untersuchungshaft in Frankfurt, wo eine Strafanzeige der Staatsanwaltschaft gegen ihn vorlag, die im Kontext der frühen Ermittlungen gegen »T4«-Personal erstattet worden war. Im April 1947 wurde Heyde als Zeuge im Nürnberger Ärzteprozess geladen, dem ersten der Nürnberger Nachfolgeprozesse. Als man ihn in einem LKW zurück in die Frankfurter Untersuchungshaftanstalt transportierte, sprang er vom Wagen und floh.⁹

Damit begann die »Heyde/Sawade-Affäre«, ein Lehrstück über »zweite Karrieren« nach 1945, Korpsgeist und Schweigekartelle. Heyde ging nach Schleswig-Holstein, beschaffte sich falsche Papiere und arbeitete fortan unter dem Namen Fritz Sawade – zuerst als Gärtner, dann als Sportarzt in Flensburg.¹⁰ Heyde vertraute einem Internisten seine wahre Identität an, und dieser vermittelte ihn als Gutachter an das Oberversicherungsamt in Schleswig.¹¹ Jahrelang gutachtete Dr. Sawade nun als Neurologe für zahlreiche offizielle Stellen, auch für Entschädigungsämter und Gerichte.¹² Der Skandal, der später die Landespolitik erschütterte – wenn auch weitgehend folgenlos –, lag darin, dass zahlreiche Personen im Gesundheitswesen, in Politik und Justiz in Schleswig-Holstein über die wahre Identität des Dr. Sawade im Bilde waren und keinen Anlass zum Handeln sahen. Am Ende flog Heydes Tarnung auf, als ein Ordinarius für Innere Medizin, Professor Helmuth Reinwein, sich über die schleswig-holsteinische Justiz ärgerte, weil diese ihn nicht vor nächtlicher Ruhestörung durch lautstark feiernde studentische Verbindungen beschützte. In einem Gespräch mit einem Beamten der Staatskanzlei benannte Reinwein auch die Causa Heyde als Beleg für die Unfähigkeit der Behörden. Die Sache wurde damit aktenkundig, und die Gesundheitsabteilung im schleswig-holsteinischen Innenministerium verlangte von Dr. Sawade, seine Approbationsurkunde vorzulegen.¹³

Heyde, der keine Zulassungsurkunde vorzuweisen hatte, stellte sich am 12. November 1959 der Frankfurter Justiz. Er teilte mit, er sehe der juristischen Klärung zuversichtlich entgegen. Sein Anwalt erläuterte gegenüber der Presse, seinem Mandanten habe das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit seines Tuns gefehlt.¹⁴

9 Vgl. Godau-Schüttke, *Affäre*, S. 61.

10 Vgl. »Euthanasie« vor Gericht. *Die Anklageschrift des Generalstaatsanwalts beim OLG Frankfurt/M. gegen Dr. Werner Heyde u.a. vom 22. Mai 1962*, hrsg. von Thomas Vormbaum, Berlin 2005, S. 5.

11 Vgl. Warlo, »Verfahren«, S. 165.

12 Vgl. Claudia Fröhlich, *Wider die Tabuisierung des Ungehorsams. Fritz Bauers Widerstandsbegriff und die Aufarbeitung von NS-Verbrechen*, Frankfurt am Main, New York 2005, S. 302.

13 Ausführlich dazu: Godau-Schüttke, *Affäre*, S. 193–198.

14 Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 383.

Vorbereitung des Verfahrens

Weder die Staatsanwaltschaft Würzburg noch die in Flensburg zeigte allerdings Interesse daran, sich der Sache Heyde anzunehmen.¹⁵ So leitete Fritz Bauers Behörde das Ermittlungsverfahren ein, die Voruntersuchung wurde beim Landgericht Limburg anhängig gemacht, in dessen Zuständigkeitsbericht die ehemalige »T4«-Tötungsanstalt Hadamar lag. Im August 1960 übernahm Bauer auch ein Verfahren gegen den ehemaligen Leiter der »T4«-Büroabteilung, den im September 1959 verhafteten Rechtsanwalt Gerhard Bohne. Bohnes Verfahren führte Bauer mit dem Fall Heyde zusammen.¹⁶ Am 30. August 1960 stellte sich zudem Hans Hefelmann der Justiz, der als Leiter der Abteilung IIb in der Kanzlei des Führers maßgeblich an der Organisation der »Kindereuthanasie« und der »Aktion T4« beteiligt gewesen war.¹⁷ Auch sein Fall wurde mit dem Heyde-Verfahren verbunden.

Über die Vorbereitung des Prozesses, über die Bauer regelmäßig an den hessischen Ministerpräsidenten und Justizminister Georg August Zinn berichtete,¹⁸ lassen sich bislang nur einige Angaben machen. Eine Informationsquelle, mit der in Kontakt zu treten ebenso heikel wie ungewöhnlich war, war die Generalstaatsanwaltschaft der DDR. Üblicherweise folgten bundesdeutsche Stellen deren Einladungen nicht, in Ostberlin Dokumente einzusehen. Das Land Hessen ging in dieser Frage eigene Wege. Im Jahr 1959 nahm das Justizministerium Kontakt mit dem Ausschuss für deutsche Einheit auf und nahm Einblick in Dokumente in Ostberlin.¹⁹ Beamte der hessischen Justizverwaltung reisten mindestens dreimal nach Ostberlin; das umstrittene Vorgehen wurde von Zinn in seiner Funktion als Justizminister verteidigt.

Im April 1960 wandte sich Fritz Bauer auch in Sachen Heyde mit der Bitte um Rechtshilfe an die Generalstaatsanwaltschaft der DDR. Es ging ihm um Adressen von Zeugen, doch er erhielt keine verwertbaren Angaben.²⁰ Im April 1963 reisten hessische Staatsanwälte auf Betreiben Bauers nach Ostberlin und sahen Dokumente für das Verfahren gegen Heyde ein; dies war die erste Reise bundesdeutscher Staatsanwälte in die DDR. Anfang September 1963 überbrachten zwei Angehörige der Generalstaatsanwaltschaft der DDR dem Oberstaatsanwalt in Limburg 500 Blatt Dokumente für den Heyde-Prozess. Am ersten Verhandlungstag erschienen erneut

15 Vgl. Fröhlich, *Widerstandsbegriff*, S. 308; Meusch, *Bauer*, S. 183.

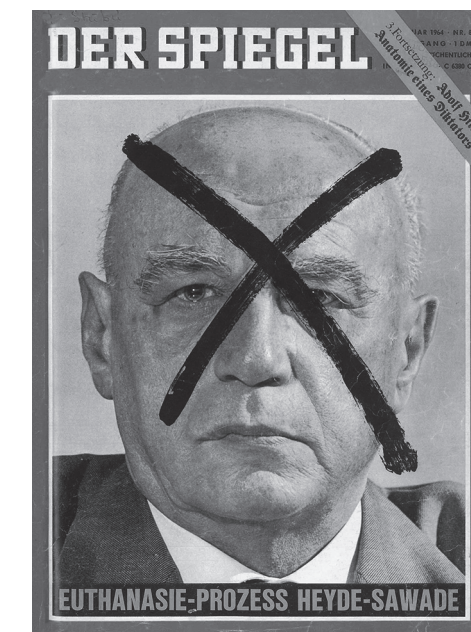
16 Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 382; Fröhlich, *Widerstandsbegriff*, S. 288 f.

17 Vgl. Fröhlich, *Widerstandsbegriff*, S. 359.

18 Vgl. ebd., S. 320; Meusch, *Bauer*, S. 185.

19 Vgl. Meusch, *Bauer*, S. 325–327.

20 Vgl. Katharina Rauschenberger, »Friedrich Karl Kaul. Ein DDR-Anwalt in westdeutschen »Euthanasie«-Prozessen«: in: Jörg Osterloh, Jan-Erik Schulte (Hrsg.), *Von der Euthanasie zum Holocaust. Parallelität oder Kausalität?*, Paderborn 2021, S. 385–406.



Ganz links: Buchcover, Bert Honolka, *Die Kreuzelschreiber. Ärzte ohne Gewissen. Euthanasie im Dritten Reich*, Hamburg 1961.

Links: Wenige Tage nach dem Selbstmord Werner Heydes berichtete der Spiegel am 17. Februar 1964 in einer Titelgeschichte über die »Euthanasie« im NS-Staat und über die Heyde-Sawade-Affäre.

Unten: Fritz Bauer gab am 13. Februar 1964 auf einer Pressekonferenz in Frankfurt am Main den Tod Werner Heydes bekannt. Foto: picture alliance / Roland Witschel



zwei Staatsanwälte der DDR und übergaben weitere 2.000 Blatt Dokumente, die Frankfurter Staatsanwälte zuvor in Ostberlin ausgewählt hatten. Das Material stammte vom Ministerium für Staatssicherheit.²¹ Geplant war auch, dass der Ostberliner Rechtsanwalt und DDR-Fernsehstar Friedrich Karl Kaul in dem Limburger Prozess als Nebenkläger fungieren sollte, so wie er es in einer Reihe anderer Verfahren ebenfalls getan hatte, auch im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess. Kaul hatte das propagandistische Potenzial des Heyde-Sawade-Falles sofort erkannt und für das DDR-Fernsehen eigens einen Film mit dem Titel DIE AFFÄRE HEYDE-SAWADE (1963) produziert.

Ein weiteres Mittel, das Bauer nutzte, waren Gutachten. Bereits für den Remer-Prozess in Braunschweig 1952 hatte er vier Gutachten von Theologen und einem General erbeten, die bestätigten, dass das Handeln der Attentäter des 20. Juli keinen Vaterlandsverrat dargestellt habe.²² Sieben für den Auschwitz-Prozess angefertigte historische Gutachten wurden 1965 unter dem Titel *Anatomie des SS-Staates* sogar in Buchform veröffentlicht und bildeten eine wesentliche Quelle des Wissens über das Vernichtungslager und die Umsetzung der sogenannten Endlösung der Judenfrage.²³

Auch für die Verfahren in Sachen NS-»Euthanasie« erbat Fritz Bauer Gutachten. Im September 1962 erhielt er eines von dem Psychiatrieprofessor Franz J. Kallmann, der 1936 aus Deutschland emigriert war und nun an der Columbia University in New York lehrte. Kallmann legte dar, dass die rassenhygienischen Maßnahmen der Nationalsozialisten keine wissenschaftliche Berechtigung hatten. Drei weitere Gutachten erhielt Bauer zur Haltung der beiden Kirchen zur »Euthanasie«, verfasst von den Theologen Ernst Wolf, Ernst Wilm und Rupert Angermair.²⁴

Vor allem musste es der Generalstaatsanwaltschaft darum gehen, die historischen Fakten zusammenzutragen, die in der Anklageschrift eine Rolle spielen sollten. Die Quellen, auf die man sich zum Thema der »Aktion T4« stützen konnte, waren allerdings spärlich. Eine Möglichkeit bestand darin, die Prozessakten der frühen in Hessen geführten Verfahren heranzuziehen, etwa die des Hadamar-Prozesses. Zudem nutzte man Dokumente des Ärzteprozesses in Nürnberg. Hier waren insbesondere die Aussagen von Karl Brandt interessant, Hitlers ehemaligem Leibarzt, der durch das Ermächtigungsschreiben vom Herbst 1939 zusammen mit Philipp Bouhler mit der Durchführung der »Euthanasie« beauftragt wurde.

21 Vgl. Meusch, *Bauer*, S. 103, 136, 189, 327.

22 Vgl. Claudia Fröhlich, »Der Braunschweiger Remer-Prozess 1952. Zum Umgang mit dem Widerstand gegen den NS-Staat in der frühen Bundesrepublik«, in: KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.), *Schuldig. NS-Verbrechen vor deutschen Gerichten*, Bremen 2005, S. 17–28.

23 Hans Buchheim u.a., *Anatomie des SS-Staates*, 2 Bde., Freiburg 1965.

24 Vgl. Meusch, *Bauer*, S. 178 f.

Forschung und Ermittlung

Ergebnisse historischer oder sonstiger Forschung zur »Aktion T4« gab es hingegen noch kaum. Das bekannteste Buch zum Thema war die Dokumentation des Nürnberger Ärzteprozesses, die Alexander Mitscherlich und Fred Mielke 1949 unter dem Titel *Wissenschaft ohne Menschlichkeit* publiziert hatten.²⁵ Mitscherlich hatte seinerzeit als Leiter einer Ärztekommision fungiert, die im Auftrag der Ärztekammern den Prozess beobachten sollte. Das aus der Sicht der Auftraggeber unerwartet kritische Buch blieb nach seinem Erscheinen derart ohne Echo, dass Mitscherlich später – fälschlich – vermutete, die Ärztekammern hätten die Gesamtauflage aufgekauft und verschwinden lassen. Im Jahr 1960 wurde es auf Initiative des Verlegers Gottfried Bermann Fischer unter dem Titel *Medizin ohne Menschlichkeit* neu aufgelegt und avancierte nun zum Bestseller.²⁶ Mitscherlichs Dokumentation war damit die einzige weit verbreitete Publikation zum Thema. Die »Aktion T4« spielte allerdings in den darin veröffentlichten und kommentierten Quellen eine weniger große Rolle als die Humanversuche, die im Sinne wehrwissenschaftlicher Zweckforschung in den Konzentrationslagern gemacht worden waren.

Ebenfalls Mitglied der kleinen Mitscherlich-Kommission in Nürnberg war die Ärztin Alice Platen-Hallermund gewesen, die 1948 ein eigenes schmales Buch unter dem Titel *Die Tötung Geisteskranker in Deutschland*²⁷ publiziert hatte. Hier war das Augenmerk stärker auf die »Euthanasie« gerichtet, allerdings hatte auch dieses Buch keine große Bekanntheit erlangt, erst 1993 erschien es in einer neuen Auflage. In der für den Heyde-Prozess erstellten Anklageschrift wurde es nicht zitiert und in den Vorenmittlungen offenbar nicht konsultiert.

Im Mai 1961 hatte der Journalist Bert Honolka im *Spiegel* einen langen Artikel unter dem Titel »Die Kreuzelschreiber« veröffentlicht, in dem er in groben Zügen die Durchführung der Krankenmorde skizzierte.²⁸ Anlass waren zum einen die Enttarnung Heydes und das bevorstehende Verfahren gegen ihn, das, wie Honolka schrieb, »demnächst in Deutschland kaum geringeres Aufsehen erregen wird als das israelische Eichmann-Verfahren in der übrigen Welt«. Zum anderen ging es Honolka um die an der »Euthanasie« beteiligten Ärzte und Professoren, die nach 1945 ihre Karrieren fortgesetzt

25 Alexander Mitscherlich, Fred Mielke, *Wissenschaft ohne Menschlichkeit. Medizinische und eugenische Irrwege unter Diktatur, Bürokratie und Krieg*, Heidelberg 1949.

26 Alexander Mitscherlich, Fred Mielke, *Medizin ohne Menschlichkeit*, Frankfurt am Main 1960.

27 Alice Platen-Hallermund, *Die Tötung Geisteskranker in Deutschland. Aus der Deutschen Ärztekommision beim Amerikanischen Militärgericht*, Frankfurt am Main 1948.

28 Bert Honolka, »Die Kreuzelschreiber«, in: *Der Spiegel*, Nr. 19 (1961), S. 35–44.

hatten. Er nannte unter anderem die Namen »Dr. Werner Catel (damals Leipzig, nach dem Kriege Kiel)« und »Dr. Berthold Franz Kihn (damals Jena, heute Erlangen)«. Im Herbst 1961 publizierte er ein Taschenbuch unter dem Titel *Die Kreuzelschreiber. Ärzte ohne Gewissen. Euthanasie im Dritten Reich*.²⁹ Auf dem Cover war ein Foto abgebildet, das Werner Heyde in dem Moment zeigte, als er in Untersuchungshaft gebracht wurde. Als Nachwort nahm Honolka einen unterstützenden Brief Alexander Mitscherlichs auf, mit dem er in Kontakt stand.

Mitscherlich entwickelte in der folgenden Zeit den Plan, dass Honolka im Heyde-Verfahren, wie er selbst 15 Jahre zuvor in Nürnberg, als Prozessbeobachter fungieren sollte. Ein Vertrag mit dem Fischer Verlag über ein von Honolka zu verfassendes Buch wurde geschlossen und ein Platz im Gerichtssaal reserviert.³⁰ Die Bundesärztekammer sagte für das Buchprojekt wiederum ihre Unterstützung zu.³¹ Auch Tobias Brocher, Stellvertreter Mitscherlichs am Sigmund-Freud-Institut und Professor für Sozialpsychologie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, war als Prozessbeobachter vorgesehen.

Im Mai 1962 lag schließlich die Anklageschrift vor – ein in vieler Hinsicht eindrucksvolles, 833 Seiten umfassendes Dokument. Werner Heyde wurde angeklagt, »durch eine im Sinne natürlicher Betrachtung einheitliche Handlung als sogenannter »Obergutachter« und ab Sommer 1940 auch als Leiter der Tamorganisation »T4« [...] heimtückisch, grausam und mit Überlegung mindestens 100.000 Menschen getötet zu haben«. ³² Gerhard Bohne wurde der Tod von mindestens 15.000 Menschen zur Last gelegt, Hans Hefelmann wurde beschuldigt, etwa 70.000 erwachsene Menschen und mindestens 5.000 Kinder getötet zu haben.³³ Die Anklageschrift nannte die Namen von 274 Zeugen, darunter 32 ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Dachau und acht ehemalige Häftlinge anderer Lager. Lediglich vier Angehörige von Opfern waren angegeben.

Die Anklage

Die Anklageschrift war nicht weniger als eine historische Dokumentation der NS-»Euthanasie«. Beginnend bei den ideologischen

29 Bert Honolka, *Die Kreuzelschreiber. Ärzte ohne Gewissen. Euthanasie im Dritten Reich*, Hamburg 1961.

30 Vgl. Tobias Freimüller, *Alexander Mitscherlich. Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse nach Hitler*, Göttingen 2007, S. 277–282.

31 Vgl. Josef Stockhausen, »Tätigkeitsbericht 1962/63 der Bundesärztekammer – Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern«, in: *Ärztliche Mitteilungen*, 60 (1963), S. 1451–1504, hier: S. 1473. Ich danke Jens Kolata für den Hinweis.

32 *Anklageschrift*, S. XXII.

33 Vgl. *Anklageschrift*, S. XXIV.

Grundlagen der Rassenhygiene und deren Niederschlag in Hitlers *Mein Kampf* über die nationalsozialistische Erbgesundheitspropaganda und die »Rasengesetzgebung« des NS-Staates wurden alsdann die verschiedenen Tatkomplexe detailliert rekonstruiert – die »sogenannte »Kinderaktion«« und die Einrichtung der Kinderfachabteilungen, die Vorbereitung und Durchführung der »Aktion T4« und auch die »Aktion 14f13«, über die noch wenig gesicherte Erkenntnisse vorlagen. Der Hauptangeklagte Heyde war im Herbst 1961 ausführlich vernommen worden, er hatte allerdings angekündigt, sich zu den Vorwürfen erst in der Hauptverhandlung äußern zu wollen.

In der rechtlichen Würdigung argumentierte die Anklageschrift, dass die »Aktion T4« und die »Sonderbehandlung 14f13« objektiv rechtswidrig gewesen seien und den Tatbestand des Mordes nach § 211 StGB erfüllten. Es habe kein Gesetz und keine Anordnung als Rechtsgrundlage existiert. Ausführlich ging es um das Ermächtigungsschreiben Hitlers von 1939. Dieses »Geheim-Schreiben« sei deshalb rechtsunverbindlich, weil Hitler es als Führer der NSDAP und nicht in seiner Funktion als Regierungschef verfasst habe. Dies sei schon daran erkennbar, dass das abgedruckte Hoheitszeichen das der NSDAP und nicht das des Staates sei. Der Adler blickte nämlich nach rechts und nicht nach links. Ein weiteres Argument lautete, dass Hitler bis zum Beschluss des Großdeutschen Reichstages vom 26. April 1942, der dem Führer für die Kriegszeit die umfassende Macht und Befehlsgewalt erteilte, noch keine »absolute Macht über Leben und Tod jedes Deutschen« gehabt habe und es ihm deshalb zuvor nicht möglich gewesen sei, »Rechtsnormen mit Gesetzes- oder gesetzesgleicher Kraft [zu] erlassen«. ³⁴ Aber selbst wenn ein »Euthanasie«-Gesetz existiert hätte, wären die Tötungen nicht gesetzmäßig gewesen, »weil ein solches Gesetz oder ein solcher Obrigkeitsakt jene rechtlichen Grundsätze verletzt haben würde, die unabhängig von jeder staatlichen Anerkennung gelten und stärker sind als ihnen entgegenstehende Obrigkeitsakte«. ³⁵

Als Tatbestandsmerkmale nannte die Anklageschrift »niedrige Beweggründe, heimtückisch, grausam und Handeln mit Überlegung«. ³⁶ Von großer Bedeutung war, dass die Massentötungen »nach natürlicher Betrachtung [als] eine Tat im Rechtssinn« ³⁷ definiert wurden, um der später von Bauer im Hinblick auf den Auschwitz-Prozess beklagten »Atomisierung« des historischen Geschehens in kleine und kleinste Einzeltaten entgegenzuwirken. ³⁸ Die »Euthanasie«, so argumentierte die Anklageschrift, wurde ausgelöst

34 *Anklageschrift*, S. 404 f.

35 *Anklageschrift*, S. 411.

36 Ebd.

37 *Anklageschrift*, S. 415.

38 Vgl. auch Wojak, *Bauer*, S. 384.

von einer einzigen Willensbekundung Hitlers, und sie blieb auch weiterhin ganz abhängig von dem Willen des »Führers«, wie sich 1941 zeige, als Hitler den Stopp der »Aktion T4« befahl. Die Angeschuldigten wurden nicht als Gehilfen, sondern als Mittäter angeklagt.³⁹ Eine Gehorsampflicht habe nicht bestanden, und die Angeklagten hätten freiwillig gehandelt. Als gebildete Akademiker hätten sie erkennen müssen, dass die Massentötungen nicht gerechtfertigt waren. »Der Unrechtsgehalt dieser Massentötungen drängt sich jedem anständig und gerecht denkenden Menschen in einem solchen Maße auf, dass für einen Verbotsirrtum des Angeschuldigten hier kein Raum bleiben konnte.«⁴⁰

Derart vorbereitet, versprach das Verfahren gegen Heyde und die Mitangeklagten zusammen mit dem Auschwitz-Prozess »die größte öffentliche Abrechnung bundesdeutscher Justiz mit dem NS-Regime« zu werden.⁴¹ Im März 1963 wurde das Verfahren gegen den 1960 verhafteten Friedrich Tillmann, Gerhard Bohnes Nachfolger als Geschäftsführer der »T4«, mit dem Fall Heyde verbunden.⁴² Nunmehr warteten vier Angeklagte auf den Prozess, doch dabei blieb es nicht lange. Gerhard Bohne beantragte erfolgreich Haftverschonung und floh nach Argentinien. Dort konnte er zwar 1964 verhaftet werden, doch erst 1966 wurde er von dort in die Bundesrepublik ausgeliefert.⁴³

Das Scheitern des Prozesses

Im August 1963 wurde Werner Heyde in die Strafanstalt Butzbach verlegt. Wegen einer vermuteten Suizidgefahr ordnete man verstärkte Sicherheitsmaßnahmen an.⁴⁴ Der *Spiegel* wusste: »Heyde erhielt Tabletten nur noch in Pulverform, nachdem er in Limburg die ihm zugeteilten Tabletten gehortet hatte; er musste sein Essbesteck nach jedem Gebrauch abgeben.«⁴⁵ Johannes Warlo, damals als Staatsanwalt in Bauers Behörde wesentlich mit den »Euthanasie«-Verfahren befasst, erinnert sich zudem an einen Fluchtplan Heydes, der im Herbst 1963 vereitelt worden sei.⁴⁶

Der Prozess gegen Heyde, Hefelmann und Tillmann sollte schließlich am 18. Februar 1964 beginnen. 80.000 Seiten Prozessakten waren zusammengetragen, sieben Monate sollte das Verfahren dauern, 300 Zeugen waren geladen, 100 Journalisten hatten sich angesagt.

.....

³⁹ Vgl. *Anklageschrift*, S. 417.

⁴⁰ *Anklageschrift*, S. 422.

⁴¹ »Handvoll Asche«, in: *Der Spiegel*, Nr. 8 (1964), S. 28–38, hier: S. 28.

⁴² Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 384.

⁴³ Vgl. Warlo, »Verfahren«, S. 167; Wojak, *Bauer*, S. 385 f.

⁴⁴ Vgl. Fröhlich, *Widerstandsbegriff*, S. 355.

⁴⁵ »Handvoll Asche«, S. 28–38, hier: S. 29.

⁴⁶ Vgl. Warlo, »Verfahren«, S. 168.

Am 12. Februar stürzte Friedrich Tillmann, dem bereits seit 1961 Haftverschonung gewährt wurde, aus dem Fenster eines Kölner Hochhauses. Ob es sich um einen Suizid handelte, ist unklar.⁴⁷ Am folgenden Tag, dem 13. Februar 1964, erhängte sich Werner Heyde mit seinem Gürtel am Heizkörper in seiner Zelle. Er hinterließ einen langen Abschiedsbrief, in dem er seinen Selbstmord als Akt des Protests erklärte: »Protest als einziges mir verbleibendes Mittel gegen die widerwärtige Heuchelei, mit der die Macher der angeblichen öffentlichen Meinung, die staatlichen Stellen und leider auch die Justiz vorgehen in der Klärung der Vergangenheit.« Er war unverändert der Auffassung, sich »weder juristisch noch moralisch schuldig gemacht zu haben.«⁴⁸ Scharf ging Heyde mit Fritz Bauer ins Gericht, der das Verfahren gierig an sich gezogen habe, öffentlich Behauptungen als Tatsachen hinstelle und dessen Anklageschrift elementar gegen geltendes Recht verstoße, da dort nicht auch das für den Angeklagten Sprechende niedergeschrieben worden sei. »Es kamen die dauernden Beeinflussungen der Öffentlichkeit durch Herrn Bauer im Rundfunk und in Vorträgen, in denen er in so billiger Weise zu den Problemen Stellung nimmt und dabei pathetisch erklärt, er sei frei von Rachegefühlen und es gehe ihm nur um das Recht, während sein ganzes Verhalten beweist, dass er ganz außerstande ist, sachlich zu sein, dass er das deutsche Volk immer wieder auch jetzt noch zu diffamieren sucht und die Machtmittel seiner Dienststellung sehr eigenartig und sehr einseitig benutzt.«

Zu seiner Beteiligung an der »Aktion T4« erklärte Heyde, er habe sich nach der Teilnahme nicht gedrängt und das Programm wäre auch ohne seine Mitwirkung durchgeführt worden. Es sei darum gegangen, das sinnlose Dasein von »Wesen« zu beenden, »die wie bei der von mir nicht zu vertretenden Kindereuthanasie entweder nie Menschen werden konnten oder denen wie bei den Erwachsenen das spezifisch Menschliche unwiederbringlich verloren gegangen war«. Über die moralische Berechtigung der »Euthanasie« werde man noch lange streiten, aber an deren Legalität hätten nach Heydes Auffassung die Beteiligten keinen plausiblen Zweifel hegen können, wenn doch die offiziellen Besprechungen in der Kanzlei des Führers und im Reichsinnenministerium stattfanden und ein Ermächtigungsschreiben des Führers vorlag. Er habe stets nach klaren Richtlinien als Obergutachter die Vorgutachten überprüft. »Vor Gott trete ich gefasst und unterwerfe mich seinem Spruch. Ich habe nichts Böses gewollt, soweit ich das nach ehrlicher Selbstprüfung als Mensch zu beurteilen vermag.«

Der große »Euthanasie«-Prozess war geplatzt. Fritz Bauer vermutete eine »stillschweigende Übereinkunft«, dass das Verfahren nicht stattfinden sollte. Gegenüber dem hessischen Justizminister erklärte er, bereits im Oktober 1963 habe ihm einer der Anwälte

.....

⁴⁷ Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 386; Klee, *Was sie taten*.

⁴⁸ Zit. nach Godau-Schüttke, *Affäre*, S. 235 f. Folgende Zitate ebd.

Heydes dies sinngemäß gesagt. Als am 18. Februar 1964 die Hauptverhandlung eröffnet wurde, erschien Hans Hefelmann als letzter verbliebener Angeklagter. Das Verfahren gegen ihn wurde bald wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt.⁴⁹ Der Direktor der Neurologischen Klinik am Universitätsklinikum Gießen hatte ihm eine Erkrankung des zentralen Nervensystems attestiert und eine Lebenserwartung von zwei Jahren vorausgesagt.⁵⁰ Hefelmann starb 1986 in München.

Katastrophale Bilanz

Das eingangs angesprochene »Schlegelberger-Verfahren« wurde zwei Jahre nach Fritz Bauers überraschendem Tod 1970 eingestellt. Und auch die übrigen »Euthanasie«-Prozesse verliefen nicht in Fritz Bauers Sinn. Von besonderer Bedeutung war das Verfahren gegen Dietrich Allers, ehemals Geschäftsführer der Zentraldienststelle »T4«, gegen Reinhold Vorberg, den früheren Geschäftsführer der Gemeinnützigen Krankentransport GmbH (Gekrat), die den Transport der Opfer in die Vergasungsanstalten organisierte, gegen Adolf Kaufmann, den Leiter der »T4«-Inspektionsabteilung, und gegen den unterdessen aus Argentinien ausgelieferten Gerhard Bohne.⁵¹ Diese Angeklagten stellten die administrative Spitze der »T4«-Aktion dar.

Die Hauptverhandlung begann im April 1967 noch zu Bauers Lebzeiten. Adolf Kaufmann und Gerhard Bohne wurden im Prozessverlauf als verhandlungsunfähig erklärt.⁵² Das Verfahren, das öffentlich kaum Aufmerksamkeit fand, endete im Dezember 1968 tatsächlich mit Schuldsprüchen. Dietrich Allers wurde zu acht Jahren, Reinhold Vorberg zu zehn Jahren Haft verurteilt.⁵³ Johannes Warlo kommentierte dies Jahrzehnte später bitter: »Die wurden, soweit sie verurteilt wurden, nur wegen Beihilfe verurteilt. Haupttäter waren nur Hitler und Himmler, wobei man sagen muss, dass sich Himmler wahrscheinlich auf die Haupttäterschaft Hitlers berufen hätte.«⁵⁴

Gegen Hans-Joachim Becker, den Leiter der Zentralverrechnungsstelle Heil- und Pflegeanstalten und Büroleiter der Tötungsanstalt Hartheim in Österreich, gegen Robert Lorent, den Leiter der

.....

⁴⁹ Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 385 f.

⁵⁰ Vgl. Warlo, »Verfahren«, S. 168.-

⁵¹ Vgl. Meusch, *Bauer*, S. 187

⁵² Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 386.

⁵³ Vgl. Anita Burkhardt, *Das NS-Euthanasie-Unrecht vor den Schranken der Justiz. Eine strafrechtliche Analyse*, Tübingen 2015, S. 498–500; Klee, *Was sie taten*, S. 75; Meusch, *Bauer*, S. 187 f.; Warlo, »Verfahren«, S. 170; Wojak, *Bauer*, S. 395.

⁵⁴ Christoph Schneider, »Die Bilanz kann nicht zufriedenstellen. Ein Gespräch mit OstA a.D. Johannes Warlo«, in: *Kritische Justiz*, 48 (2015), Nr. 3, S. 340–350, hier: S. 345.

»T4«-Wirtschaftsabteilung, und den Arzt Georg Renno wurde im November 1967 Anklage erhoben,⁵⁵ die Hauptverhandlung begann 1969. Wegen einer Blinddarmoperation wurde der Fall Rennos abgetrennt, der fortan als verhandlungsunfähig galt.⁵⁶ Im Mai 1970 ergingen Urteile gegen Hans-Joachim Becker und Robert Lorent, sie lauteten zehn und sieben Jahre Haft.⁵⁷

Im September 1970 begann vor dem Landgericht Frankfurt ein Prozess gegen Horst Schumann, ehemals »T4«-Arzt in den Anstalten Grafeneck und Pirna-Sonnenstein. Im Rahmen der »Aktion 14f13« hatte Schumann Häftlinge in mehreren Konzentrationslagern selektiert, unter anderem in Auschwitz, wo er auch an Sterilisationsversuchen beteiligt war. Im Jahr 1951 war er aus Deutschland geflohen und hatte in mehreren afrikanischen Staaten gelebt, bis er 1966 in die Bundesrepublik ausgeliefert wurde.⁵⁸ Das Verfahren gegen ihn wurde 1972 wegen Verhandlungsunfähigkeit eingestellt.⁵⁹ Schumann lebte bis zu seinem Tod 1983 in Frankfurt am Main.⁶⁰

Das letzte Verfahren, auch als Frankfurter Euthanasieprozess bezeichnet, wurde gegen die »T4«-Ärzte Aquilin Ullrich,⁶¹ Heinrich Bunke,⁶² Klaus Endrueit⁶³ und Kurt Borm geführt. Die Hauptverhandlung begann im Oktober 1966. Der Fall Borm wurde abgetrennt wegen des Verdachts auf zusätzliche Beteiligung an der »Aktion 14f13«. ⁶⁴ Nach 57 Verhandlungstagen wurden die drei Angeklagten aus Mangel an Beweisen freigesprochen, im Gerichtssaal ertönte Applaus.⁶⁵ Im August 1970 hob der Bundesgerichtshof die Urteile zwar auf, aber ein Revisionsverfahren kam nicht zustande, weil alle drei Ärzte – obwohl sie weiter praktizierten – verhandlungsunfähig waren.⁶⁶

Kurt Borm wurde 1972 ebenfalls freigesprochen, in seinem Fall lehnte der Bundesgerichtshof eine Revision allerdings ab, was

.....

⁵⁵ Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 395 f.

⁵⁶ Vgl. Warlo, »Verfahren«, S. 173.

⁵⁷ Vgl. Meusch, *Bauer*, S. 188.

⁵⁸ Ausführlicher zu Schumann: Boris Böhm, »Täter mit ruhigem Gewissen? Zur Biographie des Leiters der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein Dr. Horst Schumann (1906–1983)«, in: Ders., Norbert Haase (Hrsg.), *Täterschaft – Schuldverfolgung – Schuldentlastung. Ärztebiographien zwischen nationalsozialistischer Gewalt-herrschaft und deutscher Nachkriegsgeschichte*, Leipzig 2007, S. 119–134.

⁵⁹ Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 396.

⁶⁰ Vgl. Warlo, »Verfahren«, S. 175.

⁶¹ Vgl. Greve, *Vernichtung*, S. 15 f.

⁶² Zu Bunke: Ebd., S. 17; Wojak, *Bauer*, S. 389.

⁶³ Zu Endrueit: Greve, *Vernichtung*, S. 17 f.

⁶⁴ Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 389.

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 393. Hierzu auch Burkhardt, *Justiz*, S. 493 f., und Willi Dreßen, »NS-»Euthanasie« in der Bundesrepublik Deutschland im Wandel der Zeit«, in: Hanno Loewy, Bettina Winter (Hrsg.), *NS-»Euthanasie« vor Gericht. Fritz Bauer und die Grenzen juristischer Bewältigung*, Frankfurt am Main, New York 1996, S. 49–54; Greve, *Vernichtung*, S. 106–111.

⁶⁶ Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 394.

öffentlich als Skandal wahrgenommen wurde. In einem offenen Brief protestierten viele Prominente gegen die Entscheidung.⁶⁷ Der letzte Akt war ein Revisionsverfahren gegen Aquilin Ullrich und Heinrich Bunke, die im Mai 1987 vom Landgericht Frankfurt zu vier Jahren Haft wegen Beihilfe zum Mord verurteilt wurden. Der Bundesgerichtshof setzte das Strafmaß auf die Mindeststrafe von drei Jahren herab.⁶⁸

Die Gesamtbilanz der »Euthanasie«-Verfahren war damit »katastrophal«.⁶⁹ Wie es auch für andere NSG-Verfahren zu konstatieren ist, schwand in den 1970er Jahren das öffentliche Interesse, die Gerichte verurteilten vermehrt nur noch wegen Beihilfe, und die Strafen lagen oft nur knapp oberhalb der Mindeststrafe von drei Jahren.⁷⁰ Hinzu trat das eklatante Problem der häufigen Feststellung von Verhandlungsunfähigkeit. Das Verfahren gegen Werner Heyde hätte schon aufgrund der leitenden Funktion des Hauptangeklagten innerhalb der »Aktion T4« eine besondere Funktion gehabt und erhebliche öffentliche Wirkung entfalten können. Die voluminöse Anklageschrift, die lange Zeit als »Standardwerk«⁷¹ galt für alle, die sich über die Krankenmorde im NS-Staat informieren wollten, deutet an, wie die Verhandlung die Vorgeschichte, Planung und Durchführung der »Euthanasie« zum Thema hätte werden lassen können. Der Hauptangeklagte, ein ehemals hochangesehener Universitätsprofessor, hätte die enge Verbindung der vorgeblich unpolitischen Wissenschaft zur Mordpraxis des NS-Regimes verkörpert. In seiner Wirkung wäre dieser Prozess womöglich mit dem ersten Auschwitz-Prozess vergleichbar gewesen.

Einige Wirkung entfaltete der gescheiterte Prozess immerhin insofern, als er Türöffner für Publikationen zum Thema der NS-»Euthanasie« wurde. Bereits Bert Honolkas Buch *Die Kreuzschreiber* war erklärtermaßen vom Fall Heyde angeregt worden. Im Jahr 1965 erschien – mit einem Geleitwort von Karl Jaspers – der Band *Selektion in der Heilanstalt 1939–1945* des Psychiaters Gerhard Schmidt.⁷² Schmidt war 1945 als kommissarischer Leiter der Heil- und Pflegeanstalt Egelfing/Haar bei München eingesetzt worden und hatte, erschrocken über die Zustände, die er dort vorfand, die Geschehnisse der Kriegsjahre so gut wie möglich rekonstruiert und niedergeschrieben. Es ging dabei vor allem um die dezentrale »Euthanasie« nach 1941. Zwanzig Jahre fand Schmidt keinen Verleger für sein Manuskript. Erst jetzt, im Zusammenhang mit dem Heyde-Prozess, konnte es publiziert werden. Im selben Jahr

67 Vgl. Dreßen, »Euthanasie«, S. 46–48; Wojak, *Bauer*, S. 394. Dazu auch Burkhardt, *Justiz*, S. 398–401, 496–498, 509–512.

68 Vgl. Wojak, *Bauer*, S. 397. Dazu auch Burkhardt, *Justiz*, S. 494 f.; Greve, *Vernichtung*, S. 115–126.

69 Wojak, *Bauer*, S. 396.

70 Vgl. Burkhardt, *Justiz*, S. 367.

71 Wojak, *Bauer*, S. 384.

72 Gerhard Schmidt, *Selektion in der Heilanstalt 1939–1945*, Stuttgart 1965.

erschien ein 55 Seiten schmales Buch des Marburger Professors für Gerichts- und Sozialpsychiatrie Helmut Ehrhardt unter dem Titel *Euthanasie und Vernichtung »lebensunwerten« Lebens*.⁷³ Es war die erweiterte Fassung eines Vortrags, den Ehrhardt im Mai 1964 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain auf einer Tagung zum Thema »Gefährdetes Leben« gehalten hatte. Eine wesentliche Quelle, die er genutzt hatte, war die Anklageschrift des Heyde-Verfahrens. In der DDR publizierte Friedrich Karl Kaul mehrfach über die nationalsozialistische »Euthanasie«-Aktion und die Beteiligung der Psychiatrie.⁷⁴

Die akademische Geschichtswissenschaft wandte sich dem Thema der NS-»Euthanasie« allerdings nicht zu. Einzig in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* des Münchner Instituts für Zeitgeschichte erschien 1967 ein Aufsatz mit dem Titel »Nationalsozialismus und Lebensvernichtung«, in dem die Entwicklung und Radikalisierung der Eugenik und der Rassenhygiene seit dem 19. Jahrhundert sowie die NS-Medizinverbrechen knapp beschrieben wurden. Der Autor war allerdings kein Historiker, sondern der Psychiater Klaus Dörner.⁷⁵ Es ist rückblickend schwer verständlich, warum sich die Geschichtswissenschaft dem Thema über Jahrzehnte nicht zuwandte und es engagierten Autoren wie Dörner, Ernst Klee, Götz Aly und anderen überließ, in den 1980er Jahren mit empirischer Forschung überhaupt erst zu beginnen.

Fazit

Dass Fritz Bauer sich und seiner Behörde die NS-»Euthanasie« als Untersuchungskomplex zusätzlich und parallel zu den Vorbereitungen des Auschwitz-Prozesses zumutete, mag erstaunen.⁷⁶ Tatsächlich sind die Umstände und Beweggründe noch nicht restlos klar und bedürfen weiterer Recherche. Offenbar entwickelte Bauer früh ein Bewusstsein dafür, dass die Morde in den Heil- und Pflegeanstalten einen zentralen Komplex der NS-Verbrechen darstellten. Literatur lag dazu Ende der 1950er Jahre praktisch nicht vor. Allerdings hatten sowohl der Nürnberger Ärzteprozess als auch die frühen Nachkriegsverfahren in Hessen Dokumente produziert und die wichtigsten historischen Zusammenhänge so weit erhellt, dass man sich ein Bild machen konnte, wenn man dies wollte. Weiterer

73 Helmut Ehrhardt, *Euthanasie und Vernichtung »lebensunwerten« Lebens*, Stuttgart 1965.

74 Vgl. unter anderem Friedrich Karl Kaul, *Ärzte in Auschwitz*, Berlin (Ost) 1968; ders., *Dr. Sawade macht Karriere*, Frankfurt am Main 1971; ders., *Nazimordaktion T4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes*, Berlin (Ost) 1973; ders., *Die Psychiatrie im Strudel der »Euthanasie«*, Frankfurt am Main 1979.

75 Klaus Dörner, »Nationalsozialismus und Lebensvernichtung«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 15 (1967), H. 2, S. 121–152.

76 In diesem Sinne Wojak, *Bauer*, S. 377.

Forschung bedarf es auch zu der Frage, wie es Bauer und seiner Behörde gelang, die Anklageschrift zu erstellen, die weit über den zeitgenössischen Wissensstand hinausging und eine regelrechte Forschungsleistung darstellt. Es ist zu vermuten, dass im Zuge der Ermittlungen vor allem Zeugenbefragungen von wesentlicher Bedeutung waren.

Anders als im Fall des Vernichtungslagers Auschwitz, in dem man in Frankfurt nicht gegen die verantwortlichen Funktionäre im Reichssicherheitshauptamt ermitteln konnte – für diese Behörde war die Berliner Staatsanwaltschaft zuständig –, war es im Fall der »Euthanasie« prinzipiell möglich, nicht nur gegen die ausführenden Ärzte und Funktionäre, sondern auch gegen die leitenden Köpfe vorzugehen.⁷⁷ Die Verbrechen, um die es hier ging, waren zudem

77 So auch Fröhlich, *Widerstandsbegriff*, S. 290.

für die deutsche Öffentlichkeit, so ist zu vermuten, weniger fern als die Morde in den Vernichtungslagern. Sie wurden an Opfern begangen, die sich nicht einfach als nicht zur »Volksgemeinschaft« gehörend klassifizieren ließen. Es traf Verwandte, kranke und beeinträchtigte Menschen aus der Mitte der deutschen Gesellschaft. Auch die Täter ließen sich nicht einfach als gewalttätige Sadisten charakterisieren oder lediglich einer Organisation, etwa der SS, zurechnen. Verantwortlich waren Beamte, Gesundheitsbürokraten, Juristen, Wissenschaftler – und ganz normale Ärzte. Es mag Bauers Engagement zusätzlich befeuert haben, dass hier die Selbstaufklärung der Gesellschaft über die Konfrontation mit ihrer jüngsten Vergangenheit besonders schwierig und besonders lohnend zugleich sein konnte.

Anzeige

„Nur wenige Juristinnen und Juristen in der jungen Bundesrepublik besaßen den Mut, die Ausdauer und die moralische Klarheit, den bestürzenden Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus zu thematisieren, juristisch aufzuarbeiten und mit den Mitteln des Rechts zu beantworten. Fritz Bauer war einer dieser wenigen Juristen und gilt als Initiator des sogenannten Auschwitz-Prozesses. Mein Haus, das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, fühlt sich seinem Andenken deshalb besonders verpflichtet.“

Christine Lambrecht
Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

Fritz Bauer
Jurist im Dienste der Humanität

Die neue Fritz Bauer Broschüre wird als Druckschrift vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie ist kostenlos erhältlich unter www.bmjv.de

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Aus dem Archiv des Fritz Bauer Instituts:
Neuzugänge, Fundstücke, Erschließungen

Erinnern – Erzählen – Erhalten

Die Zeitzeugeninterviewsammlung im Archiv des Fritz Bauer Instituts

Von Johannes Beermann-Schön



Johannes Beermann-Schön M.A. ist Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut, zuständig für den Bereich Archiv und Dokumentation.
Veröffentlichungen (Auswahl):
»Taking Advantage: German Freight Forwarders and Property Theft, 1933–1945«, in: Christoph Kreutzmüller, Jonathan R. Zatlín (Hrsg.), *Dispossession. Plundering German Jewry, 1933–1953*, Ann Arbor/Michigan 2020, S. 127–147; »Archiv und Zufall. Entstehung und Überlieferung der Tonbandmitschnitte von Zeugnisaussagen«, in: Sybille Steinbacher, Katharina Rauschenberger (Hrsg.), *Der Auschwitz-Prozess auf Tonband. Akteure, Zwischentöne, Überlieferung*, Göttingen 2020, S. 87–107; (gemeinsam mit Ann-Kathrin Rahlwes), »Begleitete Archivrecherche. Den »schwierigen Dingen« auf der Spur«, in: Historisches Museum Frankfurt (Hrsg.), *Gekauft. Gemeldet. Geraubt? Vom Weg der Dinge ins Museum*, Frankfurt am Main 2019, S. 84–87.

Foto: privat

Seitdem im Jahr 1993 die Arbeitsstelle zur Vorbereitung des Frankfurter Lern- und Dokumentationszentrums des Holocaust – ab 1994 Arbeitsstelle Fritz Bauer Institut – eingerichtet wurde, führt die Forschungs- und Bildungseinrichtung Zeitzeugeninterviews durch. Mittlerweile liegen etwa 200 Mitschnitte von Gesprächen mit Überlebenden der nationalsozialistischen Massenverbrechen – insbesondere des Holocaust –, ihren Angehörigen und Personen, die den Nationalsozialismus unmittelbar erlebt haben oder nach 1945 an Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen beteiligt waren, in Bild und/oder Ton vor.

Entsprechend dem rasanten technologischen Wandel der vergangenen 30 Jahre sind diese Interviews auf einer Vielzahl unterschiedlicher Trägermedien aufgezeichnet. Einige dieser Audio- und Videoformate drohen in absehbarer Zeit obsolet zu werden, da sich für sie mittelfristig immer weniger Abspielgeräte und für die Wartung der Abspielgeräte kaum noch Ersatzteile finden lassen. Das Archiv des Fritz Bauer Instituts hat daher 2018 damit begonnen, seine Zeitzeugeninterviewsammlung zu digitalisieren und inhaltlich zu erschließen.¹ Zwar dauert dieses technisch und personell herausfordernde Vorhaben derzeit noch an, dennoch soll im vorliegenden Beitrag anhand einzelner Interviews erstmals ein kleiner Einblick in die Vielfalt des Bestandes und die laufenden Erschließungsarbeiten gegeben werden. Ergänzt wird dieser Abriss durch Überlegungen von Nadine Docktor, Lehrerin und pädagogische Mitarbeiterin am Fritz Bauer Institut, zu den didaktischen Potenzialen der Sammlung sowie durch einen Erfahrungsbericht der Historikerin Ann-Kathrin Rahlwes, die das audiovisuelle Material

¹ Zum Problem der Obsoleszenz von AV-Medien vgl. ausführlicher Memorativ. Verein zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturgutes der Schweiz (Hrsg.), *Empfehlungen Video. Die Erhaltung von Videodokumenten*, Bern 2006, S. 6.

des Fritz Bauer Instituts im Herbst 2020 für eine Ausstellung des Jungen Museums des Historischen Museums Frankfurt am Main umfänglich gesichtet hat.

Die Anfänge

Die Mehrzahl der im Archiv des Fritz Bauer Instituts aufbewahrten Zeitzeugeninterviews wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bereichs Vermittlung und Transfer initiiert und geführt. In der Gründungsphase des Fritz Bauer Instituts in den 1990er Jahren fanden die Gespräche vor allem anlassbezogen, etwa im Rahmen von Gedenkveranstaltungen oder von Forschungsprojekten, statt. Dementsprechend spezifisch sind oftmals die in den Interviews gestellten Fragen, während bei späteren Aufzeichnungen das freie Erzählen der Interviewpartner mehr Raum einnahm.

Ein Beispiel für ein frühes Zeitzeugengespräch ist das im Juni 1997 aufgezeichnete Interview mit dem Komponisten und Musikwissenschaftler Paul Aron Sandfort (1930–2007). Sandfort war als Dreizehnjähriger im Herbst 1943 gemeinsam mit seiner Mutter von Kopenhagen aus in das Konzentrationslager Theresienstadt verschleppt worden. Da er Klavier und Trompete spielen konnte, wurde er hier für das Häftlingsorchester rekrutiert. Sandfort spielte den Trompeter in Hans Krásas Kinderoper »Brundibár« sowie während der Inspektion des Internationalen Roten Kreuzes im Juni 1944 in Giuseppe Verdis Oper »Messa da Requiem«.² Das Interview mit ihm entstand im Rahmen der 1998 vom Fritz Bauer Institut gemeinsam mit der Jeunesses Musicales Deutschland begleiteten Wiederaufführung des Stückes »Brundibár« an zahlreichen Schulen, Musikschulen und Jugendkultureinrichtungen in Deutschland und konzentrierte sich in erster Linie auf dieses Thema.³

Um die Jahrtausendwende initiierte der pädagogische Bereich des Fritz Bauer Instituts dann gemeinsam mit dem Medienzentrum Frankfurt am Main eine thematisch breit angelegte Serie von zehn Zeitzeugeninterviews, deren Schwerpunkt auf Hessen lag. Interviewt wurden Personen, die als Jugendliche und junge Erwachsene den Holocaust und den Völkermord an Sinti und Roma überlebt hatten, aber auch ehemalige Schüler einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (NAPOLA) oder Jugendliche, die ab 1940 von den sogenannten Kinderlandverschickungen betroffen waren. Diese Interviews sollten der Vermittlungsarbeit an Schulen dienen

² Zur Lebensgeschichte Paul Aron Sandforts vgl. ausführlicher seinen autobiografischen Roman *Ben – Vogel aus der Fremde*, Köln 2000.

³ Vgl. hierzu ausführlicher Jeunesses Musicales Deutschland (Hrsg.), *Die Brundibár-Mappe. Arbeitsmaterialien zum Kinder- und Jugendkulturprojekt der Jeunesses Musicales Deutschland*, Weikersheim 1998, und Rebecca Rovit, »The Brundibár Project. Memorializing Theresienstadt Children's Opera«, in: *PAJ. A Journal of Performance and Art*, 22 (2000), S. 111–122.

Anzeige

GEGEN DAS VERGESSEN



André Postert
Die Hitlerjugend
Geschichte einer überforderten Massenorganisation
2021. 458 Seiten, gebunden
€ 39,00 D | E-Book € 32,99 D
ISBN 978-3-525-36098-9

Jürgen Gückel

Heimkehr eines Auschwitz-Kommandanten
Wie Fritz Hartjenstein drei Todesurteile überlebte

2021. Ca. 300 Seiten mit 36 s/w Abb., gebunden
ca. € 29,00 D | E-Book ca. € 23,99 D
ISBN 978-3-525-31137-0



Uwe Backes
Europas moderner Rechtsextremismus
Ideologien, Akteure, Erfolgsbedingungen und Gefährdungspotentiale

2021. 133 Seiten mit 4 Tab., kartoniert
€ 30,00 D | E-Book € 23,99 D
ISBN 978-3-525-31131-8



Preisstand 28.7.2021

und wurden vom Fritz Bauer Institut an interessierte Lehrkräfte herausgegeben.⁴

Eines dieser Videos, das in Kooperation mit dem hessischen Landesverband deutscher Sinti und Roma entstand, trägt den Titel »Der Lehrer wusste, was da passiert.« Bericht eines Sinto« und erzählt die Lebensgeschichte von Herbert Ricky Adler (1928–2004). Adler wurde 1941 gemeinsam mit seiner neunköpfigen Familie von Frankfurt-Sachsenhausen aus in das städtische »Zigeunerlager« im Stadtteil Riederwald verschleppt. Er berichtete in seinem Interview von den dort herrschenden Lebensverhältnissen und dem Tod seines Bruders, der im August 1942 bei einem Unfall während eines Zwangsarbeiterereinsatzes ums Leben kam. 1943 wurde die Familie Adler vom Frankfurter Ostbahnhof aus in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz deportiert und hier im sogenannten Zigeunerlager in Auschwitz-Birkenau einquartiert. Adlers Eltern und drei seiner Geschwister wurden in Auschwitz ermordet. Er selbst kehrte 1945 nach Frankfurt am Main zurück, engagierte sich lange Jahre beim Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und war bis zu seinem Tod im Jahr 2004 Mitglied im Rat der Überlebenden des Fritz Bauer Instituts.

Ebenfalls im Rahmen der Kooperation mit dem Medienzentrum Frankfurt konnten im Juni 1998 in Israel drei ehemalige Frankfurterinnen und Frankfurter zu ihrer Lebensgeschichte befragt werden: Der in Jerusalem wohnende Efraim Franz Wagner, geboren am 19. Oktober 1919 in Breslau, war Schüler des Frankfurter Jüdischen Gymnasiums Philanthropien. Der 1919 in Frankfurt geborene Bernhard Natt wiederum hatte die Frankfurter Musterschule vor dem Abitur verlassen müssen. Er wurde 1945 von sowjetischen Truppen aus dem Vernichtungslager Auschwitz befreit. Lilly Hojda, ebenfalls 1919 in Frankfurt geboren, gelang 1939 mit gefälschtem Pass die Flucht in das englische Mandatsgebiet Palästina. Die Gespräche leitete Petra Mumme, die Kamera führte Werner Lott, die Vorrecherche hatte Gottfried Köbller übernommen.

Der Ausbau der Sammlung

Der Großteil der heute vom Archiv des Fritz Bauer Instituts verwahrten Zeitzeugeninterviews entstand in den 2000er Jahren. So wurden 2005 und 2006 gemeinsam mit dem Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen in Polen, Frankreich und Israel acht ehemalige Zeuginnen und Zeugen des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses

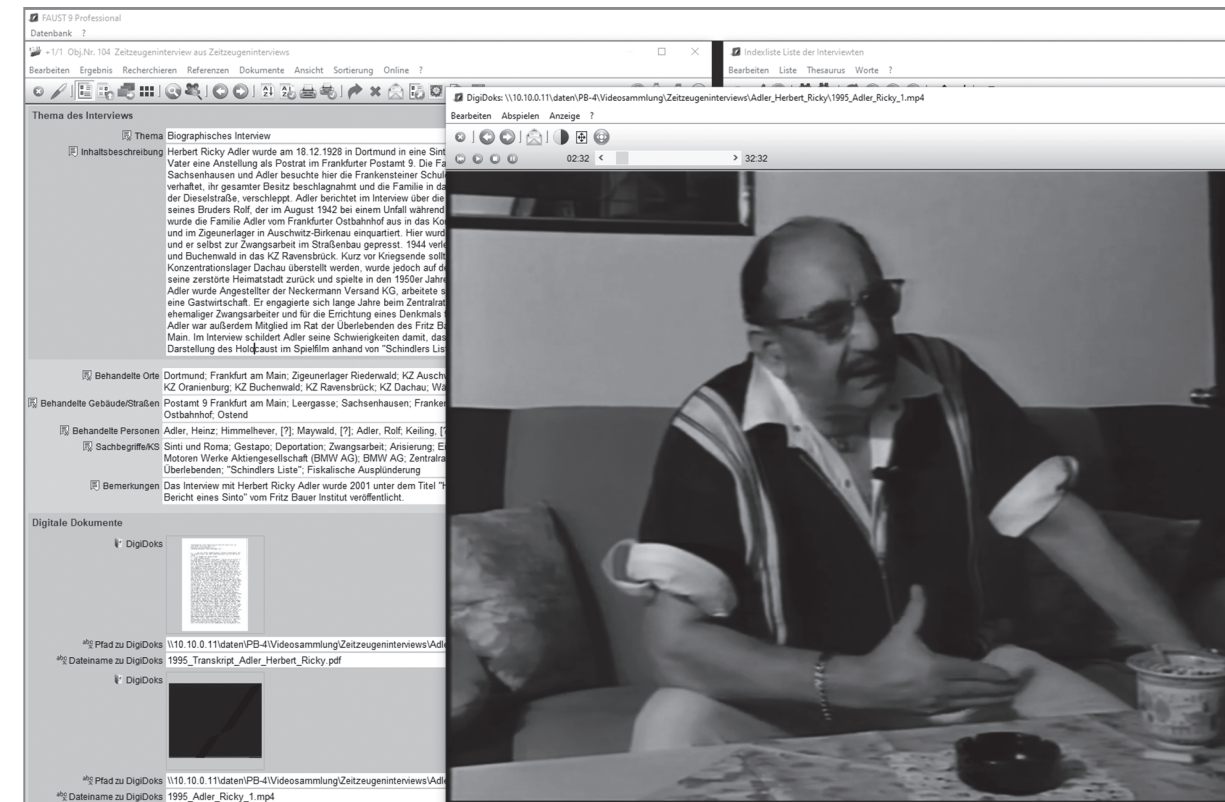
4 Für eine Auswahl der noch auf DVD erhältlichen Zeitzeugeninterviews s. www.fritz-bauer-institut.de/publikationen-paed. Vgl. hierzu außerdem Gottfried Köbller, »Gespaltenes Lauschen. Lehrkräfte und Zeitzeugen in Schulklassen«, in: Irntrud Wojak (Hrsg.), »Gerichtstag halten über uns selbst ...«. *Geschichte und Wirkung des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses*, Frankfurt am Main, New York 2001, S. 176–191, hier: S. 187–189, und die folgenden Überlegungen von Nadine Docktor.

(1963–1965) zu ihren Erfahrungen und Erlebnissen während dieses historisch bedeutenden Strafverfahrens befragt.⁵ Ab 2007 begab sich das Fritz Bauer Institut intensiv auf die Suche nach ehemaligen Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz-Monowitz. Hintergrund war die zeitgleiche Einrichtung des Wollheim Memorials, das an die Zwangsarbeiter und Opfer des für die Buna-Werke der IG Farben AG betriebenen Lagerkomplexes erinnert, auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Insgesamt gelang es dem Institut, 23 Zeitzeugen ausfindig zu machen, die sich bereit erklärten, im Rahmen des Projektes interviewt zu werden.⁶ So entstanden über 70 Stunden Videomaterial, das in einer gekürzten Version bis heute auf der Webseite des Wollheim Memorials abrufbar ist.⁷

Von einigen der befragten Zeitzeugen existierten bis dahin nur sehr wenige oder gar keine Interviews. So etwa von Miroslav Ribner (1929–2009), der im Jahr 1944 gemeinsam mit seiner Familie aus dem ungarisch besetzten Teil Kroatiens in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz deportiert worden war. Während seine Mutter dort kurz nach der Ankunft ermordet wurde, kamen Ribner und sein Vater in das Schlosserkommando des Konzentrationslagers Monowitz. Gemeinsam wurden sie im Januar 1945 auf einen Todesmarsch geschickt, den Ribners Vater nicht überlebte. Nach seiner Befreiung im Konzentrationslager Buchenwald kehrte Miroslav Ribner in seine Heimat zurück und machte dort erfolgreich Karriere im diplomatischen Dienst der neu gegründeten Republik Jugoslawien.

Einen stärker regionalgeschichtlichen Bezug verfolgten wiederum 20 Interviews, die Ursula Ernst von der Bildungsstätte Anne Frank für das Fritz Bauer Institut in den Jahren 2006 bis 2011

-
- 5 Vgl. Dag Knellessen, »Momentaufnahmen der Erinnerung. Juristische Zeugenschaft im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess. Ein Interviewprojekt«, in: Michael Elm, Gottfried Köbller (Hrsg.), *Zeugenschaft des Holocaust. Zwischen Trauma, Tradierung und Ermittlung*, Frankfurt am Main, New York 2007, S. 116–138. Bereits Ende der 1990er Jahre hatte der frühere Leiter des Archivs des Fritz Bauer Instituts, Werner Renz, eine ganze Reihe ehemaliger Verfahrensbeteiligter des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses befragt. In den Jahren 2000 und 2001 führte dann die Historikerin Alice von Plato im Auftrag des Fritz Bauer Instituts und des Instituts für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen drei Interviews mit ehemaligen Zeugen in diesem Strafverfahren durch. Vgl. hierzu ausführlicher Alice von Plato, »Vom Zeugen zum Zeitzeugen. Die Zeugen der Anklage im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963–1965)«, in: Irntrud Wojak (Hrsg.), »Gerichtstag halten über uns selbst ...«. *Geschichte und Wirkung des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses*, Frankfurt am Main, New York 2001, S. 193–215.
- 6 Vgl. Matthias Naumann, Céline Wendelgaß, »Interviews mit Überlebenden am Norbert Wollheim Memorial«, in: Dag Knellessen, Ralf Posselke (Hrsg.), *Zeugnissformen. Berichte, Künstlerische Werke und Erzählungen von NS-Verfolgten*, Berlin 2015, S. 92–99.
- 7 S. hierzu www.wollheim-memorial.de/de/ueberlebendeninterviews. Aufgrund technischer Wartungsarbeiten lassen sich die Zeitzeugeninterviews momentan nicht abspielen. Sie sind aber im Norbert Wollheim Memorial auf dem Campus Westend der Goethe-Universität sowie im Fritz Bauer Institut einsehbar.



Screenshot der Zeitzeugeninterviewsammlung in der Datenbank des Archivs des Fritz Bauer Instituts. Zu sehen ist das Interview mit Herbert Ricky Adler aus dem Jahr 1995.



Verschiedene Trägermedien mit Zeitzeugeninterviews vor ihrer Digitalisierung im Archiv des Fritz Bauer Instituts. Foto: Johannes Beermann-Schön

führte. Befragt wurden hier Personen, die nach 1945 in der Rhein-Main-Region ansässig waren. Anders als bei den wenige Jahre zuvor entstandenen Interviews mit lokalem Bezug zu Hessen standen bei diesen Gesprächen nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus, sondern auch die Jahrzehnte nach Kriegsende und das Leben in der frühen Bundesrepublik im Fokus.

Ein Beispiel hierfür ist das im Mai 2007 aufgezeichnete Interview mit Jakob Horowitz (1930–2011). Horowitz wurde 1930 in Piotrków Trybunalski, einer kleinen Stadt in der Nähe von Łódź, geboren. Nach dem deutschen Überfall auf Polen musste er gemeinsam mit seiner Familie in das neu errichtete jüdische Ghetto der Stadt ziehen. Bei dessen Räumung im Herbst 1941 wurden Horowitz' Mutter und seine jüngste Schwester in das Vernichtungslager Treblinka deportiert und dort ermordet. Er selbst überlebte gemeinsam mit seinem Vater und seiner älteren Schwester den Holocaust in verschiedenen Konzentrationslagern. Unter dem Eindruck des Pogroms von Kielce, bei dem im Juli 1946 ein Mob jüdische Holocaustüberlebende und Heimkehrer gewaltsam angriff, schickte Horowitz' Vater seine Kinder noch im selben Sommer nach Deutschland. Während seine Schwester in Berlin heiratete, gelangte Jakob Horowitz über das DP-Camp Belsen nach Hamburg, wo er sich im IRO-Children's Center Hamburg-Blankenese auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitete. In Palästina angekommen, nahm er als Soldat am ersten arabisch-israelischen Krieg 1947/48 teil, kehrte jedoch Mitte der 1950er Jahre nach Deutschland zurück. Er zog nach Frankfurt am Main, wo sein Vater mittlerweile einen gut gehenden Steinmetzbetrieb für die Anfertigung von Grabsteinen führte, den der Sohn Ende der 1960er Jahre übernahm. Bis zum Jahr 2000 war Jakob Horowitz als Verwalter der jüdischen Friedhöfe in Frankfurt am Main tätig.

Ebenfalls der regionalen Nachgeschichte des Holocaust widmete sich die jüngste Reihe von Zeitzeugeninterviews, die im Archiv des Fritz Bauer Instituts zu finden ist. In den Jahren 2014 und 2015 wurden neun Gespräche mit ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohnern der Waldschmidtstraße 129 und 131 im Frankfurter Stadtteil Ostend geführt. Hier hatte die Stadt Frankfurt im Jahr 1956 zwei große Wohnblöcke errichten lassen, in denen ein Jahr später ehemalige Bewohnerinnen und Bewohner des DP-Camps Föhrenwald in Oberbayern untergebracht wurden. Das letzte existierende DP-Camp in der amerikanischen Besatzungszone wurde 1957 aufgelöst, und die noch dort verbliebenen Displaced Persons – in der Regel Überlebende des Holocaust, die nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten oder wollten – verteilte man in Kontingenten auf eine Reihe deutscher Großstädte. Im Frankfurter Ostend konnte die Nachbarschaft aus Föhrenwald weiter fortbestehen, was für nicht wenige der Betroffenen eine gewisse emotionale Sicherheit bot.⁸

⁸ Zur Geschichte der Waldschmidtstraße 129 und 131 vgl. die Dauerausstellung »Vom DP-Lager Föhrenwald nach Frankfurt in die Waldschmidtstraße« der

Kooperationen und Zukunftspläne

Die Zeitzeugeninterviewsammlung des Archivs des Fritz Bauer Instituts kann nach Voranmeldung an einer eigens zu diesem Zweck eingerichteten Arbeitsstation im IG Farben-Haus auf dem Campus Westend der Goethe-Universität eingesehen werden. Die seit 2017 und 2018 bestehenden Kooperationen mit dem Visual History Archive der USC Shoah Foundation an der University of Southern California und dem Fortunoff Video Archive for Holocaust Testimonies an der Yale University, Connecticut, ermöglichen über das Terminal zugleich den Zugriff auf die Videobestände dieser beiden Institutionen.

Das Visual History Archive der USC Shoah Foundation wurde 1994 von Hollywood-Regisseur Steven Spielberg ins Leben gerufen und umfasst mittlerweile über 52.000 aufgezeichnete Interviews mit Überlebenden des Holocaust. Es ist damit eines der größten Archive seiner Art weltweit.⁹ Vorbild war das bereits im Jahr 1979 gegründete Fortunoff Video Archive for Holocaust Testimonies. Mit einem Gesamtumfang von etwa 4.500 Zeitzeugeninterviews ist es zwar deutlich kleiner als das Visual History Archive, aber dafür finden sich hier dank des höheren Alters der Institution Aufzeichnungen von Gesprächen mit Überlebenden des Holocaust, die Anfang des 20. und zum Teil sogar noch Ende des 19. Jahrhunderts geboren wurden.¹⁰ Die Videobestände des Visual History Archive, des Fortunoff Video Archive und des Archivs des Fritz Bauer Instituts ergänzen sich gegenseitig – sei es, weil einzelne Gesprächspartner den Einrichtungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten mehrere Interviews gewährt haben, oder weil ausgewählte Zeitzeugengespräche zwar in dem einen, jedoch nicht in dem anderen Bestand vorhanden sind. Die drei Sammlungen bieten der historischen Forschung zahlreiche Ansatzpunkte für weiter gehende Fragestellungen. Zukünftig wird sich das Archiv des Fritz Bauer Instituts deshalb verstärkt darum bemühen, seine Zeitzeugeninterviews, soweit technisch und rechtlich möglich, noch leichter zugänglich zu machen. Die entsprechenden Vorarbeiten dafür laufen bereits.

Frankfurter Initiative 9. November e.V. im ehemaligen Hochbunker an der Friedberger Anlage 5–6 sowie den Katalog zu dieser Ausstellung: Iris Bergmiller-Fellmeth, Elisabeth Leuschner-Gafga (Hrsg.), *Displaced persons – Vom DP-Lager Föhrenwald nach Frankfurt am Main*, Frankfurt am Main 2019.

⁹ Zur Geschichte des Visual History Archive der USC Shoah Foundation vgl. ausführlicher Linde Apel, »You are Participating in History«. Das Visual History Archive der Shoah Foundation«, in: *Zeithistorische Forschungen*, 5 (2008), S. 438–445.

¹⁰ Zur Geschichte des Fortunoff Video Archive for Holocaust Testimonies vgl. ausführlicher Noah Shenker, »Testimonies from the Grassroots: The Fortunoff Video Archive for Holocaust Testimonies«, in: Ders. (Hrsg.), *Reframing Holocaust Testimony*, Bloomington/Indiana 2015, S. 19–55.



Johannes Beermann-Schön bei der Sichtung eines Zeitzeugeninterviews, hier ein Gespräch mit Bernhard Natt, in dessen Wohnung in Israel im Jahr 1999. Veröffentlicht unter dem Titel *Returning from Auschwitz* in der Reihe »Zeitzeugeninterviews auf DVD für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit«. Foto: Werner Lott

Erlebte Geschichte

Zum Potenzial der Zeitzeugeninterviews im Archiv des Fritz Bauer Instituts für die Arbeit im pädagogischen Bereich

Von Nadine Docktor



Nadine Docktor ist Lehrerin für Geschichte und Deutsch und seit dem Schuljahr 2019/20 an das Fritz Bauer Institut abgeordnet. Im Arbeitsbereich Vermittlung und Transfer ist sie zuständig für die Beratung und Unterstützung von Lehrkräften rund um den Besuch von außerschulischen Lernorten sowie bei Fragen zur Vermittlung der Geschichte von Nationalsozialismus, Holocaust und Erinnerungskultur. Darüber hinaus entwickelt sie Workshops und Fortbildungen sowie didaktische Materialien für die pädagogische Arbeit.

Foto: privat

Fragt man junge Menschen nach positiven Erinnerungen an die Auseinandersetzung mit Geschichte, sei es in der Schule oder in außerschulischen Kontexten, so erwähnen sie oftmals Projekte und Begegnungen mit Menschen, die von ihren Erfahrungen erzählten. Das Interesse Jugendlicher und junger Erwachsener an den Geschichten von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zeigt sich nicht nur an der großen Nachfrage nach Gesprächsangeboten, sondern auch an der hohen Aufmerksamkeit, die sie den Zeuginnen und Zeugen entgegenbringen. Diese äußert sich sowohl in der Konzentration der Zuhörenden auf die Erzählung als auch durch intensives Nachfragen und das Bedürfnis, sich im Nachgang des Gesprächs weiter mit dem Erzählten auseinanderzusetzen.

Die Beschäftigung mit historischen Ereignissen am Beispiel individueller Erlebnisse und Erfahrungen aus der Perspektive und Erinnerung von Betroffenen macht Geschichte anschaulich und lebensnah. Die Auswirkungen von politischen Entwicklungen auf das Individuum werden konkret, und es ist daher nicht verwunderlich, dass biografische und autobiografische Ansätze sich in der Geschichtsvermittlung als nachhaltig erwiesen haben.¹ Diese positive Wirkung lässt sich auch für die Auseinandersetzung mit Aufnahmen von Zeitzeugeninterviews feststellen.² Die Arbeit mit Aufzeichnungen ist dabei sicher kein Ersatz für die persönliche Begegnung und die damit verbundene Möglichkeit zu wechselseitiger Kommunikation. Aber sie bringt auch Vorzüge mit sich³ und kann als Chance

1 Vgl. Christiane Bertram, *Zeitzeugen im Geschichtsunterricht. Chance oder Risiko für historisches Lernen? Eine randomisierte Interventionsstudie*, Schwalbach im Taunus 2017, S. 139–141.

2 Vgl. ebd., S. 144.

3 Vgl. Gerhard Henke-Bockschatz, »Zeitzeugeninterviews. Überlegungen zu verschiedenen Formen der Oral History«, in: *Geschichte lernen*, 31 (2018), S. 2–9, hier: S. 4–6.



Aus der Zeitzeugeninterviewsammlung des Fritz Bauer Instituts: Efraim Franz Wagner, geboren am 19. Oktober 1919 in Breslau, gestorben am 17. März in Jerusalem, wurde zweimal zu seinen Erfahrungen als jüdischer Jugendlicher in Frankfurt am Main während des Nationalsozialismus befragt. Hier ein Screenshot aus einem Videointerview in seiner Wohnung in Jerusalem im Juni 1998 (Kamera: Werner Lott). Ein weiteres Gespräch mit ihm ist in dem Band *Novemberpogrom 1938 in Frankfurt am Main. Berichte und Dokumente*, hrsg. von Gottfried Köbler, Angelika Rieber und Feli Gürsching (Frankfurt am Main, 1993) erschienen.

verstanden werden, an gute Erfahrungen mit Zeitzeugengesprächen anzuknüpfen und diese weiterzuerfolgen.

Aufzeichnungen als Alternative zum direkten Gespräch

In Deutschland gibt es seit etwa 2010 verstärkt didaktische Bemühungen, auf das hohe Alter vieler Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie die immer seltener werdenden Gelegenheiten zum persönlichen Gespräch mit der Nutzung und didaktischen Erschließung von visuellen Zeitzeugeninterviews auf einfach zugänglichen Online-Plattformen zu reagieren.⁴ Die Aufnahmen haben, wenn es auch keine direkte Nachfragemöglichkeit für Schülerinnen und Schüler gibt, durchaus interaktives Potenzial. So entsteht durch das Arrangement

4 Beispielsweise entstand von 2008 bis 2017 im Rahmen einer Kooperation der Freien Universität Berlin, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Visual History Archive (VHA) der USC Shoah Foundation im Zuge des Projekts »Zeugen der Shoah« auch eine digitale Lernplattform zur Arbeit mit Zeitzeugeninterviews. Im Jahr 2016 wurde die digitale Lernumgebung »Lernen mit Interviews« durch das 2007 gestartete Projekt »Zwangsarbeit 1939–1945« eingerichtet.

der Zeitzeugenerzählung als Interview eine Gesprächsatmosphäre und die initiierten, gliedernden und gegebenenfalls einordnenden (Nach-)Fragen der Interviewer verleihen den Aufzeichnungen etwas Dynamisches und Kommunikatives. Die Auseinandersetzung mit einer Videoaufnahme kann daher über ein passives Zuhören weit hinausgehen, insbesondere wenn die Zuhörenden in ihrer Vorbereitung darüber reflektieren, welche Aspekte einer Biografie oder einer bestimmten Zeitphase sie besonders interessieren, und diese dann in der Aufnahme zur Sprache kommen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass sich das Interesse der jugendlichen Zuhörer mit dem Erzählten oder den Fragen der Interviewer deckt und es ähnlich wie bei der Auseinandersetzung mit schriftlichen Zeitzeugnissen zumindest zu einer Art indirekter Interaktion zwischen Zuhörenden und Zeitzeugen kommt, ist bei zahlreichen Interviews aus den Beständen des Archivs des Fritz Bauer Instituts hoch. Neben dem natürlichen Interesse am Menschen und an seinen individuellen Erfahrungen und Erinnerungen trägt auch die Besonderheit des Mediums als Film- oder Audioquelle gerade dadurch, dass es sich von den überwiegend im Geschichtsunterricht verwendeten schriftlichen Darstellungen und Dokumenten abhebt, zur erhöhten Motivation bei. Die Interviews des Fritz Bauer Instituts sind in der Regel so strukturiert, dass sie neben der Verfolgung auch die familiäre und soziale

Die Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts

Situation vor der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten und nach der Befreiung thematisieren.

Anknüpfungspunkte für Schülerinnen und Schüler

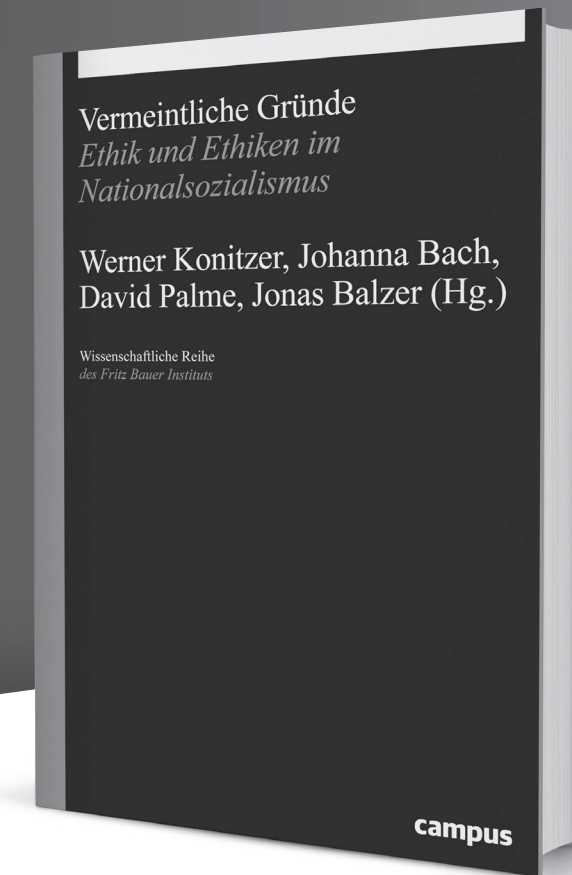
Die überwiegende Mehrzahl der seit etwa 1993 von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der pädagogischen Abteilung des Fritz Bauer Instituts befragten Zeitzeugen war zur Zeit des Nationalsozialismus noch im Kindes- oder Jugendlichenalter, sodass sie über Themen sprechen, die für junge Menschen besonders bedeutsam sind. Mit ihren Erzählungen über die Beziehung zu Freunden, zur Familie und zu den Lehrkräften oder über die Situation in Ausbildung und Beruf knüpfen sie daher eng an die Lebens- und Erfahrungswelt der Zuhörenden an. So entstehen unmittelbare Einblicke in die persönlichen Folgen diskriminierenden Verhaltens und ausgrenzender Politik, die zum Nachdenken anregen und den Schülerinnen und Schülern möglicherweise auch Inhalte und Themen näherbringen, die über die reine schulische Geschichtsvermittlung hinausgehen. Für Jugendliche mit eigenem oder familiärem Diskriminierungs- und Verfolgungshintergrund können die Erinnerungen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ein Anlass sein, diese Erfahrung zu reflektieren und darüber ins Gespräch zu kommen.

Nahezu alle Interviews handeln vom Tod und Verlust von Familienangehörigen und Freunden, oft sind die Interviewten die einzigen Überlebenden einer Familie oder einer Gruppe, sodass die Gewalterfahrung in ihrer ganzen Dimension erkennbar wird, ohne dass dies zulasten des Bewusstseins dafür geht, dass sich dahinter Individuen mit ihrer jeweils eigenen Geschichte verbergen. Die Auseinandersetzung mit denjenigen Interviews des Fritz Bauer Instituts, die um die Jahrtausendwende und einige Jahre später entstanden sind, bringt gerade für (junge) Menschen aus dem Raum Hessen noch einen weiteren Vorteil mit sich. Sie handeln von den Lebenserfahrungen von Menschen, die in einer biografischen Verbindung zu Hessen oder dem Rhein-Main-Gebiet stehen. Die in diesen Aufzeichnungen Befragten haben entweder ihre Kindheit und Jugend in Hessen verbracht, bevor sie geflüchtet sind oder deportiert wurden, oder sind nach 1945 aus verschiedenen Gründen nach Hessen gekommen. Sie berichten demnach über Orte, die den Zuhörerinnen und Zuhörern sehr vertraut sind. Die bereits erwähnte Anknüpfung historischer Inhalte an die eigene Lebenswelt und Gegenwart wird somit verstärkt und die erzählte Geschichte durch diesen Lokalbezug noch konkreter.⁵

Die Interviews des Fritz Bauer Instituts

Aus den oben genannten Gründen ist es wichtig, diesen Bestand mit seiner ganzen Vielfalt an Biografien, Themen und Lernmöglichkeiten weiterhin für die Auseinandersetzung mit der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden und anderen nationalsozialistischen Verbrechen im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit auf verschiedene Arten zu nutzen und nutzbar zu machen. Einige der Interviews liegen bereits in gekürzten Fassungen vor. Sie sind vom Fritz Bauer Institut begleitend zum Aufbau des Interviewbestandes und in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum Frankfurt als DVD herausgegeben worden und können über Letzteres kostenlos ausgeliehen oder über die Karl Marx Buchhandlung in Frankfurt-Bockenheim erworben werden. Die Gesprächsausschnitte sind von unterschiedlicher Länge und berichten von verschiedenen Aspekten und Phasen der Verfolgung, überwiegend aus der Perspektive antisemitisch Verfolgter. Mit dem Interview von Herbert Ricky Adler, der als Sinto diskriminiert wurde, liegt auch ein Zeitzeugnis zur Verfolgung und Ermordung der europäischen Sinti und Roma vor. Einige Interviews mit nichtjüdischen Deutschen wurden ebenfalls ediert. Sie können von Lehrkräften sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vielseitig genutzt werden, gerade auch, um zur Beschäftigung mit Themen anzuregen, die bisher wenig Eingang in die Geschichtsvermittlung oder das Geschichtsbewusstsein junger Menschen gefunden haben. Dies kann zum Beispiel integriert in eine Unterrichtsreihe zu Holocaust und Nationalsozialismus oder in Form eines eigenen Themenschwerpunkts in einem Projekt geschehen.

Der Bereich Vermittlung und Transfer des Fritz Bauer Instituts bietet ab Herbst 2021 Projekt- und Studientage an, die schulische und außerschulische Gruppen bei der Arbeit mit den Interviews unterstützen sollen. Dazu beraten und begleiten die Institutsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter Interessierte je nach Bedarf bei der Auswahl eines Interviews sowie der inhaltlichen und methodischen Beschäftigung mit dem Zeitzeugenvideo. Dies kann beispielsweise im Rahmen gemeinsamer Projekt- und Thementage oder auch im Kontext der Vor- und Nachbereitung von Besuchen in KZ-Gedenkstätten erfolgen. Damit die Interviews von Lehrkräften sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der historisch-politischen Bildung auch unabhängig von zeitlichen Ressourcen, speziellen Curricula oder anderen Rahmenbedingungen flexibel in die eigene Bildungsarbeit eingebunden werden können, sollen zukünftig auch kürzere Sequenzen aus den Interviewaufnahmen auf der Website des Fritz Bauer Instituts kostenfrei als Download angeboten und sukzessive in Unterrichtskonzepte zu verschiedenen Themen integriert werden.



2020. 488 Seiten. € 39,95. ISBN 978-3-593-51031-6.
Auch als E-Book erhältlich

Welche Vorstellungen von Moral und Ethik gab es im Nationalsozialismus? Dieser kommentierte Quellenband stellt erstmals eine biografisch kontextualisierte Auswahl von Texten akademischer Moralphilosophen vor, die sich im „Dritten Reich“ besonders hervorgetan haben. Die Auseinandersetzung mit ihren Ideologemen hilft, die Verbindung von normativem Selbstverständnis und den Verbrechen des Nationalsozialismus besser zu verstehen. Zudem ermöglicht das Buch eine differenzierte Betrachtung der Entwicklung der Moralphilosophie nach 1945.



2020. 644 Seiten. € 45. ISBN 978-3-593-51129-0.
Auch als E-Book erhältlich

Dieses Buch untersucht erstmals systematisch die Ausschaltung der Juden aus Kunst, Musik, Literatur, Theater und Film – von der Gründung der NSDAP bis zur Ermordung jüdischer Künstler im Holocaust. Jörg Osterloh spannt den Bogen von der frühen antijüdischen Propaganda und den ersten Allianzen der NSDAP mit bürgerlich-konservativen Parteien in Stadträten bis zur Umsetzung der kulturpolitischen Ziele der NSDAP in der Regierungsverantwortung, zunächst ab 1930 auf Länder-, schließlich ab 1933 auf Reichsebene.

⁵ Vgl. Thomas Martin Buck, »Lebenswelt- und Gegenwartsbezug«, in: Michele Barricelli, Martin Lücke (Hrsg.), *Handbuch des Geschichtsunterrichts*, Bd. 1, Schwalbach im Taunus 2017, S. 297.

Erfahrungsbericht

Recherche und Umgang mit Zeitzeugenberichten ehemaliger Frankfurter Schülerinnen und Schüler

Von Ann-Kathrin Rahlwes



Ann-Kathrin Rahlwes ist freischaffende Historikerin und Kuratorin. Ein besonderes Anliegen sind ihr partizipative und inklusive Ansätze im Museum. Ihr Arbeitsfokus liegt auf Objektgeschichte, Firmen-, Institutionen- und Biografiengeschichte sowie jüdischer Geschichte Westeuropas des 19. und 20. Jahrhunderts. Veröffentlichungen (Auswahl): »Die Familie Frank«, in: Mirjam Wenzel u.a. (Hrsg.), *Jüdisches Frankfurt. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart*, München 2020, S. 236–251; (gemeinsam mit Johannes Beermann-Schön), »Begleitete Archivrecherche. Den ›schwierigen Dingen‹ auf der Spur«, in: Historisches Museum Frankfurt (Hrsg.), *Gekauft. Gesammelt. Geraubt? Vom Weg der Dinge ins Museum*, Frankfurt am Main 2019, S. 84–87.

Foto: privat

Für die kommende Wechselausstellung »Nachgefragt: Frankfurt und der NS« des Jungen Museums im Historischen Museum Frankfurt (9. Dezember 2021 bis 23. April 2023)¹ habe ich Selbstzeugnisse und Selbstausagen zu Kindheit und Jugend während des Nationalsozialismus in Frankfurt am Main recherchiert. Besonders interessant waren hierfür Themen wie »Schule« oder »Freizeit«, die einen Bezug zur Lebenswelt heutiger Kinder und Jugendlicher haben. Einen ersten Überblick über die Materiallage gab mir das *Findbuch erzählter Frankfurter Geschichte* auf dem Internetportal *Frankfurt am Main 1933–1945*, das die audiovisuellen Bestände verschiedener Frankfurter Institutionen wie etwa des Fritz Bauer Instituts dokumentiert.² Neben einem erläuternden Kurztitel sind darin auch Personen und Ereignisse verschlagwortet, sodass eine zielgerichtete Recherche nach ehemaligen Frankfurter Schülerinnen und Schülern möglich war.

Nach der Erstauswahl interessanter Biografien erfolgte eine Anfrage an das Archiv des Fritz Bauer Instituts, das mir eine umfangreiche Liste des infrage kommenden Interviewmaterials aus dem audiovisuellen Archivbestand zur Verfügung stellte. Dieses Dokument umfasste neben technischen Informationen zum Interviewmaterial auch stichwortartige Angaben zum Inhalt der Interviews sowie zu den Lebensläufen einschließlich Geburtsdaten und Geburtsorten. Diese außerordentlich detaillierte Aufarbeitung des Bestandes erleichterte die Auswahl von Biografien nach den zuvor genannten lebensweltlichen Themen enorm.

Zum Archivmaterial, das vom Fritz Bauer Institut für die Feinrecherche bereitgestellt wurde, zählten neben den Interviews auch

Kurzviten und Transkripte der Gespräche. Diese gaben im Unterschied zur geschnittenen, audiovisuellen Aufzeichnung den vollständigen Wortlaut wieder und ergänzten sie somit um vertiefende Details, sodass die historische Einordnung von Aussagen erleichtert wurde. Zugleich gaben die Aufnahmen Aufschluss über die Bedeutung des Erlebten, etwa durch Betonungswechsel, Veränderungen in der Erzählweise und Mimik. Gerade im Hinblick auf Bedeutungsverschiebungen, wie sie zum Beispiel bei ironischen Bemerkungen der Fall sind, war der Vergleich von Transkript und Interviewmaterial wichtig. Im Gespräch mit dem Archivar des Fritz Bauer Instituts konnten zudem weiter gehende Fragen zur Entstehungssituation der Gespräche rasch geklärt werden.

Bei der Aufarbeitung der Aufzeichnungen und anderer autobiografischer Quellen, wie etwa zeitnah zum Ereignis verfasster Briefe, war es mitunter herausfordernd, das Erzählte historisch einzuordnen, da Zusammenhänge oftmals nur angedeutet wurden. Bernhard Natt, der 1919 als Sohn eines jüdischen Arztes geboren wurde, wob beispielsweise in seinen Bericht über die Novemberpogrome 1938 unvermittelt eine Nebenbemerkung ein, wonach ein SA-Mann beim »Judenboykott« vor der Arztpraxis seines Vaters gestanden habe. Während dieses Ereignis klar dem Aprilboykott 1933 zugeordnet werden kann, ist es nicht bei jedem geschilderten Erlebnis der Zeitzeugen möglich, den historischen Hintergrund im Detail aufzuklären. So berichtete etwa die als »Halbjüdin« verfolgte Frankfurterin Liselotte Günzler, geb. Wessinger (Jahrgang 1933), in ihrem Interview, dass ihre Mutter im Winter 1940 einen Brief erhalten habe, in dem sie aufgefordert worden sei, ihren Sohn Helmut ins jüdische Kinderheim am Röderbergweg 87 zu bringen. Auch ihr nichtjüdischer Ehemann habe dies nicht verhindern können. Wer den erwähnten Brief verfasst hatte oder mit welcher Verordnung dieses Ereignis genau im Zusammenhang stand, bleibt im Gespräch mit Liselotte Günzler unklar, und auch in der gesichteten Fachliteratur fand sich dazu kein Hinweis.

Aus den genannten Gründen ist es daher empfehlenswert, begleitend zur Beschäftigung mit autobiografischen Erzählungen zur Frankfurter Geschichte während des Nationalsozialismus ergänzendes Archivmaterial aus den Arolsen Archives (früher ITS Arolsen),

der Wiener Library, dem Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main und dem Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden heranzuziehen. Das Dossier zu Bernhard Natt im Archiv der Wiener Library (PIII_h_No139) etwa, das einen Erinnerungsbericht von 1955 und einen Brief an seine Familie aus Auschwitz vom 1. Mai 1945 enthält, ermöglichte mir einen wertvollen Einblick in die Zeit unmittelbar nach seiner Befreiung durch die Rote Armee.

Wie Liselotte Günzler und Bernhard Natt haben zahlreiche Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ihre Erinnerungsberichte publiziert.³ Wie die Auswertung weiterer audiovisueller Quellen aus dem Institut für Stadtgeschichte verdeutlichte, nehmen Faktoren wie der Erzählanlass und der Gesprächsrahmen – also vor Publikum oder zuhause –, aber auch der zeitgeschichtliche Kontext erheblichen Einfluss auf das Interview. So berichtete Liselotte Günzler, dass sie aus Angst vor einer Diskriminierung ihrer Familie lange geschwiegen habe. Auch der zeitliche Abstand zum Erlebten verändert die Erzählstruktur und die Erzählweise des Interviewten. Für Forschungsvorhaben ist es daher empfehlenswert, Interviewmaterial zu Zeitzeugen bei verschiedenen Institutionen gleichzeitig anzufragen. Im Fall von Liselotte Günzler beispielsweise liegt sowohl im Institut für Stadtgeschichte eine Aufzeichnung vor, die im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Erzählcafé« vor Publikum im Jahr 2015 entstanden ist, als auch ein Interview im Archiv des Fritz Bauer Instituts aus dem Jahr 2007 sowie ein weiteres Einzelgespräch, das die USC Shoah Foundation mit ihr im November 1996 führte.

.....
³ Bernhard Natt, *Growing up in Nazi Germany. Experiences and Memories of Bernhard Natt*, Wrocław 2013; Lilo Günzler, *Endlich Reden*, Frankfurt am Main 2012. Als grundlegende Literatur zum hier besprochenen Themenkomplex empfehlen sich folgende Titel: Monica Kingreen, »Nach der Kristallnacht. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1938–1945«, Frankfurt am Main 1999; Dagi Knellessen, *Novemberpogrome 1938. »Was unfassbar schien, ist Wirklichkeit«*, Frankfurt am Main 2015; Avraham Barkai, *Vom Boykott zur »Entjudung«. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1945*, Frankfurt am Main 1987; Stiftung Jüdisches Museum Berlin, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), *Heimat und Exil. Emigration der deutschen Juden nach 1933*, Frankfurt am Main 2006.

.....
¹ S. <https://junges-museum-frankfurt.de/node/177> (29.6.2021).

² Vgl. <https://www.frankfurt1933-1945.de/nc/beitraege/show/1/thematik/hilfe-zur-recherche/artikel/findbuch-erzaehler-frankfurter-geschichte-audio-beitraege-mit-zeitzeugen-und-zeitzeuginnen/suche/findbuch/> (29.6.2021).

»Rassenhygiene«-Diskurs vor 1914



Norbert Herms

Zwischen »schädlichen Einflüssen« und »wertvollen Erbströmen«.

Der »rassenhygienische« Diskurs in Deutschland zwischen 1891 und 1914

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2020, 295 S., € 40,-

Die Ursprünge der »Rassenhygiene« in Deutschland reichen bis in das Wilhelminische Kaiserreich zurück. Diesen frühen biologistischen Debatten in Deutschland widmet sich der Historiker Norbert Herms in seiner Studie über den »rassenhygienischen« Diskurs bis zum Ersten Weltkrieg. Sie basiert auf seiner an der Technischen Universität Dresden angenommenen Dissertation, die am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung entstand.

Als Quellen dienen Herms vor allem Artikel der beiden maßgeblichen »rassenhygienischen« Zeitschriften in diesem Zeitraum, des *Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie* von Alfred Ploetz und der von Ludwig Woltmann gegründeten *Politisch-Anthropologischen Revue*. Letztere erfuhr in der Geschichtswissenschaft bislang eine deutlich geringere Aufmerksamkeit, so dass die Studie dazu beiträgt, eine Forschungslücke zu schließen. Die Gelegenheit zu einem Vergleich der beiden Zeitschriften wird in der Studie jedoch kaum genutzt.

Anhand der Methode der historischen Diskursanalyse untersucht Herms spezifische Diskursstränge. Debatten über eine vermeintlich »falsche Humanität« und den Geburtenrückgang analysiert er unter dem Überbegriff der »Kontraselektivität«. Als Diskursstrang »Milieu« fasst der Autor Beiträge über die Rolle von Krieg, Landflucht, Stadthygiene, Alkoholismus, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten für bevölkerungspolitische Vorgänge zusammen. Positionierungen zu Forderungen der negativen und positiven Eugenik wie Sterilisationen, Eheverbote und selektiven Fördermaßnahmen ordnet Herms dem Diskursstrang »Blutmischung« zu. Eine breitere Einordnung der genannten Debatten in die internationale Geschichte der Eugenik und gegebenenfalls auch ein Anknüpfen an Konzepte wie den Ansatz der Biopolitik von Michel Foucault oder den des Social Engineering von Thomas Etzemüller wären hier sinnvoll gewesen.

Stattdessen fokussiert Herms auf den Grad der Radikalität der geäußerten Positionen und Forderungen, die er drei abgestuften Analysekatoren zuordnet: erstens »Sozialpolitik vor »Rassenhygiene«, zweitens »Rassenhygiene« in bestehenden Wertesystemen«,

welche er als »durch die Bestrebung zur Ausschöpfung »rassenhygienischer« Möglichkeiten in den bestehenden moralischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen gekennzeichnet« (S. 62) definiert, und drittens »Totale Biologisierung«, die »die bestehenden Verhältnisse nicht berücksichtigt, sondern auf völlige Biologisierung und auf einen dafür notwendigen entsprechenden Wertewandel abzielt« (S. 62). Zu Letzterem werden unter anderem radikale Züchtungsutopien gezählt. Diese Kriterien haben zur Folge, dass zentrale Akteure der »Rassenhygiene« wie Alfred Ploetz und Ernst Rüdin der vermeintlich gemäßigeren zweiten Kategorie zugerechnet werden.

Auf diesen Radikalitätskategorien aufbauend präsentiert Herms seine Ergebnisse. Gemeinsam war zahlreichen Zeitschriftenbeiträgen die Kritik an angenommenen »rassenhygienisch« negativen Auswirkungen von karitativem Christentum, demokratischen Gleichheitsprinzipien und liberalkapitalistischer Wirtschaftsweise. In den Wechselwirkungen von Kulturpessimismus und Fortschrittsutopien mit dem Postulat der Wissenschaftlichkeit nahmen »rassenhygienische« Positionen bisweilen den Charakter von quasi-religiösen Heilsversprechen an. Jedoch seien die Herausgeber der beiden Zeitschriften jeweils auf einen offenen Austausch bedacht gewesen, was zum Teil die inhaltliche Heterogenität der publizierten Positionen erkläre.

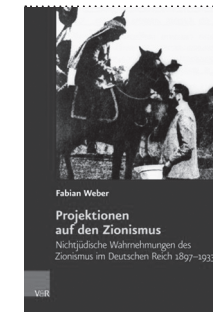
Für diesen Befund dürfte auch die Konzeption der Studie eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Seine vergleichsweise offen gefasste Definition von »Rassenhygiene« bei der Auswahl der Quellen ermöglicht es Herms, über die Debatten zu Vererbung und Fortpflanzung im engeren Sinne hinaus noch weitere zeitgenössisch als »rassenhygienisch« relevant verhandelte Aspekte in die Analyse einzubeziehen, die in der historischen Forschung über Eugenik oftmals nur geringe Beachtung finden. Dazu zählen beispielsweise Auseinandersetzungen über die »Selektionswirkung« von Infektionskrankheiten und Stadthygiene. Die Analysekatoren »Sozialpolitik vor »Rassenhygiene« berücksichtigt auch Beiträge von Autoren wie Alfred Grotjahn und Willy Hellpach, die sich für eine Verknüpfung von Sozialhygiene und Eugenik aussprachen.

Der Autor resümiert, dass die Debatten über »Rassenhygiene« bis 1914 keineswegs von den radikalsten Positionen dominiert waren. Vertreterinnen und Vertreter der beiden weniger radikalen Ansätze brachten demnach häufig Gegenargumente und alternative Sichtweisen ein, so dass sich Herms' These einer »komplexen Streitkultur« (S. 252) des »rassenhygienischen« Diskurses vor 1914 bestätigt. Ob die inhaltliche Heterogenität jedoch derart kennzeichnend für diese frühen Debatten »vor dem einschneidenden Erlebnis des Ersten Weltkrieges« (S. 252) war, wie Herms es darstellt, kann mit Blick auf das ebenfalls vielfältige Meinungsspektrum zur Eugenik während der Zeit der Weimarer Republik bezweifelt werden.

Jens Kolata

Fritz Bauer Institut

Projektionen auf den Zionismus



Fabian Weber

Projektionen auf den Zionismus.

Nichtjüdische Wahrnehmungen des

Zionismus im Deutschen Reich 1897–1933

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht,

2020, 377 S., € 75,-

Fabian Webers Doktorarbeit untersucht die nichtjüdischen Wahrnehmungen des Zionismus oder genauer des jüdischen Palästina in Deutschland von der Gründung der zionistischen Bewegung 1897 bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933. Zentrales Ziel der Studie ist es dabei, die »Bilder des Jüdischen« zu beleuchten, die in der nichtjüdischen Zionismusrezeption hervorgebracht wurden, Bilder, »in denen sich nicht allein das Judentum, sondern große gesellschaftliche Zusammenhänge reflektieren« (S. 20). Diese Rezeptionsgeschichte entwirft Weber als integrierte Geschichte.

Er analysiert die »Bilder des Jüdischen« auf drei gesellschaftlichen Feldern, welche die Hauptkapitel der Arbeit darstellen: erstens der imperialistischen Publizistik der 1890er bis 1920er Jahre, zweitens der auf Palästina und den Zionismus referierenden antisemitischen Propaganda der Weimarer Republik und drittens der heilsgeschichtlichen Aufladung von Judentum und Zionismus in der christlich-deutschen Judenmission. Weber kann überzeugend nachweisen, dass auf allen diesen Feldern die Auseinandersetzungen mit dem Zionismus überwiegend instrumenteller Art waren und dass ein Großteil der nichtjüdischen Protagonistinnen und Protagonisten den Zionismus und Palästina als Projektionsflächen für ihr eigenes nationales oder religiöses Selbstverständnis nutzte.

Webers sprachlich ausgesprochen gewandte Arbeit analysiert das zeitgenössische Schriftgut mit der Absicht, dessen Motive und Darstellungsformen zu durchdringen, anstatt es mit dem Gestus der Empörung zurückzuweisen. Zum Verstehen gehört für Weber insbesondere, die Ambivalenz der verschiedenen Autorinnen und Autoren bezüglich ihrer Palästina- und Zionismusbilder herauszuarbeiten und nicht in Eindeutigkeiten aufzulösen. Ihm geht es nicht um den Nachweis, dass jemand Antisemit oder Antisemitin war, sondern um ein Erschließen der Wahrnehmungen und Argumentationsstrategien, die häufig nicht eindeutig sind und sich überdies im Laufe der Zeit wandeln konnten. Für seine Argumentation dringt er dabei tief in eine große Auswahl aus zeitgenössischen Büchern, Aufsätzen und Pamphleten ein, die er schließlich vor dem Hintergrund einer breiten und genauen Kenntnis der Forschungsliteratur analysiert.

Explizit wendet Weber sich gegen Arbeiten, die nach seiner Auffassung die Ambivalenz der nichtjüdischen Zionismusrezeption zu stark vereinfachen und dem Zionismus eine größere politische Bedeutung zuschreiben, als er tatsächlich gehabt habe. Eindrucksvoll kann er dabei eine fast schon klassische Interpretation entkräften, nach der es gewisse Berührungspunkte zwischen Antisemitismus und Zionismus gegeben habe, die sich aus einem gemeinsamen Interesse an der Auswanderung von Jüdinnen und Juden nach Palästina speisten. Für Antisemitinnen und Antisemiten, selbst für die konservative Rechte, so Weber, war der Zionismus eigentlich nie ein Partner, sondern blieb immer Gegner, auch wenn man sich seiner bisweilen rhetorisch bediente.

Während Webers Arbeit in der unmittelbaren Darstellung und Interpretation der Quellen und Literatur überzeugend ist, fehlen ihr etwas die analytische Ebene sowie eine breitere historische Kontextualisierung. In der ersten Phase seines Untersuchungszeitraums (1890er–1920) war die deutsche Diskussion über Judentum und Zionismus noch in die Bedingungen imperialer Ordnungen eingebunden: Das Besondere des Judentums, dass es nämlich in Kategorisierungen nach Nation, Ethnie oder Religion nicht vollständig aufging, wurde teils noch verstanden, akzeptiert und noch nicht vollständig als »doppelte Loyalität« fehlgedeutet. Erst nach Ende des Ersten Weltkriegs und nach dem Zusammenbruch der imperialen Großreiche wurde Judentum nun vereindeutigt als entweder nationale oder religiöse Einheit – dies wohl gemerkt im nichtjüdischen ebenso wie im jüdischen Diskurs. Insofern entsprechen die von Weber als Kapitel 2 und 3 gewählten Themen genau dieser Aufspaltung in ethnisch-national versus religiös einer im ersten Kapitel durchaus noch ambivalenten Einheit.

Eine stärkere Einbindung der Forschung zu den Bedingungen jüdischer Politik und dem Prinzip der »vertikalen Allianzen« im Übergang vom Imperium zum Nationalstaat, wie sie von Salo Baron, Yosef Hayim Yerushalmi, Hannah Arendt, Dan Diner und anderen vorgelegt wurde, hätte auch das Verständnis zionistischer Politik der Jahre 1897 bis 1933 erhellen können. Die zionistischen Akteurinnen und Akteure zielten auf das uneingelöste – ja vielleicht sogar uneinlösbare – Versprechen der Emanzipation. Die realpolitischen Interessen und Ambitionen würden dabei die antisemitisierenden Ideologeme überlagern und an den Rand drängen, eine erfahrungsgestützte Annahme, die erst der Nationalsozialismus grundlegend zunichtemachte.

Ungeachtet dessen hat Fabian Weber eine argumentativ überzeugende und in der Lektüre durchaus fesselnde Arbeit vorgelegt, die das Verständnis der jüdischen Geschichte als Teil der deutschen Geschichte – wenn auch niemals als vollständig integrierter – vertieft und erweitert.

David Jünger

Rostock

Die hohe Kunst der Zeitbeobachtung



Victor Klemperer

Licht und Schatten.

Kinotagebuch 1929–1945

Herausgegeben von Nele Holdack und Christian Löser. Mit einem Vorwort von Knut Elstermann

Berlin: Aufbau, 2020, 363 S., € 24,-

Victor Klemperer liebte das Kino. Es war eine private Leidenschaft, aber sie ver- trug sich auch mit seinem Selbstverständnis als Philologe. Vor allem die Verbindung zu Musik und Tanz war für ihn die Es- senz von »Lichtspielen«. Besonders gerne mochte er Musicals mit dem Tenor Jan Kiepura, *DIE SINGENDE STADT* (1930) etwa, *DAS LIED EINER NACHT* (1932) oder *MEIN HERZ RUFT NACH DIR* (1934) – er hat sie alle gesehen, manche mehrfach. Die »ganz eigentümliche Schauspielerin, Sängerin und Diseuse« Zarah Le- ander »mit der tiefen Stimme« (S. 123) wurde von Klemperer aufs Höchste verehrt, er plante, ausführlich über sie zu schrei- ben (was er nicht realisierte). Mochte ein Stoff auch »abgelei- erter Kitsch« (S. 22) sein, wenn gut gespielt und gesungen wurde oder ein Thema packend dramatisiert war, war er »entzückt« (S. 75, 76, 93, 126), »erschüttert« (S. 25, 65, 122), »beglückt« (S. 44) oder »ergriffen« (S. 72). »Ich bin so gern im Kino; es entrückt mich« (S. 72). Diese Selbstbeobachtung hielt er zu einer Zeit fest, als ihm die politischen Ereignisse bereits existenziell zuzusetzen begannen (am 20. März 1933). Kiepura-Filme wa- ren für das Ehepaar Klemperer somit »Erholung und Ablenkung« (S. 74); aber zugleich waren die Beobachtungen Klemperers über Thema, Inszenierung, Schauspieler und Zuschauerreaktionen alles andere als eskapistisch; immer kommentierte er seine Kinogänge im Tagebuch auf mehreren Ebenen: So kontemplierte er über die Differenz von Humor und Komik, über das Verhältnis von Sen- timentalität und Tragik; er räsonierte darüber, wie sich französi- sches von amerikanischem Storytelling unterschied; er verglich Theater und Kino, oder er spürte dem erkennbaren Einfluss des neuen Mediums auf Romane seiner Zeit nach. Andere Reflexio- nen Klemperers stellten den Film in eine Reihe mit Warenhaus, Radio und Automobil – den Symbolen der neuen Zeit mit ihren grundstürzenden Auswirkungen auf das Weltbild und die Sozialbe- ziehungen der Menschen, der einfachen Leute wie der gebildeten Schicht. Klemperer beschäftigte immer auch die Veränderungen des Zeitgeistes, wie sie auf der Leinwand zu Bildern, Gesten und Gefühlen wurden.

Der vorliegende Band hält viel bereit, für Klemperer-Kenner ebenso wie für Neueinsteiger, weswegen er beiden Gruppen emp- fohlen sei. Erstere kennen die Tagebücher der Weimarer und der NS-Zeit und die Kinoleidenschaft Klemperers aus seinen Lebens- erinnerungen; aber in den bisherigen Editionen wurde aus Platz- gründen nur rund ein Drittel seiner Filmreflexionen aufgenommen, das meiste wird hier zum ersten Mal publiziert. Auch Leser, die die Klemperer-Welt erkunden möchten, werden gut bedient: Ihnen eröffnet die Auswahl einen Einblick in das Tagebuchwerk insge- samt, denn die Herausgeber haben die Passagen über Filme so in die allgemeinen Aufzeichnungen eingebettet, dass ein Ganzes ent- standen ist, keine Collage. Das und der gut proportionierte Anmer- kungsapparat, die Bildstrecke und das Filmregister sind zu loben. Ein Widerspruch aber trübt den Eindruck: die Beschränkung auf die Jahre von 1929, dem Übergang vom Stumm- zum Tonfilm, bis 1945. Da die Herausgeber selbst den langen Essay »Das Lichtspiel« von 1912 abdrucken, der zeigt, wie systematisch Klemperer das Phänomen beachtet, ist eigentlich nicht zu verstehen, warum seine Kinoleidenschaft aus den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts ausgeblendet bleibt. Die Memoiren zeugen von der Bedeutung, die er selbst seinem Essay zuschreibt. Er spricht hier sogar von »plan- mäßigen Studienfahrten« in die Berliner Kinoszene – »und hierbei kam ich mir wie ein Entdecker vor. Und in gewissem Sinne war ich das auch. Meine Studie [...] ist sicherlich eine der frühesten, die in Deutschland unter ästhetischem Gesichtspunkt über das Kino als Kunstinstitut, als gleichberechtigtes Schauspielhaus neben dem Theater geschrieben wurde.«¹

Klemperer hatte dem Medium gegenüber keinerlei snobisti- sche Vorbehalte; er war gefangen von der Kunstform, die er mit Tränen in den Augen genießen konnte, der er aber zugleich auch erkenntnistheoretisch nachspürte: Ihn interessierte, dass die Men- schen verkürzend »Kintopp« sagten, die Anbieter aber von »Ki- nematograph«, »Vitaskop«, »Biophontheater« oder von »Licht- spielen« sprachen. Er beachtete den Ort der Filmvorführungen, die zuerst in Schaubuden und auf Jahrmärkten und erst später in prunkvollen Theaterpalästen stattfanden. Er fragte: Welche sozialen Folgen wird der Film nach sich ziehen, welche Berufe neu schaffen, welche überflüssig machen? Welchen Aufwand an neuer Technik stimuliert die Filmwirtschaft? Welche bekannten Elemente der Ästhetik übernimmt sie? Was bedeutet die durch das Medium angebahnte Internationalisierung des Kunsterleb- nisses, das »geistige Zusammenschmelzen der Welt« (S. 102)? Lange vor der NS-Zeit, besonders aber in diesen Jahren, analysierte Klemperer auch die politischen Botschaften, die die Spielfilme ebenfalls transportieren – jene oft mehr als die Wochenschauen,

¹ Victor Klemperer, *Curriculum Vitae. Erinnerungen 1881–1918*, 2 Bde., Berlin 1996, hier: Bd. 1, S. 577 f.

denen er natürlich ganz besondere Aufmerksamkeit widmete, denn auch der Propagandafilm war eine Sprache, mit der »das Volk« als einheitliches Kollektiv gezeigt wurde, Diktatoren wie Hitler und Mussolini sich selbst darstellten, politische Ressentiments mit fil- mischer Rhetorik propagiert wurden. Film und Kino erweisen sich somit als kongenial zur schriftstellerischen Lebensweise Klempe- rers: Hier schärft er seine hohe Kunst der Zeitbeobachtung. Filme wurden Teil der »Berufsarbeit« und über Jahrzehnte hinweg zum »anregenderen und unentbehrlicheren Genuß, als es vordem das Theater gewesen – bis dann die Politik in ihrer giftigsten Form in

das Kino eindrang und mir seinen Besuch verekelte, lange bevor er mir staatlich verboten wurde«.²

Nicolas Berg
Leipzig

² Ebd., S. 579.

Anzeige



Social Media Angebote
des Fritz Bauer Instituts

Website fritz-bauer-institut.de
Facebook facebook.com/fritz.bauer.institut
Twitter twitter.com/fritzbauerinst
YouTube youtube.com/fritzbauerinstitutfrankfurt

Mikrogeschichte deutsch-jüdischer Bourgeoisie



Jay H. Geller

Die Scholems. Geschichte einer deutsch-jüdischen Familie

Aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Ruth Keen und Erhard Stölting

Berlin: Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, 2020 (amerikanische Erstveröffentlichung 2019), 463 S., € 25,-

In seinem autobiografischen Porträt *Von Berlin nach Jerusalem* bemerkte Gershom Scholem (1897–1982), dass die ganz unterschiedlichen politischen Wege, die er und seine drei Brüder während der Weimarer Zeit einschlugen, das gesamte Spektrum der Optionen widerspiegeln, die dem deutschen Judentum nach dem Ersten Weltkrieg zur Disposition standen. Diese Passage scheint Jay H. Geller dazu angeregt zu haben, die Geschichte der Familie Scholem zu rekonstruieren, vom Jahr 1817, als der Bäcker Marcus Scholem aus der schlesischen Kleinstadt Glogau nach Berlin einwanderte, bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, als die Reste der Familie, die Deutschland zwischen 1923 und 1938 verlassen hatten, sich zwischen Israel und Australien verteilt fanden. Das Buch kann deshalb auf drei verschiedene Weisen gelesen werden: als die Geschichte einzelner Individuen (hauptsächlich die Gershoms, seiner drei Brüder und ihrer Mutter Betty), als eine Familiengeschichte, aber auch als Versuch, die Scholems – eine bürgerliche Berliner Familie – in den Mittelpunkt zu stellen, als eine Art Mikrokosmos, der die Erfahrung des deutschen Judentums vor und nach dem Holocaust widerspiegelt.

Das Buch ist in neun chronologisch aufgebaute Kapitel gegliedert, in denen Geller mit Hilfe einer intensiven Quellenauswertung – insbesondere der Familienkorrespondenz, die im Scholem-Nachlass in der Jerusalem Nationalbibliothek aufbewahrt ist – das soziale, kulturelle und politische Umfeld der Familie Scholem im Berlin des frühen 20. Jahrhunderts, wo Gershoms Vater Arthur Scholem eine recht erfolgreiche Druckerei besaß, akkurat darstellt. Geller verfolgt vor allem das Schicksal der vier Scholem-Brüder: Reinhold (1891–1985), Erich (1893–1965), Werner (1895–1940) und Gerhard. Während die ersten beiden sich entschieden, in die Fußstapfen ihres Vaters zu treten, nach dessen Tod 1925 sein Geschäft übernahmen und sich eher konventionellen politischen Ideologien annähernten (dem Deutschnationalismus der eine, dem Liberalismus der andere), entschieden sich die beiden jüngeren Brüder für einen weitaus

konfliktreicheren Weg. Werner begann seine politische Karriere als Sozialist, wurde dann eines der wichtigsten Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands und 1924 für diese in den Reichstag gewählt. Im Jahr 1933 wurde er verhaftet und nach sieben Jahren im Gefängnis schließlich ermordet. Gerhard hingegen engagierte sich seit seiner frühesten Jugend begeistert für den Zionismus, nahm den hebräischen Namen Gershom an und machte sich bereits 1923 auf den Weg nach Palästina, wo er zu einem der bedeutendsten jüdischen Gelehrten des 20. Jahrhunderts wurde. Reinhold und Erich traf Gershom zum letzten Mal 1938 in Montreal auf einer Vortragsreise in Nordamerika, als seine Brüder aus Deutschland geflüchtet waren, um schließlich in Australien Zuflucht zu finden. Wenige Monate später schloss sich ihnen ihre Mutter Betty (1866–1946) an, die im März 1939 in Port Said eine letzte Gelegenheit hatte, sich kurz vor ihrem jüngsten Sohn zu verabschieden.

Es ist ein besonderes Verdienst dieses Buches, die deutsch-jüdische Diaspora in einer globalen Perspektive zu beleuchten. Ein besonders origineller Beitrag ist im letzten Kapitel zu finden, in dem Geller zeigt, wie Reinhold und Erich ihr Leben in den Vorstädten Sydneys neu erfinden mussten und – nicht immer mit Erfolg – versuchten, verschiedene Handelsaktivitäten zu eröffnen. Ständig kämpften sie mit dem Bedürfnis, sich an die umgebende australische Umwelt anzupassen, und dem Versuch, ihr Selbstverständnis als Deutsche und Juden in einer fremden Gesellschaft neu zu formulieren. Die Narration, die immer wieder zwischen Deutschland, Palästina/Israel und später Australien wechselt, um dem einen oder anderen Familienmitglied zu folgen, erscheint besonders glücklich. Geller gelingt es, das reiche Spektrum der Selbstbestimmungsoptionen darzustellen, die deutsche Juden in der Weimarer Zeit genossen oder zumindest zu genießen glaubten, und warnt davor, deutsch-jüdische Lebenserfahrungen jener Zeit rückblickend teleologisch nur im Zusammenhang des Holocaust zu deuten.

Zweifellos ist Gellers Buch keine Biografie Gershom Scholems und will das auch nicht sein. Und doch leistet es, ungeachtet der vielen Publikationen über den Jerusalem Gelehrten, die in letzter Zeit erschienen sind, auch im Hinblick auf dessen Lebensgeschichte einen originellen Beitrag, indem es neue, interessante Einblicke gewährt, insbesondere in Scholems Studienzeit und, nicht weniger wichtig, in seine *éducation sentimentale*. Da das Schicksal der Brüder Reinhold und Erich fast ausschließlich aus der Korrespondenz mit ihrem Bruder in Jerusalem rekonstruiert wird, gewinnt man den Eindruck, dass Geller angesichts seiner Quellenlage dazu gezwungen war, sich immer wieder auf das jüngste und berühmteste Mitglied der Familie zu konzentrieren.

Enrico Lucca
Leipzig

Fatale Fehlannahmen?



Regina Grundmann, Bernd J. Hartmann, Daniel Siemens (Hrsg.)

»Was soll aus uns werden?«

Zur Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens im nationalsozialistischen Deutschland

Berlin: Metropol, 2020, 240 S., € 22,-

Der 1893 gegründete Centralverein (CV) war die mitgliederstärkste und einflussreichste Interessenvertretung der deutschen Juden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Doch erst in den letzten Jahren weckt diese Organisation vermehrt die wissenschaftliche Aufmerksamkeit.

Der Sammelband ist das Ergebnis eines interdisziplinären Forschungsprojekts, das auf Archivalien aus dem ehemaligen Moskauer »Sonderarchiv« zurückgreifen konnte, die seit Mitte der 1990er Jahre vom Central Archive for the History of the Jewish People in Jerusalem digitalisiert worden sind. Das Projekt wurde von forschungsnahen Lehrveranstaltungen an den Universitäten Bielefeld, Münster und Osnabrück begleitet. Von den insgesamt sechs Beiträgen stammen zwei von ehemaligen Studierenden. Alle Aufsätze widmen sich schwerpunktmäßig der Geschichte des CV im Nationalsozialismus bis zu dessen Verbot, jedoch wird mitunter ausführlicher auf die Weimarer Republik zurückgegriffen.

Bereits in der Einleitung wird die Behauptung zurückgewiesen, die Politik des CV gegenüber dem Regime sei »ängstlich-devot« (S. 12) gewesen. Dieser Bezugnahme auf eine abseitige und bald 40 Jahre alte Publikation hätte es jedoch nicht bedurft. Die Befunde von Avraham Barkai oder die umfangreichen Arbeiten Arnold Pauckers haben längst ein differenzierteres Bild geliefert.

Daniel Siemens analysiert die Selbstverortung des CV in den Jahren 1933 bis 1938. Der Verein sei sich bereits ab 1933 seiner schwierigen Position bewusst gewesen. Ab März 1933 habe die Rechtsabteilung ihre Arbeit intensiviert. Die CV-Führung hätte eine Auswanderung nicht nur als Verrat an der geschichtlichen Mission des deutschen Judentums verstanden, sondern sei sich auch im Klaren darüber gewesen, dass die Emigration mit hohen wirtschaftlichen und sozialen Folgekosten verbunden war. Die jüdische Emanzipation sei ideologisch eine »Großkategorie« und ein »Jahrhundertprojekt« (S. 40) gewesen, von dem man sich nicht so einfach verabschiedete. Anders als Johann Nicolai vor wenigen Jahren kommt Siemens zu dem Ergebnis, dass der CV nicht sehr angriffslustig gewesen sei. Er verweist zum Beleg auf die Durchhalteparolen im Angesicht

des Aprilboykotts. Aus politischen Gründen habe sich der Verein »scharfer Kritik an den neuen Machthabern« (S. 24) enthalten. Nur vereinzelt seien Erfolge bei Eingaben zu verzeichnen gewesen, vielfach sei er über die Rolle des unfreiwilligen Beobachters nicht hinausgekommen. Ab 1935 habe man der neuen Situation durch eine pragmatischere Haltung Rechnung getragen.

In den meisten Beiträgen fällt der Zäsurcharakter der Jahre 1935/36 auf. Regina Grundmann registriert in ihrem Aufsatz über die Strategien des CV zur Abwehr der NS-Propaganda gegen den Talmud nach Anfang 1935 keine Anfragen nach Aufklärungsliteratur mehr. Als Begründung führt sie die zunehmenden existenziellen Sorgen seitens der jüdischen Bevölkerung an.

Thomas Reuß behandelt in seiner Mikrostudie den oberschlesischen Landesverband des CV und sieht spätestens 1935 einen Modus Vivendi zwischen den ideologisch konkurrierenden CV-Anhängern und den Zionisten. Die Einrichtung einer gemeinsamen Wirtschaftsbetreuungsstelle im Mai 1936 durch beide Gruppen sei reichsweit ein einmaliger Vorgang gewesen.

Die zunehmenden gesellschaftlichen Gewalterfahrungen und die Nürnberger Gesetze führten im Mai 1936 zur Errichtung des Auswandererlehrgutes in Groß-Breesen (Schlesien), dessen Geschichte Frank Wolf erzählt. Es war als »Rettungskapsel deutsch-jüdischer Identität« (S. 211) gedacht, als Auswanderländer hatte man primär Argentinien und Brasilien im Blick, wo die deutsch-jüdische Kultur in der Emigration fortgeführt werden sollte. Neben der Kritik daran seitens der Zionisten macht Wolf aber auch eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit aus.

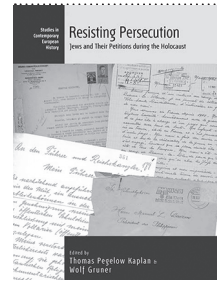
Martin Herholz analysiert in seinem Beitrag die Jugendpolitik des Centralvereins in den Jahren 1933 bis 1936. Mit der Zusammenfassung aller deutsch-jüdischen Jugendkräfte zum Bund deutsch-jüdischer Jugend im Jahr 1934 gelang es, eine Organisation zu schaffen, die bis zu ihrem Verbot im Dezember 1936 unter schwierigsten Bedingungen arbeitete.

Einen etwas anderen Akzent setzt dagegen Anna Ullrich in ihrem Aufsatz über die Kommunikation mit der nichtjüdischen Bevölkerung. Vor allem die ersten Monate des Jahres 1933 hätten zahlreichen CV-Mitgliedern offenbart, wie fragil die Verbindungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen waren, und sie dazu bewogen, sich kaum noch Illusionen hinzugeben.

Am Ende bleibt das Bild zurück, das Siemens bereits in seinem Beitrag zeichnet: dass nämlich die Selbstwahrnehmung und die Aktivitäten des CV weitaus komplexer waren, als es das »Klischee vom fehlgeleiteten kurzsichtigen und selbstgefälligen liberalen Judentum lange Zeit nahelegte« (S. 40). Es ist das Verdienst dieses Bandes, für diese These überzeugende Belege zu liefern und den Centralverein stärker in das deutsch-jüdische Gedächtnis zu rücken.

Martin Liepach
Fritz Bauer Institut

Petitionen der Verfolgten



**Thomas Pegelow Kaplan,
Wolf Gruner (Hrsg.)**
*Resisting Persecution.
Jews and Their Petitions during
the Holocaust*

New York, Oxford: Berghahn Books,
2020, 262 S., \$ 120,-/£ 89,-

Verfolgte Jüdinnen und Juden in Europa schrieben während des Holocaust Zehntausende von Petitionen an verschiedenste Empfänger und versuchten damit, aktiv Einfluss auf ihr Schicksal zu nehmen. Diese wichtigen Quellen seien aber, so die Herausgeber dieses Sammelbandes, von der Forschung bisher weitgehend ignoriert worden, obwohl sie doch selbstbestimmtes Handeln und teilweise sogar den Widerstand der Verfolgten bezeugten. Zu Recht betonen Wolf Gruner und Thomas Pegelow Kaplan die Bedeutung dieser Petitionen, allerdings stimmt der sehr häufig wiederholte Befund, vor ihnen seien diese Quellen nicht beachtet worden, nur bedingt. Sie sind nicht zu einem eigenen Forschungsgegenstand gemacht worden, das mag richtig sein, doch als Quellen zur Untersuchung unterschiedlicher jüdischer Reaktionen sind sie durchaus herangezogen worden, wenn auch nicht systematisch und jeweils neben anderen Quellen.

Es wäre gar nicht nötig, so vehement immer wieder den Charakter des absolut Neuen zu betonen, belegen die versammelten Beiträge doch auf eindrucksvolle Art und Weise, wie wichtig Petitionen als politisches Mittel der Verfolgten, den Diskriminierungen etwas entgegenzusetzen, waren. In einigen Fällen konnten die Schreiber und Schreiberinnen durchaus etwas bewirken und Einfluss auf ihre Verfolgungsgeschichte nehmen, wie beispielsweise Tim Cole dies in seinem spannenden Beitrag für Ungarn zeigt: Er beginnt mit dem an die lokalen Behörden gerichteten Schreiben eines Vaters, dessen Sohn während eines Besuchs auf dem Land im Frühjahr 1944 in das dort neu errichtete Ghetto gesperrt wurde. Diese stimmten der Bitte des Vaters, den Jungen freizulassen, zu und ließen ihn zurück nach Budapest bringen, was ihm vermutlich das Leben gerettet hat. In der Folge zeigt Cole, wie Juden und auch Nichtjuden mit ihren Petitionen auf die Ghettoisierung in Budapest einwirkten.

Nicht immer waren Petitionen so erfolgreich. Benjamin Frommer untersucht den sehr speziellen Fall der Anträge im Protektorat Böhmen und Mähren, als »Ehrenarier« anerkannt zu werden. Die über tausend Anträge, die äußerst interessante Quellen sind, was die Darlegungen anbelangt, warum der jeweilige Schreiber als »Arier« anerkannt werden müsse, wurden am Ende sämtlich abgelehnt. Hier stellten die Schreiber nicht das antisemitische System in Frage,

gegen dessen Auswirkungen sie sich auflehnen wollten, sondern versuchten nachzuweisen, dass sie nicht unter die Kategorie »Jude« fielen.

Stefan Cristian Ionescu beleuchtet die juristischen Strategien in den Petitionen des jüdischen Anwalts Wilhelm Filderman in Rumänien zwischen 1940 und 1944. Immer wieder wandte sich Filderman gegen antijüdische Gewalt und Maßnahmen an die Behörden bis hin zu Staatschef Ion Antonescu, der die Anträge in manchen Fällen sogar billigte.

Wolf Gruner zeichnet den Protest nach, den Individuen und Organisationen durch zahlreiche Briefe und Petitionen gegen die nationalsozialistische Politik im Deutschen Reich geleistet haben. Stacy Renee Veeder nimmt Frankreich in den Blick und untersucht Briefe von in Lagern inhaftierten Juden, aber auch von deren Angehörigen, Freunden und Hilfsorganisationen an die französischen Behörden, in denen immer wieder auf den Patriotismus und die Loyalität der Inhaftierten hingewiesen wurde. Im Ghetto Litzmannstadt (Łódź) richtete der Judenälteste Mordechai Chaim Rumkowski gar eine eigene Abteilung ein, an die Bittschriften und Beschwerden gerichtet werden sollten. Svenja Bethke stellt dies in ihrem instruktiven Beitrag als eine Möglichkeit des umstrittenen Judenältesten dar, die Wut gegen ihn im Ghetto in geordnete Bahnen zu lenken. Die Petitionen sieht sie als Ausdruck der eingeschränkten Möglichkeiten der Ghettobewohner, ihre Stimme zu Gehör zu bringen.

Mehr als 1.000 europäische Juden konnten auf die Philippinen fliehen. Thomas Pegelow Kaplan analysiert die Bittschriften von Jüdinnen und Juden an den Präsidenten Manuel L. Quezon und damit zusammenhängend transnationale Netzwerke, die die Emigration europäischer Juden unterstützten. Maximilian Strnad schließlich weitet den Blick in die Nachkriegszeit: Er zeigt, wie Juden, die in »Mischehen« im Deutschen Reich überlebt hatten und nicht deportiert worden waren, nach dem Krieg darum kämpfen mussten – und dies in zahlreichen Schreiben an Flüchtlings- und Hilfsorganisationen auch taten –, als Überlebende anerkannt und wie solche behandelt zu werden.

Wie Wolf Gruner und Thomas Pegelow Kaplan in ihrem Fazit richtig betonen, ist die Vielfalt der Briefeschreiber erstaunlich. Trotzdem tauchten bestimmte Argumentationsmuster immer wieder auf, die hier nicht alle aufgezählt werden können. Häufig nutzten die Verfasser und Verfasserinnen der Petitionen – es ist auffällig, wie viele Frauen darunter sind – die Sprache der Verfolger, um sich in ihren Schreiben an unterschiedliche Adressaten für ihre Sache einzusetzen. Ein in diesem Sammelband häufig wiederholtes Statement erweist sich, dies zeigen die Fallbeispiele, durchaus als richtig: »Petitioning matters.«

Andrea Löw
München

Geschichte der NSDAP



Jürgen W. Falter
*Hitlers Parteigenossen.
Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*
Frankfurt am Main, New York: Campus
Verlag, 2020, 584 S., € 45,-

Mit über 40 Jahren Forschungserfahrung und dem Standardwerk *Hitlers Wähler* (1991) ist Jürgen W. Falter der Experte in Sachen Mitglieder und Wähler der NSDAP. Mit *Hitlers Parteigenossen* liefert der mittlerweile als Senior-Forschungsprofessor in Mainz tätige Politikwissenschaftler einen wichtigen Beitrag zur Forschung über den Aufstieg der NSDAP, die NS-Herrschaft und den Umgang mit der NS-Vergangenheit nach 1945. Und er modifiziert seine eigene bisherige Analyse der NSDAP als Volkspartei.

Die Studie zur NSDAP-Mitgliederstruktur 1919 bis 1945 widmet sich den Aufnahmebedingungen, der Mitgliederfluktuation, den Parteibeitrittsverboten, den demografischen Faktoren und schließlich den Aus- und Eintrittsmotiven. Exkurse gelten der Entwicklung in Österreich, im Sudetenland und in den Millionenstädten des Reichs.

Auf 10 Millionen NSDAP-Mitglieder kamen 760.000 Austritte, 520.000 Todesfälle und 80.000 Ausschlüsse. Bis zur Machtübertragung traten etwa 900.000 Personen bei. Darauf folgten allein im März und April 1933 weitere 1,75 Millionen. Anschließend war der Beitritt bis April 1937 und nochmals von Februar 1942 bis April 1945 untersagt, um die Partei nicht durch Mitläufer zu »verwässern«. Falter analysiert eine repräsentative Stichprobe von 40.000 Datensätzen aus der Zeit vor 1933 und 12.000 aus dem Zeitraum 1933 bis 1945. Dazu kommen ausgewählte Entnazifizierungsakten und weitere Quellen zu den Beitrittsmotiven.

Die Studie überzeugt durch ihre starke empirische Basis, die konsequente Prüfung bekannter Forschungsthesen und das breite Fragenspektrum, aber auch durch das transparente Fehlermanagement bei der Datenerhebung und die differenzierte Argumentation. So werden etwa bei den Beitrittsmotiven nicht nur Überzeugung oder Opportunismus diskutiert, sondern auch der Versuch, Dritte vor Verfolgung zu schützen.

In manchen Bereichen bestätigt Falter bisherige Forschungsergebnisse etwa zu den Wahlergebnissen und was die Heterogenität der Mitgliedschaft, die tiefe Verankerung der NSDAP in der deutschen Bevölkerung und die geringere Resonanz in den Milieus des Katholizismus und der KPD- und SPD-nahen städtischen Arbeiterschaft angeht. Bestätigt werden auch der geringe Zuspruch unter Frauen, der

erst mit Kriegsbeginn deutlich anstieg, oder der Massenbeitritt von Beamten vor allem unmittelbar nach der Machtübertragung – damit war diese Berufsgruppe deutlich überrepräsentiert im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung. Darüber hinaus präzisiert Falters Analyse das vorhandene Wissen: So fanden sich unter den 40 Prozent Arbeitern innerhalb der Parteimitglieder vor allem Facharbeiter, insbesondere aus Bereichen der importorientierten Binnenwirtschaft und weniger aus der Exportindustrie.

Im Hinblick auf die Beitritts- und Austrittsmotive begibt sich die Studie auf Neuland. Allerdings bleiben zur Argumentation, dass Opportunismus ab 1933 als Motiv dominiert habe, und auch zur Anziehungskraft der NSDAP Fragen offen. Erstaunlich ist die signifikant hohe Resonanz im Sudetenland, wo mit etwa einem Viertel der Bevölkerung mehr als doppelt so viele Menschen beitraten als im Gesamtreich. Die Analyse der Altersstruktur weist die NSDAP als »Zwei-Generationenbewegung mit Volkspartei« aus. Es dominieren die Geburtenjahrgänge 1900 bis 1915, die bis März 1933 sogar rund zwei Drittel der Parteibeitritte stellen und im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung stark überrepräsentiert sind. In diesen Geburtenjahrgängen – die von den Entbehrungen des Krieges und der politischen »Enttäuschung« über die Nachkriegsjahre geprägt waren – beziehungsweise in deren Berufsstruktur zeigt die NSDAP den Charakter einer Volkspartei. Dagegen findet sich in den Geburtsjahrgängen vor 1900, der Generation der Frontkämpfer des Ersten Weltkriegs, die in der NSDAP vor und nach 1933 unterrepräsentiert war, ein sehr viel höherer Mittelschichtsanteil.

Die Studie bietet vielfache Anregungen für die Debatte über den Umgang mit dem Nationalsozialismus nach 1945 – von den Spuren der NS-Ideologie im Nachkriegsdeutschland über die Kollektivschuldthese bis hin zu den variantenreichen apologetischen Diskursen. Widerlegt werden der angebliche Automatismus beim Übergang von der Hitlerjugend in die Parteimitgliedschaft und auch die Behauptungen der Nachkriegszeit, man sei wider Willen oder unwissentlich zum Mitglied der NSDAP »gemacht« worden. Überzeugend ist auch Falters Argumentation, dass ein Parteiaustritt nur in Ausnahmefällen als Widerstandsakt gegen den Nationalsozialismus angesehen werden kann und umgekehrt keineswegs alle überzeugten Nationalsozialisten Mitglied der Partei waren.

Im Schlusskapitel geht Falter über sein eigentliches Thema hinaus und diskutiert die Rahmenbedingungen für den Erfolg rechtsextremistischer Bewegungen heute. Nicht nur mit diesem Thema möchte das Buch auch die breite Öffentlichkeit erreichen und zur aktuellen Debatte über den Aufstieg des Rechtspopulismus in Deutschland beitragen. Dass dies gelingt, bleibt zu hoffen, nicht zuletzt im Hinblick auf den herausragenden Gehalt dieser Studie.

Mathias Rösch
Erlangen/Nürnberg

Der politische Eid in Deutschland



Vanessa Conze

»Ich schwöre Treue ...«

*Der politische Eid in Deutschland
zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht,
2020, 390 S., € 54,99

In ihrer vielschichtigen Analyse der Geschichte des politischen Eids in Deutschland geht Conze nicht nur einem besonderen Ritual der Herrschaftssicherung auf den Grund, dessen historische Persistenz erstaunlich ist. Sie vermag es durch ihren multidimensionalen Blick auf das Phänomen darüber hinaus, gesamtgesellschaftliche Veränderungen, Konflikte und Diskurse nachzuzeichnen, die sich in der Geschichte des Eids niederschlagen. Der Eid fungiert in der Studie als ein historisches Brennglas, in dem sich Debatten über »das grundsätzliche Verhältnis von Gesellschaft und Staat, die Legitimation staatlicher Herrschaft sowie die Beziehung von Gesellschaft und Staat und die Beziehung zwischen Religion und Politik im säkularen Staat« (S. 18) gebündelt darstellen lassen. Das macht die Lektüre des Buchs besonders interessant und lehrreich.

Conzes Forschungsinteresse gilt dabei der Frage, wie ein modernes Ritual religiösen Ursprungs, das bereits im Mittelalter der Sicherung gesellschaftlicher Macht diente, Aufklärung, Säkularisierung, Individualisierung und den wiederholten Wechsel politischer Systeme lange Zeit nahezu unbeschadet überstehen konnte.

Um diese Frage zu beantworten, konzentriert sich Conze auf die Analyse des Beamteneids. Ausführlich widmet sie sich dabei dem Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus sowie der Nachkriegszeit. Sie stellt den einzelnen Hauptkapiteln die jeweils gültige(n) Eidesformel(n) voran, analysiert deren Unterschiede zu vorangegangenen und folgenden Varianten, fragt nach dem den Formeln immanenten, spezifischen Treueverständnis und zeichnet politische, juristische sowie gesellschaftliche Kämpfe um den Eid und die Möglichkeiten der Eidverweigerung nach.

Doch worin genau besteht die für staatliche Macht so attraktive Wirkmächtigkeit dieses Instruments? »Der Eid sollte«, so Conze, »die Verpflichtung zur Treue gegenüber einem politischen System im Gewissen des Einzelnen verankern und damit auf eine ganz spezifische Weise jenseits einer normativ-rechtlichen Ebene zur Stabilisierung von Herrschaft beitragen« (S. 11). Durch den Zugriff auf das individuelle Gewissen wird ein an sich formalrechtliches Verhältnis zu einer Frage moralischer und/oder religiöser Verpflichtung. So verschwimmen im Eid die Grenzen zwischen Recht und

Moral/Religion, zwischen staatlichen Zugriffs- und individuellen Freiheitsrechten, zwischen inner- und außerdienstlichen Handlungen und Haltungen.

Gerade in modernen Gesellschaften erscheint der Treueschwur deshalb als anachronistisches Phänomen, dessen moralischer und religiöser Überschuss Normierungs- und Verrechtlichungsprozessen zu widersprechen scheint. Doch glaubte bisher keines der von Conze betrachteten politischen Systeme vollständig auf dieses Mittel der Loyalitätssicherung verzichten zu können und bestand im Falle eines Systemwechsels auf Neuvereidigungen. So wurde der Treueschwur den Idealen und Werten verschiedener Systeme immer wieder angepasst. In der Weimarer Republik etwa löste der Eid auf die Verfassung den personalen Eid gegenüber dem Staatsoberhaupt ab. Auch eine nichtreligiöse Alternativformel wurde eingeführt. Diese Liberalisierungsprozesse wurden im Nationalsozialismus rückgängig gemacht. Nicht nur wurde wieder ein personaler Führereid eingeführt, es kam auch zu einer enormen Ausweitung der Vereidigungspraxis. Ziel war eine »Durchvereidigung« der gesamten »Volksgemeinschaft«, an die der Einzelne durch wiederholte Rituale der Massenvereidigung psychologisch und »moralisch« gebunden werden sollte (S. 179).

Durch Conzes Darstellung des Eids bekommt man nicht nur einen umfassenden Einblick in dessen Geschichte, sondern auch ein Gefühl für das jeweilige gesellschaftliche Klima, in dem das spezifische Treueverhältnis gestiftet wurde. So hebt Conze den Stellenwert des Eids für Gruppen- und Identitätsbildungsprozesse hervor. Besonders prägnant stellt sich das Inklusions- beziehungsweise Exklusionspotenzial im sogenannten Judeneid und in dem Vorwurf der Meineidigkeit gegen Sozialdemokraten im Kaiserreich sowie im vollständigen Ausschluss von Jüdinnen und Juden aus dem Beamtenapparat, der Eidespraxis und schließlich der »Volksgemeinschaft« im Nationalsozialismus dar (S. 164 f.). Auch der Umgang mit Eidverweigerern oder -brechern zeigt die Bedeutung des Schwurs für das gesellschaftliche Selbstverständnis in allen historischen Phasen. So ist es kein Zufall, dass sich vergangenheitspolitische Debatten der Nachkriegszeit auch und gerade um die Frage der Eidestreue einzelner Akteure im Nationalsozialismus drehten.

Erst in den 1970er Jahren verliert der Eid als Symbol eines staatszentrierten Denkens langsam an Bedeutung. Doch schwören Beamte bis heute und stellen sich damit womöglich in die Tradition eines veralteten Verständnisses politischer »Treue« (S. 336). Die von Conze vorgelegte Studie ermöglicht eine kritische Auseinandersetzung mit bisher wenig beachteten Kontinuitäten von Herrschafts- und Loyalitätsvorstellungen, die einer liberalen Demokratie widersprechen.

Johanna Bach
Berlin

Boomende Stadt- und NS-Geschichte



Jan Neubauer

Arbeiten für den Nationalsozialismus.

*Die Stadt München und ihr Personal im
Dritten Reich*

Göttingen: Wallstein Verlag, 2020, 452 S.,
€ 42,-

Die Stadtverwaltungen waren integraler Bestandteil des nationalsozialistischen Herrschafts- und Terrorsystems, sie setzten die nationalsozialistische Politik und Ideologie vor Ort in konkretes Handeln um. Von ihren Einrichtungen gingen entscheidende Impulse für die Ausgrenzungs- und Verfolgungspolitik im »Dritten Reich« aus. Dienststellenleiter, Sachbearbeiter, Sekretärinnen und Straßenreiner hielten städtische Ämter und Betriebe bis in die letzten Kriegstage leistungsfähig und leistungsbereit, wie Jan Neubauer in seiner Dissertation zur Stadtverwaltung München darlegt. Es handelt sich um die sechste Studie des mehrstufigen Forschungsvorhabens »München im Nationalsozialismus«, eines Kooperationsprojekts des Historischen Seminars der Ludwig-Maximilians-Universität München und des Stadtarchivs München.

Neubauer fragt, wie aus der städtischen Belegschaft eine nationalsozialistische »Betriebsgemeinschaft« und Gefolgschaft werden konnte. Nach der Regierungübernahme 1933 arrangierten sich die städtischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mehrheitlich rasch mit den neuen Verhältnissen. Als Motive und Gründe nennt Neubauer neben repressiven Maßnahmen, wie Einschüchterungen, Drohungen oder Entlassungen, auch freiwillige Anpassungen aus Opportunismus oder Überzeugung. Resistenz gab es wenig, offenen Widerstand noch sehr viel seltener.

Das NS-System erwies sich insgesamt betrachtet als sehr integrierend, wenn einmal von den ausgegrenzten Minderheiten abgesehen wird. Nach dem Berufsbeamtengesetz von 1933 wurden in München »nur« knapp zwei Prozent der mehr als 15.000 städtischen Beschäftigten entlassen. Einige von ihnen konnten bereits nach kurzer Zeit wieder in den städtischen oder staatlichen Dienst zurückkehren, weil auf ihre Fachexpertise letztlich nicht verzichtet werden sollte. Zwar hielten sich damit die quantitativen Auswirkungen der Entlassungsmaßnahmen in Grenzen, doch können die psychologischen Folgen der Überprüfungs- und Indoktrinierungsmaßnahmen durch die Personalverwaltung sowie überhaupt die Sozialkontrolle durch linientreue Kolleginnen und Kollegen und Vorgesetzte kaum überschätzt werden. Die nationalsozialistische Stadtleitung unterstrich, dass sie einerseits hart gegen erklärte Regimefeinde vorgehe

und andererseits loyales Verhalten belohne, indem etwa »Alte Kämpfer« und bewährte Nationalsozialisten nach der Machtübernahme eingestellt oder befördert wurden.

Nicht alle ließen sich sofort vereinnahmen, und es reichte in der Regel aus, wenn sich die Mitglieder der Stadtverwaltung formal in das System einfügten und einfach ihren Dienst verrichteten. Die Stadt bot ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern vielfältige Leistungsanreize, sich mit dem NS-Regime zu arrangieren und ihm »zuzuarbeiten«. Hier kooperierte die Stadtverwaltung mit Parteidienststellen und Berufsorganisationen wie der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, der Deutschen Arbeitsfont und dem Reichsbund der deutschen Beamten. Es wurde mehr Personal eingestellt als entlassen, so dass die Anzahl der Beschäftigten bis kurz vor dem Krieg auf 19.000 Personen anwuchs. Überhaupt entwickelten sich die Aufstiegsmodalitäten stärker als die Abstiegsmodalitäten.

Münchens Personalpolitik und -verwaltung zeichnete sich, so Neubauer, durch Kontrolle und Pragmatismus aus: Während es nach der Machtübernahme zunächst darum ging, durch Personalmaßnahmen die neue Herrschaft vor Ort zu festigen, kam dem Personal insbesondere während des Krieges folgende zentrale Bedeutung zu: Nun galt es, die Versorgung der Bevölkerung und überhaupt das Regime vor Ort in Zusammenarbeit mit Polizei, Gestapo und Parteiorganisationen aufrechtzuerhalten. Dem kriegsbedingten Personal-mangel wurde mit der Beschäftigung von Frauen beziehungsweise Volksgenossinnen sowie Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen begegnet. Mit der »Wechselwirkung aus Personalpolitik ›von oben‹ und Mitarbeiterhandeln ›von unten‹« (S. 384) steigerte die Kommune selbst unter den besonderen Belastungen des Kriegs und unter selbsterstörerischer Ressourcenmobilisierung noch einmal ihre Leistungsfähigkeit.

Diese für München präsentierten Befunde überraschen letztlich wenig, denn es wird viel Bekanntes wiederholt, bereits vorliegende Forschungsergebnisse werden für die »Hauptstadt der Bewegung« bestätigt und weiterentwickelt. Neubauer arbeitet anschaulich und überzeugend heraus, wie die Stadtleitung nationalsozialistische Organisationen einband, um die Belegschaft zu kontrollieren und ein Betriebsklima des Misstrauens zu schaffen. Um die lokalen Befunde auch regional übergreifend einzuordnen und damit zu konturieren oder auch zu modifizieren, wäre es für weitere Untersuchungen wünschenswert und ergiebig, die inzwischen für immer mehr Städte vorliegenden Studien stärker systematisch vergleichend in die Analyse einzubeziehen.

Sabine Mecking
Marburg

Aufrüstung, Zwangsarbeit, Expansion



Paul Erker

*Zulieferer für Hitlers Krieg.
Der Continental-Konzern in der NS-Zeit*
Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg,
2020, 875 S., € 49,95

Nicht nur weil sie einen heutigen DAX-Konzern behandelt, der sich seiner Vergangenheit stellen will, beansprucht diese voluminöse Studie Interesse, sondern vor allem deshalb, weil Continental eines der wichtigsten Zulieferunternehmen der Heeres- und Lufrüstung bei der Aufrüstung und im Krieg zwischen 1933 und 1945 war. Paul Erkers Buch trägt zur weiteren Aufhellung dieses lange Zeit zu wenig berücksichtigten Bereichs der deutschen Wirtschaft in der NS-Zeit bei. Erker folgt dabei dem in der NS-Unternehmensgeschichte unterdessen etablierten Fragenkanon, etwa der Frage nach der Behandlung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern oder nach der ökonomischen Partizipation des Unternehmens an der Expansion des »Dritten Reiches«. Zudem geht es ihm um die Strategien der Firma im Gestrüpp der Aufrüstungs- und Kriegswirtschaftsbürokratie. Wichtig ist dem Autor, diese Aspekte nicht isoliert zu betrachten, sondern als integralen Teil einer Gesamtgeschichte des Unternehmens. Nicht nur Continental wird untersucht, sondern auch Teves, Semperit, Phoenix und weitere Betriebe, die teils erst lange Zeit nach 1945 von Continental übernommen wurden, aber auch in der NS-Zeit schon in Konkurrenz- oder anderer Beziehung zum Unternehmen standen.

Wichtig für diese Studie waren neben vielen neu erschlossenen Dokumenten aus dem Untersuchungszeitraum selbst auch in großem Umfang Entnazifizierungsakten, die Erker mit der gebotenen Vorsicht heranzieht. Im ersten Hauptkapitel analysiert er die Führungsstrukturen des Unternehmens ab 1933; leider nur gestreift wird dessen Entwicklung in der Weltwirtschaftskrise. Die Gewinne entwickelten sich in den 1930er Jahren offensichtlich sehr positiv, was aber auch zu Verteilungskonflikten zwischen dem Vorstand und dem größten Anteilseigner, Fritz Opel, führte. Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, wie sich die Gewinn- und Rentabilitätssituation im Vergleich zu dem von Mark Spoerer in den 1990er Jahren erarbeiteten Unternehmenssample darstellte – so bleibt immerhin der generelle Eindruck eines prächtig von der Aufrüstungskonjunktur profitierenden Unternehmens haften. Auch die Entwicklung der Belegschaft, die Verdrängung der jüdischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wie auch in der Anfangszeit der weiblichen Belegschaftsmitglieder im

Zusammenhang mit der »Doppelverdiener«-Kampagne sind detailliert behandelte Themen.

Continental war an einem neuralgischen Punkt der NS-Aufrüstungsökonomie angesiedelt, insofern seine Produkte – Reifen aller Art, aber auch technische Gummierzeugnisse, etwa Hydraulikschläuche für die Flugzeugindustrie – einerseits unentbehrlich für die Rüstungsproduktion, andererseits aber mit Naturkautschuk auf knappe und in Devisen zu bezahlende Rohstoffe angewiesen waren. Der synthetische Kautschuk Buna, von der IG Farbenindustrie AG hergestellt, war in den 1930er Jahren noch weit davon entfernt, unproblematischen Ersatz zu bieten. Die sich aus dieser Konstellation ergebenden Dynamiken, beispielsweise die schwierige Zusammenarbeit mit der IG Farben auf dem Forschungsgebiet oder den Erwartungsdruck des Regimes, was Investitionen des Unternehmens anging, schildert Erker detailliert. Die Bereitschaft der Unternehmensleitung, von der Expansionspolitik des Regimes in ganz Europa zu profitieren, analysiert er in einem umfangreichen Kapitel, in dem er auf die Firmen eingeht, die sich zu Kooperationsverhandlungen mit Continental gezwungen sahen. Nur exemplarisch sei auf die bemerkenswerten Handlungsspielräume etwa Michelins in Frankreich hingewiesen: Dieses Unternehmen konnte sich einer Kooperation mit Continental lange verweigern – was auch mit der komplizierten Akteurskonstellation aus verschiedenen deutschen Unternehmen sowie dem Reichswirtschaftsministerium und der französischen Regierung zusammenhing. Gleichwohl gelang es Continental alles in allem, bis 1942 im besetzten Europa ein feingliedertes Netz von Produktions- und Vertriebsfirmen aufzubauen. Erker betont, dass das Unternehmen bei der Umsetzung dieser Expansionsstrategie allerdings nicht mehr autonom, sondern in enger Abstimmung mit dem Reichswirtschaftsministerium agierte.

Umfassend arbeitet Erker die Rekrutierung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern durch das Unternehmen sowie den Einsatz von KZ-Häftlingen auf. Auch die Involvierung von Continental in die berüchtigten Schuhprüfstrecken im KZ Sachsenhausen wird behandelt. Bei allen diesen Punkten geht es dem Autor darum, die Vielschichtigkeit des Zwangsarbeitereinsatzes darzustellen, wobei er durchaus an Grenzen der Aussagekraft der Quellen gerät. Im Wesentlichen gelingt es aber, auch durch die Schilderung einzelner Schicksale, ein umfassendes Bild des Zwangsarbeitereinsatzes bei Continental zu zeichnen.

Insgesamt lässt Erkers Studie zum untersuchten Unternehmen kaum Fragen offen. Eher ist die große Detailfreude mitunter ein Lesehindernis, so wie auch gelegentliche chronologische Sprünge. Wer sich aber für die Zulieferindustrie der NS-Rüstungs- und Kriegswirtschaft interessiert, wird an diesem Buch nicht vorbeikommen.

Michael C. Schneider
Düsseldorf

Propagandabilder als historische Quelle



Karl-Konrad Tschäpe

*Verstrickte Bilder.
Deutsche und sowjetische
Propagandabilder als Komplizen von
Krieg und Gewalt 1941–1945*
Berlin: Metropol Verlag, 2020, 544 S.,
€ 29,- (Print), € 23,- (E-Book)

Der bildreiche Band ist eine überarbeitete Version der Dissertation, die 2017 an der Europa-Universität Viadrina verteidigt wurde. Seine Besonderheit liegt darin, typische deutsche und sowjetische Freund- und Feindbilder im Zweiten Weltkrieg in ihrer Verstrickung und Kommunikation miteinander in einem breiteren Kontext der zeitgenössischen visuellen Diskurse zu untersuchen.

Bestimmten Bildern und Bildtypen wurde von der Propaganda eine besondere Bedeutung beigemessen: Sie wurden in ständiger Wiederholung, in hohen Auflagen und über verschiedene Medien für breite Massen produziert. Sie sollten in den Köpfen der Menschen verankert und damit zu Komplizen der Gewalt werden. Neben der Binnenpropaganda versuchten die Kriegsgegner auch, über Bilder miteinander und mit der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu kommunizieren.

Die Studie stellt die Fragen: Welche Bilder waren das? Wie lassen sie sich interpretieren? Welchen Einfluss hatte die Gestaltung auf ihre Wirkung? Wie entwickelten einzelne Bilder aus ihrem Zusammenspiel mit anderen Bildern und Texten Deutungsstrukturen, die sich in Netzwerken weiterverbreiteten? Wurden die über die Frontlinien versendeten Propagandabilder auf der anderen Seite überhaupt verstanden?

In neun Kapiteln untersucht Karl-Konrad Tschäpe diverse visuelle Propagandaerzeugnisse: Briefmarken, Plakate, Karikaturen, Zeitungskollagen, Flugblätter und auch das Treptower Ehrenmal in Berlin. Der Autor schließt die bereits gut erforschten Bilder des Personenkults um Hitler und Stalin aus der Studie aus, fokussiert sich auf die am meisten verbreiteten Bilder und analysiert ihre gegenseitige Beeinflussung. Es handelt sich dabei um die deutschen Feindbilder des »jüdischen Bolschewisten« und des »jüdischen Kommissars« auf Mjölhnirs (Hans Schweitzer) Plakat »Sieg oder Bolschewismus« sowie um die Visualisierung des »Zachvatčik« durch die sowjetische Propaganda, des deutschen Angreifers und Besatzers, dem das Bild des sowjetischen Befreiers gegenübergestellt wird. Viktor Koreckijs Plakat »Krieger der Roten Armee, rette«, das auflagenstärkste Bild der Sowjetpropaganda, wird in einem breiten Kontext russisch-orthodoxer Ikonen als Mutter-Heimat-Allegorie

und sogar als Adaptation europäischer Madonnendarstellungen gedeutet.

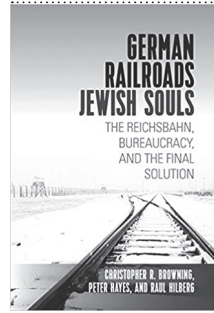
Die Studie wird am Anfang und am Ende von zwei Kapiteln umrahmt, die besonders spannend zu lesen sind: einem Vergleich der deutschen und sowjetischen Selbst- und Fremdbilder auf Briefmarken sowie der Interpretation des sowjetischen Ehrenmals im Treptower Park in Berlin. Briefmarken werden in der historischen Wissenschaft allenfalls am Rande thematisiert. Karl-Konrad Tschäpe zeigt dagegen gut belegt, dass sie sehr viele Informationen zu Inhalten und Formen der jeweiligen Propaganda liefern können. Evgenij Vučetičs Treptower Monumentalskulptur »Krieger und Befreier« wird nicht nur auf Ähnlichkeiten mit anderen Kriegsbildern der damaligen Zeit hin, sondern in einem viel breiteren Kontext analysiert: von Sergei Ejzensteins Film ALEXANDER NEVSKIJ über traditionelle russisch-orthodoxe Ikonen von Schutzengeln bis hin zu Raffaels Madonnendarstellungen.

Leider werden zwei sehr wichtige Themenbereiche eher kurz und am Rande behandelt, obwohl das im Band gesammelte Bildmaterial dafür sehr ergiebig wäre, nämlich die Fragen nach der Rolle von Geschlechtlichkeit und Ethnizität. Zwar untersucht der Autor das Bild der Frau auf deutschen und sowjetischen Plakaten in ihrer traditionellen Rolle als Ehefrau, Mutter und Opfer, thematisiert aber kaum, dass in der Sowjetpropaganda im Unterschied zur deutschen eine aktive Frauendarstellung vorkommt: als Soldatin, Partisanin und Heldin der Sowjetunion wie zum Beispiel die abstrakte Mutter-Heimat-Figur oder die reale erste Heldin der UdSSR, Zoja Komso-demjanskaja. Der Autor beleuchtet auch ausführlich den Antisemitismus der deutschen Propaganda und die antisemitischen Elemente in der Sowjetpropaganda, berücksichtigt aber kaum die zahlreichen deutschen und sowjetischen Propagandaerzeugnisse, die auf andere ethnische Gruppen der UdSSR gemünzt sind. Zum Beispiel wird die Briefmarke »Der Held der Sowjetunion Chanpaša Nuradilov, der in Kämpfen 920 Faschisten vernichtet hat« (S.134 f.) nur im Zusammenhang mit dem Motiv der Massentötung analysiert. Das Paradox, dass die Briefmarke im Juli 1944 einen Tschetschenen symbolisiert, obwohl die Tschetschenen fünf Monate zuvor deportiert worden waren, wird leider nicht beachtet.

In der Zeit des Iconic Turn auch in der Geschichtswissenschaft ist diese Studie insgesamt jedoch ein wichtiger Beitrag. Da man heute im postsowjetischen Raum wieder aktiv auf die alten Feindbilder des Zweiten Weltkriegs zurückgreift, ist der Band auch für aktuelle Debatten von großer Bedeutung, indem er den Blick dafür schärfen kann, gegenwärtige Bilder in ihren historischen Verflechtungen zu verstehen.

Svetlana Boltovska
Berlin-Karlshorst

Sonderzüge gen Osten



Christopher R. Browning, Peter Hayes, Raul Hilberg
German Railroads, Jewish Souls. The Reichsbahn, Bureaucracy, and the Final Solution
New York, Oxford: Berghahn Books, 2019, 152 S., \$ 149,- (Hardcover), \$ 19,95 (Paperback)

Seit einigen Jahren fordern Opfer des Holocaust Entschädigungszahlungen von europäischen Bahnunternehmen ein. Im Jahr 2018 entschlossen sich die belgische und niederländische Bahn zu finanziellen Abfindungen für die Zugtickets in Konzentrationslager, die die Opfer seinerzeit selbst bezahlen mussten. Ähnliche Ansprüche stellen Überlebende an die Deutsche Bahn und werfen ihr vor, ihre Beteiligung am Massenmord unzureichend aufgearbeitet zu haben. Der Holocaust-Forscher Raul Hilberg (1926–2007) gehörte zu den Ersten, die sich seit den 1970er Jahren mit der Rolle der Deutschen Reichsbahn bei der Ermordung der europäischen Juden auseinandersetzten. Zwei seiner Texte haben die Historiker Christopher Browning und Peter Hayes neu herausgegeben und mit Originalquellen sowie zwei kontextualisierenden Aufsätzen veröffentlicht.

In dem Aufsatz »The Bureaucracy of Annihilation« (1989) begründete Hilberg sein Interesse an der Rolle der Reichsbahn, die die »very [...] ordinariness of these everyday actions« (S. 1) aufzeige. Zwei Charakteristika prägten die Deportationen: Erstens kauften die Opfer Fahrkarten wie normale Passagiere, auch wenn sie in Güterwagen zusammengepfercht wurden. Zweitens erfolgten die Deportationen in Sonderzügen, die von Generalbetriebsleitungen geplant wurden. Die Deportationen sollten möglichst rasch und komplikationslos vonstattengehen, was Hilberg zufolge nur durch das Führerprinzip möglich war. Beamte warteten nicht auf Anordnungen, sondern agierten nach »perceived imperatives« (S. 9), die nicht näher spezifiziert waren. »Everyone knew what had to be done, and no one was in doubt about directions or goals« (S. 9). Hierin lag die Besonderheit der bürokratischen Maschinerie, die den Holocaust ermöglichte.

In »German Railroads, Jewish Souls« (1976) blickte Hilberg auf die Strafverfolgung der Reichsbahnbeamten nach 1945. Er bezeichnete die Reichsbahn als »stable organization«, deren Personal überwiegend in seinen Positionen verblieb. Gleichzeitig betonte er, dass den Beamten sehr wohl bewusst war, welche Konsequenzen ihr Handeln hatte. Damit stellte er sich gegen die lange vorherrschende Behauptung, die deutsche Bevölkerung habe nichts von dem Schicksal der Juden geahnt.

Hilbergs Funde werden in dem anschließenden Quellenteil veranschaulicht. Für diesen sammelten Browning und Hayes Originalquellen über die Deportationen, die zeigen, wie die Transporte organisiert waren. Dass die Quellen ins Englische übersetzt worden sind, ermöglicht internationalen Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen Zugang zu der Thematik.

Browning verdeutlicht, welchen Schwierigkeiten Hilberg bei der Recherche begegnete. Die Quellen, die ihm stets als zu spärlich erschienen, habe er nur mühsam aufspüren können. Dennoch habe Hilberg bereits ein akkurates Bild des Ablaufs der Deportationen gezeichnet. Peter Hayes führt in seinem Aufsatz drei Aussagen Hilbergs auf, die mittlerweile überholt sind. Hilberg habe die Anzahl der Züge und die Häufigkeit, in der sie verkehrten, überschätzt. Auch habe, anders als Hilberg behauptete, keine erhöhte Auslastung der Kapazitäten der Reichsbahn vorgelegen, da ausrangierte Züge für die Deportationen genutzt wurden. Vor allem aber habe die Aufrechterhaltung der Deportationen dem Kriegsverlauf nicht geschadet. Die Sonderzüge wurden als nachrangig betrachtet. Trotzdem war die Reichsbahn wesentlich an der Ermordung der Juden beteiligt.

Browning und Hayes haben ein kompaktes und informationsreiches Buch herausgegeben, das besonders für die Lehre im internationalen Raum und für an der Geschichte des Holocaust Interessierte von Relevanz ist. Indem sie die Beteiligung der Bahn hinterfragen, blicken sie auch auf die Rolle der Bevölkerung und deren Verantwortung für den Holocaust. Diese relevanten Fragen hätten durch eine stärkere Kontextualisierung des Entstehungszusammenhangs und der Rezeption von Hilbergs Werk, das bis in die frühen 1980er Jahre weder im deutsch- noch im englischsprachigen Raum breite Aufmerksamkeit fand, facettenreicher dargestellt werden können.

Wichtig wäre es zudem für Studierende und fachfremde Leserinnen und Leser gewesen, die Ergebnisse von Hilbergs Spezialstudien in den Kontext der Holocaust-Forschung einzubetten. Insbesondere wäre es hilfreich gewesen, Hilbergs Fokus auf die Perspektive der Täter und die Quellen hierzu, die in den vergangenen drei Jahrzehnten (teilweise auch von ihm selbst) erweitert wurden, herauszuarbeiten. Außerdem hätten alternative Interpretationen zur scheinbar übermächtigen Rolle des bürokratischen Apparats erläutert werden können.

Insgesamt zeigt der Band, dass es sich auch über 40 Jahre nach der Entstehung von Hilbergs ersten Texten zu den Sonderzügen lohnt, sein Werk wieder und neu zu lesen. Zusammen mit den aufschlussreichen Kommentaren von Browning und Hayes zum aktuellen Forschungsstand liefert das Buch wichtige Erkenntnisse über ein nach wie vor wenig beachtetes Thema von hoher gesellschaftlicher Relevanz.

Anna Corsten
München/Berlin

Opfer deutscher Massenverbrechen



Deutsch-Russisches Museum Berlin-Karlsdorf, Margot Blank, Babette Quinkert (Hrsg.)
Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg / Dimensions of a Crime. Soviet Prisoners of War in World War II
Katalog zur Ausstellung / Exhibition Catalogue, Berlin: Metropol Verlag, 2021, 278 S., € 24,-

Der 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion war für das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlsdorf Anlass, in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Institut Moskau, der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. eine Wanderausstellung mit dem Titel »Dimensionen eines Verbrechens. Sowjetische Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg« zu konzipieren, die zunächst vom 22. Juni bis zum 3. Oktober 2021 im Deutsch-Russischen Museum gezeigt worden ist.

Etwa 5,7 Millionen Rotarmisten gerieten zwischen 1941 und 1945 in deutsche Gefangenschaft, mehr als drei Millionen von ihnen kamen ums Leben. Obgleich sie damit eine der größten Opfergruppen nationalsozialistischen Rassenwahns und deutscher Kriegsverbrechen waren, stehen sie bis heute im »Erinnerungsschatten«, wie der damalige Bundespräsident Joachim Gauck bei einer Gedenkrede 2015 feststellte (S. 232).

Die Ausstellung und der hierauf basierende Katalog veranschaulichen anhand faksimilierter Dokumente und zahlreicher prägnant beschriebener und kommentierter, oftmals erschütternder Fotografien deren Schicksal. Dokumentiert werden: der Bruch des Kriegsvölkerrechts durch die Wehrmacht, die sich an internationale Abkommen nicht gebunden sah; die mangelhafte Vorbereitung der Wehrmacht auf die Ankunft von Millionen Gefangenen, die zu einem Hunger- und Seuchensterben auch in den Lagern im Reichsgebiet führte; die »Aussonderung« und Ermordung aller »politisch untragbaren Elemente« und aller Juden unter den Gefangenen, der insgesamt 150.000 Menschen zum Opfer fielen; die Ausbeutung der sowjetischen Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz, der im Verlauf des Krieges immer mehr an Bedeutung gewann; die Überlebensstrategien der Gefangenen angesichts der Lebens- und Arbeitsbedingungen; ihre Befreiung und ihre Repatriierung in die Heimat 1945/46, die aber nicht für alle 1,5 Millionen von ihnen die Freiheit bedeutete. In sogenannten Prüf- und Filtrierungslagern suchte der sowjetische

Militärgeheimdienst nach möglichen Kollaborateuren: 15 Prozent der Repatrianten wurden zu Zwangsarbeit verurteilt, 22 Prozent zu zwei Jahren Wiederaufbauarbeit in Arbeitsbataillonen verpflichtet.

Im Anschluss hieran geben zwölf einseitige Kurzbiografien und die dazugehörigen Porträtfotos von Rotarmisten und Rotarmistinnen sowohl dem Sterben als auch dem leidvollen Überleben in deutschen Lagern ein Gesicht. Dokumentiert werden darüber hinaus die wichtigsten der wenigen Gedenkorte, die bis heute für die sowjetischen Kriegsgefangenen entstanden sind, vor allem in Deutschland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, aber auch in anderen europäischen Ländern wie etwa Polen. Ein eigener Abschnitt widmet sich dem Wert von Fotografien nicht nur für die historische Dokumentation, sondern auch als historische Quelle, indem beispielhaft Bilder hinsichtlich ihrer Urheber, ihrer Anlässe und ihres Zwecks hinterfragt werden.

Der Katalog spiegelt aber nicht nur die Ausstellung wider, sondern umfasst auch eine Reihe ergänzender Essays, in denen ausgewiesene Expertinnen und Experten das Thema vertiefen: Babette Quinkert ordnet das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in den Kontext der verbrecherischen Kriegsführung gegen die Sowjetunion ein. Sie betont, dass das Scheitern der Blitzkriegsstrategie der Wehrmacht sich auf die gefangenen Rotarmisten und Rotarmistinnen auswirkte, da dadurch die Hungerpolitik gegen die sowjetische Zivilbevölkerung auf sie ausgeweitet wurde. Rolf Keller skizziert den Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener im Reichsgebiet. Der steigende Arbeitskräftebedarf hatte dazu geführt, dass das Oberkommando der Wehrmacht nach dem Massensterben der Gefangenen im Winter 1941/42 im März 1942 neue Behandlungsrichtlinien erließ, die den kriegswirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trugen, jedoch keine »grundsätzliche Abkehr von der völkerrechtswidrigen Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen« bedeuteten (S. 205). Daria Kozlova befasst sich mit den mehr als 100.000 sowjetischen Kriegsgefangenen in den Konzentrationslagern der SS. Dort wurden nicht nur die »Ausgesonderten« ermordet, sondern etwa Rotarmisten auch als »Arbeitsrussen« zur Zwangsarbeit eingesetzt. Esther Meier und Heike Winkel umreißen die »Unbequeme Erinnerung« (S. 224) an die sowjetischen Kriegsgefangenen in der historischen Forschung wie auch in der Erinnerungskultur generell sowohl in Deutschland als auch in der Sowjetunion beziehungsweise Russland. Artem Latyschew vertieft schließlich diese »Geschichte des Vergessens, der Anerkennung und der Erforschung« (S. 240) der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion und in Russland.

Die eindrucksvolle Ausstellung und der hierauf basierende, in zwei jeweils durchgängig zweisprachigen Fassungen (deutsch/englisch beziehungsweise deutsch/russisch) vorliegende Katalog tragen hoffentlich dazu bei, die sowjetischen Kriegsgefangenen weiter aus dem »Erinnerungsschatten« treten zu lassen.

Jörg Osterloh
Fritz Bauer Institut

»Einstiegsinformationen« über NS-Terror-Zentralen



Michael Wildt (Hrsg.)

*Das Reichssicherheitshauptamt.
NS-Terror-Zentrale im Zweiten Weltkrieg*
Topographie des Terrors. Notizen, Bd. 13
Berlin, Leipzig: Hentrich & Hentrich,
2019, 144 S., € 12,80



Jan Erik Schulte

*Mahnort SS-Wirtschafts-
Verwaltungshauptamt 1942-1945.*
Verwaltungs- und Terrorzentrale der SS
Topographie des Terrors. Notizen, Bd. 14
Berlin, Leipzig: Hentrich & Hentrich,
2020, 80 S., € 9,80

Zu besprechen sind zwei kürzlich erschienene Bücher, die sich mit den beiden mächtigsten Institutionen der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik beschäftigen: mit dem von Reinhard Heydrich, Ernst Kaltenbrunner und zuletzt von Heinrich Himmler geleiteten SS-Reichssicherheitshauptamt (RSHA), das, im September 1939 aus der Sicherheitspolizei (Geheime Staatspolizei und Reichskriminalpolizei) und dem parteiangehörigen Sicherheitsdienst der SS gebildet, den »konzeptionellen wie exekutiven Kern« (S. 7) der weltanschaulich orientierten NS-Polizei bildete, und mit dem von Oswald Pohl geleiteten SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt (WVHA), dem seit 1942 sämtliche Konzentrationslager im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten unterstanden. Beim ersten Buch handelt es sich um einen von Michael Wildt herausgegebenen Sammelband, das zweite ist verfasst von Jan Erik Schulte. Wildt wie Schulte sind ausgewiesene Experten in diesem Feld, beide haben zum RSHA beziehungsweise WVHA in den vergangenen Jahrzehnten umfangreich publiziert. Warum also nochmals eine Veröffentlichung zu diesem Thema aus ihrer Feder?

Anlass zur Publikation boten nicht neue Fragestellungen oder neu entdeckte Quellenbestände, sondern vielmehr die Anfrage der Stiftung Topographie des Terrors, einen Beitrag zu deren Reihe »Notizen« beizusteuern. Die Reihe wird seit 2011 von Andreas Nachama, dem Direktor der Stiftung, herausgegeben, ergänzt deren Katalogveröffentlichungen und Dokumentationen und versucht dem Bedürfnis vieler Besucherinnen und Besucher des Erinnerungsortes

nach knappen Informationen auf ihre Fragen zu den historischen Gebäuden beziehungsweise den mit diesen verflochtenen Verbrechenkomplexen Rechnung zu tragen. Die Reihe zielt also auf ein breites Publikum und möchte allen Interessierten – so die Website der Stiftung – »Einstiegsinformationen« in kurz gefasster Form zur Verfügung stellen. Inzwischen sind etliche »Notizen« erschienen, bei den hier vorzustellenden Büchern handelt es sich um die Bände 13 und 14 der Reihe. Dieser Hintergrund erklärt die beiden Texten zugrunde liegende Grundkonzeption: Sie kommen mit sehr wenigen, nämlich 143 beziehungsweise 78 Seiten aus, verzichten ganz oder weitgehend auf einen wissenschaftlichen Apparat, lassen aber Platz für Abbildungen, darunter Fotos der zentralen Akteure sowie der Bürogebäude (zum Teil unmittelbar nach Kriegsende, zum Teil heute aufgenommen) und (im Band zum WVHA) einige wenige Faksimiles von zentralen Dokumenten. Das Buch über das RSHA versammelt die überarbeiteten Beiträge einer Vortragsreihe, die 2014 im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors stattfand. In sechs knappen Kapiteln werden die sieben Ämter des RSHA beschrieben, die nach der Reorganisation im Frühsommer 1940 entstanden, als Werner Best, der für die administrativen Anfänge seit Mitte der 1930er Jahre verantwortlich gezeichnet hatte, das RSHA nach Auseinandersetzungen mit Heydrich verließ. Alle Beiträge sind ähnlich aufgebaut: Sie widmen sich der Organisation und Struktur des jeweiligen Amtes, seinem Personal, der dort konzipierten Terrorpolitik, der Entwicklung während des Krieges sowie nicht zuletzt der Frage nach der Reichweite der Macht und der Bedeutung des Amtes innerhalb des RSHA. Die Beiträge informieren zudem über die Situation bei Kriegsende sowie die justizielle Aufarbeitung beziehungsweise die Karrieren der zentralen Akteure nach 1945. Michael Wildt schreibt über die Ämter I (Personal) und II (Verwaltung), Carsten Schreiber über den »Sicherheitsdienst des Reichsführer-SS« (Amt III), Gerhard Paul über die das Amt IV bildende Gestapo, Patrick Wagner über die Kriminalpolizei (Amt V), Katrin Paehler über den Auslandsnachrichtendienst (Amt VI) und Lutz Hachtmeister über das Amt VIII »Weltanschauliche Forschung und Auswertung«. Die Autoren zeichnen dabei auch die Lebenswege von Bruno Streckenbach, Otto Ohlendorf, Heinrich Müller, Arthur Nebe, Walter Schellenberg und Franz Alfred Six nach – derjenigen, die jeweils einem der Ämter für kürzere oder längere Zeit vorstanden und die dort entwickelte Terrorpolitik nachhaltig prägten.

Schulte gliedert den Band über das WVHA nicht nach Ämtern, sondern orientiert sich in acht Kapiteln weitgehend an der Chronologie. Im ersten Abschnitt stellt er den Leiter der SS-Verwaltung und des WVHA vor, Oswald Pohl, einen »Karrist[en] und Gefolgsmann Himmlers« (S. 10), dann folgen zwei Kapitel über die Zeit bis 1942, in denen die Verwaltung der Konzentrationslager und der SS-Verfügungstruppe beziehungsweise die schon früh einsetzende Ökonomisierung der Konzentrationslager und der ebenfalls schon früh betriebene Aufbau der SS-Wirtschaft beschrieben werden. Diese

Entwicklungslinien mündeten im Februar 1942 in die Gründung des WHVA. Gründung und Struktur des WVHA erläutert Schulte in einem eigenen Abschnitt, im zweiten Teil des Buches geht es dann um die zentralen Tätigkeitsfelder der Institution in der zweiten Kriegshälfte: um die SS-Ostsiedlung und den Aufbau neuer Konzentrationslager, um den Holocaust und die Verwaltung der Raubgüter, um die Ausbeutung der Häftlinge sowie den – letztendlich gescheiterten – Versuch, einen SS-eigenen Rüstungskonzern aufzubauen. Der letzte Abschnitt thematisiert das Ende des WHVA und die Prozesse gegen zentrale Akteure, die bald nach Kriegsende begannen, darunter vor allem Fall 4 der zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen Pohl und die Mitarbeiter des WVHA. Ein Nachwort von Erika Buchholtz zur Geschichte des Gebäudes Unter den Eichen 126–135 in Berlin-Lichterfelde, das die meisten Amtsgruppen des WVHA als Büroräume nutzten, rundet den Band ab.

Beide Bücher bieten auf knappem Raum einen Überblick über die Geschichte der Institution in ihrer Verschränkung mit der allgemeinen NS-Terror- und Vernichtungspolitik sowie nicht zuletzt mit dem Kriegsgeschehen. So werden die wesentlichen Strukturen beschrieben, Zäsuren benannt, die wichtigsten Akteure vorgestellt und nicht zuletzt die mörderischen Auswirkungen bilanziert, welche das Handeln der Institution für die Opfer der Terror- und Vernichtungspolitik hatte. Die Bände fügen sich gut ein in den Trend der letzten Jahre, das Wissen über den Nationalsozialismus im Allgemeinen, den Holocaust und die Konzentrationslager im Besonderen einem größeren Publikum zu vermitteln. Sie werden dem Anspruch der Reihe »Notizen« durchaus gerecht, bieten einen sehr guten thematischen Einstieg für historisch interessierte Laien, wobei der darin gegebene Überblick auf dem Wissen basiert, das in den letzten 30 Jahren, vor allem von den Autoren selbst, zum Thema erarbeitet wurde. Es gelingt zudem, dieses für ein breites Publikum aufzubereiten, nicht zuletzt, da beide Bücher leicht verständlich und flüssig geschrieben sind. Was man in ihnen hingegen nicht findet, das sind neue Erkenntnisse, die Diskussion von Thesen und Forschungskontroversen oder die Entwicklung neuartiger Fragestellungen und Forschungsperspektiven, die sich aus dem gesicherten Wissen ergeben, das in den letzten drei Jahrzehnten generiert wurde. Wer also einen Überblick über Geschichte und Struktur des RSHA oder des WVHA auf knappem Raum sucht, für den eignen sich die Bücher ausgesprochen gut. Wer sich differenzierter informieren und tiefer gehender beschäftigen möchte, wird wohl eher auf die einschlägige Forschungsliteratur zurückgreifen.

Karin Orth
Freiburg im Breisgau

Anzeige

MATTER OF FACT

WARUM WIR AN VERSCHWÖRUNGS-THEORIEN GLAUBEN WOLLEN

DIGITALE SONDERAUSSTELLUNG DER BILDUNGSSTÄTTE ANNE FRANK

ab Januar 2022

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.bs-anne-frank.de

bildungsstätte
anne frank

Die Wehrmacht im Vernichtungskrieg



Hannes Heer, Christian Streit

Vernichtungskrieg im Osten.

Judenmord, Kriegsgefangene und Hungerpolitik

Herausgegeben und mit einem Vorwort von Frank Heidenreich und Lothar Wentzel
Hamburg: VSA, 2020, 240 S., € 19,80

Die Wehrmacht und ihr nach wie vor nicht ausreichend erforschter Anteil an den NS-Verbrechen in Osteuropa stehen im Fokus von vier Aufsätzen von Hannes Heer und Christian Streit. Das im Kontext der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit entstandene, auch mit Fotos und Dokumenten ausgestattete Buch ist die Neuauflage zweier Beiträge von 2012,¹ die um zwei Aufsätze zur Rolle der Wehrmacht bei der Ermordung der Juden (Heer) und zur deutschen Hungerpolitik (Streit) erweitert wurde.

Heer hebt in seinem ersten Beitrag die neue Dimension des Krieges gegen die Sowjetunion hervor, der als »Vernichtungskrieg« geplant und ausgeführt wurde. Er behandelt sowohl die von der Wehrmacht begangenen Verbrechen als auch die Etappen der schwierigen Aufarbeitung in den Jahrzehnten danach. Heer macht deutlich, dass es insbesondere der von ihm konzipierten Wehrmachtausstellung gelang, die schon während der Nürnberger Prozesse entstandene Legende von der »sauberen Wehrmacht« zu entzaubern. Die seit 1995 über einen Zeitraum von vier Jahren gezeigte Ausstellung hatte emotionale Debatten und Proteste ausgelöst, sodass sie später in einer konsensfähigeren Form neu aufgelegt wurde.

Wie im ersten Aufsatz führt Heer auch im zweiten, umfangreichsten Beitrag zur Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust zahlreiche eindrucksvolle Zitate und Fallbeispiele an. Er zeigt, dass antisemitische Ansichten unter Soldaten und Offizieren weit verbreitet waren und durch ideologische Schulungen und die »polnische Lektion« (S. 71) gefestigt wurden. Juden wurden als »Seuchenherde«, als »kulturlos«, als »Verbrecher«, »Kriegsverursacher« und »Bolschewisten« dargestellt, denen mit Hass und Ekel begegnet wurde. Von den Soldaten wurde rücksichtsloses Durchgreifen gefordert. Diese Befehle wirkten. Heer listet für Weißrussland zahlreiche Beispiele von Exekutionen von Juden auf, die 1941 nicht nur in Kooperation mit Einsatzgruppen und Polizeibataillonen, sondern auch in Eigenregie von Divisionen durchgeführt wurden. Er stellt die These auf, dass »die Judenfrage«

vom »ersten Tag an Bestandteil des normalen militärischen Geschehens war« (S. 113) und die Wehrmacht vielerorts die Rolle eines »Akteurs der »Endlösung« (S. 122) übernahm. Dabei führt er auch Exekutionen durch Wehrmachtseinheiten an. Neben den Demütigungen, Synagogenschändungen und Morden richteten die Kommandanten der Wehrmacht auf Befehl des Oberkommandos des Heeres und der Zivilverwaltung Ghettos ein, ließen Juden registrieren, kennzeichnen und zur Zwangsarbeit anhalten. Die Fülle der Fallbeispiele belegt, dass die Ermordung von Juden durch Wehrmachtsangehörige nicht selten war. Dabei bietet Heer allerdings keinen systematischen Überblick, sondern lediglich einen »Ausschnitt« der Wehrmachtsbeteiligung.

Christian Streit zeigt in seinem Beitrag zur Hungerpolitik, dass eine rücksichtslose Ausbeutung der besetzten sowjetischen Gebiete und die in rassistischem Denken wurzelnde Inkaufnahme von mehreren Millionen Toten von Anfang an zu den Plänen des Krieges gehörten, von dessen kurzer Dauer man überzeugt war. Mit den erbeuteten Nahrungsmitteln sollten Wehrmacht und deutsche Zivilbevölkerung miternährt werden. Auch die Industrialisierung bestimmter Gebiete sollte wieder rückgängig gemacht werden. Von Soldaten wurde gefordert, »angesichts hungernder Frauen und Kinder hart [zu] bleiben«, da »Gutmütigkeit« beziehungsweise »missverständene Menschlichkeit« dazu führen würden, dass dem deutschen Volk diese Nahrung fehle (S. 162 f.). Die Bevölkerung der besetzten Gebiete wurde in arbeitsfähige und somit minimal zu versorgende einerseits und »unnütze Esser«, zu denen auch Juden zählten, andererseits eingeteilt. Die Folge waren Hungerkatastrophen beispielsweise in Städten wie Leningrad und Charkov, denen mehrere Millionen Zivilisten und Kriegsgefangene zum Opfer fielen. Die Auswirkungen der Ausbeutungspolitik bekamen noch Jahre nach dem Krieg nicht nur die sowjetische Bevölkerung, sondern auch die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zu spüren.

Der vierte und letzte Beitrag des Bandes von Christian Streit nimmt – wie seine bedeutende Studie von 1978² – den Tod von über drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in den Blick.

Mit ihrer Hungerpolitik gegen die sowjetische Zivilbevölkerung, der unmenschlichen Behandlung von Kriegsgefangenen und der Ermordung von Juden war die Wehrmacht für mehrere Millionen Opfer verantwortlich. Die faktenreichen, anschaulichen und auch für ein allgemein interessiertes Publikum gedachten Beiträge führen ein weiteres Mal die auch heute noch in revisionistischen Kreisen verbreitete Auffassung von der »sauberen Wehrmacht« ad absurdum. Es ist zu wünschen, dass dieses Werk breit rezipiert wird.

Sara Berger

Fritz Bauer Institut

¹ Chaja Boebel, Frank Heidenreich, Lothar Wentzel (Hrsg.), *Vernichtungskrieg im Osten und die sowjetischen Kriegsgefangenen*, Hamburg 2012.

² Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945*, Bonn 1997 (zuerst 1978).

Der »kalte Blick« der »Rassenkunde«



Margit Berner

Letzte Bilder. Die »rassenkundliche« Untersuchung jüdischer Familien im Ghetto Tarnów 1942

Berlin, Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2020, 292 S., € 39,-

Im Frühjahr 1942 reisten zwei junge Wissenschaftlerinnen, Dr. Dora Maria Kahlich, Assistentin am Anthropologischen Institut der Universität Wien, und ihre Kollegin, Dr. Elfriede Fliethmann, damals beschäftigt beim Institut für deutsche Ostarbeit in Krakau, in die Stadt Tarnów. Im dortigen Ghetto vermaßen und fotografierten sie – unterstützt vom Fotografen und Fotokünstler Rudolf Dodenhoff – vom 23. März bis 4. April 1942 insgesamt 106 jüdische Familien, bestehend aus 656 Männern, Frauen und Kindern. Den beiden Wissenschaftlerinnen ging es darum, die Vererbung »rassischer Merkmale« im intergenerationellen Vergleich zu analysieren, daher untersuchten sie Familien. Sie hofften zudem, in der galizischen Stadt – die seit dem 19. Jahrhundert über eine blühende jüdische Gemeinde verfügte und in der sich im Frühjahr 1942, bedingt durch Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen, etwa 30.000 Juden befanden – »die typischsten Vertreter des ursprünglichen galizischen Judentums zu finden«. Kahlich und Fliethmann wussten, dass Eile geboten war, da den Bewohnern des Ghettos die Deportation drohte. Zwischen Juni und November 1942 wurde in insgesamt drei »Aussiedlungsaktionen« das Gros der in Tarnów lebenden Juden in das Vernichtungslager Belzec deportiert, mehrere Tausend mit unfassbarer Brutalität gleich vor Ort erschossen oder erschlagen. Im Herbst 1943 wurden dann die letzten Überlebenden nach Auschwitz deportiert, die Nationalsozialisten nannten dies »Aktion judenrein«. Aus Kahlichs und Fliethmanns Untersuchungsgruppe überlebten nur 26 Personen, alle anderen fielen dem Holocaust zum Opfer.

Es ist das Verdienst Margit Berners, dass wir überhaupt von diesen wenigen Überlebenden wissen und dass ihre Geschichten hier vorgestellt werden – wie überhaupt das ganze Buch ein bemerkenswerter Glücksfall ist. Margit Berner, Kustodin des Anthropologischen Instituts der Universität Wien, fand dort vor Jahrzehnten eine Kiste mit anthropometrischen Aufnahmen, beschriftet mit »Tarnower Juden 1942« aus dem Nachlass Kahlichs. Nach ausgiebigen Recherchen gelang es Berner, die Kontexte der Musterungsaktion zu erhellen, die wenigen Überlebenden aufzuspüren und zu vielen Familien Privatfotos zu sammeln. Diese konfrontiert sie nun mit den anthropometrischen Aufnahmen. Der »kalte Blick« der Rassenforscherinnen begegnet dem »warmen Blick« der Familien- und

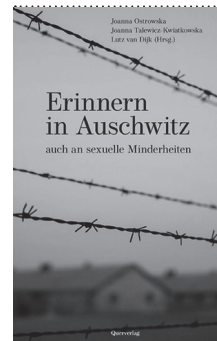
Alltagsfotografien. Beides wird kontextualisiert durch Informationen über die gemusterten Familien, ihre Familiengeschichten und Todesumstände, wo immer möglich werden Berichte der wenigen Überlebenden ergänzt. Eingebettet ist diese Darstellung in luzide Erklärungen zur Geschichte jüdischer Kultur und jüdischen Lebens in Tarnów, zur Ermordung der Tarnówer Juden und zu den Forschungsinteressen der beiden Wissenschaftlerinnen. Herausgekommen ist ein einzigartiges Dokument gegen das Vergessen, das zugleich Anknüpfungspunkte für die Wissens- und Wissenschaftsgeschichte, die Geschlechtergeschichte und die Gattung der Opfer-Gedenkbücher bietet. So wird deutlich, welchen Spielraum Rassenforschung als staatlich geförderte Auftragsforschung karrierewilligen Wissenschaftlerinnen bot und wie Wissensbestände über Vererbung von »Rassemerkmalen« konstituiert und tradiert wurden. Auch zeigt sich, dass die kriegsbedingte Abwesenheit männlicher Kollegen Chancen für Wissenschaftlerinnen bereithielt, die diese enthusiastisch ergriffen – getreu der Devise Kahlichs: »Zeigen, dass auch Frauen etwas können!« (S. 222) Als Gedenkbuch ist der Band besonders, weil das Arrangement offizieller und privater Bilder, verbunden mit Informationen zum Schicksal der Familien und wo immer möglich persönlichen Erinnerungen, den Opfern ihre Geschichte wiedergibt. Auch der Abdruck der Texte auf Deutsch und Englisch zugleich erleichtert die Funktion als Gedenkbuch.

Die Publikation ist schließlich auch Begleitband der Ausstellung »Der kalte Blick«, die ebenfalls die Arbeit der beiden Anthropologinnen und das Schicksal ihrer Probandinnen und Probanden thematisiert und unter anderem in der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin zu sehen war. Doch Berner zeigt hier auf völlig unaufdringliche Weise sehr viel mehr: Sie gibt den Opfern und ihren Familien ihre Würde zurück, entreißt sie dem Vergessen, gegen die Absicht der totalen Vernichtung, aber auch entgegen der Absicht der Wissenschaftlerinnen, sie nur als Untersuchungsmaterial zu benutzen.

Isabel Heinemann

Münster

Es geht vor allem um die Gegenwart



Joanna Ostrowska, Joanna Talewicz-Kwiatkowska, Lutz van Dijk (Hrsg.)

Erinnern in Auschwitz – auch an sexuelle Minderheiten
Berlin: Querverlag, 2020, 264 S., € 18,-

Erst auf den zweiten Blick ist mir aufgefallen, dass der Titel dieses Sammelbandes darauf hinweist, wo das Erinnern stattfindet – nicht darauf, wo die Verbrechen stattfanden, an die erinnert wird. Genau darauf liegt der Schwerpunkt der Beiträge. Es geht um Kämpfe und Bemühungen darum, wie – beziehungsweise dass überhaupt – an die Häftlinge mit dem Rosa Winkel erinnert wird. Das Buch bietet aber auch in gut lesbarer Form einen Einblick in den Forschungsstand über die Schicksale von nach dem §175 verurteilten Männern sowie von lesbischen Frauen, Transsexuellen und anderen Angehörigen sexueller und geschlechtlicher Minderheiten in Konzentrationslagern, vor allem in Auschwitz. Das Anliegen der Herausgeberinnen und des Herausgebers ist es nicht zuletzt, die erinnerungspolitische Entwicklung, was diese Verfolgtengruppe betrifft, besonders in Polen zu beleuchten. In dieser Hinsicht ist es ein zentrales Anliegen des Bandes, die unter starkem politischem Druck stehende LGBTIQ-Bewegung in Polen zu unterstützen.

Die Dominanz von Homophobie in der polnischen Gesellschaft und Politik ist Thema des Kapitels »Praktische Konsequenzen«. Mariusz Kruc beschreibt die aktuelle Entwicklung der Bewegung und ihre Bezugnahme auf die Verfolgungsgeschichte: »Wir haben bereits eine Gegenwart, da wir begonnen haben, uns unsere Vergangenheit anzueignen« (S. 198). Im selben Kapitel stellt Daniel Baranowski die Arbeit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld vor. Sie nutzt in der Bundesrepublik heute die mühsam erkämpften Möglichkeiten der staatlich geförderten Dokumentation und Erforschung der Verfolgungs- und Emanzipationsgeschichte von Personen der – wie Magnus Hirschfeld das nannte – »sexuellen Zwischenstufen«.

Der Band schließt mit der von Rainer Hoffschildt erarbeiteten Dokumentation von 136 Biografien von Häftlingen, die in Auschwitz nach §175 inhaftiert waren. Diese Auflistung ist nicht vollständig, aber die bislang umfangreichste, die publiziert wurde. Wie mühsam der Weg zu einer solchen Sichtbarkeit der Präsenz von Homosexuellen in KZ-Gedenkstätten nicht nur in Polen war, wird in Lutz van Dijks Beitrag »Endlich weiß ich mehr« deutlich. Diese autobiografische Erzählung erschließt die Veränderung des öffentlichen

Umgangs mit Homosexualität seit den 1970er Jahren am Beispiel der Erinnerungskultur. Der Band erweitert aus verschiedenen Perspektiven den Blick auf die queere Geschichte des Holocaust (Anna Hájková) und auf Fragen des Erinnerns und der Erinnerungspolitik (S. 150–154). Insa Eschebach macht die Konfliktlinien deutlich, die vor dem Hintergrund der politischen Heterogenität der Häftlingsgesellschaft in Ravensbrück in der Gegenwart wirkmächtig sind. Bei Gedenkveranstaltungen wird die Konkurrenz zwischen polnischen Abtreibungsgegnern und feministischen deutschen Demonstrantinnen und Demonstranten öffentlich. Diese Konfrontation interpretiert Eschebach schlüssig als Teil der Auseinandersetzung über die Überwindung der »Undenkbarkeit und Unausprechlichkeit« lesbischer Identitäten (S. 59).

Insgesamt funktioniert dieses Buch als ein Beispiel dafür, wie ein historisches Thema in seiner aktuellen Brisanz erkennbar wird, indem seine unterschiedlichen Erfahrungsräume zugänglich gemacht werden. Subjektive, biografische und auch politisch positionierte Texte stehen neben sachlichen Forschungsberichten. Rüdiger Lautmann macht das in seinem Forschungsbericht deutlich, der autobiografische Facetten nutzt, um die Veränderung des Blicks auf die Gruppe der homosexuellen Häftlinge in Konzentrationslagern seit den 1970er Jahren zu analysieren. Die Überwindung der Konkurrenz zwischen Opfergruppen der NS-Verfolgung ist ihm ein Anliegen, dessen Realisierung er durch das Konzept der Ko-Erinnerung beziehungsweise der Multidirectional Memory erwartet (S. 108). Allerdings sieht er in der gängigen Verwendung der nationalsozialistischen Definitionen für die Verfolgtengruppen nicht zuletzt in der Forschung ein großes Hindernis auf diesem Weg. Hier fehlt in der Argumentation der nächste Schritt, den Michael Rothberg als Entwicklung einer »ethic of comparison« beschreibt. Lautmann sieht hingegen in der »Identitätsbildung aufgrund der Geschichte der Verfolgung« eine Chance, die »Gleichgeschlechtliche« ebenso haben wie Juden (S. 111).

In der Einleitung formulieren die Herausgeberinnen und der Herausgeber eher eine generelle politische Forderung: »Die Zeit ist gekommen zu erkennen, dass ein Erinnern an nicht-heteronormative Opfer in Auschwitz heute von Vorteil für alle Teile der Gesellschaft ist – nicht nur in Polen und Deutschland« (S. 19). Der Band macht deutlich, dass Chancen für die Realisierung dieser Erwartung erkämpft wurden. Es bleibt aber noch viel zu tun.

Gottfried Köbeler
Frankfurt am Main

Zeugnisse des Massenmords



Wassilij Grossmann

Die Hölle von Treblinka
Wien: new academic press, 2020, 102 S., € 12,-

Im September 1944 betrat der sowjetische Schriftsteller und Journalist Wassili Grossman das Gelände des ehemaligen deutschen Mordlagers Treblinka. Er begleitete zuvor als Korrespondent der Armeezeitung *Roter Stern* die sowjetischen Streitkräfte auf dem Weg nach Westen und reiste nun mit einer Gruppe Offiziere von Lublin aus nach Treblinka. In nur 14 Monaten waren in dem dritten Lager der »Aktion Reinhardt« mindestens 850.000 Jüdinnen und Juden ermordet worden. Obwohl das deutsche SS-Kommando nach seinem Abzug versucht hatte, alle Spuren zu verwischen, fanden sich überall Überreste und Zeugnisse des Massenmords. Grossman notierte: »Die Erde speit Knochensplitter aus, Zähne, Sachen, Papiere, sie will das Geheimnis nicht bewahren. [...] Da sind sie – die halbvermoderten Hemden der Ermordeten, Hosen, Schuhe, grün angelaufene Zigarettentuis, Uhrädchen, Taschenmesser, Rasierpinsel, Leuchter, Kinderschuhchen mit roten Pompons [...] und ganze Haufen von Geschirr klettern aus den Erdspalten an die Oberfläche« (S. 74).

Wassili Grossman (1905–1964) stammte aus einer jüdischen Familie im zentralukrainischen Berdytschiw. Als Mitglied des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAK) reiste er seit 1943 durch die befreiten sowjetischen Gebiete, um über die Zerstörungen und den Massenmord zu berichten. Das JAK war unter der Leitung von Ilja Ehrenburg damit beauftragt worden, eine Dokumentation über die deutschen Massenverbrechen zusammenzustellen. Das Erscheinen des daraus hervorgegangenen *Schwarzbuchs*, in dem Grossmans Berichte eine zentrale Rolle spielen sollten, wurde nach Kriegsende aus politischen Gründen vom Zentralkomitee verhindert. Einige Texte wurden jedoch schon während des Krieges veröffentlicht, darunter der Essay »Die Hölle von Treblinka«, der im November 1944 in der sowjetischen Literaturzeitschrift *Znamja* erschien. Im Jahr 1946 wurde eine erweiterte Fassung fast zeitgleich in Moskau und Wien publiziert und blieb in der Sowjetunion über lange Zeit eine der wenigen ausführlichen Schilderungen über den Holocaust.

Wassili Grossman griff auf die Berichte von mindestens fünf Überlebenden zurück und befragte zudem Bewohnerinnen und Bewohner aus der Umgebung sowie zwei festgenommene Trawniki-Männer aus der Wachmannschaft des Lagers Treblinka. Zusätzlich

zu seiner Beschreibung des ehemaligen Lagergeländes nahm er auch die bereits verfügbaren Informationen über den deutschen Entscheidungsprozess zum Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden in den Text mit auf. Grossman gelang damit bereits während des Krieges eine bemerkenswerte Darstellung der Geschichte des deutschen Mordlagers.

Die nun vorliegende Neuauflage des Buches, die nicht nur in der Übersetzung, sondern auch im äußeren Erscheinungsbild der Originalausgabe gleicht, reiht sich in eine erfreuliche Entwicklung ein, in der in den letzten Jahren vermehrt frühe Zeugnisse von Überlebenden sowie Berichte von Untersuchungskommissionen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit für ein breiteres Publikum zugänglich gemacht wurden. Viele von ihnen fanden zum Zeitpunkt ihrer Erstveröffentlichung nur eine sehr begrenzte Verbreitung.

Wie auch andere frühe Zeugnisse bietet der Text von Grossman einen spannenden Einblick in das Wissen, das bereits vor dem Ende des Krieges über die deutschen Massenverbrechen verfügbar war. Zwar saß er auch verschiedenen Gerüchten und Fehlinformationen auf, es gelang ihm aber, in seiner Erzählung bereits zahlreiche Elemente zu verbinden, auf denen bis heute die Darstellungen der Lagergeschichte Treblinkas beruhen. In literarisch besonderer Form widmet er sich zwei Aspekten: der Bestialität der deutschen Täter sowie dem würdevollen Andenken an die unzähligen, namenlosen Opfer des Lagers, die sich immer wieder mutig ihren Mördern widersetzt hatten. Ohne besondere Hervorhebung spiegelt der Text zudem einen weiteren, für das Verständnis der Lagergeschichte wichtigen Aspekt wider: die Interaktion zwischen dem Lager und seiner Umgebung. Trotz aller Geheimhaltungsbemühungen und seiner Abgelegenheit war das Vernichtungslager keinesfalls ein unbekannter, hermetisch abgeriegelter Ort. Die Bahnstation Treblinka, von der ein Nebengleis auf das Lagergelände führte, wurde zu jeder Zeit fahrplangerecht mit Personenverkehr angefahren. Das Dorf Wólka-Okrąglik war nur 1.500 Meter entfernt, und die Felder und Äcker, die auch während des Mordgeschehens bestellt wurden, grenzten unmittelbar an den Lagerzaun. Die Verbrennung der Leichen unter freiem Himmel legte zudem einen unerträglichen Schleier über die Umgebung in einem Umkreis von Dutzenden Kilometern. Anwohnerinnen und Anwohner berichteten Grossman sogar von den Schreien der Opfer. All dies fasste der Autor in einer immer wieder bemerkenswerten Sprache zusammen.

So ist der Text für die heutige Leserschaft stets beides, ein Einblick in die erste Phase der Berichterstattung über die deutschen Verbrechen und ein beeindruckendes Dokument über die Lagergeschichte Treblinkas. Für die historische Einordnung sorgen eine Einführung von Dieter Pohl und eine biografische Skizze zur Person Wassili Grossman von Irina Scherbakowa in ihrem Nachwort.

Andreas Kahrs
Berlin

Homosexuellengeschichte



Norman Domeier u.a. (Hrsg.)

Gewinner und Verlierer.

Beiträge zur Geschichte der Homosexualität in Deutschland im 20. Jahrhundert

Göttingen: Wallstein, 2015, 112 S., € 9,90



Michael Schwartz

Homosexuelle, Seilschaften, Verrat.

Ein transnationales Stereotyp im 20. Jahrhundert

München: Oldenbourg, 2019, 376 S., € 24,95

Lange galt Homosexualitätsgeschichte »als ein wenig seriöses und geradezu karriereschädlich[es]« (S. 7) Forschungsfeld, wie es in der Einleitung zu *Gewinner und Verlierer. Beiträge zur Geschichte der Homosexualität im 20. Jahrhundert* heißt. Trotz dieser Marginalisierung erschienen in den letzten Jahren zahlreiche Publikationen zu dem Themengebiet.

Der Band beruht auf Vorträgen auf dem Deutschen Historikertag 2014 in Göttingen. Die fünf chronologischen Kapitel vermitteln einen hervorragenden Überblick über verschiedene Schwerpunkte der Homosexuellengeschichte im 20. Jahrhundert. Gleichzeitig bieten sie eine willkommene, übersichtliche Intervention zu gängigen Narrativen und erweitern mit kritischen Fragestellungen das Verständnis von Homosexuellengeschichte(n).

Norman Domeier untersucht den Eulenburg-Skandal zu Beginn des 20. Jahrhunderts, eine von dem Journalisten Maximilian Harden angestoßene Skandalisierung von Dekadenz und Homosexualität im Umfeld von Kaiser Wilhelm II. Die erstmalige Sichtbarmachung von Homosexualität, verbunden mit homophoben Narrativen in Massenmedien, war ein Rückschlag für die Homosexuellenbewegung. Gleichzeitig trug sie jedoch zur Liberalisierung von Heterosexualität(en) bei. So »wirkte das Sprechen über Homosexualität regelrecht befreiend und erwies sich der Eulenburg-Skandal als großer Wissensproduzent; beides bezweckte allerdings keine Toleranz für Homosexuelle, sondern mehr sexuelle Freiheiten für Heterosexuelle« (S. 21).

Am Beispiel einer Ausstellung in der Topographie des Terrors in Berlin hinterfragt Martin Lücke die Darstellung Homosexueller in den »Goldenen Zwanzigern« in der Weimarer Republik, welche damals vermeintlich eine »Blüte« (S. 28) erlebte. Der Autor zeigt am Beispiel des Stummfilms *ANDERS ALS DIE ANDERN* sowie anhand von Homosexuellenzeitschriften, wie diese anständige, randständige und hegemoniale Männlichkeitsbilder konstruierten. Von Emanzipation konnte demnach keine Rede sein. Folgerichtig schlägt Lücke eine kritischere Betrachtungsweise der Weimarer Republik vor, die die andauernde Unsichtbarmachung und Stigmatisierung von Homosexualität(en) in den Blick nimmt.

In seiner Untersuchung zu Depromotionen an der Hansischen Universität (Universität Hamburg) während des Nationalsozialismus erweitert Rainer Nicolaysen das Begriffspaar Gewinner und Verlierer um den Begriff der Würde, da »die Nationalsozialisten systematisch zwischen »würdigen« und »unwürdigen« Trägern von Dokortiteln« (S. 46) differenzierten. Insgesamt entzog die Universität, welche wie andere Universitäten einen Handlungsspielraum besaß, zwischen 1936 und 1945 59 Dokortitel. Die sechs Fälle von Depromovierung auf der Grundlage von § 175 StGB analysiert Nicolaysen eingehend, indem er unter anderem die gegen die Beschlüsse erhobenen Widersprüche sowie die wirtschaftlichen und sozialen Nachteile der Entwürdigung beleuchtet, die oft unumkehrbar waren. Im Gegensatz zu emigrierten Wissenschaftlern rehabilitierten Universitäten in der jungen Bundesrepublik Personen, die aufgrund des NS-Strafrechts verurteilt wurden, nicht. So fordert der Autor zu Recht, alle »vollzogenen Doktorgradentziehungen als NS-Unrecht anzusehen und damit alle Depromovierten zu rehabilitieren« (S. 60).

Die Impulse und neuen Ansätze für die deutsche Geschichtsschreibung, die die Homosexuellengeschichte bieten kann, zeigt Maria Borowski am Beispiel von Schwulen und Lesben in der frühen DDR auf. Zu Beginn reflektiert die Autorin kritisch die Dichotomie von Gewinnern und Verlierern in der Moderne und rekurriert dabei auf das Buch *The Queer Art of Failure* von Judith (Jack) Halberstam. Borowski erklärt diesen instruktiven Ansatz wie folgt: »Wenn Verlieren als ein Lebensmotto definiert und nicht automatisch als etwas weniger Wertvolles als Gewinnen interpretiert wird, dann verändert sich die Betrachtungsweise auf den historischen Aspekt.« (S. 68) Diese Herangehensweise mit den »drei Übersetzungsmöglichkeiten des Begriffs *failure*« (S. 68) erlaubt es der Autorin, für die Zeit der frühen DDR Versäumnisse, Versagen und das Nichterreichen von Zielen in den von ihr geführten Interviews mit fünf Frauen und acht Männern zu untersuchen. Borowskis Ansatz ermöglicht, um ein Beispiel zu nennen, eine einleuchtende Perspektivverschiebung, die auf das Versagen des Staates aufmerksam macht, der gleichgeschlechtlich Liebende nicht umfassend unterstützte.

Zum Schluss untersucht Michael Schwartz mediale Reaktionen auf die Sexualrechtsreformen zwischen 1969 und 1980. Während sich Begriffe änderten, etwa von homophil zu homosexuell,

schrieben insbesondere kirchliche und Boulevardmedien gegen die Reformen und Homosexualität an. Denn: »Zugleich aber war mit der Entkriminalisierung der Erwachsenen-Homosexualität keinesfalls eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung verbunden.« (S. 85) Parallel dazu erschienen im *Spiegel* und *Stern* immer wieder Titel und Artikel zur Liberalisierung des Strafrechts oder über Frauen liebende Frauen, welche jedoch oft die Andersartigkeit einer Minderheit betonten.

Die Medien sowie ihr Umgang mit Skandalen um Homosexualität(en) stehen ebenfalls in der Monografie *Homosexuelle, Seilschaften, Verrat. Ein transnationales Stereotyp im 20. Jahrhundert* von Michael Schwartz im Fokus. Im Vorwort erhebt der Autor den Anspruch, die Geschichte verschiedener Länder wie die Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Österreich-Ungarns, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion »miteinander zu verknüpfen«, und betont die »transnationale und letztlich globalhistorische Perspektive des vorliegenden Buches« (S. XI). Sein Blick auf homosexuelle Seilschaften und Verräter ermöglicht es ihm, Verbindungslinien zwischen verschiedenen öffentlichen Skandalisierungen zu ziehen. Hierfür greift er nicht nur auf mediale Debatten zurück, sondern berücksichtigt auch zeitgenössische Publikationen und Memoiren. Die Topoi Seilschaften und Verrat erscheinen im 20. Jahrhundert immer wieder, wie etwa bei der eingangs genannten Skandalisierung im Fall Eulenburgs im deutschen Kaiserreich. Allerdings erfolgte keine ähnliche Skandalisierung der Person Wladimir Meschtscherskis, eines engen Beraters von Zar Nikolaus II., in Russland. Der Autor konstatiert: »Der entscheidende Faktor scheint somit in der unterschiedlichen soziokulturellen Bereitschaft einander bekämpfender Elitegruppen zu bestehen, die Homosexualität politischer Gegner zu skandalisieren. Dies geschah im zaristischen Russland nicht, obschon dort homosexuelle Handlungen religiös verurteilt wurden und mit Strafverfolgung bedroht waren.« (S. 39) Die Konsequenz, zumindest in Deutschland, »bestand jedoch nicht in der Stigmatisierung des einen oder anderen Individuums, sondern in der Konstruktion des Feindbildes einer *bedrohlichen homosexuellen Clique*« (S. 60). Im Zuge solcher Skandale entwickelte sich zusätzlich das Narrativ der Männer liebenden Männer Internationale, das antisemitischen und antikommunistischen Verschwörungserzählungen gleich. Zugleich wurden diese Männer als Sicherheitsrisiken porträtiert, da sie eher zum Landesverrat neigten. In den folgenden Kapiteln untersucht der Autor zahlreiche Fälle von Geheimnisverrat, darunter den des österreichisch-ungarischen Generalstabsobersten Alfred Redl, eines russischen Spions, dessen Enttarnung kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs erfolgte und der Suizid beging; den des Iren Roger Casement, der sich für die Unabhängigkeit Irlands einsetzte und 1916 zum Tode verurteilt wurde; den Ernst Röhm; den der »Cambridge Five« und der Intersektion von Homosexualität und Kommunismus in England; den des ersten Präsidenten

des Verfassungsschutzes in der BRD (1950–1954) Otto John und des stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers in Europa, Günter Kießling, dem 1983 bis 1984 Homosexualität unterstellt und ein vermeintliches Sicherheitsrisiko zugeschrieben wurde. Der Autor weist zu Recht darauf hin, dass dieses Sicherheitsrisiko lediglich auf der Einstellung der Bundeswehr zur Homosexualität basierte: »Was die Bundeswehr anging, machte der Zwang zur Geheimhaltung aus Sicht derselben Institution, die ihn erzeugte, Homosexuelle – zumal Soldaten und erst recht Generäle – für feindliche Geheimdienste erpressbar und damit hochgradig bedrohlich.« (S. 280) Trotz der noch 1984 erfolgten Rehabilitierung ist die Frage zu stellen, wie die Medien, Politik und Öffentlichkeit auf den Beweis gleichgeschlechtlicher Handlungen reagiert hätten.

Die intensive Beschäftigung mit angelsächsischer Literatur sowie die Fokussierung auf die Verbindung von Seilschaften, Verrat und Homosexuellen sind Stärken der Studie von Schwartz. Die Darstellung jedoch erschöpft durch die langatmige, deskriptive und übersättigte Erzählung, die zu viele, eigentlich je für sich spannende Geschichten zusammenführen möchte. Dies gelingt nicht immer, und an manchen Stellen erscheinen die bemühten Personen, aber auch Quellenverweise zusammenhangslos. Ebenso fehlt eine konzeptionelle Rahmung: Eine tiefgehende Erläuterung des transnationalen Ansatzes bleibt der Autor schuldig. Eine dezidierte Heranführung an das Thema in der Einleitung und ein fundiertes Schlusskapitel mit prägnant herausgearbeiteten Ergebnissen hätten dem Buch gutgetan. Auch klare Überleitungen zwischen den Kapiteln und kurze Zusammenfassungen derselben hätten für die nötige Stringenz gesorgt.

Beide hier besprochenen Publikationen konzentrieren sich (erklärtermaßen) stark auf Männer. So wäre es wünschenswert, künftig den Fokus vermehrt nicht nur auf Frauen, sondern auf *queere* Geschichte insgesamt zu richten. Hier bietet insbesondere die angelsächsische Forschung, auch im Hinblick auf die Situation in Deutschland, exzellente Forschungsansätze.

Florian Zabransky
Frankfurt am Main

Besuche in Konzentrationslagern



Kerstin Schwenke

Öffentlichkeit und Inszenierung. Besuche in nationalsozialistischen Konzentrationslagern zwischen 1933 und 1945

Berlin: Metropol, 2021, 572 S., € 29,-

Die Frage nach dem Wissen der Deutschen über die Verbrechen in den Konzentrationslagern beschäftigt die Forschung seit vielen Jahren. Die engen Verbindungen zwischen den Konzentrationslagern und Behörden, Wirtschaft sowie Zivilbevölkerung sind für viele Lagerstandorte bereits beschrieben worden. Dennoch dominiert die Vorstellung, dass die SS das Innere der Lager durch hermetische Abriegelung erfolgreich verbergen konnte. Dieses Diktum transportiert gleichzeitig die Mutmaßung, dass eine direkte Konfrontation mit dem Geschehen in den Lagern Besuchenden die Augen über das Wesen des Systems geöffnet hätte.

Beide Annahmen widerlegt auf vielschichtige Weise Kerstin Schwenke in ihrer nun publizierten Dissertation, die sie 2019 an der Ludwig-Maximilians-Universität München verteidigte. Sie zeigt, wie alltäglich, insbesondere bis 1938, KZ-Besuche waren – vor allem in den »Modelllagern« Dachau und Sachsenhausen. Dabei macht sie deutlich, dass die Wahrnehmung der Lagerwirklichkeit stets davon abhing, was die Besuchenden sehen wollten: »Wer von Grausamkeiten überzeugt war, konnte diese erkennen – etwa im Blick und Verhalten der eingesperrten Menschen, im Fehlen von Privatsphäre oder in der Belastung durch schwere Arbeit. Wer dies nicht wahrhaben wollte, sah aufgeräumte und ordentliche Lager in der Tradition von Strafvollzug und Militär.« (S. 501)

Nach einem Überblick über das ständig angepasste Regelwerk, nach dem SS und Gestapo Besuchsgenehmigungen erteilten, beschreibt Schwenke die Motive von sechs Personengruppen für eine Lagerbesichtigung und die Reaktionen, welche Letztere hervorriefen, die Intentionen der SS sowie die Folgen für die Häftlinge im sich funktionell wandelnden KZ-System. So geht es in Kapitel III um Besuche von Angehörigen einzelner (ausschließlich deutscher) Häftlinge, die willkürlich genehmigt wurden. Einfühlsam schildert Schwenke die ambivalente Wirkung der Besuche auf die Häftlinge, die Freude, aber auch Scham und Ohnmachtsgefühle hervorriefen, da es nicht möglich war, über die eigenen Erfahrungen adäquat zu sprechen.

Die in Kapitel IV dargestellten Besuche von SS-Führern, Mitarbeitern der Inspektion der Konzentrationslager und des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der SS hatten vor allem den Charakter von

Inspektionen, dienten aber auch dem Wissenstransfer und führten nicht selten zu weiter reichenden Entscheidungen über die Entwicklung des Lagers.

Das längste Kapitel ist den für »Volksgenossen« organisierten Besichtigungen gewidmet, die oftmals Teil der »weltanschaulichen Schulung« in verschiedenen Bereichen waren. Vor Vertretern von Staat, Verwaltung, Wirtschaft, Justiz und Wehrmacht inszenierte die SS die Lager als eine legitime und gesellschaftlich akzeptierte Institution, die dem Ziel diene, eine intakte »Volksgemeinschaft« herzustellen. Beschrieben sind auch Gruppen, die aus Gründen der beruflichen Zusammenarbeit mit der SS die Lager aufsuchten, wie Mediziner, Rasenforscher, Vertreter von Baufirmen oder Rüstungsunternehmen. Nach einem kurzen Kapitel über Künstlergruppen, die zur Unterhaltung der Lager-SS engagiert wurden, geht es in Kapitel VII um Besucher aus dem demokratischen Ausland, von denen man einen kritischen Blick oder gar Proteste erwarten würde. Viele von ihnen kamen aus rein journalistischer Neugier, andere, wie zum Beispiel die Quäker, auch mit humanitären Absichten. Als sie feststellten, dass sie nur wenig über die wahren Zustände erfuhren und Gefahr liefen, das System durch ihre Anwesenheit anzuerkennen und zu stützen, unterließen sie weitere Besichtigungen. Im Kapitel VIII nimmt Schwenke die Besuche von »ideologisch nahestehenden« Institutionen aus dem Ausland unter die Lupe, denen die Lager vor allem als Erfolgsmodell für die politische Gegnerbekämpfung präsentiert wurden. Im anschließenden Resümee analysiert sie ihre Ergebnisse, indem sie sie nach den Kategorien Raum, Zeit, Motivationen der Besucher, Folgen für die Häftlinge sowie Aufwand und Nutzen für die SS gegen den Strich bürstet.

Die fast enzyklopädisch zusammengetragenen Informationen ermöglichen es der künftigen Forschung, sich über Besuchergruppen und Besuchsmotive gezielt einen Überblick zu verschaffen und die wichtigen Quellen zu erfassen.¹ Schwenke schlägt mit ihrer Arbeit eine Schneise in ein unbeackertes Themenfeld. Für Untersuchungen dieser Art ist oft ein sehr hoher Rechercheaufwand nötig, da die Quellen verstreut und fast nie themenspezifisch in Findbüchern verschlagwortet sind. Die Forschung zum KZ-System benötigt aber gerade diesen Wechsel von der Fokussierung auf einzelne Lagerkomplexe zu lagerübergreifenden Fragestellungen, die in ihrer zeitlichen Entwicklung untersucht werden. Kerstin Schwenke hat dies gut lesbar und klug strukturiert vorgemacht.

Andrea Rudorff

Fritz Bauer Institut

¹ Mehrere Besuchsprotokolle, wie das von Justizvertretern in Auschwitz im Juni 1944 oder von Maurice Rossell in Auschwitz im September 1944, sind inzwischen ediert in: *Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945*, hrsg. von Susanne Heim u.a., Berlin, Boston 2018, Bd. 16, Dok. 124 und 143.

Neue Perspektive der Ghettoforschung



Carlos Alberto Haas

Das Private im Ghetto. Jüdisches Leben im deutsch besetzten Polen 1939 bis 1944

Göttingen: Wallstein Verlag, 2020, 370 S., € 32,-

Als Teil eines Forschungsprojekts am Institut für Zeitgeschichte über das »Private im Nationalsozialismus« ist nun Carlos Alberto Haas' preisgekrönte Dissertation über *Das Private im Ghetto* erschienen. Hierin geht Haas von einem Verständnis des Privaten als »Set sozialer Praktiken« aus, »mit deren Hilfe Ghettabewohner Nähe oder Distanz bewahren« konnten (S. 12). Diese Praktiken begreift er nicht als statisch, sondern er schaut sie sich in ihrer historischen Entwicklung in den zwei Großstadtghettos Warschau und Łódź (Litzmannstadt) sowie in den Ghettos der Kleinstädte Tomaszów Mazowiecki (Tomaschow) und Piotrków (Petrikau) an. Im Einzelnen nimmt er dabei in systematischen Kapiteln das Private im Verhältnis zu den zeitlichen und räumlichen Strukturen, die Gestaltung des Verhältnisses der Einzelnen zu ihrem jeweiligen sozialen Nahbereich sowie den Themenbereich von Religion und Glauben in den Blick.

Haas beginnt seine Studie mit einer äußerst gelungenen Einführung, in der er unter anderem die Protagonistinnen und Protagonisten des Buches vorstellt. In ihren Biografien verschränkt er die Vorkriegszeit mit der Besatzungszeit und bietet den Leserinnen und Lesern zugleich eine gute Orientierungshilfe, die die weitere Lektüre erleichtert. Überdies kann er so den Einschnitt deutlich konturieren, den die deutsche Besatzung für die betroffenen Menschen bedeutete – Selbstverständlichkeiten wurden plötzlich infrage gestellt, nahezu alle Rahmenbedingungen änderten sich, häufig schockartig. Eindrucksvolles Beispiel hierfür ist Rabbi Szymon Huberband in Petrikau und die Art, wie er zur Bewältigung der Umwälzungen den Glauben heranzog, der ihm, auch angesichts des Verlusts seiner Familie, ein »zeitliche[s] Korsett der Religion bot, als fast alles andere auseinanderbrach« (S. 83).

Eine Schwierigkeit, die Haas offen anspricht, ist der Umstand, dass vornehmlich sozial bessergestellte Personen Selbstzeugnisse hinterlassen haben. Daher sind ihre Perspektive und ihre Lebenswirklichkeit im Ghetto deutlich überrepräsentiert. Kompensieren lässt sich dies naturgemäß nur teilweise, indem er Zeugnisse etwa aus dem Ringelblum-Archiv heranzieht, in denen auch über die Wohnsituation armer Menschen berichtet wird. Haas benennt dies jedoch klar und zeigt die Grenzen des Materials transparent auf.

Die partielle Begrenztheit der Quellen zeigt sich auch beim Thema Liebe und Sexualität, das der Autor im Kontext der Frage von Nähe und Distanz behandelt. Wenn Ghettabewohnerinnen und -bewohner über Sexualität schrieben, dann meist nicht über eigene Erfahrungen, sondern über die anderer: Sie beobachteten, dass körperliche Nähe im Ghetto angesichts der räumlichen Enge nur schwer auszuleben war und sich die Motive für Beziehungen wandelten, von emotionalen hin zu von der Not diktierten Beweggründen, denn mitunter boten Liebesbeziehungen oder Ehen vorübergehend Schutz oder eine bessere Versorgung. Diese Umstände trafen, so darf man mit guten Gründen vermuten, wohl gleichermaßen auf diejenigen zu, die sie im Hinblick auf andere notierten.

Ein weiterer zentraler Aspekt von Nähe und Distanz sind Familie und Freundschaften, die mehrfach gefährdet waren im Ghetto: Fehlende Privaträume sowie Tod und Verlust bedrohten beide, während vor allem die Familienbeziehungen durch mit wachsender Not zunehmende Konflikte sowie den Wandel der Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern und den Generationen unter Druck gerieten. Die Verwerfungen in diesem Bereich zeichnet der Autor eindrucksvoll, unter anderem auch auf der Grundlage von Scheidungsfällen, nach.

Carlos Alberto Haas zeigt in seiner Studie auf bemerkenswerte Weise, wie lohnend es sein kann, neue Fragen an schon vielfach konsultierte Quellen zu richten. Freilich beschränkt er sich nicht auf bereits bekannte Selbstzeugnisse wie das Tagebuch Chaim Kaplans. Vielmehr zieht er eine Vielzahl bisher unberücksichtigt gebliebener Aufzeichnungen heran und verschafft seiner Arbeit so eine überaus breite Grundlage, die beeindruckt. Da er zudem jiddische, polnisch- und deutschsprachige Texte nutzt, kann er ein umfassendes, empirisch gesättigtes und facettenreiches Bild vom Privaten im Ghetto und von dessen Transformationen zeichnen. Die Menschen schufen sich auf vielen Ebenen »ein Gegengewicht zu Chaos und Willkür der Ghettoalität« (S. 325) – indem sie schrieben, Freiräume für Liebe suchten, religiöse Praktiken anpassten und verteidigten, sich auf neue räumliche und zeitliche Strukturen einstellten und vieles andere mehr. Das Private nutzt Haas gewinnbringend als »eine Sonde in die Mikroebene des Holocaust« (S. 333), mit deren Hilfe Verfolgte und Opfer stärker noch als Handelnde in den Blick geraten. Nicht jede Beobachtung ist neu, aber Haas bündelt die Aspekte gekonnt und erreicht analytisch mit Hilfe der Kategorie des Privaten eine neue Ebene, die inspirierend für weitere Forschungen sein kann.

Markus Roth

Fritz Bauer Institut

Frühe und späte Blicke auf Birkenau



Seweryna Szmaglewska

Die Frauen von Birkenau

Aus dem Polnischen und mit einem Nachwort von Marta Kijowska
Frankfurt am Main: Schöffling & Co.,
2020, 456 S., € 28,-



Ginette Kolinka (mit Marion Ruggieri)

Rückkehr nach Birkenau.

Wie ich überlebt habe

Aus dem Französischen von Nicola Denis
Berlin: Aufbau Verlag, 2020, 124 S.,
€ 18,-

Seit einigen Jahren schon interessieren sich Literaturwissenschaftler und Historiker in besonderem Maße für die frühen Zeugnisse von Überlebenden des Holocaust. Dabei werden zahllose Werke wiederentdeckt (vgl. dazu besonders die Datenbank www.fruehe-texte-holocaustliteratur.de). Manche Texte geraten überhaupt erstmals in den Blick, weil sie erst jetzt ins Deutsche übertragen werden, und das, obwohl sie an ihren Ursprungsorten längst zu Standardwerken geworden sind. Bei Seweryna Szmaglewskas Bericht *Die Frauen von Birkenau*, der 2020 in der hervorragenden Übersetzung von Marta Kijowska erschienen ist, kann man kaum glauben, dass er nicht schon früher hierzulande zu lesen war. Ohne Übertreibung wird man nämlich feststellen können, dass man über Auschwitz nicht wirklich sprechen kann, ohne sich auch, vielleicht sogar: vor allem, auf diesen Text zu beziehen, den Szmaglewska im Februar 1945 zu schreiben begann. An Hinweisen auf die Bedeutung des Zeugnisses hat es in den letzten Jahrzehnten, gerade auch in deutschen Feuilletons, nicht gefehlt, wie Kijowska in ihrem präzisen Nachwort feststellt. Doch wie so oft ignorierten deutsche Verlage (und Leser) einen wichtigen Beitrag der polnischen Literatur, die es trotz ihrer unbestreitbaren Größe im westlichen Nachbarland schon immer schwer hatte, wirklich gehört zu werden. Für ihre Erinnerungen wählte Szmaglewska, die schon vor dem Krieg als Literatin debütiert und in Warschau Soziologie studiert hatte, eine überraschende Perspektive, weil sie konsequent auf ein »Ich« verzichtete: »[D]urch das Schreiben in der ersten Person würde

ich Gefahr laufen, noch vor der Fertigstellung des Buches ein Porträt von mir selbst gezeichnet zu haben. Ich hätte damit zwangsweise einen Bericht über einen hartnäckigen, ja heldenhaften Gang durch alle Phasen des Lagerlebens verfasst. Doch ich wollte ja von den Millionen erzählen, die mein Schicksal geteilt haben. Also änderte ich meinen Erzählstil: Ohne aufzuhören, subjektiv zu sein, versuchte ich, mich selbst hinter den Fakten zu verstecken.« (S. 444) Dadurch entstand ein Text, der sich an der »Randzone des Romans« (Kazimierz Wyka) bewegt und doch auch die Vorzüge einer »dichten Beschreibung« (Clifford Geertz) avant la lettre besitzt: Vieles in ihm verdankt sich Szmaglewskas eigener Beobachtung, anderes den Erzählungen und Berichten ihrer Mitgefangenen. Natürlich gibt es Details, die mittlerweile durch die Forschung korrigiert sind, so etwa die Zahl der in Birkenau ermordeten Menschen, doch das schmälert die Wucht des Zeugnisses in keiner Weise: Zu genau sind dafür die Beobachtungen des Alltags, die nüchternen Darstellungen der Häftlingsgesellschaft, die Beschreibungen der Menschen, die verzweifelt versuchen, ihre Würde zu erhalten.

Immer wieder führt die Autorin den Leser trotz aller sprachlichen Distanzierung nahe heran an das, was es an Furchtbarem jeden Tag zu sehen gab: »Die nackten Leichen werden eilig auf der schneebedeckten Erde abgelegt. Bei ihnen bleibt nur Stille, denn die Lebenden gehen zu den Lebenden zurück, oder sie gehen zu den Sterbenden, um gegen den Tod zu kämpfen. Die Toten sind allein. Der Blick der Lebenden meidet diese Leichenberge wie schlechte Vorzeichen. Und sie, jeden Morgen neue, liegen unverändert unter dem grauen Himmel, täglich auf die gleiche Art, den ganzen Herbst und Winter über. Hab Mut einsame Gefangene, die zwischen den Baracken umherirrt; hab Mut, näherzukommen und zu schauen.« (S. 304)

Dreißig Monate musste Seweryna Szmaglewska als politischer Häftling in Auschwitz verbringen: Zwar war sie Mitglied des polnischen Widerstands, doch führte erst eine nachgerade bizarre Episode zu ihrer Verhaftung und Verschleppung nach Birkenau. Auf einer Warschauer Straße blieb sie am 18. Juli 1942 einen Moment lang stehen, um ihre Brille zurechtzurücken, was ein zufällig sie beobachtender SS-Mann als ein geheimes Zeichen deutete. Im Lager musste sie im Effektenlager »Kanada« und in diversen Außenkommandos arbeiten. Als nichtjüdische Gefangene hatte sie einige wenige Privilegien: Sie konnte Briefe schreiben und empfangen, erhielt hin und wieder auch Pakete mit Nahrungsmitteln. Und sie war in der Lage, heimlich Aufzeichnungen anzufertigen, die die Grundlage für ihren Bericht bilden. Am 18. Januar 1945 musste sie auf einen Todesmarsch gehen, der das Ziel Groß-Rosen hatte. Mit einer Mitgefangenen gelangten ihr schon bald die Flucht und die Rückkehr in ihren Heimatort. Dort begann sie sofort, fieberhaft an ihren Erinnerungen zu schreiben. Schon im Dezember 1945 lag das Buch in den polnischen Buchläden aus, 1946 wurde es als Beweismittel im Nürnberger Prozess eingesetzt und bald darauf zur verbindlichen

Schullektüre. Zusammen mit Tadeusz Borowskis Erzählungen dürfte Szmaglewskas Werk, das eigentlich den (deutlich besseren, im Deutschen aber bereits durch Liana Millus Erzählungen belegten) Titel »Der Rauch über Birkenau« trägt, bis heute den größeren Einfluss auf das kollektive Auschwitz-Bild in Polen haben. Man kann dem Verlag und der Übersetzerin gar nicht genug dafür danken, dass dieser Bericht nun endlich auch in Deutschland seine Wirkung entfalten kann.

Unser Wissen um das größte Konzentrations- und Vernichtungslager erweitern freilich nicht nur die (Wieder-)Entdeckungen früherer Zeugnisse, sondern noch immer auch Werke, die erst jetzt, rund 75 Jahre nach der Befreiung, entstehen. Ginette Kolinkas 2019 auf Französisch und 2020 auf Deutsch erschienene Erinnerungen *Rückkehr nach Birkenau. Wie ich überlebt habe* sind dafür ein herausragendes Beispiel. Zusammen mit ihrem Vater, ihrem kleinen Bruder und ihrem Neffen war Kolinka Anfang 1944 nach Birkenau deportiert worden – und nur sie überlebte. Lange schwieg sie über das, was sie als junge Frau erleben musste; erst als Steven Spielberg Zeitzeugen für seinen Film *SCHINDLERS LISTE* suchte, begann sie zu erzählen. Seitdem hört sie nicht mehr damit auf: vor allem vor Jugendlichen, die sie regelmäßig nach Auschwitz begleitet.

Wirklich überzeugt, dass diese Gespräche etwas bringen, ist sie nicht, zu sehr hadert sie mit der heutigen Erinnerungskultur – und letztlich auch mit der Gedenkstätte, in die sie nun regelmäßig zurückkehrt: »Von Weitem sah ich, wie am Feld entlang eine Gestalt näherkam. Zuerst traute ich meinen Augen nicht, dachte bei mir, »Nein, das ist nicht möglich«, doch ich hatte recht: eine Joggerin. Sie drehte ihre Runden, hier. Auf dieser lehmigen, nicht wiederzuerkennenden Erde, die so viele Tote gesehen hatte, in dieser Luft, die nach frischen Morgenstunden roch, nach Tau. Sie lief, unbeirrt. Mir stockte der Atem. Am liebsten hätte ich geschrien, ihr zugerufen: »Bist Du verrückt?« Oder war ich es?« (S. 7 f.) Immer wieder ist sich Kolinka, die das Buch in Zusammenarbeit mit der Journalistin Marion Ruggieri verfasste, ihrer Erinnerungen nicht ganz sicher, korrigiert sie mit später erworbenem Wissen oder belässt es explizit bei den Unsicherheiten. Aber dann sind da doch auch die Bilder, die sich tief eingebrannt haben, die sie nicht vergessen kann: »Dieser Satz hallt noch siebzig Jahre später in mir nach. »Für die Schwächsten gibt es Lastwagen.« In meiner Naivität, die für mich womöglich Rettung, für sie Verhängnis ist, denke ich an meinen Vater, der von den zurückliegenden Wochen ausgezehrt und von der Reise erschöpft ist, ich denke an Gilbert, meinen kleinen Bruder, der erst zwölf ist, an seinen kleinen Struwelkopf. Und ich höre, wie ich ihnen zurufe: »Papa, Gilbert, nehmt den Lastwagen!« Das erspart ihnen wenigstens den Weg zu Fuß. Ich verabschiede mich nicht von ihnen. Sie verschwinden. Sie verschwinden.« (S. 14)

Eindringlich schildert Kolinka, wie sie die Erniedrigungen erlebte, die mit der Aufnahme in das Lager begannen, wie sie die Schläge ertrug – und wie sie an ihrer Weiblichkeit festhielt. Ein

Kleid, geschenkt von einer Leidensgenossin, half ihr, die Würde zu bewahren und zu überleben. Und nach dem Krieg verdrängte sie: »Ich habe das Glück gehabt, zurückzukommen, schnell wieder ein normales Leben zu führen und sehr glücklich zu sein. Man darf im Leben nicht zu intelligent sein. Wenn Sie zu intelligent sind, wenn Sie zu viel nachdenken ... Ich denke nicht nach, die Dinge geschehen einfach, die Entscheidung liegt nicht bei mir.« (S. 108)

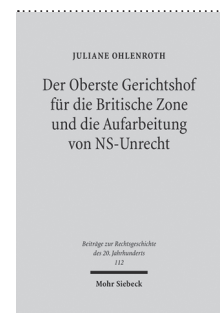
Lange glaubte sie, dass ihre Erinnerungen zu unbedeutend seien, vielleicht auch zu wenig reflektiert, um mitgeteilt zu werden. Doch als sie einen kurzfristig erkrankten ehemaligen Häftling von Auschwitz, der eine Schulklasse in die Gedenkstätte begleiten wollte, ersetzte, fand sie Gefallen daran, dass man ihr eine Bedeutung verleiht, »die ich nie gehabt habe« (S. 113). Und obwohl sie weiß, dass Birkenau mittlerweile »ein völlig belangloser Ort, ein Scheinort«, gar »eine Kulisse« ist, wo »[j]emand, der seine Geschichte nicht kennt [...] nichts sehen« (S. 115) kann, versucht sie immer wieder, den Ort für ihre Begleiter zum Sprechen zu bringen. Bei ihren Touren führt sie die jungen Menschen gezielt an Orte, die die Gedenkstättenführer oft vernachlässigen, die für sie aber jenen grausamen Übergang vom Menschsein in das Dasein als Häftling markierten, wie etwa die Toiletten: »Eine große Baracke. Der Boden besteht aus nacktem Lehm, glaube ich zumindest. Es riecht so stark, dass sogar die offenen Türen nichts bewirken. Soweit das Auge reicht, sitzen in dieser Baracke Frauen Seite an Seite, Rücken an Rücken auf Holzbrettern und verrichten ihre Notdurft. Alle gemeinsam. Ein Po neben dem anderen. Bei einer hat der Hintern alle möglichen Farben: gelb, rosa, bläulich. Aber das eigentlich Schockierende ist das, was sie tut. Sie urinert in ihre Hände, und reibt sich damit den Po ein.« (S. 22 f.)

Kolinkas schmaler Band unterläuft immer wieder die Erwartungen, die man an Erinnerungsberichte mittlerweile hat; sie ist eine unbequeme Zeugin, eine bisweilen wütende Gesprächspartnerin, aber eine, deren Zeugnis darum noch besser im Gedächtnis bleibt, wozu nicht zuletzt auch ihre vielen direkten Leseransprachen (»Stellen Sie sich vor«) beitragen. Nicola Denis' großartige Übersetzung vermag es, den zutiefst literarischen Charakter dieses enorm wichtigen Buches vollständig zu bewahren.

Sascha Feuchert

Gießen

Nicht »deutschrechtlich«



Juliane Ohlenroth

Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone und die Aufarbeitung von NS-Unrecht. Unter besonderer Berücksichtigung der Bedeutung für die Fortentwicklung der Strafrechtsdogmatik
Tübingen: Mohr Siebeck, 2020, XXII + 398 S., € 99,-

Der 1948 ins Leben gerufene Oberste Gerichtshof für die Britische Zone (OGH) ist treffend als »die verleugnete Alternative« für den justiziellen Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik bezeichnet worden.¹ Nach der Auflösung des Gerichts zum 30. September 1950 war es nicht zuletzt dem neu eingerichteten Bundesgerichtshof (BGH) unter seinem ersten Präsidenten Hermann Weinkauff ein Anliegen, den OGH und seine Rechtsprechung zum Kontrollratsgesetz Nr. 10 zu einer Fußnote der deutschen Rechtsgeschichte werden zu lassen, indem er sie als nicht »deutschrechtlich« diffamierte.² Bis Mitte der 1990er Jahre blieb dieses Verdikt maßgeblich für die Rezeption. Erst im Zuge der gewandelten Haltung der Bundesrepublik und der deutschen Rechtswissenschaft zum »Nürnberger Erbe« und zum Völkerstrafrecht insgesamt hat auch der OGH in den letzten 25 Jahren eine Neubewertung erfahren. Er steht nun für eine angemessenere Art des justiziellen Umgangs mit dem NS-Unrecht.³

Zu diesem Fazit gelangt auch Juliane Ohlenroth in ihrer rechtsgeschichtlichen Untersuchung. Sie konzentriert sich auf vier vom OGH behandelte Komplexe des NS-Unrechts, nämlich die »Euthanasie«, die Justizverbrechen, die Denunziationen und die Straftaten im Zusammenhang mit den Novemberpogromen 1938. Da Krankmorde und Justizverbrechen den OGH als Revisionsgericht jeweils nur in einer Handvoll Verfahren beschäftigten, bezieht Ohlenroth hier auch die erstinstanzlichen Urteile und späteren BGH-Entscheidungen in ihre Auswertung mit ein. Anders ist dies bei den Denunziationen und

dem Komplex »Reichspogromnacht«: Aus den 223 beziehungsweise 118 einschlägigen Entscheidungen des OGH wählt sie insgesamt drei Verfahrensserien aus, die ausführlich dargestellt werden, und fasst die Leitlinien der juristischen Bewertung dieser Komplexe durch den OGH zusammen.

Dabei ergibt sich für alle vier Komplexe ein im Großen und Ganzen einheitliches Bild: Stets drängte der OGH auf eine entschlossene strafrechtliche Ahndung des NS-Unrechts und sah sich vielfach gezwungen, erstinstanzliche Entscheidungen aufzuheben und ihre entlastenden strafrechtsdogmatischen Konstruktionen zurückzuweisen oder doch sehr viel restriktiver anzuwenden. Die Tatgerichte folgten diesen Vorgaben allenfalls zähneknirschend; zum Teil übten sie sich in offenem Widerspruch. Wo schließlich der BGH entschied, vermied er zwar die das NS-Unrecht verharmlosende Rhetorik mancher Schwurgerichte. Im Ergebnis gelangte er aber zu Leitlinien, die eine effektive Strafverfolgung erschwerten oder – im Falle der Justizverbrechen – praktisch unmöglich machten.

Gerade weil Ohlenroth den Umgang mit den maßgeblichen Rechtsfiguren – etwa der Einordnung angeblichen »ärztlichen Widerstandes« im Zusammenhang mit den Krankmorden, den Anforderungen an den Rechtsbeugungsvorsatz und die Sperrwirkung des Rechtsbeugungstatbestands, den Voraussetzungen für die Feststellung fehlenden Unrechtsbewusstseins oder eines unvermeidbaren Verbotsirrtums – detailliert im Dreieck von Schwurgerichten, OGH und BGH nachvollzieht, kann sie anschaulich werden lassen, wie sich hinter vermeintlich kleinen Bedeutungsverschiebungen und Auslegungsdivergenzen erhebliche Unterschiede in der Strafverfolgungspraxis verbargen. Wünschenswert wäre indes gewesen, diese Mikroperspektive in den eigenen Betrachtungen einmal hinter sich zu lassen und zu versuchen, übergreifende Merkmale der vom OGH gewählten rechtlichen Lösungen zu erfassen. Hier hätte es sich insbesondere angeboten, die gesamtatbezogene Perspektive, die mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 10 einherging, dem einzeltatbezogenen Betrachtungsansatz des traditionellen deutschen Strafrechts gegenüberzustellen. Schade ist auch, dass Ohlenroth die Tätigkeit einiger ehemaliger OGH-Richter, insbesondere Friedrich-Wilhelm Geiers und Heinrich Jaguschs, am BGH und ihre Versuche, dort an die Rechtsprechung des OGH anzuknüpfen, nur sehr knapp erwähnt (vgl. S. 230 f., 331). Hier darf man auf die noch umfänglichere zeitgeschichtliche Studie zum OGH von Christian Pöpkens gespannt sein, deren Erscheinen unter dem Titel *Vergangenheitspolitik durch Strafrecht* angekündigt ist.

Boris Burghardt
Berlin

¹ Ulrike Homann, »Die verleugnete Alternative – Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone«, in: *Recht und Politik*, 37 (2001), S. 210–218.

² Vgl. z.B. BGH, Urt. v. 29.5.1952 – 2 StR 280/67, in: Christiaan F. Rüter u.a. (Hrsg.), *Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen*, Amsterdam 1968, Bd. X, Nr. 345b, S. 504 (506).

³ Vgl. beispielhaft nur die Beiträge in: Justizministerium des Landes NRW (Hrsg.), *Verbrechen gegen die Menschlichkeit – Der Oberste Gerichtshof der Britischen Zone*, Düsseldorf 2012.

Autobiografie und Distanzierung



Hanne Leßau

Entnazifizierungsgeschichten. Die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit
Göttingen: Wallstein Verlag, 2020, 526 S., € 46,-

Dass die »Entnazifizierung« nach 1945 scheiterte, gilt als gesicherte Erkenntnis. Die politische Überprüfung der Deutschen erwies sich als zu bürokratisch, durch massenhafte Ausstellung von »Persilscheinen« verfälscht und geriet im Ergebnis zu einer »Mitläuferfabrik« (Lutz Niethammer), indem der übergroßen Mehrheit der Deutschen attestiert wurde, am Nationalsozialismus nicht aktiv beteiligt gewesen zu sein. Diese formale Entlastung ebnete zwar zahllosen zweiten Karrieren den Weg, das änderte aber nichts an der überwältigenden Ablehnung der »Entnazifizierung« in der deutschen Bevölkerung. Hanne Leßau verwirft dieses Bild in ihrer Dissertationsschrift nicht, hält es aber für ergänzungsbedürftig. Sie möchte die Entnazifizierung »stärker aus ihrer Zeit heraus« (S. 22) betrachten und sie als »Forum« (S. 13) verstehen, in dem sich die Deutschen gezwungenermaßen, aber durchaus ernsthaft mit ihrer jüngsten Vergangenheit auseinandersetzten. Nicht nur das Ergebnis der Entnazifizierung sei entscheidend, sondern auch die Art und Weise, wie sich die Deutschen zu ihr verhielten und welche Erfahrungen sie dabei machten.

Gestützt auf ein Sample von 800 Entnazifizierungsakten, Verwaltungsschriftgut und Selbstzeugnisse der Betroffenen analysiert Leßau die Entnazifizierungspraxis in der britischen Zone. Während in der US-Zone alle erwachsenen Deutschen einen »Meldebogen« auszufüllen hatten, betraf dies in der britischen Zone nur rund drei Millionen Menschen, die für das öffentliche Leben wichtige Positionen innehatten. Hier hatten die Entnazifizierungsverfahren eher den Charakter eines Verwaltungsaktes und wurden von Entnazifizierungshaupt- und -unterausschüssen durchgeführt, während die Spruchkammerverfahren in der US-Zone der Logik von Gerichtsverfahren folgten. Das in den Unterausschüssen ehrenamtlich tätige Personal besaß zumeist wenig Expertise und erhielt mangels zentraler Strukturen kaum Schulung und Orientierung. Das Verfahren war daher insgesamt uneinheitlich, ineffizient und für die zu Überprüfenden intransparent.

Fast ein Viertel der Befragten reichte Leumundszeugnisse ein, die zumeist von Verwandten und Bekannten stammten. Die

Anfertigung der »Persilscheine« beschreibt Leßau anhand anschaulichen Quellenmaterials als komplizierten Kommunikationsprozess zwischen denen, die einen guten Leumund bescheinigten, und den Betroffenen sowie als gemeinschaftliche Verfertigung von meist episodischen Erzählungen, die den laueren Charakter des zu Überprüfenden belegen sollten. Die Autorin betont, dass die Entnazifizierung der politischen Säuberung dienen sollte, nicht der Bestrafung und nicht der »Aufarbeitung«. Die Deutschen dagegen empfanden die schematische Abfrage von Informationen mittels Fragebögen als »Werturteil« (S. 52) über ihr Verhalten im NS-Staat und waren vielfach bestrebt, ihre individuellen Beweggründe zu erläutern und ihr Verhalten im »Dritten Reich« zu erklären. Etwa ein Drittel der Befragten fügte dem Fragebogen deshalb Anlagen bei, oft weit ausholende biografische Schilderungen.

Die Zahl der Entlastungstopoi war überschaubar. Als Beleg für Distanz zum Nationalsozialismus galten vor allem »Äußerungen von Kritik am nationalsozialistischen Regime, Konflikte mit NS-Funktionären und Parteistellen sowie die Weigerung, die eigene Lebensführung an die ideologischen Kategorien des Nationalsozialismus anzupassen« (S. 235). Der Krieg war in den biografischen Erzählungen kaum mit dem Nationalsozialismus verbunden. Auch von den Verbrechen des NS-Staates war wenig die Rede, der Holocaust blieb eine Leerstelle.

Hanne Leßau hält die so entworfenen »Entnazifizierungsgeschichten« für mehr als bloße Schutzbehauptungen. Sie nimmt an, dass sie aus subjektiver Sicht einen »starken Wirklichkeitsbezug« besaßen (S. 251), weil sie auf tatsächlichen Erfahrungen beruhten. Indem die Deutschen dem als kollektivistische Diktatur gezeichneten »Dritten Reich« die eigene, ganz individuelle Lebensgeschichte gegenüberstellten, ließ sich partielle Distanz zum NS-Staat nachträglich in eine – im eigenen Wesen begründete – grundsätzliche Differenz zum Nationalsozialismus umdeuten. Die so hergestellte vermeintliche biografische Kontinuität machte ein Umdenken nach 1945 unnötig, und die Entnazifizierungsausschüsse in der britischen Zone zeigten große Bereitschaft, dieser Logik zu folgen.

Die Frage, wie in Deutschland nach 1945 Selbstbilder der politischen Unbeteiligtheit, der persönlichen Integrität und des »Anständig-geblieben-Seins« entworfen wurden, ist nicht ganz neu. Hanne Leßau verknüpft sie aber in weiterführender Weise und unter Verwendung interessanter Quellenmaterials mit der bislang weniger beachteten Entnazifizierungspraxis in der britischen Besatzungszone.

Das Argument, dass die autobiografischen Konstruktionen den Betroffenen die allmähliche Distanzierung vom Nationalsozialismus erleichterten, ist durchaus plausibel.

Tobias Freimüller
Fritz Bauer Institut

Mehr als nur Abschiedsworte



Benjamin Ferencz

»Sag immer Deine Wahrheit.«
Was mich 100 Jahre Leben gelehrt haben
Verfasst von Nadia Khomami, aus dem
amerikanischen Englisch von Elisabeth
Schmalen
München: Wilhelm Heyne Verlag, 2020,
160 S., € 17,-



Philipp Gut

Jahrhundertzeuge Ben Ferencz.
Chefankläger der Nürnberger Prozesse
und leidenschaftlicher Kämpfer für
Gerechtigkeit
München: Piper Verlag, 2020, 346 S.,
€ 24,-



Die beiden Bücher haben eine ähnliche Entstehungsgeschichte: Im Rahmen ihrer journalistischen Tätigkeit reisten sowohl der Schweizer Philipp Gut als auch die Britin Nadia Khomami nach Florida und interviewten Benjamin B. Ferencz für einen Artikel. Doch Ferencz und seine Lebensgeschichte ließen beide nicht so schnell wieder los. Das ist leicht nachvollziehbar angesichts der einnehmenden Gestalt des Mannes, der im März 2021 seinen 101. Geburtstag feierte.

Vermittelt über Khomami schildert Ferencz in »Sag immer Deine Wahrheit« in acht knappen Kapiteln seinen Lebensweg. Aufgrund der antisemitischen Atmosphäre im zunächst habsburgischen, ab 1919 rumänischen Transsilvanien wanderten seine Eltern 1921 in die Vereinigten Staaten aus. Im Kriminalitätsschwerpunkt Hell's Kitchen, New York, wuchs Ferencz unter schwierigsten Bedingungen heran, worauf er sein »Interesse an der Prävention von Verbrechen« (S. 32) zurückführt. Dank schulischer Förderung wurde ihm der Besuch des New Yorker City College möglich, sodass er schließlich an der renommierten Harvard Law School Jura studieren konnte.

Im Auftrag seines Professors Sheldon Glueck eignete Ferencz sich dort Fachliteratur zum Thema Kriegsverbrechen an. Doch schon bald holte ihn die Realität des Gelesenen ein, denn nachdem er sich 1943 zum Militärdienst gemeldet hatte, war er nicht nur an der Landung der Alliierten in der Normandie beteiligt. Er gehörte zudem jenen Truppenteilen an, die in befreiten Konzentrationslagern Beweise für deutsche Verbrechen sicherten. Das löste natürlich andere Reaktionen aus als die bloße Lektüre in der Bibliothek in Cambridge:

»Es war, als hätte ich einen Blick in die Hölle geworfen. Also ersann ich ein System. Ich tat so, als wäre das alles gar nicht real. [...] Es gibt Dinge, die unser Gehirn nicht verarbeiten kann, und in solchen Situationen müssen wir darauf vertrauen, dass es weiß, wie es uns am besten beschützen kann.« (S. 82)

Doch Verdrängung kam nicht infrage – im Gegenteil. Nur kurz nach seiner Demobilisierung und Rückkehr in die Vereinigten Staaten holte ihn der Hauptankläger der zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse, Telford Taylor, in das Vorbereitungsteam der Verfahren. Als Ferencz im Rahmen der Ermittlungen auf die »Ereignismeldungen UdSSR« stieß, die Dokumentation der massenhaften Erschießungen von Jüdinnen und Juden durch die deutschen Einsatzgruppen im Rücken der Front des Unternehmens Barbarossa, forderte er bei Taylor ein, den Hauptverantwortlichen ein eigenes Verfahren zu widmen. »Und so kam es, dass der kleine Benny aus Transsilvanien zum Chefankläger im größten Mordprozess der Menschheitsgeschichte wurde.« (S. 95)

Auch wenn Nadia Khomami sowohl Ferencz' Lebensgeschichte als auch dessen gesammelte Ratschläge an Leserinnen und Leser niederschrieb, wird doch deutlich, dass es der 101-Jährige ist, der trotz der monströsen Ereignisse, die er bezeugt, nie seinen Humor verloren hat. »Sag immer Deine Wahrheit« steht in Kontinuität zu einem weiteren Arbeitsfeld von Ferencz, dem er sich seit den 1970er Jahren widmete: dem Eintreten für die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen mit dem Ziel, gerechte Wege zum Weltfrieden (so der Titel eines Ferencz-Bandes aus dem Jahr 1989) zu finden. Dabei bemühte er sich stets, sein Ansinnen einem größeren Publikum nahezubringen, und publizierte etwa gemeinsam mit dem Bestsellerautor Ken Keyes jr. 1988 *PlanetHood*, gewissermaßen eine Anleitung zum Einsatz für eine friedlichere Welt für alle.

Natürlich stößt der Versuch, die Erfahrung eines Jahrhundertlebens in griffigen Ratschlägen zu komprimieren, an Grenzen. So wird Ferencz im Hinblick auf die eigene Biografie einerseits nicht müde zu betonen, dass der Mensch alles erreichen könne, empfiehlt jedoch andererseits: »Lehn das vor dir Liegende nicht ab, nur weil es nicht perfekt ist oder weil es nicht deinen Träumen entspricht« (S. 125). Und dem hehren Gebot »Entscheide dich für das Gute« (S. 81) stellt der Schalk Ferencz die Empfehlung zur Seite: »Rauchen, Trinken und schwer verdauliche Speisen sind schlecht für dich, aber das weißt du ja ohnehin.« (S. 150) Verglichen mit der englischen Ausgabe und angesichts der Debatten über Fake News beziehungsweise alternative Fakten erscheint einzig der Titel der Übersetzung nicht eben glücklich; offenbar schreckte der Verlag vor einer direkten Übertragung des melancholischen Originals *Parting Words* (Abschiedsworte) zurück.

Auch das Buch des Journalisten und Historikers Philipp Gut beruht auf Gesprächen mit Ferencz sowie auf den autobiografischen *Bennie Stories*, die schon seit längerem auf Ferencz' Homepage¹

¹ <https://benferencz.org/stories> (16.5.2021).

verfügbar sind. Zusätzlich bezieht Gut Ferencz' Vorlass ein, den dieser dem Archiv des United States Holocaust Memorial Museum überlassen hat,² und verortet Ferencz' Lebensweg im historischen Kontext.

Das erhellt ein weiteres zentrales Arbeitsfeld des Juristen, nämlich seine Aktivitäten für Restitution und »Wiedergutmachung« nach dem Zweiten Weltkrieg. Nicht nur war er an der Ausarbeitung des Luxemburger Abkommens, des *Reparations Agreement* zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland, im Jahr 1952 beteiligt. Er stritt auch über Jahrzehnte für die Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie der Opfer medizinischer Versuche in deutschen Konzentrationslagern und war damit betraut, die DDR davon zu überzeugen, Entschädigungsleistungen aufzubringen – ein Ansinnen, dem sich der »antifaschistische Staat« bis zu seinem Untergang entzog. Hier liefert Gut wichtige zusätzliche Informationen, etwa über die schwierigen Aushandlungsprozesse in den jüdischen Organisationen der Diaspora sowie im Staat Israel, ob es opportun sei, deutsche Restitutionsgelder anzunehmen. So lautete eine verbreitete

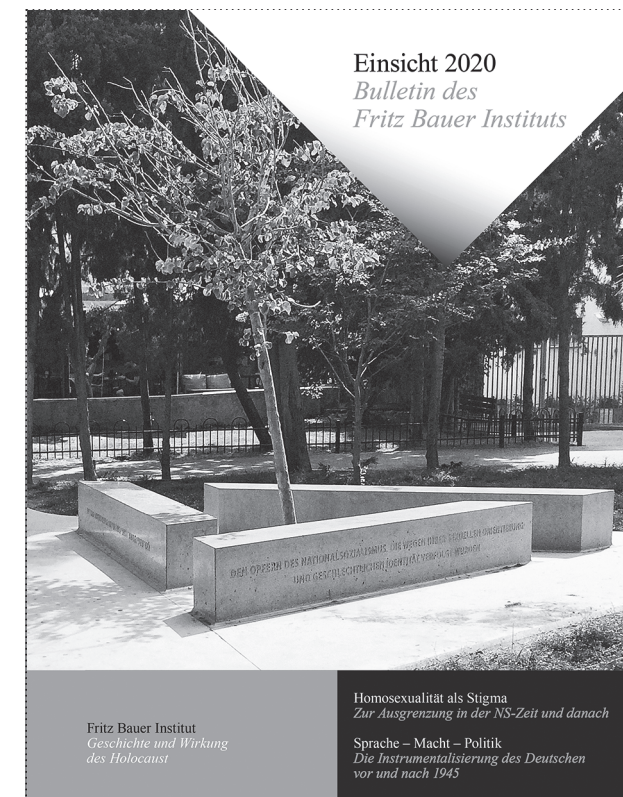
Position, wer »Blutgeld« von den Mördern annehme, beschmutze die jüdische Ehre« (S. 211). Auch Ferencz war mit diesen Fragen, Zweifeln und Vorwürfen konfrontiert: »Niemand von uns war darauf vorbereitet, ein Preisschild an ein Menschenleben zu heften.« (ebd.)

Und doch trat er vehement für die Entschädigungsforderungen ein; das gebot ihm schlicht sein Rechtsverständnis. Guts Darstellung der Verhandlungen mit Krupp, AEG oder Siemens zeigt, mit welcher Kaltschnäuzigkeit die Unternehmen, die während des Nationalsozialismus jahrelang an der Ausbeutung von Lagerinsassen verdient hatten, nun jede Verantwortung zurückwiesen. Die hier beschriebenen Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte rücken das in gegenwärtigen Debatten anzutreffende Bild von Deutschlands vorbildlicher Vergangenheitsbewältigung zurecht. Der einfache Rechtsgrundsatz, den Ferencz in Erinnerung ruft, blieb jedenfalls vielen Deutschen lange Zeit unverständlich: »Jene, die andere durch ihre Macht missbrauchen, sind verpflichtet, Wiedergutmachung zu leisten.« (S. 255) Beiden hier vorgestellten Büchern ist zu wünschen, derartige Erkenntnisse einem breiteren Publikum näherzubringen, sodass Ferencz' in den Büchern bewahrte Erinnerungen hoffentlich mehr als Abschiedsworte bleiben.

Marcel Müller
Leipzig

² Für eine Auswahl aus diesem Korpus: Constantin Goshler, Markus Böick, Julia Reus (Hrsg.), *Kriegsverbrechen, Restitution, Prävention. Aus dem Vorlass von Benjamin B. Ferencz*, Göttingen 2019.

Anzeige



Fritz Bauer Institut
Geschichte und Wirkung
des Holocaust

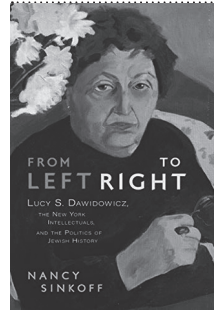
Hier könnte Ihre
Anzeige stehen!

Formate und Preise

Doppelseite	460 x 295 mm + Beschnitt	1.090,-
Umschlagseite U4	230 x 295 mm + Beschnitt	950,-
Umschlagseite U2 / U3	230 x 295 mm + Beschnitt	850,-
Ganzseitige Anzeige	230 x 295 mm + Beschnitt	690,-
1/2-seitige Anzeige vertikal	93 x 217 mm	390,-
1/2-seitige Anzeige horizontal	192 x 105,5 mm	390,-
1/4-seitige Anzeige vertikal	93 x 105,5 mm	270,-

Auflage: 4.200 Exemplare, Preise in Euro, zuzügl. gesetzl. MwSt.
Kontakt: Tel.: 069.798 322-40, anzeigen@fritz-bauer-institut.de

Pionierin der Holocaustforschung



Nancy Sinkoff

From Left to Right. Lucy S. Dawidowicz, The New York Intellectuals, and the Politics of Jewish History
Detroit: Wayne State University Press, 2020, 518 S., € 34,80

Werk und Biografie der amerikanisch-jüdischen Holocaustforscherin Lucy S. Dawidowicz (1915–1990) sind heute weitgehend vergessen. Selbst in ihrem ureigenen Forschungsfeld wird die Autorin kaum mehr rezipiert, obwohl sie den ersten Lehrstuhl für Holocaust-Studien in den Vereinigten Staaten innehatte und ihre zentrale Studie *The War Against the Jews. 1933–1945* (1975) sie seinerzeit weit über akademische Kreise hinaus bekannt machte. Neben der Tatsache, dass sie eine Frau in einem von Männern dominierten Feld war und sich nur über Umwege und trotz mangelnder akademischer Qualifikationen für die Professur empfehlen konnte, war es vor allem ihre Lesart des Holocaust, die sie ins Abseits rückte. Dawidowicz' aus jüdischer Perspektive verfasste Rekonstruktion der Ereignisse, die eine über Jahrhunderte genährte antisemitische Ideologie und den darauf fußenden Vernichtungswillen der Deutschen ins Zentrum rückte, stellt eine Pionierarbeit der sogenannten intentionalistischen Schule dar und wurde inhaltlich wie methodisch scharf kritisiert. Ihre Überzeugung, dass die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden von langer Hand geplant war und im Mittelpunkt von Hitlers politischer Vision ausgreifender deutscher Herrschaft stand, setzte deutlich andere Akzente als etwa die vorher von Raul Hilberg vorgelegte Monumentalstudie *The Destruction of the European Jews*. Letztere fokussierte nicht auf Ideologie, sondern auf Funktionalitäten und Prozesse im Vernichtungsablauf. Im Gegensatz zu Hilbergs Werk, das bekanntlich auch Marginalisierung und Ausgrenzung erfuhr, sodann aber den Status eines, wenn nicht *des* ersten Standardwerks der Holocaust-Historiografie erlangte, überdauerten Dawidowicz' Werk und Zugriff nur etwa anderthalb Jahrzehnte.

Die Historikerin Nancy Sinkoff ist mit ihrer eindrucksvollen Biografie der Autorin nun angetreten, diesen Zustand zu ändern. Sie hat ein umfassendes Porträt ihrer eigensinnigen und unabhängigen Persönlichkeit gezeichnet, das gleichzeitig einen hochinteressanten, weil unkonventionellen Ausschnitt jüdischer *intellectual history* im Amerika des 20. Jahrhunderts präsentiert. Sinkoffs Buch geht weit über das Thema der frühen Holocaust-Historiografie jüdischer Provenienz hinaus, die in den letzten Jahren wachsende

Aufmerksamkeit erfährt. Sie behandelt ganz unterschiedliche Aspekte von Dawidowicz' politischem wie wissenschaftlichem Wirken.

Was die Auseinandersetzung mit Dawidowicz' Œuvre und seiner Rezeption für ein breites Publikum aber besonders reizvoll macht, ist die Tatsache, dass sich hier verblüffend viele Fragestellungen vorgezeichnet finden, die heute von zentraler Bedeutung in der historischen Forschung, aber auch der allgemeineren Debatte zum Holocaust-Gedenken sind. Drei Punkte können hierfür exemplarisch stehen: Erstens war Dawidowicz eine der Ersten, die sich mit unmissverständlicher Deutlichkeit gegen Tendenzen der Universalisierung von Gewalterfahrung aussprachen. Ihre Intention war es, den einzigartigen Charakter der nationalsozialistischen Judenvernichtung, die sich in Qualität und Absicht deutlich von anderen Massenverbrechen unterschied, zu erfassen. Mit dieser – laut Sinkoff – nicht zuletzt in Abgrenzung von Hannah Arendts Bericht *Eichmann in Jerusalem* entstandenen Perspektive ging es ihr vor allem darum, sich historischen Analogiebildungen, sei es mit anderen Opfergruppen im Nationalsozialismus, im Stalinismus oder aber weiter reichenden Verallgemeinerungen im Kontext von Sklaverei und moderner Gewalt, entgegenzustellen. Die Bestimmung der richtigen Platzierung des Holocaust im Geschichtsdenken, seine Bedeutung für die Opfer und seine Geltung weit über diese hinaus, war schon zu jener Zeit ein umkämpftes Terrain. Hannah Arendts Interventionen auf diesem Gebiet werden von Sinkoff – ihrer Protagonistin folgend – weniger komplex dargestellt, als angemessen wäre. Nichtsdestoweniger wird hier eine Debatte offengelegt, die für gegenwärtig geführte Auseinandersetzungen fruchtbar gemacht werden könnte. Zweitens liest man auch die von Dawidowicz vehement vorgebrachten Zweifel an (amerikanisch-)polnischen Kriegserzählungen ihrer Zeit, die häufig die polnische Opferschaft sowie vermeintliche Allianzen zwischen Juden und Polen im Krieg gegen Hitler betonten, vor dem Hintergrund aktueller Deutungskonflikte in der polnischen Geschichtsschreibung und Öffentlichkeit mit anderen Augen. Drittens eröffnet Sinkoff eine erkenntnisreiche Sicht auf Dawidowicz' Überlegungen zu ihrer Position als jüdische Historikerin, die stark den eigenen Sprecherinnenstandort reflektierte und das Engagement für die Sache der Juden mit strengsten Standards wissenschaftlicher Redlichkeit und Objektivität auszutarieren suchte. Fragen mithin, deren Diskussion heute an Schärfe zugenommen hat. Das Wiederentdecken von Lucy Dawidowicz kann also in vielfacher Hinsicht produktiv für unser Nachdenken sein.

Elisabeth Gallas
Leipzig

Die »Ideologieunbegabtheit« des Rechts?



Inga Markovits

Diener zweier Herren. DDR-Juristen zwischen Recht und Macht
Berlin: Ch. Links Verlag, 2020, 240 S., € 20,-

Nach dem Ende der DDR führte die deutsch-amerikanische Juristin Inga Markovits eingehende Gespräche mit Richtern und Rechtsanwälten in Ostberlin und Wismar, um etwas über die Rechtspraxis in der Vor-Wendezeit aus erster Hand zu erfahren. Daraus entstanden *Die Abwicklung. Ein Tagebuch zum Ende der DDR-Justiz* und *Gerechtigkeit in Lüritz. Eine ostdeutsche Rechtsgeschichte*. Nun ist das dritte Buch der Autorin in dieser Reihe erschienen, das sich mit der Entwicklung der rechtswissenschaftlichen Fakultät an der Humboldt-Universität beschäftigt. Markovits griff dafür auf Berichte, Personalakten, Manuskripte, Korrespondenzen und wissenschaftliche Publikationen der juristischen Fakultät zurück und ergänzte diese durch Material aus dem Bundesarchiv und dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Der Anspruch der Autorin jedoch, ein allgemein verständliches Buch ohne wissenschaftliche Hürden zu schreiben, führte dazu, dass diese Quellen nicht ausgewiesen sind, was die wissenschaftliche Nutzung deutlich erschwert.

Das Buch geht der Frage nach, wie die DDR-Rechtswissenschaft auf die Herrschaft der SED reagierte, ob ihre Vertreterinnen und Vertreter sich gefügig den Anforderungen aus dem Politbüro unterwarfen, ob sie revoltierten oder ohne innere Überzeugung mitmachten, wo es sich nicht verhindern ließ. Markovits will das Normale in der DDR-Rechtsgeschichte aufdecken, nicht von den Extremen und den ideologischen Theorien auf den Alltag schließen. Dabei soll das Buch durchaus eine Antwort auf die große Frage bieten, ob die Jurisprudenz, wie oft im Hinblick auf den Nationalsozialismus gesagt wird, tatsächlich besonders anpassungsfähig und geschmeidig auf die Etablierung der zweiten deutschen Diktatur reagiert hatte. Wie diktaturtauglich ist die Rechtswissenschaft?

Markovits gliedert ihre Betrachtung in drei Abschnitte, die sie »Geschichten« nennt. Sie beleuchten jeweils eine gleiche Konstellation aus unterschiedlicher Perspektive. Dasselbe historische Ereignis, beispielsweise die Babelsberger Konferenz, dient einmal als Beleg für die Anpassung an ein repressives Kadersystem, als Zeichen von Konfliktvermeidung und zuletzt als Indiz für den Verlust des Glaubens an den Sozialismus. Alle drei Reaktionsmuster bestanden in der DDR nebeneinander, weshalb die Geschichten alle

bei der Befreiung 1945 einsetzen und bis zum Ende der DDR erzählt werden. So werden die alltäglichen Entscheidungen der Rechtswissenschaftler sichtbar, und der Rahmen ihrer Möglichkeiten erscheint facettenreicher.

Die Stärke des Buches liegt darin, dass es die Rechtspolitik der DDR in eine Geschichte des Scheiterns und der Erfolge von Rechtsreformen einbettet. So wird die für die Juristinnen und Juristen traumatische Babelsberger Tagung von 1958 zuerst und vor allem als ein Mittel der ideologischen Disziplinierung für die Rechtswissenschaftler skizziert, aber es wird auch gezeigt, wie deren Entscheidungen umgangen und die daraus resultierenden Forderungen nicht beachtet wurden. Wer nach Babelsberg nicht sah, wie der dialektische Materialismus zum integrativen Bestandteil des Rechts werden könne, mied die Wissenschaft und ging in die Praxis. Große Forschungsprojekte zur Stärkung der Parteilinie fanden keinen Nachwuchs. Die Rechtswissenschaft stagnierte, ganze Rechtsbereiche wie das Verwaltungsrecht verschwanden für lange Zeit ganz aus der Lehre. Gesetzesreformen kamen viele Jahrzehnte nicht voran.

Die Juristen der Humboldt-Universität fügten sich in den verschiedenen krisenhaften Phasen der DDR-Geschichte zwar willig den Restriktionen durch die Partei. Letztere wiederum bezahlte ihre Allmacht unter anderem mit dem Stillstand in Forschung, Publizistik und Lehre. Die Juristen entzogen sich aber den Ansprüchen der SED, wenn es darum ging, eine »sozialistische Rechtswissenschaft« (S. 164) nach marxistischen Gesetzmäßigkeiten für die »sozialistische Menschengemeinschaft« (S. 168) zu entwickeln – eine Gemeinschaft, die nicht existierte, und Gesetzmäßigkeiten, die man nicht entdecken konnte. Erlasse wie der des Staatsrats von 1963 »Über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege« (S. 94), in dem es um nichts Geringeres als die Abschaffung der Gewaltenteilung ging, wurden von der akademischen Fachwelt nicht beachtet, weil sie zu wenig konkrete Bestimmungen und Definitionen boten und damit einen Fremdkörper in der Jurisprudenz darstellten.

So zeigt das Buch anschaulich, dass sich die Rechtswissenschaft in der DDR schwer damit tat, den realen Sozialismus in rechtliche Normen zu fassen. Es ist plausibel, dies auf die Methodik des Faches zurückzuführen. Aber bedeutet das schon, dass Juristen weniger ideologieanfällig waren und sind als andere Berufsgruppen? Diese starke These kann in dem angehängten Schlusskapitel nicht angemessen überprüft werden. Das Buch überzeugt in den Beobachtungen zum DDR-Recht. Es geht, was den Nationalsozialismus anbelangt, nicht in die Tiefe. Die Frage nach der »Ideologieunbegabtheit« der Juristen kann es nicht beantworten.

Katharina Rauschenberger
Fritz Bauer Institut

Einflussnahme auf die Holocaust-Erinnerung



Jacob S. Eder

Holocaust-Angst. Die Bundesrepublik, die USA und die Erinnerung an den Judenmord seit den siebziger Jahren
Göttingen: Wallstein Verlag, 2020, 365 S., € 42,–

Deutschland gilt international als Leitbild, was die Erinnerung an den Holocaust angeht; im deutschen Selbstverständnis besetzt das Gedächtnis an den Judenmord einen zentralen Platz. Dass dies nicht immer so war, belegen zahlreiche Studien, doch längst nicht alle Aspekte der Thematik sind hinreichend erforscht. Jacob Eders eindrucksvolle Untersuchung gibt wichtige Einblicke in eine formative Periode geschichtspolitischen Bewusstseins in Deutschland, die den Übergang von reflexhafter Abwehr zu affirmativer Übernahme historischer Verantwortung markiert.

In fünf chronologisch-thematisch organisierten Kapiteln und einem Epilog entwickelt Eder seine These, westdeutsche Politiker um Helmut Kohl hätten sich seit Ende der 1970er Jahre »als ›Opfer‹ des Holocaust-Gedenkens in den USA« empfunden (S. 9; ähnlich S. 315) und gezielt versucht, ein Gegenbild positiver deutscher Nachkriegserrungenschaften in der massiv anwachsenden amerikanischen Erinnerungskultur zu verankern. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die lange, von erheblichen Veränderungen nationaler und internationaler Kontexte geprägte Entstehungsphase des United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) zwischen 1978 und 1993. Anfangs hatten sich die Befürchtungen, deutsche Interessen könnten durch die Institutionalisierung amerikanischer Holocaust-Erinnerung Schaden nehmen, auf Vertreter des Auswärtigen Amtes beschränkt; mit seinem Amtsantritt machte Kanzler Kohl das Thema zur Chefsache, die er zusammen mit einem kleinen Beraterkreis bemerkenswert nachdrücklich verfolgte. Dieser fast obsessiven Fokussierung lag die von konservativen Eliten in der Bonner Republik getragene, von Eder überzeugend nachgewiesene Einschätzung zugrunde, die Amerikanisierung des Holocaust sei ein antideutsches Projekt jüdischer Interessenvertreter in den USA.

Im Vergleich zur 2016 erschienenen US-Originalausgabe der Studie spiegelt die deutsche Übersetzung in Gestalt der zitierten Quellen weit besser die mentale Disposition der Akteure. Das Spektrum reichte von der Warnung, die »jüdischen Bemühungen, die mahnende Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten, werden nicht nachlassen« (S. 102 f., Botschafter Peter Hermes, 1984), über ständige Verweise auf ominöse Aktivitäten »jüdischer Kreise«

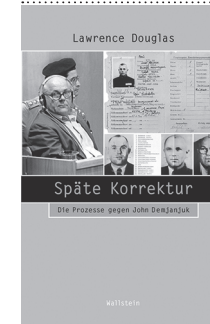
bis zur Charakterisierung des USHMM als »Scheiß Museum« (S. 179; Volker Rühle laut Peter Petersen, 1985). Eder geht es nicht um Skandalisierung; stattdessen analysiert er auf dichter Quellenbasis das Netzwerk um Kohl und konstatiert, dass der Gebrauch antisemitischer Klischees der Einbindung des rechten Unionsflügels diene. Diese Taktik verband sich, oft in Personalunion, mit intensiven Bemühungen um enge Beziehungen zu amerikanischen Juden und jüdischen Organisationen – Zeichen einer Ambivalenz, in der sich Vorurteile mit »Schuldgefühle[n], Mitleid und Empathie« mischten (S. 160).

Die Vielfältigkeit ihrer Beweggründe und die Verbissenheit ihres negativen Interesses an der amerikanischen Holocaust-Erinnerung standen in keinem Verhältnis zum Erfolg, den der Kreis um Kohl mit seinen Interventionsversuchen verzeichnen konnte. Zwar gelang mit der Gründung des Deutschen Historischen Instituts in Washington, D.C., Ende 1985 und dreier Centers of Excellence for German Studies die Verbreiterung institutioneller Repräsentation, doch dämpfte dies nicht die tiefe Frustration darüber, mit der Absicht, die eigene erinnerungspolitische Perspektive zumindest teilweise über den Atlantik zu exportieren, gescheitert zu sein. »Das war's«, konstatierte ein Kohl-Vertrauter Mitte 1992 nach mehr als zehnjährigen Bemühungen um Einflussnahme auf das Konzept der USHMM-Dauerausstellung: »Kein Entgegenkommen, nicht einmal das kleinste Zeichen des Entgegenkommens« (S. 191).

Der Grund dieses Scheiterns war weniger fehlendes taktisches Geschick, das die deutsche Seite in anderen, von Eder naturgemäß nur en passant behandelten Bereichen transatlantischer wie innerdeutscher Politik von der Bitburg-Kontroverse bis zur Wiedervereinigung durchaus zeigte, als der »Anspruch, mitbestimmen zu wollen, wie die Geschichte des Holocaust im Ausland erzählt und dargestellt« wird (S. 317). Angesichts der Globalisierung von Holocaust-Gedenken seit der Jahrtausendwende und dem Imagegewinn Deutschlands als »Erinnerungsweltmeister« scheint dieser Anspruch einem anderen Zeitalter zu entstammen. Für seinen abschließenden Befund, »dass ein offener, unapologetischer Umgang mit dem Holocaust letztlich zu einer ›positiven Ressource‹ der deutschen Selbstdarstellung im Ausland werden konnte« (S. 323), kann Eder zahlreiche Belege aus der jüngsten Vergangenheit anführen. Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit eingeübte politisch-diplomatische Gedenkrituale und Betroffenheitsformeln – analog zum taktischen Gebrauch antisemitischer Klischees durch Kohls Vertraute – eine Fassade bilden, hinter der sich tieferliegende, vorurteilsgeladene und nach wie vor die eigene Opferrolle betonende Formen kollektiver Erinnerung verbergen, wie sie sich in der Agitation nationalistischer Kreise manifestieren.

Jürgen Matthäus
Washington, D.C.

Drei Rechtssysteme und ein Angeklagter



Lawrence Douglas

Späte Korrektur.

Die Prozesse gegen John Demjanjuk

Göttingen: Wallstein Verlag, 2020, 297 S., € 38,–

Der US-amerikanische Rechtswissenschaftler Lawrence Douglas beobachtete in den Jahren 2009 bis 2011 den in München stattfindenden Prozess gegen John Demjanjuk für das *Harper's Magazine*. Von dieser letzten Station aus blickt der Autor zurück auf eine über 30-jährige Geschichte rechtlicher Auseinandersetzungen mit dem Fall Demjanjuk, der die Justizbehörden dreier Länder herausforderte und in München ein vielbeachtetes Ende fand. Der eher trockenen Materie zum Trotz ist das Buch gut lesbar, Douglas schreibt journalistisch und spart nicht mit launigen Charakterisierungen der Akteure. Die Geschichte Demjanjucks eignet sich hervorragend als roter Faden, der durch die Versuche verschiedener Rechtssysteme führt, der NS-Verbrechen juristisch habhaft zu werden.

Demjanjuk, ein ukrainischer Bauernsohn, der 1941 zur Roten Armee eingezogen wurde, ein Jahr später in deutsche Kriegsgefangenschaft geriet und im SS-Ausbildungslager Trawniki zum Wachmann ausgebildet wurde, war anschließend in verschiedenen Konzentrations- und Vernichtungslagern tätig. Im Jahr 1952 gelang ihm aus der Bundesrepublik die Auswanderung in die USA. Eine strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in den USA war nicht möglich, aber seit den 1970er Jahren gab es Bemühungen – und bald auch entsprechende Institutionen wie das 1979 gegründete Office of Special Investigations (OSI) –, NS-Täter wegen Verstoßes gegen die Einwanderungsbestimmungen auszuweisen. Nach einem langjährigen juristischen Verfahren wurde Demjanjuk 1986 an Israel ausgeliefert, wo er auf der Grundlage von Zeugenaussagen zahlreicher Gräueltaten beschuldigt wurde, begangen als »Iwan der Schreckliche« im Vernichtungslager Treblinka.

Zunächst war der Prozess in Israel umstritten, seine Zielsetzung unklar und das Interesse der Öffentlichkeit verhalten. Das änderte sich grundlegend, als die ersten jüdischen Zeuginnen und Zeugen aussagten, die eine zentrale Funktion für die Beweisführung hatten und als die letzten Überlebenden wahrgenommen wurden, die noch mit eigener Stimme von den Gräueln der Shoah sprechen konnten. Laut Douglas war es nicht zuletzt der Impuls, diesen Überlebenden mit größtem Respekt zu begegnen, der das Gericht daran hinderte, ihre Aussagen ausreichend kritisch zu prüfen. Dazu kamen einige

unglückliche Zufälle sowie eine ungeschickte Verteidigungsstrategie des Angeklagten; Demjanjuk wurde 1988 wegen in Treblinka begangener Verbrechen zum Tode verurteilt. Dass das Berufungsverfahren erst nach dem Mauerfall stattfand, rettete ihm vermutlich das Leben. In sowjetischen Archiven kam etliches über Demjanjucks Trawniki-Karriere zum Vorschein, nichts wies jedoch auf eine Dienstzeit in Treblinka hin. Im Jahr 1993 hob der Oberste Gerichtshof Israels das Urteil gegen Demjanjuk als fehlerhaft auf.

Demjanjuk wurde in die USA ausgeflogen, wo erneut ein Land gesucht werden musste, das einer Auslieferung zustimmte. Dass es dieses Mal die Bundesrepublik war, war der akribischen Vorarbeit zweier Ermittler der Zentralen Stelle in Ludwigsburg zu verdanken, die Wege gefunden hatten, einige Dogmen der Rechtsprechungspraxis in NS-Prozessen zu unterlaufen, und so eine Anklage wegen Beihilfe zum Mord im Vernichtungslager Sobibór ermöglichten. An dieser Stelle holt Douglas weit aus und geht auf die Unterschiede zwischen US-amerikanischen und deutschen Strafprozessen ein sowie auf die lange Geschichte des Scheiterns der bundesdeutschen Justiz an der Herausforderung der Ahndung der NS-Verbrechen. Vieles davon wurde bereits anderenorts dargestellt, manches erscheint überspitzt, aber es ist insgesamt eine gut lesbare Zusammenfassung.

Für eine Verurteilung Demjanjucks in Deutschland bestanden vor allem zwei Hindernisse: zum einen die seit Jahrzehnten geübte Praxis in NS-Prozessen, für eine Verurteilung den Beweis »konkreter Einzeltaten« zu fordern, zum anderen die auch seitens der Ankläger oft vertretene Vorstellung, die Trawniki-Männer hätten sich in einer Zwangslage befunden, die ihnen eine Befehlsverweigerung quasi unmöglich machte. Zwar sagten wiederum Überlebende als Zeugen aus, aber zur Überführung des Angeklagten konnten sie nicht beitragen. In die Lücke der fehlenden Augenzeugenschaft trat die historische Expertise, die insbesondere das zweite Hindernis beiseiteräumte, da die Handlungsspielräume der Trawniki-Männer nach neuem Forschungsstand sehr viel größer waren als früher angenommen.

Aufsehen erregte das Urteil vor allem wegen seiner rechtlichen Entscheidung, Demjanjuk allein aufgrund seiner Anwesenheit als Wachmann in Sobibór wegen Beihilfe zum Mord zu verurteilen. Das machte schließlich – sehr spät – den Weg frei für weitere Anklagen gegen »kleine« SS-Leute. Von der Tatsache, dass der ukrainische Trawniki-Mann Demjanjuk verurteilt wurde, während in den Jahrzehnten zuvor in großer Zahl höherrangige deutsche SS-Täter freigesprochen wurden (darunter auch Demjanjucks Vorgesetzte), lässt sich Douglas nicht irritieren. Seines Erachtens war hierfür insbesondere der Zuwachs an historischen Kenntnissen verantwortlich – womit er die juristischen Entscheidungen, die zur Straflosigkeit zahlloser NS-Täter führten, doch sehr kleinschreibt.

Katharina Stengel
Fritz Bauer Institut

Kontinuitäten antisemitischer Gewalt



Ronen Steinke

Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstickt und der Staat versagt. Eine Anklage

Berlin, München: Berlin Verlag, 3., aktualisierte Auflage, 2020, 354 S., € 18,-

In seiner als Anklage verfassten Schrift schildert der Journalist und ausgebildete Jurist Ronen Steinke die zahlreichen Bedrohungen und Angriffe, denen sich jüdische Menschen in Deutschland ausgesetzt sehen, und prangert das Versagen des deutschen Staates an, diesen alltäglichen »Terror gegen Juden« abzuwehren. Anhand von persönlichen Schicksalen, denen er in ganz Deutschland nachspürt, wird dem Leser und der Leserin eindrücklich das Ausmaß der Gefahr vor Augen geführt, die mal von rechts, mal von links und zunehmend auch von muslimischen Antisemiten ausgeht.

Steinke beginnt seine Ausführungen mit dem ersten tödlichen Attentat auf einen Vertreter der deutschen Juden nach 1945, dem Mord an dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde Erlangens, Shlomo Lewin, und seiner Frau Frida Poeschke, die 1980 von einem Rechtsextremisten erschossen wurden. Doch Steinke erinnert daran, dass antisemitische Gewalt keineswegs nur ein Problem von rechts ist. Ausführlich thematisiert er den linken Terror der 1970er Jahre, der sich auch als Kritik an der Politik Israels gerierte. Ebenso detailliert zeigt er, dass diese Rechtfertigung in den letzten Jahren eine Aktualisierung durch muslimische Täter erfährt und – wie etwa 2014 beim Anschlag auf die Wuppertaler Synagoge durch drei Palästinenser – von den Strafermittlungsbehörden als legitim erachtet wird.

Stets werden die Schilderungen antisemitischer Gewalt begleitet von der Frage: Wo sind der deutsche Staat und seine Institutionen bei der Verfolgung dieser Straftaten? Steinke zeigt, dass Polizei und Justiz die Gefahr allzu oft nicht ernst nehmen und nicht mit der gebotenen Konsequenz agieren. Stattdessen schreiben sie nicht selten den Opfern eine Mitschuld zu, suchen in deren Umfeld nach Verdächtigen, stellen Verfahren aus Mangel an Beweisen vorschnell ein oder sprechen milde Urteile, die eher ermutigen als abschrecken – und machen sich damit gewissermaßen mitschuldig.

Gleich zu Beginn des Buches stellt Steinke klar, dass sich dieses Problem nicht nur auf die jüdische Community beschränkt, sondern die meisten (ethnischen) Minderheiten betrifft. Er mahnt, dass gerade der Schutz von Minderheiten zu den wichtigsten Pflichten des

Staates zählt und die Gefahrenabwehr eine seiner Kernaufgaben ist. Die Sicherheit jüdischen Lebens liegt in der Verantwortung des Staates und nicht etwa bei den Betroffenen selbst. Dazu gehört neben dem permanenten Polizeischutz und der Bereitstellung technischer Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Einrichtungen und ihre Vertreter auch, dass die Bedrohungen ernst genommen und Delikte verfolgt werden, damit überhaupt so etwas wie ein Vertrauen der jüdischen Bevölkerung in den deutschen Rechtsstaat und seine Aufrichtigkeit aufgebaut werden kann. Denn die Konsequenz dieser »systematischen Unterschätzung antisemitischer Vorfälle« (S. 102), so zeigt Steinke eindrücklich, ist eine entmutigte jüdische Community, die sich immer mehr in sich selbst zurückzieht.

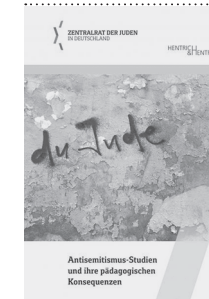
Abschließend formuliert Steinke daher vier Forderungen, deren Umsetzung er als Mindestvoraussetzung für eine Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland betrachtet, denn Auswanderung – auch das macht er klar – darf keine Alternative sein. Er fordert die schärfere Bestrafung von »hate crimes«, also von Straftaten, die sich gegen eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe richten; eine Justiz, die antisemitische Argumentationen der Täter entlarvt, anstatt sie zu übernehmen; die konsequente Entlassung von Rechtsextremen aus dem Polizeidienst und schließlich den umfassenden Schutz jüdischer Einrichtungen. Im Kampf gegen den virulenten Antisemitismus kann dies jedoch nur ein Anfang sein.

Abschließend präsentiert Steinke eine gemeinsam mit Felix Rauls akribisch recherchierte Chronik antisemitischer Gewalttaten in Deutschland seit 1945. Sie beschränkt sich ausschließlich auf dokumentierte Akte der Gewalt gegen Personen oder Sachen; Schmierereien oder andere Delikte wurden nicht erfasst. Die bis zum Januar 2020 zusammengetragenen Fälle füllen fast 100 des insgesamt 254 Seiten umfassenden Buches. Ergänzt wird diese Chronik durch zwei Karten in den Buchdeckeln, die die Dimension der Übergriffe in Deutschland respektive Berlin grafisch abbilden. Bedenkt man, dass ohnehin nur ein Bruchteil der Delikte gemeldet und erfasst wird, lässt sich eine schwindelerregend hohe Dunkelziffer erahnen.

Steinke liefert eine erschreckende Innenansicht jüdischer Lebensrealität in Deutschland, die nur allzu deutlich zeigt, dass es ein »angstfreies jüdisches Leben« (S. 131) auch nach 1945 nie gegeben hat und bis heute nicht gibt. Das Buch ist eine wichtige Analyse, die verstehen lässt, wie wenig selbstverständlich, wie fragil und bedroht jüdisches Leben in Deutschland nach wie vor ist und wie dringend die Abwehr des Terrors nicht nur für die jüdische Community, sondern für die deutsche Gesellschaft insgesamt ist, denn es steht nicht weniger als der »Charakter dieser Republik auf dem Spiel« (S. 133).

Andrea Kirchner
Fritz Bauer Institut

Antisemitismus in Schule und Internet



Zentralrat der Juden in Deutschland (Hrsg.)

»Du Jude« – Antisemitismus-Studien und ihre pädagogischen Konsequenzen
Konzept und Redaktion: Doron Kiesel, Thomas Eppenstein
Berlin, Leipzig: Hentrich & Hentrich, 2020, 271 S., € 22,90

Der vorliegende Band geht auf eine vom Zentralrat der Juden in Deutschland im September 2019 in Frankfurt am Main veranstaltete Tagung zurück. Er umfasst 25 Beiträge, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit der Geschichte und Aktualität des Antisemitismus, seinen Auswirkungen auf Betroffene und auf die demokratische Gesellschaft sowie den Bedingungen für eine erfolgreiche antisemitismuskritische Bildungsarbeit auseinandersetzen. Auch für Personen ohne direkten Bezug zur pädagogischen Arbeit lohnt die Lektüre. Die Beiträge stellen aus historischer, erziehungswissenschaftlicher und soziologischer Sicht Alltagserfahrungen und Analysen vor, die die zunehmenden antisemitischen Vorfälle in der Schule nicht als »plötzlich« auftretende »jugendliche Provokationen« verharmlosen, sondern als Ausdruck einer langen Tradition antisemitischer Einstellungen begreifen (zum Beispiel Yael Kupferberg, S. 44; Stefanie Schüler-Springorum, S. 98 und 93 ff.).

Mit der Feststellung, dass »dem Antisemitismus schwer beizukommen ist«, da er »facettenreich und auch in dynamisch sich wandelnder Form auftritt«, leiten die Herausgeber Doron Kiesel und Thomas Eppenstein den Band ein (S. 11). Die folgenden vier Kapitel beleuchten die unterschiedlichen Formen und Funktionen des Antisemitismus und liefern Impulse und Anregungen, wie ihm »beizukommen« sei (zum Beispiel Christiane Thompson in ihrem Beitrag »Erziehung nach Auschwitz – Erziehung nach den Antisemitismus-Studien«, S. 84 ff.).

Julia Bernstein und Florian Diddens geben intensive Einblicke in ihre soziologisch-qualitative Studie über die Erfahrungen jüdischer Schülerinnen und Schüler, ihrer Eltern und jüdischen Lehrkräfte mit Antisemitismus. Dem werden die Wahrnehmungsmuster nichtjüdischer Lehrkräfte gegenübergestellt. Die Erfahrungen jüdischer Schüler zeigen dabei, wie massiv sie mit antisemitischen Einstellungen konfrontiert sind, die von traditionellen Motiven über Verharmlosungen der Shoah bis hin zu antisemitischer Israelkritik reichen. Im Kontrast dazu fällt auf, dass viele Lehrkräfte antisemitische Äußerungen »als harmlose Streiche«

oder als »nicht ernst gemeint« verkennen (S. 140), sie als »normale Konflikte unter Kindern und Jugendlichen« fehldeuten (S. 143) oder sie anderen Gruppen wie muslimischen Schülerinnen und Schülern anlasten, sodass sie das Problem eher noch befördern als ihm begegnen. Der Beitrag zeigt sehr deutlich, dass Lehrkräfte dringend unterstützt werden müssen, die Perspektiven von jüdischen Schülerinnen und Schülern einzunehmen, um adäquat auf antisemitische Äußerungen und Handlungen reagieren zu können. Dieser Bedarf wird im Beitrag von Marina Chernivsky und Friederike Lorenz weiter differenziert und untermauert. Sie verweisen neben der bereits erwähnten »Perspektivendivergenz« auch auf eine Neigung zur »Historisierung« und »Distanzierung«, die den Antisemitismus als etwas Vergangenes betrachtet oder dazu führt, unbequemen Hinweisen auf antisemitische Vorkommnisse nicht nachzugehen (S. 154 f.). Sie konstatieren überdies eine große Unsicherheit bei den Lehrkräften, insbesondere den sekundären Antisemitismus und antisemitische Israelkritik zu erkennen, und sehen darin eine Ursache für den häufig unzureichenden Umgang mit entsprechenden Vorfällen in der Schule (S. 164 f.).

Monika Schwarz-Friesel untersuchte zwischen 2007 und 2018 Kommunikationen im Internet und kam zu dem Ergebnis, dass antisemitische Kommentare online massiv (teilweise um das Vierfache) zugenommen haben. Dabei konstatiert sie eine Radikalisierung der Sprache (S. 182), die gerade durch die Wirkungskraft des Internets und die oft ausbleibende Intervention zu einer gefährlichen »Normalisierung von Judenhass« (S. 176) beiträgt. Matthias Becker thematisiert an vielen Beispielen die Korrelation zwischen Hassrede im Internet und physischer Gewalt (S. 187 ff.) und wirbt dafür, den sich verstärkenden Antisemitismus im Internet auch mit interdisziplinären Methoden zu analysieren (S. 195 f.). Gerade weil das Internet eine zentrale Bedeutung für junge Menschen hat, plädiert er dafür, »Phänomene im Netz« in der Bildungsarbeit stärker zu berücksichtigen (S. 184).

Mit sieben praxisorientierten Beiträgen konzentriert sich das vierte Kapitel auf die Frage, wie Antisemitismen dekonstruiert werden können. Neben pädagogischen und didaktischen Anregungen wird an Fallbeispielen demonstriert, wie und warum eine pädagogische Intervention häufig misslingt.

Insgesamt bietet der Tagungsband eine komprimierte Zusammenfassung aktueller Forschungsaspekte und spiegelt anschaulich, bisweilen schmerzlich, die Leerstellen in der schulischen Praxis. Er gibt viele gute Impulse und Anregungen, diese zu füllen. Ergänzend dazu wäre die Darstellung von konkreten Beispielen erfolgreicher Reaktion und Intervention für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit von zusätzlichem Gewinn.

Nadine Docktor
Fritz Bauer Institut

Fritz Bauer Institut im Überblick

Das Fritz Bauer Institut

Das Fritz Bauer Institut ist eine unabhängige, zeitgeschichtlich ausgerichtete und interdisziplinär orientierte Forschungs- und Bildungseinrichtung. Es untersucht und

dokumentiert die Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen – insbesondere des Holocaust – und deren Wirkung bis in die Gegenwart. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist die Vermittlung der einschlägigen deutschen und internationalen Forschung durch Publikationen, Vortragsveranstaltungen und Ausstellungen.

Das Institut trägt den Namen Fritz Bauers und ist seinem Andenken verpflichtet. Fritz Bauer (1903–1968), jüdischer Remigrant und radikaler Demokrat, widmete sich seit seiner Rückkehr aus dem Exil in Skandinavien 1949 der Rekonstruktion des Rechtssystems in der Bundesrepublik Deutschland und der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechern. Im Jahr 1956 wurde er Generalstaatsanwalt in Hessen und hat maßgeblich den Frankfurter Auschwitz-Prozess angestoßen, der im Dezember 1963 begann und im August 1965 endete. Dass Adolf Eichmann, der Organisator der Todestransporte in die Vernichtungslager, gefasst und 1961 in Jerusalem vor Gericht gestellt werden konnte, ist ebenfalls wesentlich auf Bauer zurückzuführen, der dem israelischen Geheimdienst Mossad den entscheidenden Hinweis zum Aufenthaltsort Eichmanns in Argentinien gab.

Das Fritz Bauer Institut wurde am 11. Januar 1995 vom Land Hessen, der Stadt Frankfurt am Main und dem Förderverein Fritz Bauer Institut e.V. als Stiftung bürgerlichen Rechts ins Leben gerufen. Als An-Institut ist es seit Herbst 2000 mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main assoziiert und hat seinen Sitz im IG Farben-Haus auf dem Campus Westend. Im Stiftungsrat des Instituts sind das Land Hessen, die Stadt Frankfurt am Main, die Goethe-Universität und der Förderverein des Fritz Bauer Instituts e.V. vertreten. Der Förderverein und der Wissenschaftliche Beirat unterstützen und begleiten seine Arbeit.

Im Jahr 2017 wurde der Lehrstuhl zur Geschichte und Wirkung des Holocaust geschaffen – der erste in der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Themenfeld – und am Historischen Seminar der Goethe-Universität angesiedelt. Der Lehrstuhl ist mit der Leitung des Fritz Bauer Instituts verbunden. Seine Einrichtung stärkt die Forschungsarbeit des Instituts und intensiviert seine Kooperation mit der Goethe-Universität.

Die am Institut angesiedelte Michael Hauck Gastprofessur für interdisziplinäre Holocaustforschung ermöglicht es Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, für jeweils ein Semester nach Frankfurt zu kommen, um am Historischen Seminar der Goethe-Universität Lehrveranstaltungen anzubieten und am Fritz Bauer Institut ihren Forschungsprojekten nachzugehen. Durch das C. und N. Weickart Postdoc-Stipendium können am Institut Forschungsvorhaben von Nachwuchswissenschaftlern im Bereich der Geschichte und Wirkung des Holocaust für die Zeit von bis zu zwölf Monaten gefördert werden.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

(Stand November 2021)

Direktion des Fritz Bauer Instituts und Lehrstuhl zur Erforschung der Geschichte und Wirkung des Holocaust
Prof. Dr. Sybille Steinbacher

Verwaltung

Manuela Ritzheim (Verwaltungsleitung und Projektmanagement)
Marina Gribanova (Verwaltungsmitarbeiterin)
Hannah Hecker (Wissenschaftliches Sekretariat)
Nathalie Schüler M.A. (Wissenschaftliches Sekretariat)
Werner Lott (Technische Leitung/Digital- und Printmedien)

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fritz Bauer Instituts und am Lehrstuhl

PD Dr. Tobias Freimüller (stellvertretender Direktor),
Dr. Sara Berger, Dr. Veronika Duma,
Dr. des. Andrea Kirchner, Jens Kolata M.A.,
Dr. Niklas Krawinkel, Dr. des. Jason Lemberg,
Dr. Jörg Osterloh, Dr. Katharina Rauschenberger,
Dr. Markus Roth, Dr. Andrea Rudorff, Mirjam Schnorr M.A.,
Dr. Katharina Stengel, Dr. Alexander Zinn

Archiv und Bibliothek

Johannes Beermann-Schön M.A. (Archiv und Dokumentation)
Josefine Ruhe (Bibliothek), Martina Sichelschmidt (ehrenamtlich)

Vermittlung und Transfer

Nadine Docktor, Dr. Martin Liepach,
Gottfried Kößler (ehrenamtlich), Inga Steinhauser (Praktikantin)

Gastwissenschaftler

Prof. Dr. Dmytro Tytarenko (Dorothee Freudenberg-Fonds)

Stipendiatinnen und Stipendiaten

Dr. Axel Bangert (C. und N. Weickart Postdoc-Stipendium)
Dr. Maik Tändler (C. und N. Weickart Postdoc-Stipendium)
Johannes Meerwald M.A. (Stiftung Ökohaus Promotionsstipendium)
Sarah Crane (Fulbright-Stipendium)
Lilia Tomchuk (Jürg-Breuninger-Promotionsstipendium)

Workshops und Führungen

Madhuri Jacobs-Sharma, Paul Kracht,
Thomas Siurkus, Josephine von der Haar

Studentische Hilfskräfte

Ruth Dahlhoff, Christopher Gomer, Sarah Knauer,
Julia Maria Schuh, Sophia Steinmetz



Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Dan Diner
Hebrew University of Jerusalem
Prof. Dr. Annette Eberle
Katholische Stiftungshochschule München/Benediktbeuern
Prof. Dr. Moritz Epple (Vorsitzender)
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Prof. Dr. Norbert Frei
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Prof. Dr. Atina Grossmann
The Cooper Union for the Advancement of Science and Art, New York
Prof. Dr. Klaus Günther (stellv. Vorsitzender)
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Dr. Jürgen Matthäus
United States Holocaust Memorial Museum, Washington D.C.
Prof. em. Dr. Joachim Rückert
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Prof. Dr. Thomas Sandkühler
Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Nicholas Stargardt
Magdalen College, Oxford
Prof. em. Dr. Peter Steinbach
Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin

Stiftungsrat

Für das Land Hessen:
Volker Bouffier, Ministerpräsident
Angela Dorn-Rancke, Ministerin für Wissenschaft und Kunst

Für die Stadt Frankfurt am Main:
Peter Feldmann, Oberbürgermeister
Dr. Ina Hartwig, Dezernentin für Kultur und Wissenschaft

Für den Förderverein Fritz Bauer Institut e.V.:
Jutta Ebeling, Vorsitzende des Fördervereins
Herbert Mai, 2. Vertreter des Fördervereins

Für die Goethe-Universität Frankfurt am Main:
Prof. Dr. Enrico Schleiff, Universitätspräsident
Prof. Dr. Christoph Menke, Dekan, Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften

Oben: Norbert Wollheim Stele vor dem IG Farben-Haus auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main.
Foto: Werner Lott

Einsicht 2021 *Bulletin des Fritz Bauer Instituts*

13. Jahrgang, Ausgabe 22, November 2021
ISSN 1868-4211

Herausgeber:

Fritz Bauer Institut
An-Institut der Goethe-Universität Frankfurt am Main
Norbert-Wollheim-Platz 1
D-60323 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (0)69.798 322-40
info@fritz-bauer-institut.de
www.fritz-bauer-institut.de

Redaktion:

Sybille Steinbacher (V.i.S.d.P.),
Tobias Freimüller, Andrea Kirchner, Werner Lott,
Jörg Osterloh, Katharina Rauschenberger, Markus Roth

Gestaltung/Layout:

Werner Lott

Lektorat:

Regine Strotbek

Bildredaktion:

Christopher Gomer und die Redaktion

Anzeigenredaktion:

Martina Sichelschmidt

Herstellung:

Vereinte Druckwerke, Frankfurt am Main

Erscheinungsweise:

einmal jährlich

Auflage:

4.200

Copyright:

Fritz Bauer Institut, Stiftung bürgerlichen Rechts
Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Bankverbindung:

Fritz Bauer Institut
Frankfurter Sparkasse
SWIFT/BIC: HELADEF1822
IBAN: DE91 5005 0201 0000 3219 01
Steuernummer: 45 250 8145 5 - K19
Finanzamt Frankfurt am Main III

Das Bulletin des Fritz Bauer Instituts erscheint mit freundlicher Unterstützung des Fördervereins Fritz Bauer Institut e.V.



QR-Code:

Link zu allen bisher erschienenen Ausgaben von *Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts* als PDF-Dateien.
URL: fritz-bauer-institut.de/einsicht.html



*Fördern Sie
mit uns
das Nachdenken
über den
Holocaust*



Titelabbildung: Razzia der deutschen Ordnungspolizei und polnischer Polizisten in Krakau, ohne Datum, vermutlich 1941.

Foto: Bundesarchiv, Bild 1011-030-0781-05, Fotograf: Ifland

Das Fritz Bauer Institut

Im Jahr 1995 – fünfzig Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus – wurde in Frankfurt am Main die Stiftung »Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des Holocaust« gegründet. Das Institut ist ein Ort der Auseinandersetzung unserer Gesellschaft mit der Geschichte des Holocaust und seinen Auswirkungen bis in die Gegenwart. Es trägt den Namen Fritz Bauers, des ehemaligen hessischen Generalstaatsanwalts und maßgeblichen Initiators des Frankfurter Auschwitz-Prozesses (1963–1965). Seit 2002 hat das Institut seinen Sitz auf dem Campus Westend der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Der Förderverein

Der Förderverein des Fritz Bauer Instituts konstituierte sich im Januar 1993 in Frankfurt am Main. Er unterstützt die wissenschaftliche, pädagogische und dokumentarische Arbeit des Fritz Bauer Instituts und hat durch das ideelle und finanzielle Engagement seiner Mitglieder und zahlreicher Spender wesentlich zur Gründung der Stiftung beigetragen. Der Verein sammelt Spenden für die laufende Arbeit des Instituts, er schafft neue Kontakte und stößt gesellschaftliche Debatten an. Für die Zukunft gilt es, die Projekte und den Ausbau des Fritz Bauer Instituts weiter zu fördern, seinen Bestand langfristig zu sichern und seine Unabhängigkeit zu wahren. Ein mitgliederstarker Förderverein setzt ein deutliches Signal bürgerschaftlichen Engagements und kann die Interessen des Instituts wirkungsvoll vertreten. Zu den zahlreichen Mitgliedern des Fördervereins aus dem In- und Ausland gehören engagierte Bürgerinnen und Bürger, bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Kultur und Politik, aber auch Verbände, Vereine, Institutionen und Unternehmen sowie zahlreiche Landkreise, Städte und Gemeinden.

Der Vorstand

Jutta Ebeling (Vorsitzende), Gundi Mohr (stellv. Vorsitzende und Schatzmeisterin), Gabriele Mielcke (Schriftführerin), Prof. Dr. Eike Hennig, Dr. Rachel Heuberger, Herbert Mai, StA Dr. Christopher Wenzl (Beisitzerinnen und Beisitzer)

Förderverein *Fritz Bauer Institut e.V.*

Norbert-Wollheim-Platz 1
60323 Frankfurt am Main
Telefon: +49 (0)69.798 322-39
verein@fritz-bauer-institut.de
www.fritz-bauer-institut.de/verein

Werden Sie Mitglied!

Jährlicher Mindestbeitrag: € 60,-
Partnerbeitrag: € 100,-
Ermäßigter Beitrag für Schüler, Studenten und Auszubildende: € 30,-
Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch eine Spende!

Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE43 5005 0201 0000 3194 67
SWIFT/BIC: HELADEF1822

Werben Sie neue Mitglieder!

Informieren Sie Ihre Bekannten, Freunde und Kollegen über die Möglichkeit, sich im Förderverein zu engagieren. Gern senden wir Ihnen Informationsmaterial zur Fördermitgliedschaft und zur Arbeit des Fritz Bauer Instituts zu.

Abbildung: Generalstaatsanwalt Fritz Bauer
Foto: Schindler-Foto-Report



NEUERSCHEINUNGEN 2021 (AUSWAHL)

METROPOL VERLAG | ANSBACHER STR. 70 | 10777 BERLIN

BESTELLUNGEN UND REZENSIONSEXEMPLARE: DR. NICOLE WARBOLD

TEL.: (030) 23 00 46 23 | FAX: (030) 2 65 05 18 | E-MAIL: NICOLE.WARBOLD@METROPOL-VERLAG.DE

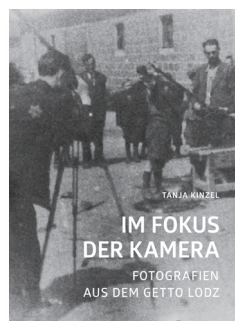


MICHAEL ROTHBERG

MULTIDIREKTIONALE ERINNERUNG
Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung

ISBN: 978-3-86331-558-0
404 Seiten · 26,00 € · Hardcover

Mit dem Konzept der „multidirektionalen Erinnerung“ versucht Michael Rothberg, einen Ansatz für eine neue Gedenkkultur zu skizzieren. Er arbeitet heraus, wie postkoloniale Perspektiven die Holocaustforschung beeinflussen können, und plädiert dafür, Gewaltgeschichten zusammenzudenken, ohne sie zu relativieren oder zu verharmlosen. Vielmehr kann das Herstellen von Bezügen den Blick für Spezifisches schärfen, Differenzen verdeutlichen und Solidarität befördern, ohne dass eine Konkurrenz im Gedenken entsteht.

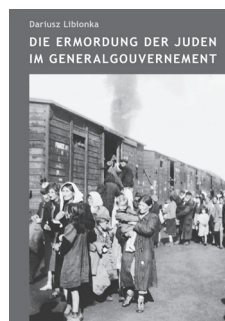


TANJA KINZEL

IM FOKUS DER KAMERA
Fotografien aus dem Getto Lodz

ISBN: 978-3-86331-995-3
592 Seiten · 36,00 € · Hardcover

Aus dem Getto Lodz ist eine außergewöhnliche Vielfalt fotografischer Aufnahmen überliefert: Militärs, Polizisten, Funktionäre und Zivilisten hielten mit der Kamera ihre Arbeit und ihren Blick auf die jüdische Bevölkerung fest. Jüdische Fotografen fertigten im Auftrag des „Judenrats“ Passbilder und dokumentierten Lebensbedingungen, Einrichtungen und Arbeitsstätten. Zudem nutzten sie das Material, um im Geheimen die Verbrechen der Nationalsozialisten festzuhalten.



DARIUSZ LIBIONKA

**DIE ERMORDUNG DER JUDEN
IM GENERALGOVERNEMENT**

ISBN: 978-3-86331-547-4
371 Seiten · 24,00 € · Hardcover

Im Generalgouvernement begannen die Nationalsozialisten unter dem Tarnnamen „Aktion Reinhardt“ 1942, ihren Plan zur physischen Vernichtung der polnischen und der aus dem Reich sowie den besetzten Gebieten verschleppten Juden in den Mordlagern Belzec, Sobibor und Treblinka umzusetzen. Dieser Massenmord an 1,8 Millionen europäischen Juden und Zehntausenden Sinti und Roma im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ war eine der verheerendsten Vernichtungsaktionen in der Geschichte der Menschheit.



STEFAN PETKE

**MUSLIME IN DER WEHRMACHT
UND WAFFEN-SS**
Rekrutierung – Ausbildung – Einsatz

ISBN: 978-3-86331-569-6
582 Seiten · 34,00 € · Hardcover

Erstmals widmet sich ein Buch umfassend allen maßgeblichen Einheiten mit mehrheitlich muslimischen Soldaten in der Wehrmacht und Waffen-SS – in einem Raum, der von Nordafrika über den Balkan und den Nahen Osten bis nach Zentralasien reichte. Den in Größe und Zielsetzung teils sehr ungleichen Einheiten gemein war die Annahme von deutscher Seite, Muslime seien aufgrund ihrer „natürlichen Eigenschaften“ besonders geeignete und brutale Soldaten. Diese Sichtweise stand in kolonialer Tradition.

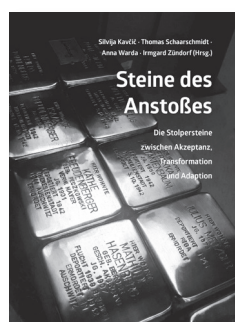


FRANK BEER · MARKUS ROTH (HRSG.)

VON DER LETZTEN ZERSTÖRUNG
Die Zeitschrift „Fun letstn churban“
der Jüdischen Historischen Kommission
in München 1946–1948

ISBN: 978-3-86331-557-3
1032 Seiten · 49,00 € · Hardcover

Hunderttausende Displaced Persons lebten 1945 in Deutschland. Einige Überlebende der Shoah ergriffen die Initiative: Sie gründeten die Zeitschrift „Von der letzten Zerstörung“ und publizierten zahlreiche Zeugnisse, sammelten Ghettolieder und ghettosprachliche Ausdrücke und schufen so ein Forum für eine Alltags- und Kulturgeschichte der Shoah, Jahrzehnte bevor sich die nichtjüdische Forschung dieser Themen annahm. Die Edition macht das einmalige Projekt erstmals außerhalb des Jiddischen zugänglich.

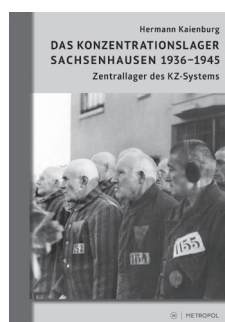


SILVIJA KAVČIČ · THOMAS SCHAARSCHMIDT · ANNA WARD · IRMGARD ZÜNDORF (HRSG.)

STEINE DES ANSTOSSES
Die Stolpersteine zwischen Akzeptanz,
Transformation
und Adaption

ISBN: 978-3-86331-551-1
328 Seiten · 24,00 €

Stolpersteine gehören zu den größten dezentralen Denkmälern der Welt. In diesem Sammelband untersuchen Autorinnen und Autoren erstmals aus internationaler Perspektive, welche Rolle Gunter Demnigs Kunstprojekt in den Erinnerungskonflikten der Gegenwart spielt. Sie reflektieren diese Form des Gedenkens, zeigen, wie die Stolpersteine zu Adaption und Nachahmung inspirieren, und erörtern Probleme und Perspektiven. Wie verändert sich das Projekt, wie sieht seine Zukunft aus?



HERMANN KAIENBURG

**DAS KONZENTRATIONSLAGER
SACHSENHAUSEN 1936–1945**
ZENTRALLAGER DES KZ-SYSTEMS

ISBN: 978-3-86331-548-1
734 Seiten · 39,00 € · Hardcover

Das „Konzentrationslager bei der Reichshauptstadt“ war zugleich zentrales Muster- und Ausbildungslager. Von hier aus wurden viele neue KZ gegründet und aufgebaut. Die Studie stellt Vorgeschichte, bauliche und wirtschaftliche Entwicklung, Häftlingsgruppen, Existenzbedingungen, Menschenversuche, Exekutionen, Solidarität, Widerstand sowie die Todesmärsche und die Nachgeschichte dar. Damit liegt erstmals auf dem neuesten Stand der Forschung die Gesamtgeschichte eines der wichtigsten Lager des nationalsozialistischen KZ-Systems vor.



RALF JÖRG RABER

**„BELIEBT BEI ÄLTEREN DAMEN
UND JÜNGEREN HERRN“**
Paul O'Montis –
Biografie eines Vortragskünstlers

ISBN: 978-3-86331-578-8
272 Seiten · 22,00 €

Paul O'Montis gehörte in den „Goldenen Zwanzigern“ zu den Stars der deutschsprachigen Kabarett- und Kleinkunstszene. Die größten Schallplattenfirmen Europas hatten ihn unter Vertrag, seine Schlager und Chansons liefen im Radio. Er verzauberte sein Publikum und gehörte zu den Ersten, die Homosexualität und sexuelle Diversität im kommerziellen Pop Ausdruck verliehen. Der Machtantritt der Nazis setzte seiner Karriere ein jähes Ende. Paul Wendel, wie O'Montis bürgerlich hieß, war schwul. 1940 wurde er im KZ Sachsenhausen ermordet.